

DAS ARGUMENT 63

P 20109 F

Geschichte und Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung (I)

Georg Fülberth

**Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozial-
demokratie vor 1914**

1

Hans Manfred Bock

**Die „Literaten- und Studenten-Revolte“ der Jungen in der SPD
um 1890**

22

K. H. Tjaden

**Der Begriff der „Wandlungen des Kommunismus“
bei Hermann Weber**

42

Bärbel Kunze

Erich Matthias' Apologie der SPD-Entwicklung

54

Wolfgang Fritz Haug

**Privatmann und Ursprungsmythos.
Die restaurative Hermeneutik bürgerlicher
Marx-Engels-Biographien**

79

Baber Johansen

Verhindert die Ermordung der marokkanischen Sozialisten

108

Besprechungen

**Schwerpunkte: Probleme der marxistischen Theorie; Sozial-
geschichte und Revolution; Neuere deutsche Geschichte;
Revisionismus; Rätesozialismus; Linksradikalismus.**

111

13. Jahrgang März 1971 Heft 1/2 · Doppelheft

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug und Christof Müller-Wirth

Ständige Mitarbeiter:

Heribert Adam (Vancouver), Günther Anders (Wien), Hans Dieter Boris (Marburg), Frank Deppe (Marburg), Bruno Frei (Wien), Peter Fürstenau (Gießen), Manfred Hahn (Gießen), Heinz-Joachim Heydorn (Frankfurt/Main), Joachim Hirsch (Frankfurt/Main), Dieter Hirschfeld (Berlin), Klaus Horn (Frankfurt/Main), Thomas Metscher (Belfast), Rolf Schmiederer (Marburg), Kurt Steinhaus (Marburg), Rolf Tiedemann (Frankfurt/Main), Bassam Tibi (Frankfurt/Main), K. H. Tjaden (Marburg), Erich Wulff (Gießen).

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Chr. Müller-Wirth, 75 Karlsruhe 21, Postfach 21 0730, Tel. 0721/55955, Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Bernd Schüngel, Dr. Friedrich Tomberg, Gerhard Voigt.

Sekretariat: Dieter Krause.

Redaktionsanschrift: 1 Berlin 33, Altensteinstraße 48 a.

Telefon: (0311) 7 6926 15 < ab Frühjahr 1972: 8 31 49 15 >

Besprechungen

Philosophie

- Tökei, Ferenc: Zur Frage der asiatischen Produktionsweise (Tomberg)* 111
- Hartmann, Klaus: Marxens „Kapital“ in transzendentalphilosophischer Sicht (W. F. Haug und H.-O. Riethus)* 113
- Hirsch, Helmut: Friedrich Engels (W. F. Haug)* 79
- Künzli, Arnold: Karl Marx. Eine Psychographie (W. F. Haug)* 79

(Fortsetzung auf Seite I)



DAS ARGUMENT erscheint 1971 in 12 Hefen mit einem Jahresumfang von insgesamt 1056 Seiten. Diese 12 Hefte werden in 5–6 Lieferungen teils als Einfach-, teils als Mehrfachhefte ausgeliefert. Die einzelnen Lieferungen werden fortlaufend nummeriert. — Preise: Einzelheft 3,50 DM, Doppelheft 7,— DM, Dreifachheft 10,50 DM. Studenten und Schüler erhalten Einzelhefte zum reduzierten Preis von 2,50 DM, Doppelhefte zu 5,— DM, Dreifachhefte zu 7,50 DM. Preis des Jahresabonnements 30,— DM zuzüglich Versandkosten (Preis für Studenten 24,— DM zuzüglich Versandkosten). Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin 1971. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 105114, Postscheckkonto Karlsruhe 1363 60. Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerlei und Verlag GmbH., 75 Karlsruhe 21, Rheinstraße 122, Tel. 5 59 55. 1.—15. Tausend: März 1971.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen eine Bestellkarte und das Inhaltsverzeichnis 1970 des Argument-Verlages bei, sowie Prospekte vom Westdeutschen Verlag, Opladen; Suhrkamp Verlag, Frankfurt, und der C. H. Beck'schen Verlagsbuchhandlung, München.

Georg Fülberth

Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914

Vorbemerkungen

Zu den historisch-politischen Begriffen, die in den letzten Jahren durch undifferenzierte Anwendung verunklärt wurden, gehört auch der Terminus „Revisionismus“. Bevor er gleichermaßen inadäquat zur Kennzeichnung der technokratischen Praktiken der SPD in der BRD und der Außenpolitik der Sowjetunion verwandt wurde, meinte er den theoretischen Ausdruck einer sich von der Marxschen Gesellschaftstheorie und der politischen Praxis, die aus ihr abzuleiten ist, absetzenden Richtung in der Arbeiterbewegung, die Arbeiterinteressen ausschließlich durch Reformen innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Systems wahrnehmen will. Das Phänomen des Reformismus ist nicht erst seit Bernstein aktuell. „Reformistische“ Tendenzen gab es vor der Veröffentlichung von Bernsteins Aufsatzserie „Probleme des Sozialismus“ — dem Beginn des „Revisionismus“ — nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und England. Wenn im folgenden die Voraussetzungen, Begleitumstände und Folgen des Revisionismus in Deutschland untersucht werden sollen, dann sind darunter die Praxis der deutschen Sozialdemokratie (vor allem nach 1890) bis zum Revisionsversuch Bernsteins und die Politik der SPD vom ersten Revisionsversuch Bernsteins (1896/99) bis 1914, die diesem theoretischen revisionistischen Vorstoß folgte, zu verstehen.

In der Forschung werden bis heute noch höchst unterschiedliche Ursachen des Revisionismus genannt. In einem großen Teil der marxistischen Literatur dominiert die Leninsche These von der Arbeiteraristokratie als der entscheidenden Trägerschicht reformistischer Tendenzen. Bereits vor 1914 kennzeichnete Robert Michels den begrenzten Horizont und die strategische Indolenz der sozialdemokratischen Bürokratie als eine der Voraussetzungen opportunistischer Anpassung an vorgegebene Machtverhältnisse¹. Der Bürokratie in SPD und Gewerkschaften haben auch marxistische Historiker der Arbeiterbewegung große Aufmerksamkeit geschenkt, die den organisationssoziologischen und sozialpsychologischen Ansatz Michels' allerdings dadurch ersetzten, daß sie gesamtgesellschaftlich vermittelte Voraussetzungen der bürokratischen Beharrungstendenzen in

¹ Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, 2. Aufl., Stuttgart 1925.

ihre Analyse einzubeziehen suchten und — hierin Lenin folgend — die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie mit der Arbeiteraristokratie in Verbindung brachten².

Die Vertreter einer dritten, im Westen dominierenden und an der gegenwärtigen Politik der SPD orientierten Position sehen als Ursache für den endlichen Sieg des Revisionismus in der Sozialdemokratie den angeblichen Sachzwang gewandelter sozialer und politischer Verhältnisse, die mit der Nivellierung der Klassenunterschiede und der Chance parlamentarischer Machtausübung durch eine Arbeiterpartei in der bürgerlichen Republik die Möglichkeit der adäquaten Vertretung von Arbeiterinteressen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft schufen³.

Mit diesen Forschungsrichtungen teilen die folgenden Bemerkungen die Begrenzung ihres Beobachtungsgegenstandes auf die deutsche Arbeiterbewegung⁴, sie suchen sich von ihnen dadurch zu unterscheiden, daß sie neben der Entwicklung der Lage der Arbeiterklasse in Deutschland zwischen 1890 und 1914 die besonderen Bedingungen, die durch die Auseinandersetzung der SPD mit dem Herrschaftssystem des wilhelminischen Reiches gesetzt wurden, als eine der Voraussetzungen für die spezifische deutsche Variante des Revisionismus zu akzentuieren suchen.

2 Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart, Bd. 4: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1900 bis 1917/18, Berlin 1967, S. 306—309.

3 Diese Forschungsrichtung orientiert sich zumeist an einer Kritik des „Kautskyanismus“ (Erich Matthias), indem sie die Irrealität und Praxisferne der orthodox-marxistischen Formeln Kautskys nachzuweisen sucht, die die tatsächliche revisionistische Arbeit der Partei zu sehr verschleiert habe: meist unausgesprochen wird dabei diese revisionistische Praxis als die sachadäquatere vorgestellt, ohne daß der bürgerliche oder rechtssozialdemokratische Historiker gezwungen wäre, expressis verbis für die Revisionisten Partei zu ergreifen. Die Kritik von links am „Kautskyanismus“ ermöglicht den Vertretern dieser Position ein Anknüpfen an links-kommunistische Kritiker in der Weimarer Republik (z. B. Karl Korsch, Marxismus und Philosophie, hrsg. und eingeleitet von Erich Gerlach, Frankfurt/Main und Wien 1966, S. 42—48; Kurt Brandis [= Karl Friedrich Brockschmidt], Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes, Leipzig 1931). Vgl. Erich Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus, Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkriege, in: Marxismusstudien, 2. Bd., Tübingen 1957, S. 151—197. Zum gleichen Ergebnis gelangt, ohne daß er pseudolinke Positionen beziehen muß, der Herzfeld-Schüler Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im wilhelminischen Reich, Berlin-Dahlem 1959.

4 Den internationalen Kontext der Entstehung des deutschen Revisionismus versucht Bo Gustafsson in seiner jedoch vorwiegend ideengeschichtlich argumentierenden Habilitationsschrift sichtbar zu machen: Bo Gustafsson, Marxism och revisionism — Eduard Bernsteins kritik av marxism och dess idéhistoriska förutsättningar, Stockholm 1969.

1. Zur Entwicklung der Lage der Arbeiterklasse 1890—1914

Zwischen dem Gründerkrach von 1873 und der Jahrhundertwende trat der deutsche Kapitalismus in eine Phase schneller Kapitalzentralisation und -konzentration ein⁵. Sie ist gekennzeichnet durch eine rapide — bis 1914 anhaltende⁶ — Steigerung der Produktivität, die auf organisatorische und technische Fortschritte sowie Erhöhung der Arbeitsintensität zurückzuführen ist. Die Intensivierung der Arbeit ist nicht unmittelbar statistisch feststellbar, aber zu erschließen aus der Erhöhung der Unfallzahl pro Arbeitsstunde⁷ und der Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Arbeiter, die durch eine Steigerung des Krankenstandes zu belegen ist⁸.

Produktivitätssteigerung und Intensivierung der Arbeit bedingten einige Änderungen in der Lage der Arbeiterklasse, die von den Organisationen der Arbeiterbewegung erkämpft werden mußten.

Von den siebziger Jahren bis etwa zur Jahrhundertwende stiegen die Reallöhne an⁹, sie stagnierten zwischen 1900 und 1914¹⁰. (Zugleich aber blieb das Wachstum der industriellen Lohneinkommen hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität zurück¹¹.) Die Arbeitszeiten wurden verkürzt¹². Durch die Sozialgesetzgebung wurden in den achtziger Jahren Unfall-, Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung für die Arbeiter eingeführt. Insgesamt machten die Versicherungssätze die durch Berufskrankheiten und Unfälle verursachten Lohnausfälle keineswegs wett. Die Folgen der Intensivierung der Arbeit (Krankheiten, Unfälle) wurden lediglich gedämpft, nicht

5 Friedrich Lütge, *Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Ein Überblick*, 3. Aufl., Berlin, Heidelberg und New York 1966, S. 511—512, 519—522; Hans-Ulrich Wehler, *Bismarck und der Imperialismus*, Köln und Berlin 1969, S. 95—111; Gustav Stolper, *Karl Häuser und Knut Borchardt, Deutsche Wirtschaft seit 1870*, Tübingen 1964, S. 53—56; Karl Erich Born, *Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts*, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln und Berlin 1966, S. 271—284, hier: S. 281—282; Helmut Böhme, *Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert*, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1969, S. 73—74, S. 83—84, S. 98—99; Kuczynski, a.a.O., Bd. 3: *Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900*, Berlin 1962, S. 121—138.

6 Lütge, a.a.O., S. 510; Kuczynski, a.a.O., Bd. 4, S. 61 f.

7 Kuczynski, a.a.O., Bd. 3, S. 368—387; Bd. 4, S. 400. Es handelte sich dabei um eine relative Steigerung der Unfallhäufigkeit; die absoluten Unfallzahlen stagnierten durch die Verkürzung der Arbeitszeit.

8 Kuczynski, a.a.O., Bd. 3, S. 384—387.

9 Ebd., Bd. 3, S. 302; Hans Rosenberg, *Wirtschaftskonjunktur, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, 1873 bis 1896*, in: Wehler (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, a.a.O., S. 225—253; hier: S. 238—239. Nach Rosenberg ist die Zeit 1881—1896 durch eine Steigerung, die Periode 1897—1913 durch Stagnation der Reallöhne gekennzeichnet.

10 Kuczynski, a.a.O., Bd. 4, S. 331; Rosenberg, a.a.O., S. 239.

11 Rosenberg, a.a.O., S. 240; Wehler, *Bismarck und der Imperialismus*, a.a.O., S. 81.

12 Kuczynski, a.a.O., Bd. 3, S. 349—363; Bd. 4, S. 385—386.

kompensiert¹³. Das ändert nichts daran, daß im Einzelfall die Unterstützung durch die Versicherungsmaßnahmen als Erleichterung empfunden wurde.

Zu fragen ist, welche Wirkung diese widersprüchliche Entwicklung der Lage der Arbeiterklasse auf das politische Bewußtsein der Betroffenen hatte.

Senkung der Arbeitszeit, Erhöhung der Reallöhne bis ca. 1900, Unfall-, Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung: diese günstigen Veränderungen waren auch für theoretisch noch ungeschulte Arbeiter unmittelbar sinnlich wahrnehmbar und zumindest durch einen einfachen Vergleich mit der Situation der vorigen Generation leicht festzustellen. Sie waren durch eine energische Reformpolitik der Arbeiterbewegung, vor allem der Gewerkschaften, erkämpft. Diese Erfolge erhöhten den Einfluß der Gewerkschaften, die von Anfang an „reformistisch“ auftraten, den rechten Flügel der Arbeiterbewegung bildeten und schließlich — 1905 — in der Diskussion über den Massenstreik dem Parteivorstand ihren Willen aufzwingen konnten.

Die Differenz zwischen der verschiedenartigen Geschwindigkeit von Reallohnsteigerung und Zunahme der Arbeitsproduktivität dagegen war nicht oder kaum unmittelbar erfahrbar, sondern — ebenso wie die Beziehungen zwischen Intensivierung der Arbeit und Unfallzahl und Krankenstand — lediglich rechnerisch zu erschließen. Der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterklasse aber stand der Bildungsstoff zur Ermittlung dieser Daten, die ihr auch nicht durch Institutionen der Partei und der Gewerkschaften nahegebracht wurden, nicht zur Verfügung. Die Veränderungen der Lage der Arbeiterklasse in der Zeit zwischen der Aufhebung des Sozialistengesetzes und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges mußten also eher reformfreundliche Mentalitäten fördern, auf die sich eine ihnen entsprechende Partei- und Gewerkschaftspolitik stützen konnte¹⁴. Sie konnten eine

13 Kuczynski, a.a.O., Bd. 3, S. 409.

14 Dem widerspricht nicht Hans Rosenbergs Charakteristik der allgemeinen psychischen und politischen Auswirkungen der Periode der „Großen Depression“ 1873—1896. Für ihn ist diese Zeit gekennzeichnet durch einen „Umschwung in der psychischen Bewußtseinslage und den Reaktionsweisen: ein vorwiegend sorgenvoll und pessimistisch gestimmter, zu ständiger Klage neigender Wirtschaftsgeist; eine Steigerung nunmehr chronisch und massenhaft werdender sozialer Unzufriedenheit und Unruhe; eine Zunahme der ideologischen Dynamik und Aggressivität; ein mit der erschwerten Steigerung der nationalen Realeinkommen verknüpfter, unablässiger, oft hitzig werdender und vielfach mit politischen Mitteln ausgefochtener Streit über ihre Verteilung“. Rosenberg, a.a.O., S. 233. „Soziale Unzufriedenheit und Unruhe“ unter den Arbeitern können sich ebenso leicht in reformistische wie in revolutionäre Politik umsetzen; sie können ein Grund für ständig wiederholte — weil erfolgreiche — Tageskämpfe sein. Auch diejenigen Lohnkämpfe, die nicht mit einer revolutionären Perspektive vermittelt sind, können „aggressiv und dynamisch“ geführt werden, mehr noch: ein Kampf um die „Verteilung“ der „nationalen Realeinkommen“ würde die Politik der in ihn involvierten Gewerk-

Massenbasis des Reformismus dann abgeben, wenn die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse dieses trade-unionistische Bewußtsein stützten, statt es durch intensive weitere Aufklärungsarbeit und eine Politik, die über die Erfüllung von Tagesforderungen hinauszielte, weiterzuentwickeln und aufzuheben. Von hier aus erscheint es fraglich, ob Kuczynskis Herleitung der Resonanz von Bernsteins Revisionsversuch des Marxismus aus der Existenz einer Arbeiteraristokratie in Deutschland, die bis 1900 vor allem aus Kriegskontributionen und mit Hilfe der Ausbeutung ausländischer Arbeiter finanziert und nach der Jahrhundertwende von der „Arbeiterbürokratie“ abgelöst wurde, notwendig und schlüssig ist¹⁵. Nur wenn man voraussetzt, daß durch ungenügende intellektuelle Verarbeitung der Wandlungen in der Lage des deutschen Proletariats massenhaftere Illusionen (auch außerhalb der „Arbeiteraristokratie“) über die in den Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft erreichbaren Ziele von Arbeiterpolitik möglich waren und eine breite Grundlage für reformistische Ideologien der „Arbeiteraristokratie“ abgeben konnten, mag Kuczynskis Konstruktion ein Moment Wahrheit enthalten.

2. Die Parlamentarisierung der deutschen Sozialdemokratie seit dem Sozialistengesetz

Eine entscheidende Prägung erhielt die deutsche Sozialdemokratie der Jahre vor 1914 durch das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ vom 21. Oktober 1878, das bis 1890 in Kraft blieb. Es verbot die sozialdemokratische Presse, sozialdemokratische Parteiversammlungen, die Parteiorganisationen und die Gewerkschaften mit sozialistischer Zielsetzung und beließ der Partei nur noch das Recht der Kandidatur für den Reichstag, also

schaften als Reformpolitik ausweisen, wenn er eben nur ein Streit über „Verteilung“ ist, mag er auch „hitzig“ und „mit politischen Mitteln“ geführt werden. Rosenbergs These, das Arbeiterbewußtsein dieser Zeit sei „nicht durch die Real-, sondern durch die Nominaleinkünfte bestimmt“ (ebd., S. 240), bleibt unbewiesen.

Wie eine einseitige Interpretation des vorliegenden statistischen Materials in der modernen sozialdemokratischen, der Friedrich-Ebert-Stiftung nahestehenden Forschung zu „reformistischer“ Dogmatisierung führt, zeigt eine Bemerkung von Hans-Josef Steinberg: „Kautskys Schrift (Der Weg zur Macht, 1909 — G. F.), von der sich die Parteiführung distanzieren zu müssen glaubte, enthielt nicht etwa den Aufruf zur revolutionären Aktion, sondern lediglich die These, daß die offensichtliche Zuspitzung der politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe eine revolutionäre Ära ankündigte. Damit erfaßte Kautsky zwar eine Seite der inneren Entwicklung des Reiches, *verkannte aber, daß andererseits die Einebnung der sozialen und soziologischen Gegensätze parallel damit fortschritt.*“

Hans-Josef Steinberg, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie, Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg, Hannover 1967, S. 82. Hervorhebung: G. F.

¹⁵ Kuczynski, a.a.O., Bd. 3, S. 325—327; Bd. 4, S. 301—310.

auch — nach § 17 Reichstagswahlgesetz — die Möglichkeit, Wahlversammlungen abzuhalten und Wahlvereine zu bilden. Wollte die Sozialdemokratie nicht völlig in der Illegalität verschwinden, mußte sie sich dieses ihr verbliebenen legalen politischen Mittels bedienen. Wahlkämpfe und Agitation im Reichstag waren für zwölf Jahre die einzige gesetzlich gesicherte Arbeitsmöglichkeit der Partei, die sie erfolgreich ausnützte: zwischen 1877 und 1890 stieg ihre Stimmenzahl von 493 447 auf 1 427 298¹⁶. Auch nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes blieb der parlamentarische Kampf das Hauptarbeitsgebiet der SPD auf Reichsebene. Zur Beschränkung auf dieses politische Mittel trugen wesentlich die quantitativen Erfolge bei, die damit erzielt wurden: bis 1912 stiegen die Stimmenzahlen auf 4 250 329.

Ungeklärt blieb die Frage, wie sich diese Stimmengewinne in politische Macht umsetzen ließen. Da das Deutsche Reich nicht parlamentarisch regiert wurde, konnten starke sozialdemokratische Reichstagsfraktionen weder Regierungen stürzen, noch hatten sie Aussicht darauf, selbst Kabinette bilden zu können (auch wenn sie alle theoretischen Bedenken gegenüber der Möglichkeit einer friedlichen Machtübernahme hätten fahren lassen).

Friedrich Engels, der in den letzten Jahrzehnten seines Lebens in enger brieflicher Verbindung mit August Bebel stand, hat in seinen Briefen und in der Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich“ (1895) versucht, die von ihm und Marx entwickelte Revolutionstheorie mit der parlamentarischen Taktik der SPD zu vereinbaren.

Nach Engels hat die moderne Waffentechnik den Armeen der herrschenden Klassen ein solches technisches Übergewicht gegeben, daß die Erfolgsaussichten von Volksaufständen sich verringerten. Diese konnten nur noch dann erfolgreich sein, wenn die sozialistische Partei schon in der Vorbereitungszeit der Revolution breite Massen hinter sich bringen konnte. Gradmesser für das Voranschreiten dieses Rekrutierungsprozesses waren für Engels die Reichstagswahlen. Deshalb interessierte ihn auch immer nur die Stimmenzahl, nicht die — auf Grund einer reaktionären Wahlkreisgeometrie den Stimmen niemals völlig entsprechende — Zahl der Sitze¹⁷. Zugleich ließ Engels keinen Zweifel daran, daß er eine friedliche Machtergreifung durch die Sozialdemokratie für unmöglich hielt. Sie würde spätestens kurz vor dem Gewinn der parlamentarischen Majorität durch einen Staatsstreich der herrschenden Klassen verhindert werden, so daß dann die gewaltsame Revolution unausweichlich würde. Diese könnte trotz der Stärke der bewaffneten Macht des Klassenfeindes

16 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, Berlin 1966, S. 346, 415. — Dieter Fricke, Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890—1914), Dokumente und Materialien, Leipzig 1962, S. 110.

17 Engels an Julie Bebel, London, 12. März 1887, in: Friedrich Engels, Briefe an Bebel, Berlin 1958, S. 149—150, S. 149.

dann erfolgreich sein, wenn es bis dahin der Sozialdemokratie gelang, auch die Mehrheit der Wehrpflichtigen für sich zu gewinnen¹⁸.

Diese revolutionäre Spitze von Engels' Argumentation wurde schon bei der Drucklegung der Einleitung zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“ 1895 abgebogen — angeblich aus Furcht vor dem Staatsanwalt, vor allem aber, weil der Parteivorstand bereits jetzt Engels' Schlußfolgerungen nicht akzeptieren wollte. Für die Partei wurde im Laufe der nächsten Jahre das Sammeln von Stimmen immer weniger zum „Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse“ — wie Engels es gefordert hatte — als zu einer Art Selbstzweck, mit dem die nur halb eingestandene vage Hoffnung verbunden wurde, der Sozialismus werde sich auf parlamentarischem Wege durchsetzen lassen, sobald einmal im Reich das parlamentarische Regierungssystem eingeführt und in Preußen das Dreiklassenwahlrecht aufgehoben sei.

Dabei lagen die Nachteile der auf parlamentarische Taktik fixierten Politik der Partei auf der Hand. Wer in Deutschland, wo das Proletariat bei weitem nicht die Majorität der Bevölkerung ausmachte, parlamentarische Mehrheiten gewinnen wollte, konnte sich in seiner Agitation nicht nur an die Industriearbeiter wenden, sondern mußte sich auch um die Stimmen bäuerlicher und kleinbürgerlicher Schichten bemühen. Angesichts der Tatsache, daß Arbeiter ohnehin leichter zur Stimmabgabe für die SPD bewegt werden konnten, empfahl sich überdies eine besonders intensive Werbung unter den nichtproletarischen Wählern und eine Abstimmung der Argumentation auf deren Mentalitäten. Dieser Zielsetzung entsprach sogar eine innerparteiliche Wahlgeometrie: bei der Mandatsverteilung für die Parteitage wurden die ländlichen Wahlkreise, in denen die SPD nur relativ wenige Mitglieder und Wähler hatte, immer gegenüber den großen, mitglieder- und wählerstarken Industriezentren bevorzugt¹⁹.

Die wenig profilierte Wahlkampfargumentation führte dazu, daß den wachsenden Stimmzahlen keine intensive politische Qualifizierung der neugewonnenen Anhänger entsprach. Sie konnten wieder abfallen, wenn die Gegenseite zur ideologischen Offensive ansetzte und ihrerseits Mitläufer zu rekrutieren versuchte, zumal das wilhelminische System nach wie vor über die entscheidenden Instanzen der politischen Beeinflussung verfügte (Schule, Kirche, Militärdienst, chauvinistische Propaganda allgemein). Dies zeigte sich bei den Reichstagswahlen 1907: nachdem 1904 ein „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ gegründet worden war und die herrschenden Klassen einen nationalistischen Wahlkampf mit offen imperialistischer Argumentation geführt hatten, verlor die SPD fast die Hälfte ihrer Reichstagsmandate. Zwar gewann sie einen kleinen Stimmenzuwachs (der weit hinter den sozialdemokratischen Zunahmeraten bei früheren Wahlen zurückblieb), doch konnte dieser nicht darüber hin-

18 Steinberg, a.a.O., S. 68.

19 Carl E. Schorske, *German Social Democracy 1905—1917, The Development of the Great Schism*, Cambridge, Massachusetts 1955, S. 137—141.

wegtäuschen, daß es der Propaganda der Gegenseite gelungen war, viele potentielle SPD-Wähler wieder abzuwerben. Die sozialdemokratische Partei zog aus dieser Katastrophe nicht die Konsequenz, sich in Zukunft nicht nur — wie bisher — um die Stimmen labiler Wählerschichten zu bemühen, sondern vor allem mit gezielterer Argumentation auf eine politische Qualifizierung ihrer Wähler und damit auf eine Stabilisierung ihres Anhangs hinzuwirken — sie versuchte umgekehrt das verlorene Terrain dadurch wiederzugewinnen, daß sie der massenwirksamen chauvinistischen Propaganda des deutschen Imperialismus Zugeständnisse machte und eine Korrektur ihrer Haltung zur Kolonialfrage vorbereitete²⁰. Die Rücksicht auf schwankende Wählerstimmungen bestimmte auch ihr Verhalten in der Marokkokrise 1911: um nicht potentielle Wähler zu verschrecken, verzichtete sie auf wirkungsvolle Protestmaßnahmen gegen das imperialistische Kanonenboot-Abenteuer von Agadir²¹. Statt Wahlkampf und Parlamentstribüne als Instrumente politischer Massenerziehung einzusetzen — wie dies die Konzeption Friedrich Engels' vorgesehen hatte —, hatte sich die SPD zum Gefangenen ihrer eigenen parlamentarischen Taktik gemacht, indem sie ihr Verhalten von Massenmentalitäten abhängig machte, die nach wie vor nicht von ihrer Propaganda, sondern von der Manipulation des politischen Gegners geprägt waren. Der 4. August 1914 zeigte das Ergebnis dieser Entwicklung: Es muß angenommen werden, daß zu Beginn des 1. Weltkrieges die Führung der SPD nicht schneller ihre politische Position wechselte und ins Lager der imperialistischen Politik übergang als der Großteil ihrer Anhänger und potentiellen Wähler.

3. Die juristische Bedrohung der Partei

Neben der Parlamentarisierung kann ein zweiter dauernder Einfluß auf die Politik der SPD teilweise aus den Erfahrungen der Zeit des Sozialistengesetzes hergeleitet werden: die Furcht vor neuer Illegalisierung. Die Partei hatte unter dem Ausnahmegesetz zwar ihre Stimmzahl mehr als verdreifachen können, doch mußten ihre Funktionäre zugleich schwere persönliche Opfer in Kauf nehmen: neben Haftstrafen vor allem Ausweisungen infolge der Verhängung des Kleinen Belagerungszustandes über die wichtigsten Zentren der sozialdemokratischen Agitation. Viele aktive Mitglieder entzogen sich den Verfolgungen durch die Auswanderung nach Amerika.

Die Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion war daher unmittelbar nach dem Fall des Sozialistengesetzes darauf gerichtet, alles zu vermeiden, was zu einer neuen Illegalisierung führen konnte. So riet die Fraktion 1890 davon ab, den 1. Mai durch eine

²⁰ Hans-Christoph Schröder, Sozialismus und Imperialismus, Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der „Weltpolitik“ vor 1914, Teil I, Hannover 1968, S. 188.

²¹ Peter Netti, Rosa Luxemburg, 2. Aufl., Köln und Berlin 1968, S. 425; Schorske, a.a.O., S. 198—205.

allgemeine Arbeitsruhe zu feiern²². Bei den Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890 durchbrach die Partei ihr Prinzip der Stimmenthaltung bei Stichwahlen zwischen nichtsozialdemokratischen Kandidaten: die Verlängerung des Sozialistengesetzes war zwar am 25. Januar bereits abgelehnt worden, doch blieb es bis Ende September in Kraft, und der Parteivorstand befürchtete eine Revision des Ablehnungsbeschlusses, falls sich bei den neuen Wahlen eine ungünstige Mehrheit ergeben sollte. Deshalb wurde den sozialdemokratischen Wählern empfohlen, bei Stichwahlen sich für diejenigen bürgerlichen Kandidaten zu entscheiden, die sich verpflichtet hatten, gegen jedes neue Ausnahmegesetz zu votieren²³.

Offensichtlich kalkulierten die herrschenden Klassen die Furcht der SPD vor neuer Illegalisierung in ihre eigene Politik ein und versuchten Partei und Gewerkschaften von Zeit zu Zeit mit der Androhung neuer Repressionsgesetze („Umsturzvorlage“ 1894, „Zuchthausvorlage“ 1899) einzuschüchtern.

Aber auch das gemeine Recht bot Handhabungen genug. Im Sommer 1890 empfahl der deutsche Reichskanzler, die Staatsanwälte anzuweisen, Möglichkeiten der Anwendung der geltenden Strafgesetze gegen die Sozialdemokratie ausfindig zu machen. Zwischen 1890 und 1912 wurden Sozialdemokraten zu insgesamt 164 Jahren und 2 Monaten Zuchthaus, 1244 Jahren Gefängnis, 1 Jahr und 6 Monaten Festungshaft und 557 481 Mark Geldstrafe wegen politischer Delikte verurteilt²⁴.

Ein weiteres Instrument juristischer Repression waren die Vereinsgesetze. In mehreren Staaten (Preußen, Bayern, Sachsen, Hessen, Oldenburg und Braunschweig) bestand das „Verbindungsverbot“: lokale politische Vereine durften nicht organisatorisch miteinander in Kontakt treten. Diese noch aus den fünfziger Jahren stammenden Verbote wurden erst 1899 durch Reichsgesetz aufgehoben, zwangen bis dahin die Partei zu einer lockeren Organisationsform und wurden immer wieder zu juristischen Schikanen benutzt. So konnte 1895 der Berliner Polizeipräsident durch Verordnung die vorläufige Schließung der Wahlkreisvereine für die sechs Berliner Wahlkreise, mehrerer anderer sozialdemokratischer Organisationen sowie des Parteivorstandes anordnen. Die Funktionen des Vorstandes mußten daher bis 1897 von der Reichstagsfraktion wahrgenommen werden²⁵. Im Mai 1897 brachte das Preußische Staatsministerium im Landtag sogar eine Novelle zum Vereinsgesetz ein, die auf die völlige Aufhebung der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit abzielte²⁶. Sie wurde allerdings — ebenso wie die Umsturz- und die Zuchthausvorlage — abgelehnt. Nach der Jahrhundertwende gingen die strafrechtlichen Verfolgungen politischer Delikte zwar weiter, aber die Vorlagen von

22 Ritter, a.a.O., S. 81 f.

23 Ebenda, S. 80 f.

24 Fricke, a.a.O., S. 272.

25 Ebenda, S. 31 f.

26 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 470.

Repressionsgesetzen hörten auf, und das Vereinsrecht wurde liberalisiert. Es ist schwer auszumachen, ob die größere Rechtssicherheit die Anpassungsbereitschaft gegenüber der bestehenden Ordnung stärker förderte als die früheren ständigen Drohungen. (Selbst für das Sozialistengesetz besteht ja in der Forschung noch Uneinigkeit darüber, ob es zu stärkerer Radikalisierung oder zu einer partiellen Zählung der Arbeiterbewegung führte.) Andererseits ist für die Zeit nach 1900 unverkennbar, wie neben die Vorsicht gegenüber dem Staatsanwalt allmählich die Furcht vor den militärischen Machtmitteln des imperialistischen Staates trat. Angesichts der intensiven Kriegsvorbereitungen des Deutschen Reiches und des Wettrüstens mußte sich den Funktionären der Partei der Verdacht aufdrängen — von Bebel ist dies überliefert²⁷ —, daß die Partei in dem Moment keine Chance mehr hätte, in dem die gewaltigen Machtmittel des imperialistischen Staates voll gegen sie gekehrt würden, und daß eine solche Konfrontation verheerender wirken müßte als einst das Sozialistengesetz.

Vor diesem Hintergrund muß das übervorsichtige Lavieren von Parteivorstand und Gewerkschaften in der Frage des Massenstreiks 1905/06 und 1910 gesehen werden. Es handelte sich dabei wahrscheinlich nicht um den bornierten Organisationsfetischismus von Berufsfunktionären, die sich ihre Existenzgrundlage sichern wollten, indem sie für die Möglichkeit einer Rettung der „Organisation an sich“ alle politischen Alternativen opferten, die geeignet waren, die bestehende Ordnung, in der diese Organisation selbst verankert war, zu erschüttern. Das Sozialistengesetz hatte gezeigt, daß selbst die Illegalisierung die Organisation nicht beseitigen konnte; und die Terrormaßnahmen, mit denen den herrschenden Klassen im späteren 20. Jahrhundert zeitweilig die Vernichtung der Organisationen der Arbeiterklasse fast völlig gelingen sollte, waren selbst für den größten Pessimisten, der die Konfrontation der Sozialdemokratie mit dem imperialistischen Staat fürchtete, doch in diesem Ausmaß nicht vorstellbar.

Zweck der vorsichtigen Taktik von Parteivorstand und Gewerkschaften war vermutlich nicht einfach die Schonung der „Organisation“, sondern die Aufrechterhaltung der Aufgabenstellung der Arbeiterbewegung, wie sie sich seit dem Ende des Sozialistengesetzes herausgebildet hatte: die erfolgreiche Verwaltung der Tageskämpfe des Proletariats und das Sammeln von Parlamentsmandaten mit der Aussicht, damit auf eine in den Einzelheiten allerdings noch ungeklärte Weise an die Macht zu kommen. Auf diese beiden Ziele war die Organisation selbst zugeschnitten. Ihre Zerschlagung durch die Konfrontation mit der Staatsmacht sollte nicht deshalb vermieden werden, weil es galt, Partei und Gewerkschaften als Selbstzweck zu erhalten, sondern weil eine Reduzierung oder qualitative Veränderung der Organisation die Erfüllung dieser beiden Aufgaben erschweren oder sogar verhindern würde.

27 Nettl., a.a.O., S. 505.

Eine Kritik an der vorsichtigen Taktik der SPD vor 1914 wird deshalb nicht abstrakt an ihrem „Organisationsfetischismus“ ansetzen müssen, sondern an ihrer begrenzten und isolierten Zielsetzung.

4. Die begrenzten Arbeitsmöglichkeiten der SPD und ihre Auswirkungen auf die innerparteiliche Differenzierung nach dem Vorstoß Bernsteins

Zur Entwicklung divergierender theoretischer und praktischer Richtungen in der deutschen Sozialdemokratie, die nach der Veröffentlichung von Bernsteins Artikelfolge „Probleme des Sozialismus“ (1896—1898) sichtbar wurde und etwa seit 1910 zu einer Aufspaltung in „Revisionisten“, „marxistisches Zentrum“ und „linke Radikale“ führte, trugen die höchst verschiedenartigen Arbeitsbedingungen der einzelnen Teile der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914 wesentlich bei.

Partei und Gewerkschaften konnten auf lokaler und regionaler Ebene große Erfolge erzielen: durch die Tätigkeit der örtlichen Gewerkschaftskartelle, der Arbeitersekretariate, in Gemeindevertretungen, teilweise — durch politische Tauschgeschäfte anlässlich von Budgetbewilligungen — auch in den süddeutschen Landtagen. Hier war die durch reformistische Praxis erkämpfte und behauptete Basis der Stärke der Partei.

Anders war es auf der Reichsebene: trotz zunehmender Parlamentsmandate blieb die Partei hier ohnmächtig. Im für die Reichspolitik wichtigsten Land, Preußen, gab es noch nicht einmal das allgemeine Wahlrecht.

Auf die Tatsache, daß die Erfolge der SPD vor allem durch reformistische Praxis erzielt worden waren — selbst das politisch folgenlose Sammeln von Reichstagsmandaten war ja seit Engels' Tod nicht mehr durch eine revolutionäre Theorie abgedeckt —, stützte Bernstein seine Vorschläge zur Reform der Parteitheorie. Er stellte fest, daß diese reformistische Praxis nicht mehr der revolutionären, von Marx und Engels übernommenen Theorie entsprach, und forderte, die Theorie der Partei müsse der Reformtätigkeit angeglichen, sie müsse ebenfalls reformistisch werden. Ziel dieser Korrektur war, der Partei größere Bewegungsfreiheit zu verschaffen, da sie dann nicht mehr durch marxistische „Dogmen“ eingeschränkt sei.

Mit diesen Thesen war Bernstein um die Jahrhundertwende relativ isoliert. Vor allem blieb die positive Resonanz bei denjenigen sozialdemokratischen Politikern aus, an deren Verhalten er seine Vorschläge orientiert hatte: bei den „praktischen Revisionisten“: den Gewerkschaftsfunktionären und süddeutschen Landtagsabgeordneten, die schon reformistische Politik getrieben hatten, ehe Bernstein laut davon sprach. Sie waren durch seine Eskapade eher peinlich berührt: Zwar stimmten sie mit Bernsteins Befund, daß in der SPD Theorie und Praxis auseinanderklafften, überein, aber sie waren zugleich an solchen theoretischen Überlegungen grundsätzlich uninteressiert. Sie hatten in ihrer praktischen Arbeit als Gewerk-

schafter und Parlamentarier erkannt, daß man eine reformistische Praxis durchführen kann, auch wenn die Theorie offiziell noch revolutionär ist. Im Unterschied zu dem „theoretischen“ Revisionisten Bernstein waren diese Praktiker der Ansicht, daß die „Dogmen“ kein Hemmschuh für die praktische Arbeit zu sein brauchten. Sie nahmen das Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis hin, da dadurch die Praxis nicht behindert wurde. Im Gegenteil: Bernsteins Insistieren auf einer Diskussion über die Parteitheorie wurde von ihnen sogar als störend empfunden, da sie ihre eigene Arbeit lästigen Angriffen von links aussetzen und zu innerparteilichen Flügelbildungen führen konnte, an denen ihnen nicht gelegen war. Für die marxistische „Orthodoxie“, die Bernstein angriff, standen im allgemeinen Bewußtsein der Partei Kautsky und — als praktischer Politiker — Bebel, insgesamt die Mitglieder jener Gruppe, die sich nach 1910 als „marxistisches Zentrum“ herausdifferenzierte. Für sie war die bisherige Taktik der Partei — im Gegensatz zu Bernsteins Behauptung — nicht reformistisch, sondern durchaus revolutionär. In der Auseinandersetzung mit Bernstein wurde von diesen Zentristen das Schlagwort von der „alten, sieggekrönten Taktik“ geprägt, die es gegen den Reformismus zu verteidigen gelte. Zur Gruppe der „orthodoxen“ Marxisten um den Parteivorstand gehörte Bebel bis zu seinem Tod, Kautsky — trotz einiger Differenzen mit dem Vorstand 1909 — während der ganzen Zeit der II. Internationale, aber auch Rosa Luxemburg bis zur ersten Massenstreikdebatte 1904/05 und Mehring bis etwa 1911.

Der verbale Radikalismus dieser Theoretiker und Politiker war Ausdruck ihrer Stellung in der Partei: auf zentraler Ebene tätig — im Reichstag oder als Publizisten in den wenigen und an Massenwirksamkeit schwachen zentralen Organen der Partei — befanden sie sich in der Nähe des scheinbaren Machtzentrums der Partei und waren doch tatsächlich weit von der Ebene entfernt, auf der in der SPD dieser Jahre allein stabile innerparteiliche Macht erworben werden konnte: in der lokalen und regionalen Arbeit der Gewerkschafter, Arbeitersekretäre, sozialdemokratischen Gemeindevertreter und Landtagsabgeordneten²⁸. Das politische Gegenüber dieser „Orthodoxen“ war nicht der örtliche Unternehmer oder die lokale oder regionale Vertretung der Staatsgewalt, sondern die Spitze des imperialistischen wilhelminischen Systems, das selbst Revisionisten keine Teilhabe an ihrer Macht erlaubte und alle Annäherungsversuche rechter Sozialdemokraten bis 1914 schroff zurückwies: Als 1912 Philipp Scheidemann — einem alten Rat Bernsteins folgend — für den Posten des Reichstagsvizepräsidenten kandidierte, wurde seine Wahl durch das Zusammenspiel von Kanzler, Kaiser und bürgerlicher Reichstagsmajorität verhindert.

²⁸ Eine Ausnahme innerhalb der Vorstandsgruppe war der Bayer Ignaz Auer, dessen politische Position mit derjenigen der „praktischen Revisionisten“ übereinstimmte und der den Hauptteil der technischen Vorstandsarbeit erledigte. Vgl. Steinberg, a.a.O., S. 111—124.

Die Ohnmacht der Parteispitze gegenüber dem imperialistischen deutschen Staat, der damals einer Oppositionspartei nicht einmal die Arbeitsmöglichkeiten gestattete, die es in einer demokratischen Republik gab, war eine der Ursachen für die verbale Radikalität dieser scheinbar „orthodoxen“ Gruppe. In den Auseinandersetzungen um den Eintritt Millerands in ein bürgerliches Kabinett in Frankreich wies Jaurès darauf hin, daß die Vertreter der deutschen Partei in der Internationale gut ein solches Verhalten schulmeisterlich aburteilen könnten, solange es für sie auf Grund der Verfassungskonstruktion des Deutschen Reiches überhaupt nicht die Möglichkeit zu revisionistischen Experimenten großen Stils auf zentraler Ebene gebe. Tatsächlich konnte die Bewährungsprobe für den offiziellen Radikalismus der Repräsentanten der SPD erst in dem Moment kommen, als der preußisch-deutsche Klassenstaat selbst das zeitweilige Bündnis mit der Arbeiterbewegung suchte. Daß im 1. Weltkrieg nicht nur Revisionisten und „zentristische“ Marxisten, sondern auch Vertreter der „radikalen Linken“ (wie Konrad Haenisch und Paul Lensch) dieser Versuchung nicht widerstanden, bestärkt den Verdacht, daß ein Teil des Vorkriegsradikalismus nur ein Radikalismus wider Willen war.

Ähnlich ohnmächtig wie gegenüber dem preußisch-deutschen Staat waren die „Zentristen“ gegenüber dem revisionistischen Flügel der Partei. Sie bekamen es immer wieder zu spüren, daß sie die offiziellen Repräsentanten einer Partei waren, deren Stärke auf der Arbeit einer ganz anderen Gruppierung beruhte. Bebel mußte nach 1905 in dem Maße dem rechten Parteiflügel Konzessionen machen, in dem diese innerparteilichen Machtverhältnisse stärker hervortraten. Auch vorher schon, kurz nach dem ersten Revisionsversuch Bernsteins, wäre es für die Gruppe um Kautsky und Bebel unmöglich gewesen, sich von der revisionistischen Richtung etwa durch Ausschluß zu trennen. Den einen Bernstein hätte man ausschließen können, nicht aber die Praxis, auf die er sich berief. Dies zeigte sich bereits kurz nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, also lange vor Bernsteins Vorstößen: im Juli 1891 hatte Georg v. Vollmar, der führende Politiker der bayerischen Sozialdemokratie, in zwei Reden in München ein offen reformistisches Konzept vorgelegt. Auf dem Erfurter Parteitag 1891 wurde er trotz aller tiefgehenden Gegensätze doch viel vorsichtiger behandelt als die unerhebliche Linksopposition der „Jungen“, die aus der Partei hinausgedrängt wurden²⁹. Vollmar

29 Zu den „Jungen“ vgl. den Aufsatz von Hans Manfred Bock in diesem Heft, S. 22. Diese Gruppierung scheiterte nicht wegen etwaiger bürokratischer Unterdrückungsmaßnahmen des Vorstands (wie einige ihrer Wortführer sie gern unterstellten): Bebel sicherte sich auf einer innerparteilichen Agitationsreise die Akklamation der überwiegenden Mehrheit der Parteigenossen gerade in den Zentren der Bewegung der „Jungen“ auf großen Massenversammlungen. Zum Parteitag 1890 konnten die „Jungen“ nur einen einzigen Vertreter entsenden.

Die theoretische und quantitative Geringfügigkeit der „Jungen“ hat nicht verhindert, daß sie von Teilen der antiautoritären Studentenbewegung

konnte seine Gegner sogar durch die Drohung in Schach halten, er werde sich aus der Politik zurückziehen, falls man gegen ihn beschließe, denn er wußte, daß die Partei dies nicht riskieren konnte: Vollmar hatte in der Vergangenheit sehr erfolgreich selbst in den rückständigen Gebieten Bayerns agitiert, indem er geschickt auf die Bedürfnisse der Kleinbauern einging. Sein Ausschluß aus der Partei oder auch nur seine Bruskierung hätte zugleich bedeutet, daß die SPD auf durch reformistische Taktik neugewonnenes Terrain verzichtet hätte.

Der nach der Jahrhundertwende zunehmenden innerparteilichen Schwäche der Gruppe Bebel-Kautsky entsprach die Einflußlosigkeit der zentralen Parteiorgane, die der politischen Schulung der Mitglieder hätten dienen können. Die von Kautsky redigierte „Neue Zeit“ hatte keine Massenresonanz in der SPD. Die Farblosigkeit des „Vorwärts“ wurde bereits auf dem Parteitag von 1896 offen kritisiert. Die 1906 gegründete Parteischule war zwar Angriffen der Revisionisten ausgesetzt, konnte aber wegen ihrer geringen Schülerzahl keine Breitenwirkung haben. Ihr politischer Lehrerfolg war sehr unterschiedlich: sie wurde sowohl von Wilhelm Pieck als auch von dem späteren rechtssozialdemokratischen Gewerkschafter Fritz Tarnow absolviert.

Bebel blieb die beherrschende Figur der Parteitage, doch auch diese waren keineswegs zentrale Machtinstrumente. Es muß angenommen werden, daß dieselben Delegierten, die auf dem Parteitag in Dresden Bebels antirevisionistischer Grundsatzrede akklamierten, nach der Rückkehr in ihre politische Alltagspraxis dieselben reformistischen Methoden fortsetzten, die sie in Dresden verdammt hatten.

Die innerparteiliche Schwäche der Position Kautskys und des alten (bis etwa 1905) Parteivorstands um Bebel und ihre Ohnmacht gegenüber den zentralen Machtinstrumenten des preußisch-deutschen Staates spiegelt sich in ihrer theoretischen und praktischen Indolenz. Nach der Jahrhundertwende gab es bald kein zentrales politisches Problem mehr, zu dem die offizielle Spitze der Partei eine klare Position bezogen hätte. Dies gilt besonders für das Problem von Krieg und Frieden, des Imperialismus und des Staats:

Zwischen 1900 und 1914 beschäftigten sich in Frankreich Revisionisten (Jaurès) und linke Radikale (Hervé), in Deutschland Vertreter des linken Flügels (Karl Liebknecht) mit dem Problem des Krieges und erwogen eine Generalstreiktaktik zur Verhinderung des Kriegsausbruchs. Für Bebel war dies nicht viel mehr als Symptompfuschei. Bei ihm findet sich immer wieder die zugleich „korrekt“ marxisti-

aktualisiert wurden. Mit der Rezeption dieser Revolte als einer scheinbar immer wieder aktuellen Position des „radikalen Klassenkampfes“ gewann gleichzeitig Lenins Schrift „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ (1920) insofern in der Diskussion neue Aktualität, als seine Kritik durchaus rückbezogen die „Jungen“ in der SPD von 1890—1892 trifft und als sie auch für wesentliche Teile der studentischen Rebellionsbewegung der Jahre 1966—1969 und deren Ausläufer in Teilen der heutigen Studentenbewegung ihre Gültigkeit behaupten kann.

stische und fatalistische Position, der Krieg gehöre wesensnotwendig zum Kapitalismus und werde deshalb erst mit diesem verschwinden. In der Frage des Imperialismus beschränkte sich die Kritik der SPD weithin auf übernommene linksliberale Rentabilitäts- und humanitäre Erwägungen, bevor die Wahlniederlage von 1907 dem Anpassungskurs von rechten Sozialdemokraten wie Noske Raum gab. Bis dahin hatten sich Bernsteins und Kautskys Positionen in diesem Punkt nur dadurch unterschieden, daß Kautsky im Unterschied zu Bernsteins Betonung der angeblichen zivilisatorischen Mission der Kolonialpolitik auf prinzipieller Negation des Kolonialismus beharrte, ohne zeigen zu können, wie sich diese praktisch auswirken solle³⁰. In der Staatsfrage war die Verwirrung noch größer: aus strafrechtlichen Gründen konnte die Partei in ihrem Erfurter Programm (1891) nicht die Erkämpfung der demokratischen Republik als einer historischen Etappe offiziell zum politischen Ziel erklären. Tatsächlich aber herrschte darüber in der SPD ohnehin Unklarheit. Als Kautsky 1909 in seinem Buch „Der Weg zur Macht“ die demokratische Republik als eine der Voraussetzungen für die Schaffung des Sozialismus interpretierte, war dies dem Vorstand noch zu radikal, da hier die bestehende Staatsform zu offen in Frage gestellt war. Ebenso scheiterte Rosa Luxemburg 1910 innerhalb der Partei, als sie für die Demonstrationswelle über das preußische Wahlrecht die Losung der Erkämpfung der „Republik“ ausgab. Da das Problem der demokratischen Republik niemals kritisch zu Ende diskutiert wurde, wurde die Diktatur des Proletariats nicht einmal anvisiert. Konsequenz dieser politischen Kurzsichtigkeit war, daß 1918, als das Problem der Diktatur des Proletariats historisch auf der Tagesordnung stand, die Parteimehrheit nicht über die von ihr vorher niemals theoretisch durchschaute Ideologie der demokratischen Republik hinausgelangte.

Wenn in der Zeit der II. Internationale der von Kautsky vertretene „offizielle“ Marxismus zwar die historisch-materialistische Methode quantitativ auf immer neue Arbeitsgebiete ausdehnte, aber keine qualitative Weiterentwicklung der marxistischen Theorie brachte, so entsprach dies der innerparteilichen Zielsetzung: für die begrenzten Aufgaben, die sich die Partei gesetzt hatte, bedurfte sie keiner aktualisierten marxistischen Theorie.

Die Frage, hinter welcher der beiden Gruppen — praktische Reformisten vom Schlage Auers und Legiens oder Protagonisten des offiziellen Marxismus (Kautsky, Bebel) — das Gros der Partei stand, wird sich nicht eindeutig beantworten lassen. Da beide Richtungen einander nicht im Wege standen, stellte sich dieses Problem nicht. Überdies erhoben die Praktiker des Revisionismus im Unterschied zu Bernstein niemals einen theoretischen Anspruch, so daß die Massen der Partei sich wahrscheinlich subjektiv ehrlich für Marxisten der Richtung Kautsky-Bebel halten mochten. Der Erziehungseffekt, der durch eine zumindest partielle Rezeption des Marxismus in der

30 Schröder, a.a.O., S. 137 f.; 183—198.

Partei bewirkt wurde, ist zweifellos eine wesentliche Voraussetzung der Revolutionsbereitschaft relevanter Teile des deutschen Proletariats am Ende des 1. Weltkriegs und stellt einen nicht unbedeutenden Beitrag der Vorkriegssozialdemokratie zur Revolution von 1918 dar³¹. Andererseits ist es jedoch abwegig, den „Kautskyanismus“ oder „Vulgärmarxismus“ zur „Integrationsideologie“ der Partei vor 1914 zu erklären³². Was die Partei zusammenhielt, war nicht der „Kautskyanismus“, sondern die tägliche Praxis der Lohn- und sonstigen Tageskämpfe, die reformistische Praxis, auf die die Organisation der Partei zugeschnitten war und die den Arbeitern tatsächlich einen materiellen und intellektuellen Anteil an den Produkten der zeitgenössischen bürgerlichen Zivilisation und Kultur sicherte, wie er ohne die Tätigkeit der Arbeiterbewegung nicht denkbar war: allmählich reduzierte Arbeitszeit, zeitweilig steigende Löhne, Unfallschutz, Sozialgesetzgebung; hinzu kamen all die Nebenerträge der „Arbeiterbewegung als Emanzipations- und Kulturbewegung“³³: Konsumvereine, Gewerkschaftsbibliotheken, Bildungsmöglichkeiten in parteinahen Institutionen (Kurse, in Berlin die „Freien Volksbühnen“), Parteipresse, Broschüren und Bücher aus parteieigenen Verlagen, dazu Formen der Geselligkeit, zu denen das Kleinbürgertum im eigenen Kreis gewöhnlich keine Sozialdemokraten zuließ, kurz: jene sozialdemokratische „Subkultur“, die nachweislich weniger eine Instanz der Vermittlung marxistischer Theorie als von Elementen bürgerlicher „Bildung“ an größere Arbeitermassen war³⁴. Die Vorkriegs-SPD hatte — dies lag im Rahmen ihrer allgemeinen theoretischen Indolenz — niemals die Notwendigkeit umwälzender Praxis in den Disziplinen des ideologischen Überbaus erwogen (sieht man von einigen Vorstößen etwa Franz Mehrings ab, der hier in den letzten Jahren vor 1914 jedoch ebenfalls zunehmend zurücksteckte). Die bürgerlichen Bildungselemente, die durch die sozialdemokratische „Subkultur“ vermittelt wurden, wurden also nicht in irgendeiner Weise „sozialdemokratisch“ politisiert, sondern weithin kritiklos rezipiert. Hierin unterschied sich zweifellos der ideologische Zustand der Mehrheit derjenigen sozialdemokratischen Arbeiter, die an dieser „Subkultur“ intensiv partizipierten, zumindest graduell vom „Kautskyanismus“, der in der von Matthias behaupteten Reinform nur eine Spezialideologie einer kleinen Gruppe um den Parteivorstand gewesen sein dürfte.

Als politische quantité négligeable innerhalb der Vorkriegssozialdemokratie müssen jene vereinzelt linkssozialistischen Intellek-

31 Wolfgang Abendroth, *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse. Frankfurt/Main 1964, S. 51 f.

32 Matthias, a.a.O.

33 Ritter, a.a.O., S. 218—227.

34 Günther Roth, *The Social Democrats in Imperial Germany, A Study in Working-Class Isolation and National Integration*, Totowa, New Jersey 1963, S. 226 f.

tuellen betrachtet werden, die später zur Gründungsgruppe des Spartakusbundes gehörten: Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin. Einen relevanten „linken Flügel“ der Partei vermochten sie nicht zu bilden. Ihre Prominenz bereits in der Vorkriegssozialdemokratie verdankten sie meist nicht so sehr ihrer linksoppositionellen Profilierung wie anderen Aktivitäten, die weitgehend im Rahmen der herkömmlichen Parteiarbeit von Intellektuellen blieben: Franz Mehring war — lange Zeit durchaus vorstandskonformer — Leitartikler der „Neuen Zeit“, Rosa Luxemburg Spezialistin für Fragen der polnischen Arbeiterbewegung, Journalistin und — wie Mehring — Lehrerin an der Parteischule; Clara Zetkin redigierte die „Gleichheit“ und arbeitete in der sozialistischen Frauenbewegung; Karl Liebknecht kam ohnehin erst relativ spät in die aktive Politik und widmete sich der sozialistischen Jugendbewegung.

Zu einer gemeinsamen politischen Position fanden diese „Oppositionellen“ nicht vor 1913/14. Vorher kann man sie keineswegs als eine geschlossene „Gruppe“ bezeichnen. Allerdings gab es eine Einschätzung der bisherigen und der anzustrebenden Parteitaktik, die von den Positionen der Revisionisten und der Vorstandsgruppe abwich und vielleicht zuerst von Parvus formuliert wurde. In dieser Position trafen sich nach und nach die späteren intellektuellen Mitglieder der Spartakusgruppe (Rosa Luxemburg etwa seit der Massenstreikdebatte, Mehring ab 1911): Sie stimmten mit Bernstein darin überein, daß die gegenwärtige Praxis der Partei nicht mehr revolutionär sei. Im Gegensatz zu ihm forderten sie, daß die Praxis der Partei ihrer revolutionären Theorie angepaßt werden müsse.

Vor 1914 waren Luxemburg, Liebknecht, Mehring und Zetkin nicht nur deshalb unfähig, ihre Position innerhalb der Partei zur Geltung zu bringen, weil sie sie erst spät entwickelten und erst kurz vor Kriegsbeginn stetig zusammenarbeiteten, sondern weil ihr Arbeitsgebiet innerhalb der Partei ihnen wenig dauernden Einfluß sichern konnte: auch sie waren an der beständigen organisatorischen und reformerischen Praxis der SPD nicht beteiligt. Liebknechts Jugend- und Zetkins Frauenarbeit waren dafür kein voller Ersatz. Aus diesem Grund hätten sie zu einer Parteispaltung selbst dann keine Handhabe besessen, wenn sie sich früher gemeinsam politisch artikuliert hätten. Das gleiche gilt für eine Sezession: ohne Massenanhang konnten diese Intellektuellen nur in der SPD arbeiten und hätten in einer Zeit relativer politischer Ruhe — anders als später im 1. Weltkrieg — außerhalb der Partei sehr schnell alle politischen Wirkungsmöglichkeiten verloren.

Allerdings wäre es irrig, in Liebknecht, Luxemburg, Mehring und Zetkin die relevantesten — oder etwa sogar die einzigen — Vertreter eines konsequenten und kämpferischen Linkssozialismus in der Vorkriegs-SPD zu sehen. Während der Massenstreikdebatten wurde die Kampfbereitschaft und revolutionäre Entschlossenheit der radikalen Industriearbeiter einiger Wahlkreise sichtbar, die sich ständig mit

ihren regionalen revisionistischen Vorständen herumschlügen und teilweise seit 1918 Hochburgen des Spartakus und der KPD wurden. Sie gehörten zu dem revolutionären Potential, das die Novemberrevolution trug. Erstaunlicherweise hatten die linksozialistischen Intellektuellen der Partei wie Rosa Luxemburg vor 1914 keinen festen und kontinuierlichen Kontakt zu diesen radikalen Parteieinheiten. Eine Ausnahme machte lediglich Clara Zetkin, die in enger Verbindung mit den Stuttgarter Organisationen blieb, welche — zusammen mit anderen sozialdemokratischen Gruppen in Württemberg — denn auch zu den ersten gehörten, die sich kompromißlos von der Burgfriedenspolitik trennten. Eine enge Zusammenarbeit der ansonsten isolierten linksradikalen Parteintelktuellen mit den Wahlkreisen, in denen eine aktivistische Industriearbeiterschaft zu einem strikt antirevisionistischen Kurs bereit war und die nachgerade geographisch feststanden (u. a. einzelne Berliner Wahlkreise, zeitweise Niederbarnim, Bremen, Teile des Niederrheingebiets³⁵, ca. 1910 bis 1913 Dortmund, Stuttgart, Cannstadt, Göppingen, Frankfurt/M., Halle), hätte entweder eine rasche Parteispaltung 1914, zumindest aber schon vorher eine intensive Fraktionierung herbeiführen können. Diese hätte eine kraftvollere Opposition gegen den Krieg sowie ein organisierteres Auftreten und politisch-theoretisch besser geschulte Positionen von Teilen des revolutionären Proletariats 1918/19 — nach der endgültigen Spaltung — ermöglicht.

Daß die linke intellektuelle Opposition einerseits diese Chance nicht wahrnahm und andererseits sich selbst so spät gruppierte, zeigt zugleich ihre Ratlosigkeit gegenüber der Problematik der Funktion sozialistischer Intelligenz in einer sozialistischen Partei. Lenin hatte in „Was tun?“ dieser Intelligenz ihre Aufgabe zugewiesen: Entwicklung des trade-unionistischen Bewußtseins der Massen zu neuer politischer Qualität, Hineintragen der revolutionären Theorie in die Arbeiterklasse, beides innerhalb einer neuen Organisationsstruktur, die dieser Zielsetzung angemessen sei. Rosa Luxemburg, die zu den wenigen Sozialdemokraten gehörte, die überhaupt noch theoretische Anstöße von anderen Parteien der II. Internationale zur Kenntnis nahmen, hat diese Vorschläge Lenins zurückgewiesen. Für sie konnte sich revolutionäres Bewußtsein nur in den Massenaktionen entwickeln, zu denen sie in den Streikdebatten aufrief, wobei sie übersah, daß der allgemeinen Mobilisierung, die sie forderte, sowohl die Organisationsstruktur als auch die bisherige Zielsetzung der SPD, der die Parteiform angepaßt war, widersprach. Die Leninsche Parteitheorie war ihrerseits nicht auf die Gesamtheit der deutschen Partei

35 Schorske, a.a.O., S. 129. Die Gründe für den besonderen politischen Charakter dieser Sozialdemokratischen Wahlkreisvereine sind noch nicht aufgedeckt. Ihre Untersuchung ist deshalb notwendig, weil sie die Entwicklungsbedingungen revolutionärer Positionen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914 sichtbar machen kann, die dazu führten, daß dieselbe Partei, die verantwortlich zu machen ist für das Scheitern der Revolution von 1918, zugleich eine der Hauptvoraussetzungen dieser Revolution war.

anwendbar, sondern nur auf den Teil, der sich zur Fraktionierungsarbeit eignete. Luxemburgs Tagesaktivitäten aber waren immer noch auf die Gesamtpartei und auf die Parteilosen abgestimmt. Lenins Parteikonzept hielt sie in ihrer Schrift „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ gerade die Arbeitsweise der SPD entgegen. Dieses Mißverständnis zeigt, wie sehr die quantitativ winzige „linksradikale“ Parteintelligenz selbst noch in den Vorstellungen der Vorkriegs-SPD verhaftet war, und markiert ihren Anteil am Scheitern der Revolution von 1918.

5. Das Scheinproblem der Bürokratie

Die bereits mit Robert Michels einsetzende Kritik an der sogenannten Bürokratisierung der Vorkriegs-SPD als einer Quelle des Revisionismus verwechselt Ursache mit Wirkung und widerspricht der Chronologie. Die Bürokratie der SPD war keine Voraussetzung ihres Rechtskurses, sondern wurde erst etabliert, nachdem dieser sich in der Partei durchgesetzt hatte. Die organisatorische Straffung war von den Linken innerhalb der Partei gefordert worden. Daß die verstärkte Organisation in ihren Auswirkungen dann gegen links ausschlug und zum Instrument des Revisionismus wurde, folgt nicht etwa automatisch aus der veränderten Leitungsstruktur der SPD, sondern entsprach den innerparteilichen Machtverhältnissen, die sie in der Folgezeit allerdings noch entscheidend stabilisieren half.

Die SPD der neunziger Jahre und der Jahrhundertwende besaß noch keinerlei „Bürokratie“, dies verhinderten schon das Verbindungsverbot und die ständige juristische Bedrohung. Die Parteiorganisation beruhte auf einem System von Vertrauensleuten, die Funktionen des Vorstands konnten jederzeit, falls dieser illegalisiert werden sollte, von der Reichstagsfraktion wahrgenommen werden. Dieser Vorstand, der überhaupt keinen Apparat besaß³⁶, wäre allein technisch nicht in der Lage gewesen, die Partei reformistisch zu durchdringen, abgesehen davon, daß die zumindest verbalradikale Mentalität seiner Mehrheit dies ohnehin völlig ausschloß. Administrative Eingriffe der zentralen Instanzen — soweit sie überhaupt erfolgten — zielten mindestens ebensooft gegen die Parteirechte wie die Parteilinke (wobei noch zu beachten ist, daß selbst nach dem Vorstoß Bernsteins diese Richtungen sich erst sehr langsam profilieren und zumindest die Linke niemals einen festen „Flügel“ bildete). So wurden 1905 sechs revisionistische Redakteure des „Vorwärts“ durch Parteivorstand und Berliner Preßkommission aus der Redaktion entfernt.

Die Vertrauensleute und lokalen sozialdemokratischen Funktionsträger dieser Zeit können ebensowenig wie der zentrale Vorstand als

36 „When Ebert came to Berlin 1906 to take up his new duties in the executive he was shocked by the unbusiness-like conditions of the office. The little establishment boasted neither telephone nor typewriter. The old comrades, still living in the memories of Bismarckian days, burned all incoming letters and made no copies of outgoing ones.“ Ebenda, S. 124.

„Bürokratie“ bezeichnet werden. Sie übten ihre Tätigkeit unentgeltlich und nebenberuflich aus. Allerdings nahm der Revisionismus in der SPD nicht von der Zentrale, sondern von der Basis der Partei und in der Provinz seinen Ausgang: die sozialdemokratischen Gemeindevertreter und Arbeitersekretäre, die lokal arbeitenden Gewerkschafter und die Abgeordneten süddeutscher Landtage gerieten eher als die Redakteure der zentralen Organe und die Mitglieder des Parteivorstands in Situationen, in denen sie Augenblicksvorteile allgemeineren Prinzipien vorziehen mochten; sie agitierten zugleich oft in einer Umgebung, in der erste Erfolge nur durch verbale Zugeständnisse erreichbar schienen.

Dennoch wäre es falsch, die Bedeutung dieser Schicht von Partei- „funktionären“ nur nach ihrer Wichtigkeit für die Entstehung des Revisionismus zu beurteilen: zugleich waren sie es, die — vielleicht oft wegen ihrer Bereitschaft zur Anpassung — politisches Klassenbewußtsein bei Massen von Arbeitern weckten, die bis dahin von sozialdemokratischer Agitation völlig unberührt, unpolitisch oder ausschließlich von den klerikalischen, nationalistischen und militaristischen Ideologien des herrschenden Systems beeinflußt waren. Vollmars Bauernagitation gibt ein Beispiel dafür, wie gerade Revisionisten sich auf rückständige Mentalitäten so gut einstellen konnten (vielleicht unter solchen Arbeitsbedingungen erst zu Revisionisten wurden), daß sie der Partei ganze neue Bezirke erschlossen. Auch in den politisch belebteren Industriezentren gewannen eben die revisionistischen Gewerkschaftsführer durch ihr Verhalten in Lohnkämpfen und bei Verhandlungen mit den Unternehmern neue Anhänger für Partei und Gewerkschaften aus den Reihen von Arbeitern, die bis dahin noch kaum politisch waren. So entstand der Revisionismus nicht etwa als schichtspezifische Ideologie einer bestimmten Kategorie von Arbeiterführern, sondern an den Reibungsflächen zwischen den — zumeist gerade besonders vorgeschobenen — Positionen der Arbeiterbewegung und dem herrschenden gesellschaftlichen und politischen System.

Der Vorstand hatte bis 1905 so wenig technische Kontrolle über die Arbeit der Reformisten an der Basis und in der Provinz, daß gerade die Linken eine Stärkung seiner technischen Möglichkeiten zur Disziplinierung revisionistischer Eskapaden forderten. Der Parteitag von Jena 1905, auf dem auch eine halbwegs radikale Massenstreikresolution gefaßt worden war, verabschiedete ein neues Organisationsstatut, das die Exekutive der Partei vergrößerte, vor allem den zentralen Stab durch die Anstellung von Parteibeamten mit nur technischen, also nicht politischen Funktionen („Sekretäre“) stärkte und die Etablierung bezahlter, vom Vorstand eingesetzter Sekretäre auf Bezirks- und lokaler Ebene ermöglichte. In die zentralen technischen Organe wurden Funktionäre bestellt, die — wie Friedrich Ebert — als unpolitisch galten, weil damit die Neutralität dieser Instanzen in den innerparteilichen Auseinandersetzungen garantiert schien. Damit aber zogen nun gerade Vertreter jener Schicht von Partei- und Gewerkschaftsaktivisten in diese wichtigsten Institutio-

nen ein, die bis dahin schon — nach außen weithin unbemerkt und im Schatten eines verbalradikalen Vorstands — auf lokaler und regionaler Ebene und in den Gewerkschaften die relevante Politik der Partei gemacht hatte. Mit dieser neuen Exekutive wurde die reformistische Durchdringung der Partei in kurzer Zeit auch endlich in den zentralen Instanzen sichtbar (gleichsam „offiziell“) und damit zugleich weiter vorangetrieben. Der Zentrale gelang es sehr schnell, die neugeschaffenen Bezirks- und lokalen Leitungen in ihrem Sinne zu besetzen. Ihrem politischen Kurs entsprachen zeitweilig sogar die lokalen Parteispitzen einiger weniger radikaler Zentren, deren Delegierte 1913 gegen Rosa Luxemburgs Massenstreikresolution stimmten³⁷. (Daß dieser Einfluß nicht von Dauer war, also auch 1913 offensichtlich nicht sehr tief griff, zeigt andererseits die radikale Politik von einzelnen dieser Bezirke wenige Jahre später.)

Bei alledem handelte es sich nicht um die Machtergreifung einer Clique und um bürokratische Eigengesetzlichkeiten, sondern um den organisatorischen Ausdruck des politischen Charakters, den die Partei inzwischen angenommen hatte. Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins Konzept einer zentralisierten Kaderpartei wurde durch die deutsche Entwicklung nicht verifiziert: der in der deutschen Partei weithin schon längst überwiegende, gerade auf lokaler und regionaler Ebene großgewordene Reformismus schuf sich eine „Bürokratie“, die seinen Zwecken entsprach, ebenso wie andererseits jede revolutionäre Partei sich immer wieder eine zentralisierte Organisation schaffen mußte, die ebenso revolutionär ist wie ihre Politik.

37 Ebenda, S. 143—145.

Hans Manfred Bock

Die „Literaten- und Studenten-Revolte“ der Jungen in der SPD um 1890

I.

Die wissenschaftliche Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung ist mangels methodologischer Reflexion in ständiger Versuchung, die Wert-Kategorien der historischen Selbstdarstellung ihres jeweiligen Objektes zu übernehmen. Zumal im Falle der SPD gibt es wenige Ansätze historiographischer Emanzipation von der Perspektive des historischen Selbstverständnisses der deutschen Sozialdemokratie. So teilt die akademische Historiographie insbesondere die negative Voreingenommenheit der SPD gegenüber den dissidenten Gruppierungen in ihrer Geschichte. Aus dieser Befangenheit hat man vermutlich auch den Mangel an Untersuchungen zu den Oppositions-Bewegungen in der frühen Sozialdemokratie zu erklären. Die erste linke Opposition, die sich zu Beginn des Sozialistengesetzes (1878—1890) um Johann Mosts Exil-Organ „Freiheit“ bildete, fand ihre Geschichtsschreiber in der anarchistischen Tradition in Deutschland¹, die Mosts Opposition zum Bestandteil ihres historischen Selbstverständnisses machte. Die zweite und relativ größere Oppositions-Bewegung in der SPD gegen Ende des Sozialistengesetzes, die Opposition der „Jungen“ um 1890, fand ihren Historiographen bis heute weder im sozialdemokratischen noch im anarchistischen Lager², und die wissenschaftliche Literatur begnügte sich mit dem Verdikt, die Theorie der „Jungen“ verdiene „kein selbständiges Interesse“³. Die Überprüfung dieses apodiktischen Urteils scheint gegenwärtig um so notwendiger, als in Teilen der studentischen Protest-Bewegung nachweislich Interesse an Geschichte und Theorie der Opposition der Jun-

1 Rudolf Rocker, Johann Most. Das Leben eines Rebellen, Berlin 1924; Max Nettlau, Anarchisten und Sozialrevolutionäre der Jahre 1880 bis 1886, Berlin 1931. Vgl. auch Ernst Drahn, Johann Most. Eine Bio-Bibliographie, Berlin 1925.

2 Im unveröffentlichten IV. Band der historischen Anarchismus-Studien Max Nettlaus ist eine kurze Skizze der Bewegung enthalten. S. Nachlaß Max Nettlau im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam. Eine Materialsammlung des Anarchisten Albert Weidner war dem Verfasser nicht auffindbar.

3 Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890—1900, Berlin 1963, S. 83.

gen besteht⁴, das seinerseits nun Gefahr läuft, zu einer Überschätzung der Bedeutung der Bewegung zu führen. Es sei im folgenden erstmalig versucht, die Geschichte der „Jungen“ auf der Basis der vorhandenen Dokumente zu skizzieren, um auf diesem Fundament eine Diskussion des Phänomens zu ermöglichen.

II.

Nach dem Ausschluß Mosts und Hasselmanns durch den Wydener Kongreß der Sozialdemokratie war zwar — vor allem mit Mosts „Freiheit“ — die wichtigste linke Plattform innerorganisatorischer Kritik verlorengegangen⁵. Die eigenartige Situation der Bewegung unter dem Sozialistengesetz brachte aber bald schon andere spontane Oppositions-Bewegungen hervor. Die allgemeinste oppositionelle Disposition eines Teils der verfolgten Sozialdemokraten war es, gleichsam die staatliche Kampfansage zurückzugeben: „Der tatsächlichen Negation der Sozialdemokratie durch den Staat entsprach die grundsätzliche Ablehnung des Staates durch die in ihrer Existenz bedrohte Sozialdemokratie⁶.“

Eine solche latente anti-etatistische Haltung war notwendigerweise begleitet von antiparlamentarischen Regungen. Unmittelbar auslösend für die Manifestationen linker Opposition bis zum Fall des Sozialistengesetzes war die Tatsache, daß sich bei der wirksamen Unterdrückung des Organisationslebens der Sozialdemokratie immer mehr Macht bei der legalen Vertretung der Bewegung im Reichstag, der von Wahl zu Wahl wachsenden Fraktion, akkumulierte. Tatsächlich aktualisierte sich die innerparteiliche Links-Opposition bis 1890 jeweils in der Reaktion auf zum Teil fragwürdige Entscheidungen der Reichstags-Fraktion⁷. In den Jahren 1884 bis 1886 wurden anläß-

4 Eine der wichtigsten Schriften aus der Bewegung der „Jungen“ wurde als Reprint aus der Studentenbewegung heraus neu aufgelegt: Hans Müller, *Der Klassenkampf und die Sozialdemokratie. Zur Geschichte der „Jungen“, der linken Opposition in der frühen SPD (1870/90)*, Einleitung: Arthur Staffenberg, *Revolutionäre und reformistische Politik in der deutschen Arbeiterbewegung, Heidelberg/Frankfurt/Hannover/Berlin 1969*. Es handelt sich bei dieser Publikation um einen photomechanischen Nachdruck von: Hans Müller, *Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie, Zürich 1892*, der von Staffenberg zum Vorwand genommen wird für Aktualisierungen, die mit der Geschichte der „Jungen“ wenig zu tun haben und diese Bewegung dadurch implizite um alles selbständige Interesse bringen. Siehe auch Fußnote 104.

5 Zur Geschichte der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz s. Karl Friedrich Brockschmidt, *Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes, Frankfurt/M./Stuttgart 1929*.

6 Aus eigener Erfahrung: Paul Kampffmeyer, *Radikalismus und Anarchismus, in: Die Befreiung der Menschheit, Berlin/Leipzig/Wien/Stuttgart 1921*, S. 72. Kampffmeyers Aufsatz ist neben Hans Müllers Schrift über den „Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie“ das wertvollste Dokument über die Geschichte der „Jungen“, das von den Protagonisten der Opposition selbst verfaßt wurde.

7 Vgl. dazu besonders Karl Friedrich Brockschmidt, a.a.O., S. 92 ff.

lich des Streites um die sog. Dampfersubventionen⁸ zum ersten Mal aus einer breiten Welle von Entrüstungs-Opposition heraus die beiden Motive formuliert, die dann beim Fall des Sozialistengesetzes für den Kampf der Opposition gegen die „Fraktionellen“ bestimmend waren: Das Mißtrauen gegenüber dem Führungs-Anspruch der Fraktion und der Verdacht, daß die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten durch ihre Arbeit im Parlament eine konsequent revolutionäre Taktik aufgegeben hätten und sich auf unzulässige Kompromisse mit den nicht-proletarischen Interessenvertretern einließen.

Die oppositionellen Strömungen waren lokalisiert in den Großstädten, insbesondere in Berlin. Hier wurde das sozialdemokratische Wochenblatt „Berliner Volks-Tribüne“ zum Sprachrohr abweichender Meinungen. Der akademisch ausgebildete Schriftsteller Max Schippel (1859—1928), der seit der Gründung des Blattes Anfang August 1887 als verantwortlicher Redakteur zeichnete, hatte sich 1888 in der Berliner Opposition durch seine Agitation gegen die Beteiligung an den Berliner Kommunal- und an den preußischen Landtags-Wahlen⁹ in den Ruf fraktions-unabhängiger Gesinnung gebracht. Aus dem Kreise vorwiegend junger Partei-Intellektueller um die „Volks-Tribüne“, die teilweise auch an Schippels „Berliner Arbeiterbibliothek“ mitgearbeitet hatten¹⁰, rekrutierten sich die wichtigsten Sprecher der offenen Opposition in der Partei ab 1890. Die Redaktionen der beiden anderen oppositionellen Parteiorgane, der ab 1890 in Dresden erscheinenden „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und der Magdeburger „Volksstimme“, waren zum Teil durch die direkte Vermittlung Schippels zusammengekommen¹¹. Schippel definierte 1888 den Kern der Gegensätze in der Partei in folgender — nach Auskunft Kampffmeyers auch für die Provinz-Opposition zutreffender¹² — Weise: „Ein Theil unserer Partei richtet mehr als der andere sein Auge erwartungsvoll auf diejenigen Gesetzgebungs- und Verwaltungsorganisationen (Parlamente, Gemeindevertretungen), welche die Bourgeoisie geschaffen hat, um ihre wechselnden Interessen und Wünsche zum Ausdruck und Durchbruch bringen zu kön-

8 Vgl. zu diesen Auseinandersetzungen die Dokumentation in: Hans Müller, a.a.O., S. 62—70.

9 S. Berliner Volks-Tribüne, 2. Jg. (1888), Nr. 13 und 14: Die Berliner Arbeiter und die Kommunalwahlen in Berlin. Ein Gutachten und ein Rückblick; Nr. 42: Die Arbeiterklasse und die Landtagswahlen in Preußen.

10 Autoren der im Verlag der Berliner Volks-Tribüne erscheinenden Hefte dieser Publikationsreihe waren u. a. neben Schippel selbst: Clara und Ossip Zetkin, Paul Kampffmeyer, Paul Ernst, Hans Müller, Conrad Schmidt.

11 Hans Müller (a.a.O., S. 77) berichtet, Paul Kampffmeyer und ihm sei die Redaktion der Magdeburger „Volksstimme“ übertragen worden auf Empfehlung Schippels, an den sich die Magdeburger Genossen gewendet hatten, weil sie zu ihm „wegen seiner bis dahin an den Tag gelegten Unabhängigkeit gegenüber der Fraktion das meiste Vertrauen hatten“.

12 Paul Kampffmeyer, Radikalismus und Anarchismus (a.a.O.), S. 73.

nen. Dieser Theil legt sehr leicht einen übertriebenen Werth darauf, die Bourgeoisorganisationen mit sozialdemokratischen Gliedern zu durchsetzen, um so — gleichsam von oben herab — größere agitatorische und positive Erfolge für die Partei zu erzielen. — Die Gegenpartei leugnet diese Erfolge nicht, aber sie legt der direkten Agitation unter den Massen, der Vereinsbildung, der unmittelbaren Ideenvertretung in Wort und Schrift, von Arbeiter zu Arbeiter ohne die Dazwischenkunft eines ganz andersartigen Mediums, einen verhältnismäßig größeren Werth bei¹³.“ Die hier noch vorsichtig beschriebenen Gegensätze verschärften sich im Laufe des Jahres 1890 im Zusammenhang mit anstehenden wichtigen taktischen Entscheidungen und auf Grund der durch den Fall des Sozialistengesetzes bedingten neuen Situation der Partei.

Die Reichstagswahl-Ergebnisse vom Februar des Jahres und das nahe Ende des Sozialistengesetzes gaben der deutschen Arbeiterbewegung ein „gehobenes Machtgefühl“¹⁴ und hatten so nicht nur eine positive Wirkung auf die Stärke und Dauer der Streikbewegungen, sondern förderten auch die von Schippel charakterisierten oppositionellen Vorstellungen vom direkten Handeln der Massen. Die Auseinandersetzungen der wachsenden Opposition mit der von der Reichstagsfraktion geleiteten Mehrheit entbrannten im Laufe des Jahres 1890 an zwei wichtigen konkreten Fragen: der Stellung zur Maifeier und der Ausarbeitung eines Organisationsstatuts.

Der internationale Sozialisten-Kongreß in Paris vom Juli 1889 hatte beschlossen, am 1. Mai des kommenden Jahres eine große internationale Demonstration für den achtstündigen Arbeitstag auszulösen. Im Rahmen der verbreiteten weitgehend spontanen gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Vorkehrungen für die Demonstration erfolgte Ende März (1890) ein Aufruf einer Reihe Berliner Sozialdemokraten¹⁵, unter denen sich Schippel und andere Oppositionelle befanden, für die Arbeitsniederlegung am 1. Mai. Aus Fraktionskreisen wurde auf dieses selbständige Vorgehen der Berliner Organisation sofort eine Rüge erteilt und die Empfehlung an die Parteigenossen ausgesprochen, „nicht eher Schritte in dieser Angelegenheit zu tun, bis die Fraktion, als Vertreterin der Partei, gesprochen hat“¹⁶. Ein Fraktionsbeschluß vom 13. April schließlich riet von einer allgemeinen Arbeitsruhe ab, und die Demonstrationen am 1. Mai waren in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern von geringerer Bedeutung. Für die Opposition hatte die Maifeierbewegung die Möglichkeit einer gigantischen punktuellen Interessenvertretung durch das Proletariat selbst unter Ausschaltung aller

13 Berliner Volks-Tribüne, 2. Jg. (1888), Nr. 14.

14 Paul Kampffmeyer, a.a.O., S. 74.

15 S. Hans Müller, a.a.O., S. 71, Auszüge aus dem Aufruf. Vgl. dort auch die weitere Dokumentation zur Frage der Maifeier.

16 Hans Müller, a.a.O., S. 72. Vgl. auch: Berliner Volks-Tribüne, 4. Jg. (1890), Nr. 16 mit dem Text des Beschlusses des Pariser Kongresses und dem Aufruf der Berliner Opposition.

Vertretungskörperschaften bedeutet und sie stellte das Verhalten der Fraktion als willentliche Verhinderung solcher massenhaften Aktion durch „systemintegrierte“ und folglich „kompromißwillige Führungspersönlichkeiten“ dar¹⁷. Als Bruno Wille (1860—1928), einer der intellektuellen Wortführer der Berliner Opposition, diese Deutung Ende Juli in einem Artikel der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ mit dem Vorwurf verband, in der Sozialdemokratie habe sich unter dem Sozialistengesetz moralisch-politische „Korruption“ breitgemacht¹⁸, rief er schließlich insbesondere Bebel gegen die Opposition auf den Plan und leitete den offenen Kampf zwischen Oppositionellen und Fraktionellen ein.

Die in Willes Artikel beargwöhnte „Autoritätenherrschaft“ der Fraktion in der sozialdemokratischen Partei sahen die Oppositionellen institutionalisiert in dem im August 1890 vorgelegten Organisations-Entwurf der Parteiführung¹⁹. Der Kritik des Berliner, des Dresdner und des Magdeburger Oppositionsblattes schloß sich in dieser Frage vorübergehend noch die „Münchener Post“ des Fraktionsmitgliedes Georg von Vollmar an²⁰. Die Kritik war sich einig in der Verurteilung der „Fraktionsdiktatur“ (von Vollmar), die unter dem Sozialistengesetz teilweise durch die Umstände bedingt gewesen, nun aber nicht mehr zu rechtfertigen sei; man verwarf insbesondere das vorgesehene Kontrollrecht der Fraktion über den Parteivorstand (§ 16) und die Kontrollbefugnis des Parteivorstandes über die Parteipresse (§ 14).

Über die Diskussion dieser Fragen waren die Gegensätze innerhalb der Partei so heftig geworden, daß das Gerücht einer möglichen Spaltung umzulaufen begann²¹. August Bebel, der Willes Vorwurf der taktischen Korruptiertheit der Partei als persönliche Beleidigung ausdeutete²², wurde noch vor dem geplanten ersten Parteitag nach dem Sozialistengesetz im August 1890 der Wortführer der Partei gegen die Opposition. Bebel begann seinen Kampf in Dresden (10. 8. 1890) und setzte dort gegen den Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ Hermann Teistler eine Resolution durch, die die „ungerechtfertigten Angriffe auf die Parteileitung“²³ tadelte und die Überführung der Zeitung in Parteieigentum vorsah. Auch in Magdeburg (13. 8. 1890) erhielt Bebel schließlich eine Zweidrittel-Mehrheit

17 S. dazu Paul Kampffmeyer, a.a.O., S. 74 f. Müller (a.a.O., S. 74) kommentierte: „Der bürokratische Instanzenzug war nicht gewahrt, das war das große Verbrechen der Berliner gewesen!“

18 Auszugsweise zitiert in: Hans Müller, a.a.O., S. 78 f. Ausführlicher in: Berliner Volks-Tribüne, 4. Jg. (1890), Nr. 32: Zum Kongreß.

19 Text in: Berliner Volks-Tribüne, 4. Jg. (1890), Nr. 32.

20 S. Berliner Volks-Tribüne, 4. Jg. (1890), Nr. 33: Die bisherigen Angriffe gegen den Organisationsentwurf. Vgl. auch Hans Müller, a.a.O., S. 84 f.

21 Hans Müller, a.a.O., S. 89.

22 S. Bebels Erklärung in: Hans Müller, a.a.O., S. 80.

23 Hans Müller, a.a.O., S. 85.

für eine Resolution, die die Redaktion der „Volksstimme“ (Hans Müller und Paul Kampffmeyer) zum Rücktritt veranlaßte²⁴.

Die spektakulärste Station dieser Reise Bebels war seine Konfrontation mit einigen Sprechern der Berliner Opposition, u. a. mit Bruno Wille, in der Brauerei „Friedrichshain“ in Berlin vor fast zehntausend Zuhörern. In dieser bislang größten Massenversammlung der Partei, die nach Auskunft Bebels von den Genossen im ganzen Reich mit Spannung erwartet wurde, stand die Gegenüberstellung Bebels und Willes im Mittelpunkt. Die Referenten resümierten ihre Argumente zu den taktischen Fragen der Maifeier und des Organisations-Entwurfs und zu den prinzipiellen Fragen der innerparteilichen Stellung der Fraktion und der Bedeutung der Parlamentstätigkeit und der damit verbundenen sozialreformerischen Aktivität²⁵. Wie in der Provinz wurde Bebel auch in dieser Versammlung bereits mit Ovationen des Publikums empfangen, kamen oppositionelle Sprecher kaum zu Wort und wurden schließlich niedergestimmt. Dieser zweifellos nicht nur durch Argumentation, sondern auch durch das Charisma des Volkstribuns Bebel errungene Sieg führte zu einer Lähmung der Opposition. Zudem bot sie auf dem Kongreß in Halle ein schwaches Bild, da sie keine einheitliche Meinung vertrat. Sämtliche Streitpunkte wurden auf dem Kongreß vom 12.—18. 10. 1890 noch einmal zur Sprache gebracht, von den wenigen oppositionellen Delegierten unter Führung des Berliner Buchdruckers Wilhelm Werner aber sehr inkohärent und unzulänglich vertreten²⁶.

Die „Jungen“, wie man inzwischen die Opposition in der bürgerlichen Presse zu nennen begonnen hatte²⁷, wurden nach dem Kongreß von Halle erst wieder gestärkt und durch das Band gemeinsamer Entrüstung vereinigt durch von Vollmars Münchener Rede von Anfang Juni 1891, in der er eine offene Kooperation mit der Regierung Caprivi auf innen- und außenpolitischem Gebiet befürwortete; er stellte den Dreibund als Garanten des Friedens dar und forderte die Sozialdemokratie auf, ihre Position in dieser Hinsicht zu verändern. Daneben vertrat er die Ansicht, der bestehende Staat könne zum Vehikel sozialistischer Maßnahmen werden. Das wichtigste Sprachrohr der Opposition war auch in diesen Monaten die nunmehr von dem Studenten Paul Ernst (1866—1933) redigierte „Berliner Volks-Tribüne“²⁸. Da von Vollmar in der folgenden Dis-

24 Ausführliche Dokumentation in: Hans Müller, a.a.O., S. 85 ff.

25 Das Protokoll der Versammlung in: Berliner Volksblatt, 7. Jg. (1890), Nr. 198 Beilage.

26 Werner machte keinen Hehl aus der mangelnden Geschlossenheit der Opposition: „Die Opposition war nicht zentralisiert, nicht vorbereitet. Jeder kämpfte einzeln... Wir in der Opposition sind durchaus nicht in allen Fragen einer Meinung...“. Zitiert nach: Berliner Volksblatt, 7. Jg. (1890), Nr. 239 Beilage.

27 Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Zweiter Teil, Berlin 1960, S. 676.

28 Vgl. Paul Ernst, Jünglingsjahre, München 1931, S. 204 ff.

kussion nachzuweisen versuchte, daß er im Prinzip nichts anderes wolle, als was die anerkannten SPD-Führer (die sich ausdrücklich von seinen Vorschlägen distanzieren) bereits vielfach zum Ausdruck gebracht hatten, entwickelte nun die Opposition die schon früher gelegentlich angedeutete Behauptung, die SPD sei zur kleinbürgerlichen Reformpartei geworden²⁹. Der in der Berliner Bewegung der „Jungen“ wiederholt schon hervorgetretene Handwerker Karl Wildberger verfaßte Mitte 1891 nach erneuten öffentlichen Konfrontationen mit Bebel und anderen Parteiführern ein Flugblatt, das alle wesentlichen Motive der „Jungen“ zusammenfaßte und das dem Erfurter Kongreß der SPD im Oktober als Grundlage für die Aus-schlußverhandlungen gegen die Opposition diente. Das Fraktionsmitglied Auer resümierte für den Kongreß die Kernsätze der Flugschrift durchaus zutreffend³⁰: „1. Der revolutionäre Geist wird seitens einzelner Führer systematisch ertötet. 2. Die geübte Diktatur erstickt jedes demokratische Fühlen und Denken. 3. Die ganze Bewegung ist verflacht und zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken. 4. Der Revolution wird von der Bühne des Reichstages feierlich abgeschworen. 5. Es geschieht Alles, um einen Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen. 6. Angesichts der Arbeiterschutz- und Versicherungsanträge sei die Begeisterung unter den Genossen verfliegen. 7. Majoritätsbeschlüsse in der Fraktion kommen fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zustande und ebenen so den Boden zur Schwenkung nach rechts. . . 12. Das Reden vom Hineinwachsen der heutigen Gesellschaft in den sozialistischen Staat sei ein Blödsinn. . . 14. Die neue Taktik ist ein Kompromiß mit der Masse auf Kosten des Prinzips³¹.“

Von den rund einem Dutzend Delegierten in Erfurt, die sich zu den „Jungen“ zählten, verlangte die Parteiführung den Beweis für diese Anschuldigungen, und da sie diesen nicht überzeugend bringen konnten, wurden Werner und Wildberger nach einer Diskussion, die, wie die in Halle, oft vom Argumentativen ins Persönlich-Zänkische abglitt, aus der SPD ausgeschlossen. Schon am letzten Kongreßtage, dem 20. 10. 1891, konstituierten die ausgeschlossenen Sozialdemokraten und ihre Anhänger eine eigene „Partei der Unabhängigen Sozialisten“. Das u. a. von Kampffmeyer, Wille und Paul Ernst ausge-

29 Vgl. dazu auch die für die Sache der „Jungen“ plädierende Schrift des niederländischen antiparlamentarischen Sozialisten F. Domela Nieuwenhuis: Die verschiedenen Richtungen in der deutschen Sozialdemokratie. Aus dem Französischen übersetzt von A. Auerbach. Mit einem Vorwort des Verfassers, Berlin 1892, S. 7 ff.

30 Vgl. allerdings die Vorbehalte der Oppositionellen selbst gegen diese Zusammenfassung in: Der Sozialist, 3. Jg. (1893), Nr. 3. Die Vorbehalte betreffen unbedeutende Aspekte des Katalogs.

31 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD, abgehalten zu Erfurt vom 14.—20. Oktober 1891 zu Erfurt, Berlin 1891, S. 74. Vgl. auch: F. Domela-Nieuwenhuis, a.a.O., S. 20 und: Der Sozialist, 3. Jg. (1893), Nr. 2: Zur Geschichte der „Opposition“.

arbeitete Manifest der Unabhängigen Sozialisten³² erschien Anfang November 1891 und enthielt neben der Polemik gegen die „Diktatur des jetzigen Parteivorstandes“ als wesentlichen Programm-Punkt die Forderung nach „Individualisierung des Arbeiters“: „Je entwickelter nun die Individualität des Arbeiters ist, um so machtvoller tritt er äußeren, seine Existenz schädigenden Einwirkungen entgegen — kurz, desto revolutionärer ist er³³.“ Ab Mitte November 1891 gaben die Unabhängigen Sozialisten als eigenes Organ das Wochenblatt „Der Sozialist“ heraus.

Die Entwicklung der Unabhängigen Sozialisten vom Ende des Jahres 1891 bis zur Mitte des Jahres 1893 war dann gekennzeichnet durch eine langsame Klärung der Front zwischen denjenigen, die die neue Organisation im Sinne einer radikalen, antiparlamentarischen Sozialdemokratie verstanden wissen wollten, und denjenigen, die in ihr den Kern einer anarchistischen Bewegung zu sehen begannen. Vorerst noch gemeinsam setzten die „Berliner Volks-Tribüne“ und „Der Sozialist“ 1892 den Kampf gegen das „Vollmarthum“ in der SPD fort³⁴. Aus den Kreisen um die Redaktionen der beiden Blätter wurden aber bereits gleichzeitig divergente taktische Alternativ-Konzeptionen zur SPD entwickelt.

In der „Berliner Volks-Tribüne“ hatten sich schon bald nach der Gründung der Unabhängigen Sozialisten starke Vorbehalte gegen die „Willesche Individualitätsfäselei“³⁵ angemeldet, und man lehnte die im „Sozialist“ skizzierte „neue Taktik“ kategorisch ab³⁶. Man sah in der Taktik des rein ökonomischen Klassenkampfes einen „furchtbaren Unsinn“ und trat statt dessen für eine revolutionäre Erneuerung der Sozialdemokratie ein. Hans Müller z. B. hielt „die Ausscheidung aller opportunistisch-possibilistischen Elemente, die Emanzipation des Proletariats von dem die Partei beherrschenden Kleinbürgerthum“³⁷ für vordringlich und nicht die Ausformulierung einer neuen Programmatik³⁸. Es wurden sogar Stimmen laut in der „Volks-Tribüne“, die keineswegs eine Beteiligung am Parlament prinzipiell verwarfen³⁹. Diese Tendenz erwies sich im Prozeß der Polarisierung der Opposition zwischen Sozialdemokratie und Anar-

32 Vollständiger Text in: Berliner Volks-Tribüne, 5. Jg. (1891), Nr. 46. Auszüge in: Hans Müller, a.a.O., S. 118.

33 a.a.O.

34 Vgl. die in Wilhelm Werners Verlag erschienenen Schriften: Paul Kampffmeyer, V. Vollmar und die Sozialdemokratie. Gegen das Vollmarthum in der sozialdemokratischen Partei, Berlin 1892; Albert Auerbach, Wider die kleinbürgerlich-parlamentarische Sozialreform, für die revolutionäre Sozialdemokratie, Berlin 1892.

35 Berliner Volks-Tribüne, 5. Jg. (1891), Nr. 46.

36 Berliner Volks-Tribüne, 5. Jg. (1891), Nr. 52.

37 Hans Müller, Der Klassenkampf (a.a.O.), S. 122.

38 Vgl. die Kritik an Müller in: Der Sozialist, 2. Jg. (1892), Nr. 43.

39 S. dazu die Parlamentarismus-Diskussion in: Berliner Volks-Tribüne, 6. Jg. (1892), Nr. 4, 6 usw.

chismus, der 1892 einsetzte, als nicht entwicklungsfähig. Die „Berliner Volks-Tribüne“ stellte Ende Dezember 1892 ihr Erscheinen ein⁴⁰.

Die Mehrheit der Opposition hatte ohnehin seit Gründung des „Sozialist“ zu der dort vertretenen Konzeption geneigt; das Blatt zählte anfangs angeblich rund 20 000 Abonnenten⁴¹. Neben der in ihm vorherrschenden Kritik an der SPD, die in mehr oder minder prinzipieller Weise in zahlreichen Artikelserien geübt wurde⁴², entstand dort die taktische Vorstellung, der Emanzipationskampf des Proletariats müsse ein individueller Lernprozeß der Arbeiter im Verlauf großer ökonomischer Kämpfe sein. Die Grundidee dieser Taktik entwickelte ein Entwurf einer Prinzipien-Erklärung der Unabhängigen Sozialisten im Oktober 1892: „Vorzugsweise haben sich die Arbeiter durch große wirtschaftliche Massenaktionen (Streiks, Boykotts, Verweigerung privatrechtlicher Verbindlichkeiten usw.) zu Herren der Produktion zu machen. — Sie haben in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus ihren prinzipiellen Gegensatz zu allen Institutionen der heutigen Gesellschaft, z. B. zur Kirche, zur Schule, zum Heer, zur Bürokratie, zum Parlamentarismus, zum Ausdruck zu bringen und mit keiner anderen Gesellschaftsklasse zu paktieren⁴³.“ Organisationen für diese Taktik sollten föderalistisch aufgebaute revolutionäre Gewerkschaften sein, ohne daß Ansätze zu einer solchen Wirtschafts-Kampf-Organisation zustande gekommen wären. Den Sprecher der sozialrevolutionären lokalistischen Gewerkschafts-Bewegung ließ man gelegentlich zu Worte kommen⁴⁴, dauerhafte Kontakte sind aber nicht nachweisbar.

Da sie sich organisatorisch nicht realisieren ließ, blieb auch diese Konzeption des ökonomischen Klassenkampfes ohne bestimmenden Einfluß auf die Entwicklung der Unabhängigen Sozialisten. Mit ihrer in der zweiten Jahreshälfte 1892 zunehmenden Isolierung begann andererseits die bereits Ende 1891 eingeleitete Anarchismus-Diskussion im „Sozialist“ in den Vordergrund zu treten. Die anarchistische Bewegung in Deutschland bestand zu dieser Zeit im wesentlichen aus Gruppierungen, die ihre Tätigkeit auf die illegale Einführung und Verbreitung der anarchistischen Emigranten-Blätter „Freiheit“ (New York) und „Autonomie“ (London) konzentrierten⁴⁵.

40 S. den Nachruf in: Der Sozialist, 2. Jg. (1892), Nr. 53: Die Berliner Volks-Tribüne.

41 Hans Müller, Der Klassenkampf (a.a.O.), S. 120.

42 S. die aus einer solchen Artikelserie hervorgegangene Schrift des ersten Redakteurs des Sozialist, die wohl die kohärenteste Zusammenfassung des politischen Denkens der „Jungen“ ist: Hermann Teistler, Der Parlamentarismus und die Arbeiterklasse, Berlin 1892. Die Schrift fand starke Verbreitung: Neuauflage: Berlin 1894; tschechische Übersetzung: Wien 1895; dänische Übersetzung: Kopenhagen 1908.

43 Der Sozialist, 2. Jg. (1892), Nr. 44. Vgl. auch: Der Sozialist, 3. Jg. (1893), Nr. 3: Zum Programm der „Opposition“.

44 Gustav Keßler, Lokalorganisation oder Zentralisation?: Der Sozialist, 3. Jg. (1893), Nr. 14.

45 Dazu die beste Dokumentation in: Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. I, Die Jugend eines Rebellen, masch. Ms. im Anarchismus-Archiv des IISG.

Anfangs war im „Sozialist“ eine Verbindung zu dieser Bewegung und ein Eingehen auf deren Selbstverständnis klar zurückgewiesen worden⁴⁶. Es kam in Berlin 1892 zu wechselreichen Beziehungen zwischen den Unabhängigen Sozialisten und den Anarchisten⁴⁷, ohne daß eine Annäherung zustande gekommen wäre. Erst Anfang 1893 verschärfte sich die Auseinandersetzung zwischen Gegnern und Befürwortern des Anarchismus in der Bewegung der Unabhängigen Sozialisten; sie endete schließlich im offenen Kampf beider Lager um die Redaktion des „Sozialist“.

Die Umgestaltung des „Sozialist“ von einem „ruhig, intelligent und aufrichtig geschriebenen Blatt, das Einblick in die theoretischen, praktischen und persönlichen Unzulänglichkeiten der Sozialdemokratie“⁴⁸ gab, zu einer Plattform anarchistischer Propaganda war das Werk Gustav Landauers (1870—1919). Landauer hatte als Student erste politische Erfahrungen gesammelt im Verein Unabhängiger Sozialisten in Zürich⁴⁹ und war von dort im Februar 1893 zur Übernahme der Redaktion des „Sozialist“ nach Berlin gerufen worden. Zur Überraschung derer, die ihn berufen hatten⁵⁰, schlug Landauer unter dem Eindruck der Schriften Eugen Dührings⁵¹, Theodor Hertzkas⁵² und Benedict Friedländers⁵³ bereits im April vor, die Unabhängigen Sozialisten sollten sich zum Etikett des Anarchismus bekennen, da „in der That zwischen dem freien Sozialismus und dem Anarchismus weder in prinzipieller noch in taktischer Hinsicht ein Unterschied besteht“⁵⁴. Die Unabhängigen Sozialisten, die sich nach wie vor als radikale Sozialdemokraten verstanden wissen wollten, bestritten dies mit guten Gründen⁵⁵. Die Mitstreiter Landauers gewannen jedoch schließlich den Kampf um den „Sozialist“ vor allem auf Grund der Konversion Wilhelm Werners, des Verlegers des „Sozialist“, zum Anarchismus. Die Gruppen Unabhängiger Sozialisten in Berlin, der Provinz und im Ausland spalteten sich nach die-

46 Der Sozialist, 1. Jg. (1891), Nr. 5.

47 Einzelheiten dazu in: Ulrich Linse, Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871, Berlin 1969, S. 49 ff.

48 Max Nettlau, Nachlaß (a.a.O.), S. 138.

49 Vgl. eine rückblickende Darstellung des Organisationslebens der Unabhängigen Sozialisten in Zürich durch den ehemaligen Militanten und späteren expressionistischen Schriftsteller Franz Blei in: Die Aktion, 9. Jg. (1919), Nr. 12/13.

50 Zahlreiche Hintergrund-Informationen zu diesen Vorgängen in: Der Sozialist, 3. Jg. (1893), Nr. 27.

51 Zu Eugen Dührings (1833—1921) anarchoiden theoretischen Ansätzen vgl. Max Nettlau, Anarchisten und Sozialrevolutionäre, a.a.O., S. 139 ff.

52 Theodor Hertzkas (1845—1924) Hauptwerk: Freiland. Ein soziales Zukunftsbild, Leipzig 1890.

53 Vgl. Benedict Friedländer, Der freiheitliche Sozialismus im Gegensatz zum Staatsknechtsthum der Marxisten. Mit besonderer Berücksichtigung der Werke und Schicksale Eugen Dührings, Berlin 1892.

54 Der Sozialist, 3. Jg. (1893), Nr. 14: Wie nennen wir uns?

55 Vgl. die Antworten auf Landauers Artikel: Der Sozialist, 3. Jg. (1893), Nr. 16 ff.

sen Vorgängen⁵⁶. Ein Teil der Unabhängigen Sozialisten schied bald ganz aus der Opposition aus, ein anderer Teil gruppierte sich weiterhin im Verein Unabhängiger Sozialisten. Dieser wurde erst im April 1894 offiziell aufgelöst⁵⁷, nachdem der Landauersche Anarchismus bereits längst die Bewegung prägte. Der Polarisierungsprozeß, dem alle Positionen zwischen der Sozialdemokratie und dem Anarchismus schließlich zum Opfer fielen, war im August 1893 durch die Entscheidung des Internationalen Kongresses in Zürich, alle antiparlamentarischen Kräfte vom Kongreß auszuschließen⁵⁸, auch international im wesentlichen zum Abschluß gekommen.

III.

Wie bereits der historische Überblick über die Opposition der Jungen und der Unabhängigen Sozialisten zeigt, beruhte die Bewegung auf mehr oder weniger übereinstimmender Kritik an einer als parlamentarisch-reformerisch verstandenen Sozialdemokratie. In ihren theoretischen Artikulations-Versuchen wird das Bemühen spürbar, eine eigenständige Position zwischen einer solchen Sozialdemokratie und dem Anarchismus zu definieren⁵⁹. Versucht man einheitliche Motive und Ansatzpunkte zu ermitteln, so ließen sich diese unter drei Schlagworten zusammenfassen: 1. Soziologisch begründeter Reformismus-Verdacht, 2. Parlamentarismus-Kritik und 3. Hypostasierung revolutionärer Massenaktionen.

1. Soziologisch begründeter Reformismus-Verdacht: Eine wesentliche Ursache für die von ihnen diagnostizierte Entwicklung der Sozialdemokratie zur kleinbürgerlichen Reformpartei sahen die Wortführer der Opposition in der zunehmenden Repräsentanz des Kleinbürgertums in Partei-Führung, -Mitgliedschaft und -Wählerschaft. Nach Hans Müller war die Sozialdemokratie bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes „eine rein proletarische Klassenbewegung“ gewesen. Der Druck, dem jeder politisch agitierende Lohnabhängige in der Zeit des Sozialistengesetzes ausgesetzt gewesen sei, habe geradezu zwangsläufig dazu geführt, daß die aktivsten Sozialdemokraten „künstlich aus dem Proletariat herausgeschleudert und zu Gastwirthen, Spezereihändlern, kleinen Cigarrenfabrikanten, Hau-

56 S. den Überblick über die Auseinandersetzungen der Unabhängigen Sozialisten in Braunschweig, Zürich, Gelsenkirchen und Leipzig in: *Der Sozialist*, 3. Jg. (1893), Nr. 31; über die Situation in Berlin: *Der Sozialist*, 3. Jg. (1893), Nr. 32.

57 Ulrich Linse, a.a.O., S. 54.

58 S. dazu Gustav Landauer, An den Züricher Kongreß. Bericht über die deutsche Arbeiterbewegung, Berlin o. J. (1893) und: Gustav Landauer, Von Zürich bis London. Bericht über die deutsche Arbeiterbewegung an den Londoner Kongreß, Berlin o. J. (1896).

59 Eine pauschale Charakterisierung der Bewegung mit dem Anarchismus-Etikett, wie sie in der Literatur vorherrscht, übernimmt einfach die Invektive, mit der die sozialdemokratischen Führer die Opposition seit Bebels Feldzug gegen sie bekämpften.

sierern und Kolporturen“⁶⁰ geworden seien. Als kleine selbständige Existenzen seien sie einerseits aus dem direkten Kontakt mit dem Proletariat im Arbeitsprozeß ausgeschieden, andererseits aber zu wachsender Konzilianz gegenüber der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kundschaft genötigt gewesen. Seien solche Männer dann erst einmal in ein Parlament gewählt, dann vollende sich durch die korrumpierende Wirkung des Verkehrs und Verhandeln mit bürgerlichen Abgeordneten der Prozeß der Bewußtseinsveränderung; aus Vertretern der Arbeiter würden Kleinbürger⁶¹.

Von dieser Beobachtung der Vertretung der proletarischen Massen durch Repräsentanten mit nichtproletarischem Status ausgehend, wurden erste Ansätze einer Kritik entwickelt, die an der Form, statt am Inhalt Anstoß nahm und in den bis heute geführten Bürokratie-diskussionen ihre Nachfolge fand. Man behauptete, die Parteileitung entwickle sich „von Tag zu Tag mehr von einem verwaltenden Organ zu einem selbständigen Beamtenthum“⁶² und Nieuwenhuis sagte voraus, möglicherweise kämen einmal „Kleinbürgertum und die Aristokratie der Arbeiter ans Ruder“ und ihnen gegenüber wäre dann derselbe Kampf fortzusetzen, wie ihn heute das Proletariat gegen die Bourgeoisie führe⁶³. Robert Michels berief sich 15 Jahre später u. a. auf die Behauptungen der Jungen⁶⁴, als er von der „Verkleinbürgerlichung durch den bürokratischen Apparat“ der SPD entsprechend dem fortgeschrittenen Stand dieses Prozesses sprach.

Die Erklärung für das massenhafte Eindringen kleinbürgerlicher Elemente in die Mitglied- und Wählerschaft der Partei leiteten die Jungen ebenfalls aus der Zeit des Sozialistengesetzes her. Zur Ausbildung einer werbenden Haltung der Partei gegenüber dem Kleinbürgertum habe beigetragen, daß unter dem Sozialistengesetz die Sozialdemokratie bei fehlendem Organisationsleben ihr Selbstbewußtsein immer ausschließlicher aus den Wahlergebnissen abzuleiten begonnen habe. Diese Überbewertung der Wahlergebnisse habe zur Heranziehung großer Massen um den Preis der Selbstaufgabe der revolutionären Sozialdemokratie geführt. „Zur Zeit der Wahlbewegung liebäugelt man bekanntlich mit anderen Gesellschaftsschichten. . . Insbesondere wird auf die kleinbürgerlichen Kreise spekuliert; Handwerker, Kleinhändler und Kleinbauern bilden das Schoßkind

60 Hans Müller, *Der Klassenkampf*, S. 19. S. auch: *Der Sozialist*, 2. Jg. (1892), Nr. 41 ff.: *Das Kleinbürgerthum in der Sozialdemokratie*.

61 Dazu besonders Hermann Teistler, *Der Parlamentarismus*, S. 26 ff.: *Der Parlamentarismus, eine Quelle der Korruption*.

62 *Der Sozialist*, 2. Jg. (1892), Nr. 8: *Die Bureaukratie in der Sozialdemokratie*.

63 Ferdinand Domela Nieuwenhuis, *Die verschiedenen Richtungen*, a.a.O., S. 3.

64 Robert Michels, *Die deutsche Sozialdemokratie, 1. Parteimitgliedschaft und Zusammensetzung*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 23 (1906), S. 471—556. Er bezieht sich (S. 550) auf Hans Müllers *Klassenkampf-Schrift*.

der Partei. Um diese Elemente nicht abzustoßen, muß man mit den sozialistischen Prinzipien . . . hinter dem Berge halten⁶⁵.“ Die sozialdemokratische Agitation sei allenthalben auf die Gewinnung möglichst großer Massen berechnet. „Wie die eroberte Menge aussieht, ob sie mit den sozialistischen Prinzipien hinlänglich vertraut und für alle Eventual-Fälle zuverlässig ist — das berücksichtigt man bei alledem nicht⁶⁶.“ Müller konstatierte, daß in der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion von 1890 kein einziger Lohnarbeitersitze⁶⁷; Teistler behauptete, daß in den Wahlen des Jahres 1890 mindestens die Hälfte der 1½ Millionen sozialdemokratischer Wähler kleinbürgerliche Elemente gewesen seien⁶⁸. Ausgehend von diesen Beobachtungen pointierte man schließlich die Veränderung in der Sozialstruktur der SPD: „Die Wahlagitation, im Bunde mit dem Sozialistengesetz, hat also die Sozialdemokratie entproletarisiert und aus ihr eine Partei gemacht, die zwar noch viele proletarische Elemente enthält und folglich noch proletarische Züge aufweist, die aber in ihrem Wesen verkleinbürgert ist und praktisch den Interessen dieser sozialen Schicht dient⁶⁹.“

Zwischen diesen parteisozziologischen Beobachtungen bzw. Vermutungen und der „possibilistischen“ Politik der Parteimehrheit stellten die Oppositionellen eine Kausalbeziehung her. Während ihrer Meinung nach die baldige Vernichtung der Klein- und Mittel-Betriebe durch die Groß-Industrie die Herbeiführung einer revolutionären Klassenkonfrontation nur beschleunigen konnte⁷⁰, ließ sich die SPD vom Kleinbürgertum in dessen Dienste nehmen und machte ihm Konzessionen. Als schlagendes Beispiel für diese Haltung erschien ihnen von Vollmars berühmte Eldorado-Rede mit ihrer Forderung, man solle die Agitation der Partei erst einmal im Rahmen der bestehenden Verhältnisse auf praktische Ziele wie den Ausbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes, die Sicherung des Koalitionsrechts und die Beseitigung der Lebensmittelzölle konzentrieren. Dieses „Vollmarthum“, die als objektive Konzession an die kleinbürgerlichen Interessen gedeutete Festlegung der Partei-Programmatik auf pragmatische Nahziele, versuchten die Autoren der Jungen mit erheblichem publizistischen Aufwand besonders in der Wahlwerbung der SPD anhand von Zitaten nachzuweisen und damit den Beweis zu erbringen, daß die SPD unter dem Einfluß des Kleinbürgertums von der Partei der sozialen Revolution zur Partei der Sozialreform geworden sei.

2. Parlamentarismus-Kritik: Als zweite wesentliche Ursache für diese befürchtete Transformation der Partei galt der Opposition die

65 Hermann Teistler, *Der Parlamentarismus*, S. 36.

66 a.a.O., S. 34.

67 Hans Müller, *Der Klassenkampf*, S. 20.

68 Hermann Teistler, a.a.O., S. 36.

69 Hans Müller, *Der Klassenkampf*, S. 26.

70 S. besonders Albert Auerbach, *Wider die kleinbürgerlich-parlamentarische Sozialreform*, a.a.O., S. 22 ff.

Überschätzung der Möglichkeiten der Parlamentsarbeit durch die Fraktion und die Mehrheit der Partei. Diese Fehleinschätzung wurzle in einem falschen Verständnis des Staates. Man verkenne, daß der Staat nichts anderes sei als „die Organisation der Besitzenden zur Beherrschung und Knechtung der Besitzlosen“⁷¹. Man könne sich seiner Institutionen nicht für die Zwecke der Emanzipation des Proletariats bedienen. Die „staatssozialistischen Anwandlungen“⁷², ein Erbe Lassalles, führten zwangsläufig zu dem „Gedanken von einer allmähigen friedlichen Überführung der kapitalistischen Wirthschaftsweise in die sozialistische vermittelt der Sozialreform“⁷³. Man träume „von einer Reichstagsmehrheit, die einfach den Sozialismus dekretieren wird“⁷⁴. Das staatssozialistische Denken der Sozialdemokratie zeige sich u. a. daran, daß man einen gegen den Staatssozialismus gerichteten Passus aus einem Entwurf der Opposition in der Endfassung des neuen, in Erfurt angenommenen Programms der SPD gestrichen habe⁷⁵. Diese Einstellung, die auf den Staat zähle statt ihn zu bekämpfen⁷⁶, sei die Grundlage für die positive Mitarbeit der Sozialdemokraten im Parlament.

Auch hier verkenne man den unabänderlichen Klassencharakter der Institution. Die differenziertere Position in dieser Frage, die in der „Berliner Volks-Tribüne“ vertreten wurde, war prinzipiell von der Nutzlosigkeit des Parlamentarismus überzeugt und warnte vor der „Überschätzung des Parlamentarismus“. Sie hielt es aber dennoch für notwendig, daß die SPD auch im Parlament vertreten sei. Diese Position wird resümiert in einer Passage, die nach dem Willen ihrer Autoren den zweiten, praktischen Teil des Erfurter Programms der SPD hätte einleiten sollen: „Zu diesem Zweck beteiligt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei an den Wahlen für die gesetzgebenden Körperschaften und verfiht in denselben durch ihre Abgeordneten die Interessen der Arbeiterklasse. Sie ist sich bei diesem

71 Hermann Teistler, a.a.O., S. 6. Vgl. auch: Der Sozialist, 1. Jg. (1891), Nr. 2: Vom Wesen des Staates.

72 a.a.O., S. 2. S. auch: Paul Kampffmeyer, Von Vollmar und die Sozialdemokratie, a.a.O., S. 17.

73 a.a.O., S. 21.

74 Hermann Teistler, a.a.O., S. 18. Vgl. auch: Bruno Wille, Vom rothen Götzen, in: Der Sozialist, 4. Jg. (1894), Nr. 30.

75 a.a.O., S. 22 f. Der Passus lautete: „Die sozialdemokratische Partei hat Nichts gemein mit dem sogenannten Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.“

76 Diese Frage wurde in artikulierterer Weise wieder aufgegriffen in den Reihen der Linksradikalen in der SPD nach der Massenstreikdebatte. Vgl. dazu die Diskussion zwischen Anton Pannekoek und Karl Kautsky im Jahre 1912 in der „Neuen Zeit“. Vgl. Pannekoeks Argumente in: A. Pannekoek/H. Gorter, Organisation und Taktik der proletarischen Revolution, Hrsg. H. M. Bock, Frankfurt/M. 1969, S. 49 ff.

Vorgehen zwar bewußt, daß angesichts der Selbstsucht und der Macht der herrschenden Klasse dieser Kampf aussichtslos ist, und daß auf diesem Wege weder die endgiltige Befreiung der Arbeiterklasse möglich ist, noch irgend welche werthvollen Forderungen erreicht werden können, die sich selbst auf dem Boden der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung bei einiger Opferwilligkeit der herrschenden Klasse verwirklichen ließen. Sie glaubt aber, kein Mittel unbenutzt lassen zu dürfen, welches die gegenwärtige Ordnung ihr darbietet⁷⁷.“

Im „Sozialist“ wurde hingegen seit Beginn seines Erscheinens (Ende 1891) eine kompromißlos ablehnende Haltung gegenüber der Parlamentsarbeit der Sozialdemokratie eingenommen, und die antiparlamentarische Agitation stand im Mittelpunkt der Versammlungen der Unabhängigen Sozialisten im Jahre 1892. Teistler faßte die Argumente, die in dieser Diskussion entwickelt wurden, zusammen⁷⁸: Davon ausgehend, daß das Parlament „eine Institution ist durch welche die zu Zeiten machthabende Klasse ihre Herrschaft über die Besitzlosen ausübt“⁷⁹, hielt er „eine positive Mitarbeit“ auf Grund der fundamentalen Interessenunterschiede zwischen Bourgeoisie und Proletariat für unmöglich; das Parlament als Agitations-Tribüne zur Gewinnung der indifferenten Massen anzusehen sei verfehlt, weil — sofern dort überhaupt Prinzipielles verhandelt würde — das Volk davon vorwiegend durch den Filter der bürgerlichen Presse erfahre; auf die proletarischen Abgeordneten selbst wirke die Arbeit im Parlament notorisch korrumpierend; die „Autoritätenzüchtere“ sei eine der bedenklichsten Seiten dieser Mitarbeit⁸⁰. Die Unabhängigen Sozialisten glaubten, „daß sich die allgemeine soziale Revolution ohne parlamentarische Einrichtungen abwickeln wird“⁸¹.

3. Hypostasierung der revolutionären Massenaktionen: Für die Oppositionellen war die Parlamentsarbeit der Sozialdemokratie vor allem dafür verantwortlich, daß die proletarischen Massen nicht in eigener Aktion zum Bewußtsein ihrer Klassenzugehörigkeit gelangen. „Wie im Parlament die Vertreter für das Proletariat denken und handeln, und ihre Wähler, die Massen, so des eigenen Denkens und Handelns entwöhnen, so braucht sich auch die Parteigenossenschaft über die wichtigsten Angelegenheiten der Partei nicht mehr aufzulegen; ... auch hier die unserer Ansicht durchaus falsche Ver-

77 Berliner Volks-Tribüne, 3. Jg. (1891), Nr. 32: Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus. Zur Kritik des Programmwerfs. Vgl. auch: Berliner Volks-Tribüne, 4. Jg. (1892), Nr. 2, 4 und 6.

78 Hermann Teistler, Der Parlamentarismus (a.a.O.). Die Schrift ging hervor aus einer Artikelserie in: Der Sozialist, 2. Jg. (1892), Nr. 3—13.

79 a.a.O., S. 9.

80 Diese wesentlichen Punkte der Kritik tauchen sämtlich wieder auf in der antiparlamentarischen Argumentation der Linken (besonders um Anton Pannekoek), die sich aus der Massestreikdebatte entwickelte und während und nach dem Weltkrieg ausformuliert wurde.

81 Hermann Teistler, a.a.O., S. 12.

legung des Schwerpunktes von den Massen weg in einen allgemeinen Vertretungskörper⁸².“ Als besonders aufschlußreiche Lektion darüber, was die Parteiführung vom eigenverantwortlichen Handeln der Massen hielt, erschien ihnen deren Verhalten bei einer gewalt-samen Arbeitslosen-Demonstration in Berlin im Februar 1892; die SPD-Sprecher hatten diese als das Werk des Lumpenproletariats abgetan und sich nachdrücklich davon distanziert⁸³. Die Unabhängigen Sozialisten forderten die Ersetzung stellvertretenden Handelns von und in Repräsentativ-Organen durch das direkte Handeln der Massen selbst zur Entwicklung des Klassenbewußtseins. Der moderne Konzentrationsprozeß des Kapitals bewirke die Zusammenballung großer industrieller Arbeitermassen und erleichtere damit die Vereinigung zu großen Massenbewegungen; „die Emanzipationskämpfe des Proletariats finden in der ökonomischen Zentralisation der Massen ihre sicherste Stütze⁸⁴“. Diese Massen könnten am wirkungsvollsten dort im Kampfe zum Bewußtsein ihrer Macht gelangen, wo sie fortwährend mit der Macht der gegnerischen Klasse konfrontiert seien, in der Produktionssphäre. „Der gewerkschaftliche Klassenkampf, er stärkt die Verantwortlichkeit der Massen, er weckt und hebt das Solidaritätsgefühl, er macht sie, eindringlicher und besser als alle theoretischen Auseinandersetzungen, *klassenbewußt*; er kann augenblickliche Vortheile gewähren, er kann das Proletariat widerstandsfähiger machen, und hält es vor allen Dingen *kampfmunter*⁸⁵.“ Streik und Boykott seien zu bevorzugende Kampfformen neben den vielfältigen Möglichkeiten aufklärender Propaganda, z. B. in zu solchen Zwecken umzugestaltenden Wahlversammlungen; insbesondere aber die Maifeier enthalte potentiell „den Charakter einer imposanten Manifestation revolutionär-proletarischer Kraft und Energie“⁸⁶. Die geeignete Organisationsform für die ökonomisch-politische Massenaktion seien föderalistische Wirtschafts-Kampf-Organisationen. Es sei notwendig, den „Kampf hineinzutragen in die dumpfen und einschläfernden, bürokratisch verwalteten Zentralverbände“, die zu reformieren allerdings ein hoffnungsloses Unterfangen sei. „Neue Gebilde müssen vielfach erst geschaffen werden, um die Massen zu vereinigen zum wirtschaftlich-politischen Massenkampf gegen den Kapitalismus⁸⁷.“

82 Albert Auerbach, a.a.O., S. 14.

83 S. Der Sozialist, 2. Jg. (1892), Nr. 14: „Sie (die sozialdemokratischen Führer, der Verf.) fürchteten, durch Maßregeln der Regierung ihre fetten Pfründen zu verlieren.“ Vgl. auch zu den Vorgängen: Karl Schneidt, Neue Aufschlüsse über die Hungerrevolte in Berlin, Berlin o. J. (1892).

84 Hermann Teistler, a.a.O., S. 41.

85 Albert Auerbach, a.a.O., S. 30. Hervorhebungen im Original. Vgl. auch: Der Sozialist, 2. Jg. (1892) Nr. 16: Zuerst politische oder ökonomische Macht.

86 Hans Müller, Werth und Bedeutung politischer Demonstrationen. Festschrift zur Maifeier, Berlin 1892, S. 28.

87 Der Sozialist, 3. Jg. (1893), Nr. 9. Vgl. auch: Hermann Teistler, a.a.O., S. 41 ff. und: Albert Auerbach, a.a.O., S. 30 ff.

Die hier zusammengefaßte Konzeption des „revolutionären Klassenkampfes“ wurde im wesentlichen in den Jahren 1891 und 1892 formuliert und dann nach dem Übergang der Reste der Opposition zum Anarchismus ab Mitte 1893 nicht weitergeführt. Sie blieb ein skizzenhafter Entwurf, wie ja auch die Bewegung der Jungen und der Unabhängigen Sozialisten in organisatorischer Hinsicht ein Torso blieb. Sie entstand im Verlaufe der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie durch vorwiegend junge Intellektuelle. Versucht man, die politisch-philosophische Inspiration der Bewegung der Jungen und ihrer Klassenkampf-Konzeption zu ermitteln, so verweisen alle Spuren — wie auch immer — auf marxistische Grundbegriffe und marxistisches Selbstverständnis. Die Wortführer der Bewegung hatten fast allesamt in den Heften der Berliner „Arbeiter-Bibliothek“ Schippels ihre mehr oder minder frisch erworbenen Kenntnisse des historischen Materialismus und der Marxschen politischen Ökonomie anzuwenden versucht⁸⁸. Paul Ernst erinnert sich, der innere Kreis der Berliner Sozialdemokratie, aus dem die Opposition hervorging, sei marxistisch, der äußere Kreis lassalleanisch gewesen; er selbst sei in jenen Jahren durch die Anregung Willes „rettungslos Marx verfallen“⁸⁹ gewesen. Wille seinerseits hatte sich seine marxistischen Grundkenntnisse vor allem durch die persönliche Vermittlung Joseph Dietzgens⁹⁰ erworben. Sein Sozialismus war — wie er sich später distanzierend ausdrückte — vor allem

88 Vgl. aus den rund zwei Dutzend Heften, die im Verlag der Berliner Volks-Tribüne hergestellt wurden: Paul Ernst, Die Arbeiterschutzgesetzgebung und ihre internationale Regelung, Berlin 1890.

Paul Kampffmeyer, Junker und Bauer. Zur Entwicklung unserer Agrarverhältnisse. Eine sozialpsychologische Studie, Berlin 1889.

Paul Kampffmeyer, Zur Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus in Deutschland. Mit besonderer Berücksichtigung Mittel- und Norddeutschlands, Berlin 1890.

Hans Müller, Der Mythos von der Begründung des deutschen Reiches. Eine historische Skizze, Berlin 1890.

Hans Müller, Preußische Volksschulzustände. Ein Wort an das Volk und seine Lehrer, Berlin 1890.

Max Schippel, Die Arbeiterklasse und die Landtagswahlen in Preußen, Berlin 1888.

Max Schippel, Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Entwicklung der Sozialdemokratie, Berlin 1889.

Max Schippel, Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung, Berlin 1889.

89 Paul Ernst, Jünglingsjahre, S. 168. Ernsts Memoiren haben die Tendenz, von seinem späteren konservativ-völkischen Standpunkt her diese Phase seiner Entwicklung zu ridicülisieren.

90 Wille machte 1882 die Bekanntschaft Dietzgens (1828—1888), der eine marxistische Erkenntnistheorie als Autodidakt erarbeitet hatte: Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit, eine abermalige Kritik der reinen praktischen Vernunft (1869).

„sittliche Begeisterung“⁹¹ gewesen. In der Tat dürfte das am Beispiel Ernsts und Willes nachweisbare Amalgam aus marxistischen Grundbegriffen und ethischen Impulsen auch für die übrigen Wortführer der Bewegung zu dieser Zeit weitgehend typisch gewesen sein, aus dem eine Art voluntaristisch geprägter Marxismus resultierte. Besonders aufschlußreich dafür ist eine Marxismus-Debatte, die 1890 durch Paul Ernst in der „Berliner Volks-Tribüne“ veranlaßt wurde. Ernst hatte auf eine seiner Meinung nach der Marxschen Geschichtsbetrachtung inhärente Gefahr hingewiesen, die darin bestehe, daß man über die Einsicht in die den Geschichtsablauf objektiv bestimmenden Gesetze der Entwicklung der Produktionsverhältnisse zu einem individuellen „Indifferentismus“ gelange: „Die Entwicklung der Produktionsweise ist es, welche die soziale Revolution bringt, nicht die Anstrengungen der Menschen“⁹². Oder, wie ein anderer Diskussions-Teilnehmer im gleichen Sinne formulierte: „Der fatalistische Glaube an die wirtschaftliche Nothwendigkeit kann ihre (der Marxisten, der Verf.) Thatkraft lähmen“⁹³. Als Palliativ gegen diese aus einem naheliegendem Mißverständnis resultierende Gefahr galt Ernst und denen, die seine Befürchtungen teilten, revolutionäre Begeisterung.

Verstand sich diese Diskussion als eine Debatte auf dem gemeinsam akzeptierten Boden des Marxismus, so erfolgte erst Anfang 1893 mit der allmählichen Durchsetzung der Fraktion, die sich dann um Landauer scharte, eine erklärte Abwendung vom Marxismus unter dem Einfluß des Dühringianers Benedict Friedländer. Der Rezensent einer Schrift Friedländers bedauerte nun: „Ja, wir waren lange Zeit durch die Theorien und Schlagworte des Marxismus geblendet worden“⁹⁴.

IV.

Friedrich Engels, der durch Fraktionskreise, durch die sozialdemokratische wie durch die Presse der Opposition selbst über die Jungen informiert war und deren Entwicklung von 1890 bis 1892 verfolgt hatte, faßte sein Urteil über die Bewegung in seinem bekannten Verdikt „Literaten- und Studentenrevolve“ zusammen⁹⁵. Seine in der

91 Bruno Wille, Aus Traum und Leben. Mein 60jähriges Leben, Berlin 1920, S. 13. Wille gelangte über den Weg zahlreicher freireligiöser und freidenkerischer Bünde gegen Ende seines Lebens zu einer völkisch-rassistischen Position.

92 Berliner Volks-Tribüne, 4. Jg. (1890), Nr. 32: Gefahren des Marxismus.

93 Berliner Volks-Tribüne, 4. Jg. (1890), Nr. 36: Debatte über die „Gefahren des Marxismus“. S. auch im selben Blatt 4. Jg. (1890), Nr. 35.

94 Der Sozialist, 3. Jg. (1893), Nr. 6. Besprechung von Benedict Friedländer, Der freiheitliche Sozialismus im Gegensatz zum Staatsknechtsthum der Marxisten (a.a.O.).

95 Marx-Engels-Werke, Bd. 22, S. 68: Brief Engels' an die Sächsische Arbeiter-Zeitung vom 11. 9. 1890.

Presse und in Briefen an Genossen geäußerten Ansichten über die Opposition waren u. a. deswegen so heftig, weil die Jungen ihn für sich hatten reklamieren wollen⁹⁶. Eine Überprüfung der zahlreichen verstreuten Polemiken Engels' gegen die Opposition von 1890 bis 1892 ergibt folgende analytische Anhaltspunkte: Soziologisch sah er die Bewegung gekennzeichnet durch eine „Menge Studenten, Literaten und andere junge deklassierte Bürgerliche“, die aus ihrer akademischen Ausbildung das Recht ableiteten, „in die Reihen der Partei mit dem Offizierspatent, wenn nicht Generalspatent, einzutreten“⁹⁷. Theoretisch warf er ihnen einen „krampfhaft verzerrten ‚Marxismus‘“⁹⁸ vor; namentlich Paul Ernst bewies er, daß er die materialistische Methode gebrauchte als „fertige Schablone, wonach man sich die historischen Tatsachen zurechtschneidet“⁹⁹.

Weil diese Opposition sehr schnell praktisch irrelevant wurde („in Deutschland sind sie tot wie jeder, der sich von der großen Bewegung trennt“¹⁰⁰), tragen Engels' Polemiken, die bis in die neuere Zeit das Urteil über die Jungen in der sozialdemokratischen wie in der kommunistischen Partei prägten, einen wenig analytischen Charakter. Sie waren vor allem in ihrer Pointierung („die kleinen Lumpen“, „Esel“, „Gernegroß-Studenten“ usw.) bedingt durch die Sorge um die Einheit der gerade aus einer langen Phase der staatlichen Repression hervorgehenden Partei. Engels' kritische Beobachtungen sind als zutreffende globale Charakterisierungen leicht zu verifizieren. Insgesamt aber wirkt seine Kritik vor allem deswegen wenig grundsätzlich, weil er die Vorwürfe, die die Oppositionellen der Partei gegenüber äußerten, durchaus für zutreffend erachtete; allerdings wandte er sich energisch gegen eine Überbewertung der inkriminierten Tatbestände und mehr noch gegen die Schlußfolgerungen aus den beobachteten Phänomenen. Zu Hans Müllers „Klassenkampf-schrift“ z. B. schrieb er: „Die paar faulen Reden, die er anführte, sind nicht einmal geschickt ausgewählt, wollte ich der Partei resp. Fraktion Kleinbürgerei anhängen, ich könnte noch ganz anderes Material liefern“¹⁰¹.“ Noch deutlicher wird seine Position in seiner „Antwort an Herrn Paul Ernst“: „Wer hat denn je bestritten, daß in der Fraktion nicht nur, sondern auch in der ganzen Partei, die klein-

96 Sämtliche Autoren der Jungen beriefen sich auf Engels' Schrift: Zur Wohnungsfrage (Marx-Engels-Werke, Bd. 18, S. 209—287) aus dem Jahre 1872, in der er namentlich der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgeworfen hatte, in ihr finde „ein gewisser kleinbürgerlicher Sozialismus seine Vertretung“.

97 Marx-Engels-Werke, Bd. 37, S. 450. Brief Engels' an Paul Lafargue vom 27. 8. 1890.

98 Marx-Engels-Werke, Bd. 22, S. 69.

99 Marx-Engels-Werke, Bd. 37, S. 411. Brief Engels' an Paul Ernst vom 5. 6. 1890.

100 Marx-Engels-Werke, Bd. 38, S. 458. Brief Engels' an Conrad Schmidt vom 12. 9. 1892.

101 Marx-Engels-Werke, Bd. 38, S. 489. Brief Engels' an August Bebel vom 7. 10. 1892.

bürgerliche Richtung ebenfalls vertreten ist? Einen rechten und einen linken Flügel hat jede Partei, und daß der rechte Flügel der Sozialdemokratie kleinbürgerlicher Art ist, liegt in der Natur der Sache. Wenn's weiter nichts ist, wozu dann all der Lärm? Mit dieser alten Geschichte rechnen wir seit Jahren, aber von da ist es noch ein gut Stück bis hin zu einer kleinbürgerlichen Majorität in der Fraktion oder gar der Partei. . . . Eins aber kann ich Herrn Paul Ernst noch zum Schluß verraten: Weit gefährlicher für die Partei als eine kleinbürgerliche Fraktion, die man doch bei der nächsten Wahl in die Rumpelkammer werfen kann, ist eine Clique vorlauter Literaten und Studenten, besonders, wenn diese nicht imstande sind, die einfachsten Dinge mit Augen zu sehen und bei Beurteilung einer ökonomischen oder politischen Sachlage weder das relative Gewicht der vorliegenden Tatsachen noch die Stärke der ins Spiel kommenden Kräfte unbefangen abzuwägen, und die daher der Partei eine total verrückte Taktik aufnötigen wollen . . .¹⁰²“

Daß die Sozialdemokratie relativ schnell mit der Opposition fertig wurde, scheint Engels' Beurteilung der Jungen zumindest insoweit beeinflußt zu haben, daß er sie für zu unwichtig hielt, um sich intensiv mit ihren verschiedenen Programmpunkten auseinanderzusetzen. So nahm er z. B. zu ihrem Antiparlamentarismus und ihrem „Massenaktions“-Postulat nicht Stellung. Gerade aber dieses Syndrom, eine von Intellektuellen angeführte, auf einen theoretisch festgelegten absoluten Klassengegensatz gegründete radikale Opposition, die über die Ablehnung der Ausnutzung bestehender Institutionen (Parlament, Gewerkschaften) zur Forderung der ausschließlichen revolutionären Aktion der „proletarischen Massen“ gelangt, war nicht nur eminent wichtiger Bestandteil dieser Bewegung, sondern es tauchte auch von neuem und in deutlicherer Ausprägung auf in der räte-kommunistischen Opposition in den ersten Jahren der KPD¹⁰³ und erscheint wiederum in der Entwicklung der Studentenrevolve in der Bundesrepublik seit 1966¹⁰⁴. Im Unterschied zu den beiden früheren Bewegungen ist allerdings in dieser jüngsten Manifestation des „linken Radikalismus“ das proletarische Element bloßes Desiderat geblieben.

102 Marx-Engels-Werke, Bd. 22, S. 84.

103 Vgl. dazu meine Einleitung: Zur Geschichte und Theorie der Holländischen Marxistischen Schule, zu: A. Pannekoek/H. Gorter, Organisation und Taktik der proletarischen Revolution (a.a.O.), bes. S. 36 ff.

104 In der Einleitung zu dem Reprint der Klassenkampf-Schrift Hans Müllers (a.a.O.) wird 1969 eine Tradition „revolutionärer Politik“ von den Jungen über die KAPD bis zum antiautoritären Lager in der bundesrepublikanischen Studenten-Revolve einer Tradition „reformistischer Politik“ von der SPD über die KPD bis zur DKP gegenübergestellt.

K. H. Tjaden

Der Begriff der „Wandlungen des Kommunismus“ bei Hermann Weber

Unter den westdeutschen Autoren, die sich systematisch mit der Darstellung der Geschichte des Kommunismus befassen, kommt dem Mannheimer Kommunismusforscher Hermann Weber schon wegen des Umfangs seiner publizistischen Aktivität besondere Bedeutung zu. Seine Arbeiten über die Entwicklung des Kommunismus, insbesondere der KPD, die mit dem wissenschaftlich weniger anspruchsvollen Abriß „Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht“ (1961) einsetzen, umfassen mittlerweile eine Anzahl Analysen, Editionen, Dokumentationen und Anthologien mit höherem Anspruch, von denen hier die zweibändige Chronik, Interpretation und Materialsammlung zur KPD-Geschichte 1924—1928, die Veröffentlichung eines Großteils des bis dahin verschollenen Protokolls des KPD-Gründungsparteitags, die Neuauflage der alten KPD-Geschichte für 1919—1933 von O. K. Flechtheim sowie eine Sammlung von Aufsätzen Hermann Webers zu Fragen der kommunistischen Bewegung überhaupt behandelt werden sollen¹.

1. Die Darstellung der „Wandlung des deutschen Kommunismus“ 1924—1924 als „Stalinisierung der KPD“

Das wissenschaftliche Hauptwerk Webers, das „Die Wandlung des deutschen Kommunismus“ in der Stabilisierungsperiode der Weimarer Republik und damit ein bislang von nicht-marxistischen wie marxistischen Autoren weniger intensiv erforschtes Thema behandelt, möchte, wie der Untertitel des Werkes bereits anzeigt, die KPD-Geschichte dieser Zeit als „Die Stalinisierung der KPD in der Wei-

1 Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1969 (Band 1, 465 S., Ln., 70,— DM; Band 2, 427 S., 35 Bildtafeln, Ln., 70,— DM; zusammen 128,— DM).

Hermann Weber (Hrsg.): Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien. Hrsg. u. eingel. v. Hermann Weber. (Politische Texte). Europäische Verlagsanstalt und Europa Verlag, Frankfurt/M., Wien 1969 (345 S., kart., 15,— DM).

Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Hermann Weber. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1969 (359 S., kart., 22,— DM).

Hermann Weber: Demokratischer Kommunismus? Zur Theorie, Geschichte und Politik der kommunistischen Bewegung. Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Hannover 1969 (XXXII, 312 S., Ln., 38,— DM).

marer Republik“ gedeutet wissen. Grundlage seiner Deutung der „Veränderung der innerparteilichen Struktur der KPD“ (5) ist eine Darstellung von Fakten und Daten der Parteientwicklung seit der Oktoberpolitik des Jahres 1923 bis zum Weddinger Parteitag 1929, die durch statistische Materialien, unveröffentlichte Dokumente (insbesondere aus dem Nachlaß Ernst Meyers), Angaben über die Zusammensetzung der KPD-Führungskader und Biographien ihrer Mitglieder ergänzt wird.

Weber schildert die Parteientwicklung, die nach dem Scheitern des Versuchs der Erringung der politischen Macht durch die KPD im Oktober 1923 einsetzt, am Leitfaden der Kämpfe der Fraktionen und Funktionäre. Mit jener Oktoberpolitik, deren Vorgeschichte und Geschichte Weber kurz zusammenfaßt, hatte die Partei unter der Führung von Heinrich Brandler und August Thalheimer die Eroberung der politischen Macht in Deutschland durch einen bewaffneten Aufstand angestrebt, der — von der Partei mit Hilfe kommunistischer Positionen in den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen durch organisatorische Maßnahmen bis zu einem gewissen Grade vorbereitet — durch einen Generalstreik der deutschen Arbeiterschaft eingeleitet werden sollte. Mit dem Fehlschlagen des Generalstreikplans und damit der Oktoberpolitik überhaupt wurde die Parteiführungsspitze abgesetzt und in die Rolle einer „Rechts“-Opposition gebracht und — nach einem Zwischenspiel der Herrschaft des Restes der Parteimehrheit von 1923, der unter anderem von Wilhelm Koenen, Hermann Remmele, Hugo Eberlein geführten „Mittelgruppe“ — durch Vertreter der ehemaligen „Links“-Opposition ersetzt, in der bürgerlich-intellektuelle Vertreter eines linken Radikalismus wie Ruth Fischer und Arkadij Maslow und proletarische Parteifunktionäre wie Ernst Thälmann zusammenwirkten. Hermann Weber beschreibt die Machtübernahme dieser „Linken“ seit dem Frankfurter Parteitag 1924, die die Politik Ruth Fischers und Maslows vollzog: insbesondere die rücksichtslose Besetzung von Positionen der Parteiorganisation, die scheinbare Übernahme der Bolschewisierungsforderung des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (KI), die unqualifizierte Auseinandersetzung mit dem Luxemburgismus und dem Trotzismus, die negativen Auswirkungen der ultralinken, gegen einheitsfronttaktische Gewerkschafts- und Parlamentsarbeit gerichteten Politik auf den Masseneinfluß der Partei und die Adoption der Gleichsetzung von Faschismus und Sozialdemokratie, die die KI, insbesondere der Vorsitzende ihres Exekutivkomitees (EKKI), zeitweilig vertrat. Im „Offenen Brief“ des EKKI an die deutsche Partei vom August 1925, der die Einstellung der ultralinken Politik und die Verwirklichung der leninistischen Organisationsprinzipien forderte, die der Berliner Parteitag kurz zuvor beschlossen hatte, sieht Weber nicht zu Unrecht „die dritte entscheidende Wende in der Geschichte der KPD“ nach „der Vereinigung mit der USPD [Linke] von 1920 und der Ablösung der alten Führung im Dezember 1923“ (120). Die Fraktionskämpfe der folgenden Periode schildert Weber unter dem Titel „Ausschaltung der

Linken und Ultralinken 1925/27“, was wegen des Aufrückens Ernst Thälmanns in die Parteiführungsspitze und wegen der Leitungstätigkeit anderer, der ehemaligen „Links“-Opposition zugehöriger Funktionäre nur halbwegs zutreffend ist. Er stellt sie unter dem Aspekt des Ausscheidens der verschiedenen „links“-oppositionellen, der Politik des Jahres 1924 verhafteten Gruppierungen aus Parteiämtern oder aus der Organisation der Partei dar, deren „Konzentration“ — auf der Basis der Zusammenarbeit von führender „Linker“ und Teilen der „Mittelgruppe“ — zumal in der Zeit des Essener Parteitags 1927 erfolgreich vorangetrieben wird. Die ultralinken Rückschläge der KPD-Politik seit 1928, insbesondere seit der Voraussage des Endes der relativen Stabilisierung des Kapitalismus durch den VI. Weltkongreß, der aus dieser richtigen Prognose fälschlich die unmittelbare Aktualität des Kampfes um die Macht des Proletariats abgeleitet hatte, werden im Schlußteil der Chronologie unter dem Titel „Die Ausschaltung der Rechten und ‚Versöhnler‘“ abgehandelt. Insgesamt möchte Weber die KPD-Entwicklung in der Stabilisierungsperiode der Weimarer Republik als „Stalinisierung“ des „deutschen Kommunismus“, der „als Fortsetzung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung [entstand]“, nämlich als „die Beherrschung der Bewegung durch den Apparat und die völlige Abhängigkeit von der Stalin-Führung in Moskau“ verstanden wissen (13).

In dieser Kurzformel konzentrieren sich bereits die bürgerlichen Ressentiments gegen den Kommunismus, die Weber beim Versuch der Ableitung des „Stalinisierungs“-Vorgangs szientifisch reproduziert: vom Bürokratisierungsvorwurf und dem Klischee der administrativen Vereinheitlichung des politischen Lebens im Kommunismus über das Stereotyp der Moskauhörigkeit bis hin zum Vorurteil, daß die Politik der KPD den spezifischen Bedingungen der deutschen Situation gar nicht entsprechen konnte. So nennt Weber als die „vier Entstehungsbedingungen“ der „Stalinisierung“, die seine Untersuchung zutage gefördert habe: „Erstens, die Apparatherrschaft als Zeiterscheinung; zweitens, die strukturellen Probleme der KPD; drittens, die Abhängigkeit der KPD von Moskau und viertens, die Situation der KPD in Deutschland“, wobei der gemeinsame Effekt dieser Faktoren eine „drastische Apparatherrschaft mit bürokratischer Entartung“ sei (10). Der Ausdruck „Apparatherrschaft“ — den der Sachverhalt, daß der Begriff von Max Weber übernommen ist, nicht wissenschaftlicher macht — wird damit zum Zentralbegriff der „Stalinisierungs“-Konzeption und der Weberschen Kommunismus-Darstellung überhaupt. Allenthalben in der KPD-Geschichte der genannten Periode „Apparattendenzen“ — was immer das heißen mag — am Werk zu sehen, ist ihr eigentliches Anliegen und der Kern aller ihrer Behauptungen. „Die Herrschaft des Apparats über die Partei . . . ist typisch für die sozial differenzierte moderne Industriegesellschaft“ (10); der „Apparat war Träger . . . [der] Vereinheitlichung“ der Partei (11); Unterordnung unter sowjetische Führer der KI bedeutete „Übernahme aller Formen der Apparatherrschaft“ (12); in Deutschland „wurde der Apparat zum beinahe einzigen aktiven

Element in der schwungloser werdenden Partei, seine Macht wuchs enorm“ (12). Art, Umfang und Zusammensetzung dieses Partei-„Apparats“ werden alles andere als eindeutig bestimmt; Weber unterscheidet so zum Beispiel den Apparat der „hauptamtlichen Funktionäre“ (266), den aus „Arbeitsorganen, Ressorts, Sekretären“ bestehenden Apparat (267), den „die Funktionäre“ anleitenden „hauptamtlichen Apparat“ (288); den „eigentlichen Parteiapparat, d. h. die von der Partei bezahlten *politischen* Funktionäre“ mit „500 (höchstens 1000) Personen“ (289), den durch „die Führung“ dirigierten Apparat (291), dazu „den Apparat der Nebenorganisationen“ sowie „die Geheimapparate der KPD“ (290) und mancherlei andere Apparate mehr. Gleichwohl wird die angeblich 1924 einsetzende „Stalinisierung“ der KPD — wohl angesichts der Tatsache, daß selbst nach Auffassung von westlichen Kommunismusforschern wie Günter Nollau erst seit 1930 von einer Beherrschung der KI durch Stalin gesprochen werden kann (vgl. 296) — von Weber gleichgesetzt mit der behaupteten „Entstehung einer monolithischen, straff disziplinierten und zentralisierten Organisation, in der die Führung mit Hilfe des hierarchisch aufgebauten Parteiapparats (d. h. der hauptamtlichen, von der Partei bezahlten Funktionäre) die Mitglieder beherrscht und die Politik im Sinne und entsprechend den Weisungen der Stalinschen KPdSU bestimmt“ (8).

Diese Substitution der geschichtlichen Bestimmung der Parteientwicklung als „Stalinisierung“ durch die gesellschaftliche Bestimmung der Apparatherrschaft ist freilich ob der soziologischen Leere dieses Begriffs ihrerseits der historiographischen Deutung bedürftig. Die an Robert Michels Oligarchisierungsgesetz anknüpfende pseudosoziologische Idee von der „Apparatherrschaft als Zeiterscheinung“ der „sozial differenzierten modernen Industriegesellschaft“ — eine These, für die Weber in der neueren seriösen organisationssoziologischen Literatur gleich welcher Provenienz vergeblich nach Unterstützung suchen würde — wird daher auch, obwohl sie die erste Bedingung der Parteibürokratisierung bezeichnen soll, zum Glück nur über eine Seite ausgebreitet (9 f.), wenn sie auch später vereinzelt wiederkehrt. Die übrigen Bedingungen der als Stalinisierung etikettierten angeblichen „Apparatherrschaft“ aber werden als zeitgeschichtliche Faktoren in einiger Breite vorgestellt. Dabei schwebt Weber als „strukturelle“ Voraussetzung der Parteientwicklung, die jene Erscheinungen gefördert habe, anscheinend die lange fraktionelle Zerrissenheit der KPD zumal in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre vor, die „das Bedürfnis nach ‚Einheit‘“ förderte (11, vgl. zum folgenden 251 ff.). Der Versuch der KPD-Führungen, ihr durch die Verwirklichung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus (seit dem Vereinigungsparteitag mit der USP-Linken 1920) und der Betriebszellenorganisation (seit dem Leipziger Parteitag 1920) zu begegnen, kann freilich angesichts des diametralen Gegensatzes zwischen diesen Prinzipien und dem, was der bürgerliche Sozialwissenschaftler beim Reizwort Bürokratisierung assoziiert, nur mit Hilfe historiographischer Strategeme für die Stützung der „Appa-

rat“-These herangezogen werden: etwa dadurch, daß Weber die Organisations-Beschlüsse der Leitungsgremien der KI von 1921 und 1925, denen die KPD-Politik entsprach oder vorauseilte², zu Befehlen (256) und „Anweisungen der Komintern“ (262) stilisiert. Ähnlich wird bei der Erörterung jener Bedingung von „Apparat-Herrschaft“ verfahren, die Weber als „die Situation der KPD in Deutschland“ bezeichnet. Sie möchte er als den Widerspruch zwischen „revolutionärer Politik“ und „nichtrevolutionärer Zeit“ seit 1924 kennzeichnen (319 ff.), dem ein Schwanken zwischen sektiererischem und reformistischem Selbstverständnis der Partei entsprochen habe, das diese „zu demoralisieren [drohte]“. „In der schwungloser werdenden Partei stiegen Macht und Einfluß des Apparats zwangsläufig an“ (320). Die weitgehend erfolgreiche Vermittlung von Tageszielen und revolutionärer Zielsetzung, die auf der Basis relativer innerparteilicher Demokratie durch die KPD-Politik nach dem III. Weltkongreß der KI wie nach dem Offenen Brief des EKKI von 1925 erreicht wurde und die dieser These völlig widerspricht, kann nur durch den Rückgriff auf das antisowjetische Ressentiment verhüllt werden, mit dem eine „Realpolitik“ der KPD mit ihr als „deutscher Arbeiterpartei“ assoziiert wird, welches sie als „Revolutionspartei“ hingegen zur „Mitgliedspartei der unter sowjetische Hegemonie geratenen Komintern“ stempelt, die „der sowjetischen Außenpolitik zu dienen“ hat (320). Solche von nationalistischen Vorurteilen nur schwer zu unterscheidende Ideen, die das völlige Unverständnis der Aufhebung nationalstaatlicher Differenzen in der internationalen proletarischen Organisation verraten, kennzeichnen naturgemäß erst recht die Ausführungen über die letzte postulierte Bedingung kommunistischer „Apparatherrschaft“, „die Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion“ (11 f., 294 ff.). Neben einigen richtigen Ausführungen über den politischen, organisatorischen und finanziellen Verbund der nationalen kommunistischen Parteien, insbesondere der KPD, in der KI als einheitlicher kommunistischer Weltpartei und Angaben über die teilweise gravierenden Differenzen zwischen KPD-Führungen und EKKI, die in den Jahren seit 1919 nicht nur bis Ende 1925, sondern auch noch in späteren Phasen der KPD-Entwicklung immer wieder auftreten konnten³, finden sich die schlichtesten Vorstellungen über den Vorgang, den Weber „die ‚Russifizierung‘ der Komintern“ nennt.

2 Ein solches Vorgehen der Politik der KPD gegenüber KI-Beschlüssen ist nicht nur an der vorgängigen Institutionalisierung bestimmter Organisationsprinzipien im Jahre 1920, sondern beispielsweise auch an der Entwicklung der Einheitsfrontpolitik zu demonstrieren, die — auf dem III. Weltkongreß 1921 verallgemeinert — hauptsächlich in der KPD-Tradition ihren Ursprung hat.

3 Das gilt schließlich auch für das Paradebeispiel der „Totalitarismus“-Forscher wie der „Stalinisierungs“-Konzeption: die Beteiligung der KPD an dem von der NSDAP initiierten Preußen-Volksentscheid 1931. Dieser Beteiligung am zunächst bekämpften Volksentscheid ging ein schwerer Konflikt mit der Politikkommission des EKKI voraus, in der die Fraktion Stalins dominierte. Vgl. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 242 f.

Hier werden jene zeitgeschichtlichen Bedingungen der „Apparatherrschaft“, die Weber in der Herrschaft der KI über ihre Gliedparteien verankern möchte, in einer Reduktion der KI-Politik auf den Generalsekretär der KPdSU angeblich in ihrem Urgrund aufgespürt: Da der Weltkongreß der KI selten tagte, „leitete“ das EKKI „die gesamte Arbeit“ und weil dieses „relativ selten zusammentrat, verlagerte sich die eigentliche Macht auf sein Präsidium“, von dem aus wiederum sich „die Macht zunehmend . . . auf das Politsekretariat“ verlagerte, das seinerseits durch „die Russen“ beherrscht wurde, die ihrerseits durch das „Politbüro der KPdSU“ dessen „Haltung“ bestimmten, wodurch „seit ‚Stalins Sieg in der sowjetischen Partei, also etwa seit 1930, . . . [dieser] das die Komintern de facto leitende ‚Organ‘ [war]“ (295 f., Zitat nach Nollau). Das Eingeständnis, daß Stalin in der KI faktisch erst seit Beginn der dreißiger Jahre dominierte, bringt nun freilich die Ableitung der Behauptung, die KPD habe in den zwanziger Jahren vermöge zunehmender „Apparattendenzen“ einen „Stalinisierungsprozeß“ durchgemacht, völlig durcheinander. Wir stehen hier vor der eigentümlichen ätiologischen Konstruktion, daß die „Stalinisierung“ der KPD lange vor der Beherrschung der KI und ihrer Parteien durch Stalin schon im Jahre 1924 als eine „Apparatherrschaft“ entsteht, deren allgemeine industriegesellschaftliche Bedingungen durch besondere zeitgeschichtliche Faktoren zum Tragen kommen, welche ein spezifisches Gewicht durch die Hegemonie der KI über ihre Parteien erhalten, die einer organisationstechnisch sich ergebenden Leitung der KI durch Stalin „etwa seit 1930“ — gleichsam als einer alles vorherbestimmenden Wirkursache — ihren besonderen Charakter verdankt. Über den vorwissenschaftlichen Charakter solcher Assoziationsketten sind weiter keine Worte zu verlieren.

Ihr Kennzeichen ist ein Ineinander von positivistischer Schilderung und projektiver Deutung der Parteientwicklung, das geradezu als Grundmethode des Werkes bezeichnet werden muß. In diesem Verfahren geht die Darstellung von Tatsachen mit der Verzerrung ihrer Bedeutung eine innige Symbiose ein. So beispielsweise, wenn der Sachverhalt der Parteischulung der Mitglieder umstandslos mit der Zielsetzung ihrer „Indoktrination“ identifiziert wird (277), wenn Beschlüsse des EKKI-Präsidiums als „Genehmigung Moskaus“ vorgestellt werden (218), wenn die argumentative Auseinandersetzung eines KI-Vertreters mit Oppositionsströmungen in der KPD als Versuch ihrer „Ausschaltung“ dargestellt wird, wobei in der Formel „Unter dem Druck des Arguments“ die richtige Sache mit einem falschen Sinn verschmolzen wird (130). Besonders augenfällig stellt sich diese Verbindung von positivistischer und projektiver Geschichtschreibung in einer Bemerkung über den Essener Parteitag von 1927 dar, mit der belegt werden soll, daß die KPD-Führung „ihre Ergebenheit gegenüber der Komintern, der KPdSU und Stalin immer lautstarker zum Ausdruck“ gebracht habe (313). In ihr wird die traditionelle Ehrung ausländischer KP-Führer durch deren Wahl in ein „Ehrenpräsidium“, die auf Parteitag und KI-Weltkongressen üb-

lich geworden war, auf der Grundlage einer richtigen Tatsachengewiedergabe in Treuebekenntnisse nicht nur gegenüber KI und KPdSU, sondern speziell gegenüber Stalin umgemünzt: „Der XI. KPD-Parteitag 1927 wählte Stalin (allerdings auch Bucharin, Rykow und Tomski) in ein ‚Ehrenpräsidium‘; dem Vertreter des EKKI, Jansen (Kuusinen), brachte der Parteitag eine Ovation, stehend wurde die Internationale gesungen“ (313). Daß Weber Stalin aus dem Kreis der Ehrenpräsidenten hervorhebt und zugleich die andern Ehrenpräsidenten nennt, stellt eine besonders raffinierte Verschränkung von Voreingenommenheit und Tatsachentreue* dar: Hier geht die exakte Reproduktion von Fakten, die parenthetisch auch konträre Daten registriert, mit einer Pointierung der Person Stalins einher, die sich allein dieser Methode der (scheinbaren) parenthetischen Konzession und nicht der Sache selbst verdankt. Die Hervorhebung Stalins durch die Ausklammerung aus der Liste der übrigen sowjetischen Mitglieder des Ehrenpräsidiums stellt eine Verfälschung des Vorgangs in der Darlegung des Vorgangs dar: die projektive Verzerrung im positivistischen Bericht entspringt der pseudoexakten Differenzierung der Berichterstattung selbst.

Die Fakten der Parteigeschichte, die hier geboten werden, sind nicht zuvorderst Fakten der Parteientwicklung als solcher sowie der Parteientwicklung als Element der Gesellschaftsgeschichte, sondern sind zu einem Arrangement zusammengestellt, mit dem ein ganz bestimmter Kenner der Parteigeschichte Authentizität bloß suggeriert: ein Sachverständiger, der selbst einmal dabeigewesen ist, führt die Mechanismen und Praktiken „des Apparats“, die Tricks und Intrigen „der Apparatsleute“ einem Publikum vor, das hierauf schon gewartet hat. Dies impliziert den Verzicht auf jede theoretische Durchdringung des Partei- und Gesellschaftsgeschehens, ja selbst auf die Erörterung des theoretischen Selbstverständnisses der KPD-Politik.

2. Die These der Unterdrückung des „revolutionären“ und „demokratischen“ Kommunismus in der Entwicklung der KPD der zwanziger Jahre

Die widerspruchsvolle Entwicklung der KPD in Richtung auf eine Partei, die leninistische Organisationsprinzipien zu verwirklichen sucht, wird freilich auch von Hermann Weber in einer bestimmten Weise interpretiert. Nur handelt es sich hierbei nicht um eine theo-

* Die entsprechende Stelle im Parteitagsprotokoll lautet: „Vorsitzender Geschke: ... Für das Ehrenpräsidium schlagen wir vor: Genosse *Stalin* (lebhafter Beifall), den Genossen *Rykow* (lebhafter Beifall), den Genossen *Tomsky* (lebhafter Beifall) und den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas (erneuter, langanhaltender Beifall). Einspruch gegen dieses Ehrenpräsidium wird nicht erhoben, ich stelle die einstimmige Wahl fest. Damit ist das Präsidium gewählt...“ (Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands ... Essen ... 1927. Berlin: 1927, S. 10 f.).

retische Interpretation, sondern um die bloße Behauptung der Eliminierung der „demokratischen“ und „revolutionären“ Momente aus dem Parteileben. Diese These, die auch in „Die Wandlung des deutschen Kommunismus“ vertreten wird, findet sich schon in den Einleitungen zu den genannten Weberschen Editionen des Protokolls des Gründungsparteitags der KPD (zit. als P) sowie der KPD-Geschichte von Flechtheim (zit. als F), in Arbeiten, in denen sich ansonsten die Befähigung des Herausgebers zur Sammlung von Daten und Informationen positiv bewährt. Vorbereitet ist die These in der Flechtheimschen Interpretation der KPD-Entwicklung bis 1933 in seinem Text aus dem Jahre 1948, in der es heißt, „daß die Bewegung der Partei, die ursprünglich das Ergebnis des Kampfes des rechten und linken Flügels war, in dem Maße, in dem die Partei ihre Flügel verliert und zu einer konformistischen Organisation erstarrt, immer mehr von den Befehlen Moskaus abhängig wird . . .“ (F 330 f., vgl. auch 336). Diese Flechtheimsche These der „konformistischen Erstarrung“ möchte Weber differenzieren und präzisieren, indem er auf eine Pluralität der politischen Richtungen des Gründungsparteitags verweist, die mit dem Ausscheiden der verschiedenen oppositionellen Gruppen aus der Partei vernichtet worden sei. Im „frühen deutschen Kommunismus“, so heißt es in den verschiedenen Büchern stereotyp, waren „noch verschiedene und recht gegensätzliche Strömungen vorhanden“, so daß „die KPD durchaus unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten besaß“, welche „die Stalinisierung“ verschüttet habe (P 47, F 30).

Die Fehldeutung jener Pluralität des Gründungsparteitags durch Weber ist Komplement seiner Fehldeutung der späteren Parteientwicklung, der zögernden, widerspruchsvollen und durch Rückschläge gehemmten Durchsetzung leninistischer Prinzipien, als Prozeß der Stalinisierung der KPD. Denn für die Zeit des Gründungsparteitags, dessen Teilnehmer sich zumindest nach den politischen Richtungen des Spartakusbundes, der Internationalen Kommunisten Deutschlands sowie einer ausgesprochen abstrakt-revolutionären Strömung unterschieden, meint Weber die KPD vor allem in zwei Tendenzen differenzieren zu müssen, die in Wirklichkeit Momente der Politik der Spartakusführung darstellten, welche sich den Stimmungen der Parteitagsmehrheit entgegenstemmte: als „die beiden Richtungen, die auf dem Gründungsparteitag der KPD noch überwogen“, werden der „revolutionäre Kommunismus“ — „eng mit dem Namen Karl Liebknecht verbunden“ — und der „demokratische Kommunismus“ genannt, als dessen „Vorläuferin, ja . . . eigentliche Begründerin“ Rosa Luxemburg gilt. „Die beiden Richtungen . . . wurden mit den Wandlungen des deutschen Kommunismus zurückgedrängt“ (P 47 f.; vgl. auch F 30 f.). Das Unverständnis der spartakistischen Strategie, deren revolutionärer und demokratischer Charakter in — voneinander getrennte — Persönlichkeitsmerkmale ihrer Vertreter aufgelöst wird, und die Blindheit gegenüber den eigentlichen Problemen des Parteitags, gegen sektiererische und anarchistische Tendenzen den Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse aufzunehmen, sind nicht allein

Grundlage der Fiktion von den beiden dominierenden Parteitag-Richtungen, die in dem etwas späteren Buch über die KPD-„Wandlung“ abgeschwächt wird (14, auch 348); sie sind vor allem auch Ausgangspunkt der Legende, daß die späteren Ausschlüsse und Austritte oppositioneller Gruppen aus der KPD — in denen zum Teil ausgesprochene Gegner der beiden ersten Führer des Spartakusbundes vereint waren — speziell der „Ausschaltung“ von „Anhängern“ Luxemburgs bzw. Liebknechts gedient und so die demokratischen und revolutionären „Richtungen ... zurückgedrängt“ hätten (vgl. P 48, F 30 f.). Die Entwicklung der KPD in der Weimarer Republik reduziert sich in dieser Annahme für Weber tendenziell auf die Unterdrückung eines deutschen Kommunismus der Luxemburg und Liebknecht durch Machenschaften eines russischen Apparatschik Stalin.

Nun besteht freilich kein Zweifel daran, daß die Geschichte der KPD in der Weimarer Zeit durch einen Prozeß von Fraktionskämpfen, Fraktionsausschlüssen und Fraktionsverselbständigungen vermittelt ist, dessen Verlauf mehr oder minder eng mit der Entwicklung der KI-Politik zusammenhängt und der zeitweilig gewiß auch durch die Interessen von Fraktionen und Führungen der in der Sowjet-Union herrschenden kommunistischen Partei gesteuert worden ist. Schon nach dem zweiten Parteitag im Herbst 1919 und nach dem dritten Parteitag Anfang 1920 trennte sich die KPD — nicht zuletzt unter dem Einfluß Lenins — von der Masse des linksradikal-syndikalistischen Teils ihrer Mitglieder, so wie sie nach der Vereinigung mit der USPD-Linken im Verlauf der Jahre 1921 und 1922 bestimmte „rechtskommunistische“ Funktionäre austieß. Wie die Jahre bis zum Oktober 1923 im wesentlichen durch einen innerparteilichen Kampf gegen die — heterogene — „linke“ Parteiminderheit gekennzeichnet waren, so die Zeit bis zum September 1925 hauptsächlich durch den Kampf gegen die „rechte“ Minderheit und die „Mittelgruppe“ in der Partei. Und ganz gewiß sind die Funktionsenthebungen und Ausschlüsse von ultralinken und „links“-oppositionellen Kommunisten nach dem Offenen Brief des EKKI an die KPD vom September 1925 ebenso Ergebnis eines von sowjetischen Parteiführern initiierten Eingriffes der KI in die Partei gewesen, wie die Funktionsenthebungen und Ausschlüsse von „Rechten“ und „Versöhnlern“ nach dem zweiten EKKI-Brief vom Dezember 1928 auf einen Sieg der Stalin-Gruppe im EKKI-Präsidium über die zu Bucharin neigenden Präsidiumsmitglieder zurückgingen. Schließlich kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß mit diesen Ausschlüssen und Verselbständigungen von KPD-Fraktionen eine Reihe ebenso revolutionärer wie demokratischer wie kommunistischer Arbeiter und Intellektueller zum Schaden der Partei und ihrer Politik auf das Feld der sozialistischen Splittergruppen gedrängt wurde oder dorthin abgewandert ist.

Aber die Geschichte der Fraktionskämpfe, die die Parteientwicklung vermitteln und auf die sich die Darstellungen Webers beschränken, ist nicht wesentliches Charakteristikum der Geschichte der KPD.

Deren Entwicklung ist wesentlich die Auseinandersetzung einer um die Revolutionierung der arbeitenden Massen kämpfenden Partei mit den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft, die diese Massen unterdrückt und im Zaume hält. Eine angemessene Historiographie des Kommunismus in der Weimarer Republik beruht daher zunächst und vor allem auf der Entschlüsselung der das Parteigeschehen mit der Gesellschaftsgeschichte verschränkenden Politik. Ihr Leitfaden ist die Entfaltung, Verwirklichung oder Vernachlässigung der Strategie, die die Arbeit der revolutionären Partei und den Gestaltwandel der kapitalistischen Gesellschaft vermittelt⁴. Diese Strategie hatte die KPD im Verein mit der Leitung der KI in den Jahren bis 1923 — von ultralinken Rückschlägen abgesehen — in der Einheitsfrontpolitik entwickelt, in deren Entstehung- und Wirkungsgeschichte die innerparteilichen Kämpfe bis 1924 ihren Stellenwert erhalten. Sinn der Einheitsfrontstrategie war, die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse für den Kampf um die politische Macht und die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise aus den Tageskämpfen um die unmittelbaren Interessen des Proletariats hervorgehen zu lassen. Ihrer Form nach bestand sie aus gemeinsamen Aktionen aller Organisationen der Arbeiterbewegung für solche Tagesziele, bei denen sich die KPD die Propagierung des revolutionären Ziels und unter Umständen auch das Eintreten für revolutionierende Übergangslösungen vorbehielt. Der Kampf um die Erfüllung solcher Teilforderungen an allen Fronten, zumal in Gewerkschaften und Parlamenten, zeitigte dieser Argumentation zufolge Konsequenzen, die über diese Ziele hinauswiesen: entweder nämlich würde der Kampf um die Teilforderungen von den reformistischen Funktionären zurückgewiesen oder gehemmt, wodurch sie sich und ihre Organisationen als arbeiterfeindlich entlarven und die Schranke beseitigen würden, welche die Masse der nicht-kommunistischen Arbeiter von der revolutionären Partei trennt; oder die Teilforderungen würden von ihnen bejaht und mit ihrer Unterstützung verwirklicht, so daß die Machtpositionen der Arbeiterklasse insgesamt gestärkt werden würden, wodurch die Aktionsmöglichkeiten und Zielsetzungen der kommunistischen Partei künftig weiter ausgreifen könnten. In beiden Fällen war es nach dieser Konzeption möglich, eine Intensivierung der einheitsfrontpolitischen Forderungen, die gleichwohl stets den objektiven und subjektiven Vorbedingungen des Revolutionsprozesses angepaßt werden konnten, zu erreichen: bis hin zu Übergangslösungen wie derjenigen, auf der Grundlage besonderer proletarischer Machtorgane die Durchsetzung von Produktionskontrollen und die Einsetzung einer Arbeiterregierung noch im Kapitalismus zu verwirk-

4 Ich habe die Geschichte der KPD in der Nachkriegs- und in der Stabilisierungsperiode der Weimarer Republik aus dem Blickwinkel der späteren „Rechts“-Opposition am Leitfaden der Strategieentwicklung dargestellt in: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO), Meisenheim 1964. Vgl. für die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungszüge die entsprechenden Bände der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (DDR) 1966.

lichen, um von diesen Positionen her den Kampf um die politische Macht einzuleiten. Der Fehlschlag dieser bis dahin erfolgreich verfolgten Strategie im Oktober 1923, mit dem das Ende der latent revolutionären Nachkriegsperiode zusammenfiel, ist die Ursache für die Ersetzung der bis dahin herrschenden KPD-Fraktion durch die „Links“-Fraktion, die bis 1925 die Partei führte. Die ultralinke, fast anarchistische Politik der Fischer-Maslow-Gruppe, die durch den Druck der Parteimitgliedschaft an die Macht gekommen war, läßt sich nur als abstrakte Negation der Vor-Oktober-Politik beschreiben, welche den enttäuschten Hoffnungen der Mitgliedermassen der Partei entsprungen war. Die Politik des KPD-ZK nach dem EKKI-Brief von 1925 aber kann — trotz ihrer Widersprüchlichkeit gerade in Hinblick auf das Problem 1923 — umgekehrt als ein Versuch gewertet werden, aus der Niederlage der Einheitsfrontpolitik von 1923 wie aus dem Schaden, den ihre abstrakte Negation in der Folgezeit eingebracht hatte, zu lernen und die Einheitsfrontpolitik der Brandler-Thalheimer-Führung, die der revolutionären Prädisposition der Arbeitermassen grundsätzlich allzusehr vertraut hatte, durch eine Einheitsfrontstrategie zu ersetzen, welche die organisatorische Aktivierung proletarischer Massen durch die Partei selbst zu ihrem Ausgangspunkt hat. Mit diesem Programm vollzog sich zugleich die Anerkennung der neuen Stabilisierungssituation des Kapitalismus. Das leninistische Selbstverständnis dieses ZK hat in diesen Lernvorgängen seine Wurzel. Die ultralinken Rückschläge der KPD-Politik in der Periode, die der relativen Stabilisierung des deutschen Kapitalismus in den Jahren 1924—1928 folgte, sind zugleich Rückschläge in diesem Lernprozeß. Die schweren Fehler der RGO-Politik und der Sozialfaschismus-Konzeption und die Ersetzung der klassischen Einheitsfrontstrategie durch die sektiererische Politik der „Einheitsfront von unten“, die die KP-Führung später verurteilte, stellen blinde Reaktionen deutscher und sowjetischer Parteiführer auf die neue krisenhafte Gesellschaftssituation dar. Es bleibt Aufgabe der marxistischen Forschung, die gesellschaftlichen Bedingungen dieser Politik und des falschen Verständnisses der revolutionären Interessen, das ihr zugrunde lag, genauer zu bezeichnen. Die Aufhellung dieser Bedingungen würde aber zweifellos zeigen, daß die „Wandlung des deutschen Kommunismus“ in der Weimarer Zeit diesen der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung nicht entfremdete, wie Weber meint, sondern ihn über sie hinaushob.

3. Das Konzept der „Wandlungen des Kommunismus“ als politisches Instrument des Antikommunismus

Die „Wandlung des deutschen Kommunismus“ ist nicht der einzige Gegenstand der Weberschen Kommunismusdeutungen. Von anderen „Wandlungen des Kommunismus“ berichtet die Aufsatzsammlung „Demokratischer Kommunismus?“, in der vor allem vom Kommunismus im Weltmaßstab, von seinen historischen Wurzeln und vom Kommunismus in der UdSSR gehandelt wird. Veränderungen im Kommunismus geht Weber insbesondere nach, weil er in ihnen histo-

rische Bewegungen von höchster aktueller politischer Bedeutung zu erkennen meint: das Hervortreten von „Richtungen“ des Kommunismus, die er schon für die Frühzeit der KPD als „demokratischen“ und als „revolutionären“ Kommunismus entdeckt zu haben glaubte, die er aber in der weiteren KPD-Geschichte verschüttet sah. „Aus dem monolithischen Kommunismus der Stalin-Ära ging eine kommunistische Weltbewegung hervor, deren Spannweite vom diktatorisch-bürokratischen Staatskommunismus Moskauer Prägung zum revolutionären Kommunismus chinesischer oder kubanischer Richtung, zum Reformkommunismus und den Ansätzen eines demokratischen Kommunismus wie etwa 1968 in der CSSR oder in Jugoslawien reicht“ (VII). Dabei läßt Weber keinen Zweifel daran, daß das Ziel des „demokratischen“ bzw. „Reform-Kommunismus“ die „Änderung“ der existierenden sozialistischen Gesellschaftssysteme zwecks „Übernahme der bürgerlich-kapitalistischen Errungenschaften, und zwar nicht nur des technischen Fortschritts, sondern auch der persönlichen Freiheit und der Rechtssicherheit“ sowie ihre Anpassung an die „Realitäten der modernen Industriegesellschaft“ ist, ebenso wie die „Idee der direkten Herrschaft der Massen durch die Räte, der permanenten Revolution ohne institutionelle oder gesetzliche Fixierung der Macht“ (XXIII f.) Merkmal der Richtung des „revolutionären Kommunismus“ sei. Die Wandlungen des Kommunismus, die Weber registrieren möchte, stellen sich ihm vor allem als Formen der Entfremdung von der Verfassung der hochindustrialisierten sozialistischen Gesellschaften, als Tendenzen zu ihrer Aufhebung dar. Der betont antisowjetische Akzent seiner Würdigung der „nicht-bürokratischen“ Richtungen geht daraus hervor, daß er sie vorab als Negation des „bürokratisch-diktatorischen Kommunismus“ versteht, der „das Grundmodell des orthodoxen Kommunismus der Moskauer Richtung“ sei (XIX). Wenn Weber daher aus seinen Wandlungsanalysen das Resümee der „Wandlungsfähigkeit des Kommunismus“, zumal „für die Zukunft“, zu ziehen pflegt (XXIX) und diese Erkenntnis besonders der SED absprechen will (304), so darf man dies wohl so interpretieren, daß er mit seinen Studien die Meinung fördern und verbreiten will, die Diktatur des Proletariats und die Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse gerade in den fortgeschrittensten Industrieländern des sozialistischen Weltsystems seien schließlich wieder rückgängig zu machen. Die „Rückschläge“, die er für das Jahr 1953 in der DDR, für 1956 in Ungarn und für 1968 in der CSSR hinsichtlich einer solchen Richtung des Wandels konstatieren muß, lassen ihn an dieser Meinung nicht irre werden: „Doch die Wandlungen des Kommunismus dürften weitergehen“ (XXXII). Der Begriff der „Wandlungen des Kommunismus“ bei Hermann Weber versucht jedenfalls, der antikommunistischen Einwirkung auf die sozialistischen Gesellschaftssysteme zur Hand zu gehen.

Bärbel Kunze

Erich Matthias' Apologie der SPD-Entwicklung

Zur Historiographie über die Sozialdemokratie am Ende der Weimarer Republik

Als bisher einziger westdeutscher Historiker hat sich Erich Matthias ausführlich mit der SPD-Entwicklung in der Periode des präfaschistischen und des faschistischen Deutschland befaßt¹; das Bild, das er von der SPD dieser Zeit gezeichnet hat, ist in wesentlichen Punkten unkritisiert in die westdeutsche Geschichtsschreibung über die deutsche Arbeiterbewegung übernommen worden². Daher sollen in diesem Beitrag Inhalt und Funktion der Darstellung der Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am Ende der Weimarer Republik und des politischen Verhaltens von Sozialdemokraten im deutschen faschistischen Staat, wie sie sich bei diesem Historiker findet, untersucht werden.

Erich Matthias kennzeichnet den Standort, von dem aus er sich anschickt, SPD-Geschichte zu schreiben, als den des Wissenschaftlers, dessen Darstellungsweise sich wohl abhebt von jener „Partei-geschichtsschreibung, [die] oft fast unmerklich zur parteiischen Geschichtsschreibung hinübergleitet und standort- bzw. ideologie-

1 Erich Matthias, *Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933—1938*, Stuttgart 1952.

Ders., *Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914—1945. Eine Übersicht*. Tübingen 1954.

Ders., *Der Untergang der Sozialdemokratie*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 4, 1956, H. 2/3.

Ders., *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, in: Matthias/Morsey (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, S. 101—278.

Ders., *Die Sozialdemokratie und die Macht im Staate*, in: *Der Weg in die Diktatur 1918—1933*, München (1962), S. 71—93.

Ders. (Hrsg.), *Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration*. Herausgegeben von Erich Matthias und Werner Link. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Droste Verlag, Düsseldorf 1969 (758 S., Ln., 82,— DM).

2 Dies gilt, um nur zwei Beispiele zu nennen, etwa für die Darstellungen der SPD bei Helga Grebing (*Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, München 1970) oder bei Hans Joachim Reichardt (*Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes der Arbeiterbewegung*, in: *Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien*, hrsg. von Schmitthenner/Buchheim. Köln/Berlin [1966]).

gebundenen geschichtlichen Legenden Einlaß gewährt³. Welche Art der Geschichtsschreibung hier als „unparteiische zeitgeschichtliche Forschung“⁴ sich aus gibt, soll im folgenden deutlich gemacht werden, indem einige Inhalte seiner Darstellung mit Hilfe von allgemein zugänglichem Quellenmaterial überprüft werden. Gleichzeitig soll versucht werden, an Hand des vorliegenden Dokumentenmaterials einige Gegenthesen zu entwickeln, die die Funktion der Matthiaschen Geschichtsschreibung deutlich machen können.

Zum methodischen Ansatz bei Matthias

Zu Beginn seines Buches „Sozialdemokratie und Nation“, das er als Beitrag zur „Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration 1933—1938“ kennzeichnet, stellt Matthias fest, daß es ihm darum gehe, den ideologischen Gehalt der Emigrationspublikationen zu analysieren, daß er aber darauf verzichten müsse, „die historischen und politischen Auffassungen der Emigranten auf ihren historischen Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen“⁵. Bei seiner späteren Untersuchung über die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei in den Jahren 1931—1933 — auf die in diesem Beitrag vor allem eingegangen werden soll — gibt Matthias zwar keine direkten Hinweise auf sein methodisches Vorgehen; es läßt sich jedoch leicht feststellen, daß die Art der Darstellung hier im Grunde derjenigen in „Sozialdemokratie und Nation“ vergleichbar ist insofern, als er sich durchgängig auf eine von jedem ökonomischen und politischen Kontext losgelöste Beschreibung der Entwicklung der Partei beschränkt. Mit der Wahl eines solchen methodischen Ansatzes wird allerdings von vornherein deutlich, daß seine Untersuchung keineswegs darauf abzielt, eine kritische Darstellung der SPD-Entwicklung zu liefern; als eine solche Darstellung kann nur die gelten, die diesen Kontext nicht ausschließt.

Daß Matthias bei dieser Beschreibung der SPD-Entwicklung bereits von der Art der Quellenverarbeitung her der „wissenschaftlichen Objektivität“ nicht nachkommt, die er für sich in Anspruch nimmt, wird deutlich, wenn man feststellt, daß er in seinem erklärten Bestreben, „Verständnis“ für die Politik der SPD zu erwecken⁶, in weiten Teilen seiner Untersuchung die nachträglichen Interpretationen direkt beteiligter Sozialdemokraten zu immanenten Bestandteilen seiner Darstellung macht, ohne deren mögliche Funktion zu reflektieren oder sie durch Hinzuziehung weiterer Quellen zu objektivieren⁷. „Quellenkritische Bedenken“ gegen ein derartiges Vor-

3 Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation, a.a.O., S. 11.

4 Ders., Vorwort zu Mit dem Gesicht nach Deutschland, a.a.O., S. 8.

5 Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation, a.a.O., S. 11.

6 Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, a.a.O., S. 102.

7 Dies gilt insbesondere für die Kapitel „Der Wille zum Widerstand“, „Das Verhältnis zur KPD“ und „Unter den Bedingungen der Halblegalität“, in: Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

gehen sind nach Matthias gegenstandslos, da „die zumeist mündlichen Aussagen [der Beteiligten] sich vielfach decken oder ineinandergreifen“⁸. Indem Matthias bei seiner Untersuchung weitgehend und unkritisch auf Memoirenliteratur und mündliche und schriftliche nachträgliche Befragungen recurriert — letzteres, ohne dem Leser Einblick in die Methoden der Befragung, die Auswahl der Befragten und in den Ablauf der Befragungen zu geben, womit dieser Teil des verwandten Quellenmaterials und die daraus von Matthias gezogenen Folgerungen für den Leser unkontrollierbar bleiben — während dagegen die Analyse von Zeitungen und Zeitschriften und anderen Primärquellen vergleichsweise geringen Raum einnimmt, gibt er bereits seine Einstellung zum Untersuchungsobjekt zu erkennen.

Entsprechend seinem vorgeblich deskriptiven Ansatz bleibt die Frage nach den Ursachen des politischen Verhaltens der Sozialdemokratie in der von ihm behandelten Zeit unberücksichtigt. Der Versuch der Beantwortung dieser Frage hätte bedeutet, daß die politische Konzeption der Partei, konkret, die ihr nach ihrem Selbstverständnis in den Klassenauseinandersetzungen am Ende der Weimarer Republik zukommende Rolle, hätte einbezogen werden müssen; ohne die Analyse dieser Konzeption nämlich ist die Entwicklung der SPD im präfaschistischen und faschistischen Deutschland kaum erklärbar. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit diesem Problem ist im Zusammenhang dieses Beitrags nicht möglich. Um jedoch Gegenvorstellungen zur Matthiasschen Darstellung entwickeln zu können, ist es unumgänglich, wenigstens einige Überlegungen zur politischen Konzeption der Partei in der Weimarer Republik anzustellen.

Zur politischen Konzeption der SPD

Im Heidelberger Programm von 1925 hat die SPD ihre politische Strategie und damit ihre Stellung zur parlamentarisch verfaßten bürgerlichen Republik folgendermaßen formuliert:

„Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftliche Organisation nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. *In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist.* Sie kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein“⁹.

Diese Formulierung wurde in der Folgezeit als Aufforderung zur weitestmöglichen Integrierung in den Staatsapparat interpretiert: „Der Kampf um die Eroberung der Staatsmacht macht die Erringung

8 Erich Matthias, *Der Untergang der Sozialdemokratie*, a.a.a.O., S. 179.

9 Zit. nach: Die programmatischen Erklärungen der deutschen Sozialdemokratie, in: Wolfgang Abendroth, *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*, Frankfurt 1964, S. 108 (Hervorhebung von der Verfasserin).

und Behauptung möglichst zahlreicher Machtpositionen in Gemeinde, Staat und Reich notwendig¹⁰."

Im Rahmen dieser politischen Konzeption, die durch die Identifikation mit dem bürgerlich-demokratischen Staat den Blick auf die tatsächlich gegebenen Klassenverhältnisse verstellt, erschöpft sich politische Aktion in legaler Reformpolitik, deren letztes Ziel der allmähliche bruchlose Übergang zum Sozialismus sein soll. Sich ständig weiterentwickelnde Ansätze einer sozialistischen Wirtschaftsweise allerdings sind nach sozialdemokratischer Theorie, wie sie etwa von Rudolf Hilferding auf dem Kieler Parteitag der SPD im Jahre 1927 formuliert wurde, bereits in der Phase des sich zunehmend international organisierenden Monopolkapitalismus vorhanden: „Organisierter Kapitalismus bedeutet ... in Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion¹¹." Bleibt bei Hilferding hinter dem formalen Aspekt der Planung der Unterschied des kapitalistischen und des sozialistischen Planungsziels, nämlich Planung zum Zwecke der Profitmaximierung auf der einen und Planung mit dem Ziel größtmöglicher gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung auf der anderen Seite, völlig unberücksichtigt, so liegt der Schluß nahe, daß nach dieser sozialdemokratischen Vorstellung ein unvereinbarer Gegensatz von Klasseninteressen in diesem Stadium des Kapitalismus nicht mehr vorhanden ist. Bestätigt wird eine solche Vermutung durch die Äußerung des Parteivorsitzenden Otto Wels auf dem Leipziger Parteitag 1931: „Wir haben den Standpunkt der Volksgemeinschaft zum Ausgangspunkt unserer Auffassungen gewählt¹²." Die Theorie vom Vorhandensein „sozialistischer Fundamente" im organisierten Kapitalismus¹³, die auch nach Einsetzen der Wirtschaftskrise nicht aufgegeben wurde, ergab für die SPD die Perspektive, eine möglichst reibungslose Weiterentwicklung des Kapitalismus zu fördern.

Es erweist sich als folgerichtig im Sinne dieser politischen und wirtschaftlichen Konzeption — neben der der weiter aufrechterhaltenen Propagierung des „Endziels" einer klassenlosen Gesellschaft objektiv nur die Funktion der Verschleierung der Konsequenzen reformistischer Politik zukommen konnte —, daß die Parteiführung, als die Wirtschaftskrise eine Fortsetzung der Politik der Reformen unmöglich machte, mit der Tolerierung der Brüning'schen Notverordnungs politik die Interessen der abhängig Arbeitenden preisgab zugunsten der Krisenbewältigung und der Aufrechterhaltung des for-

10 Rudolf Hilferding, Entschließung zum Referat „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik", gehalten auf dem Kieler Parteitag der SPD 1927; Protokoll des Kieler Parteitages, S. 224.

11 Hilferding, a.a.O., S. 168.

12 Protokoll des Leipziger Parteitages 1931, Berlin 1931, S. 15.

13 Tarnow auf dem Leipziger Parteitag in seinem Referat „Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse", Protokoll des Leipziger Parteitages, a.a.O., S. 50.

malen Funktionierens parlamentarischer Regierungsformen. Diese Politik, die ihre Fortsetzung fand in der erneuten Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten mit Hilfe der SPD und in der kampflosen Aufgabe der Regierungsmacht in Preußen beim Papenschen Staatsstreich, mußte objektiv, da sie einer Selbstausschaltung eines Teils der Arbeiterbewegung aus dem politischen Kampf gleichkam, die Funktion der Stärkung der reaktionären kapitalistischen Kräfte haben und damit zum Sieg des Faschismus in Deutschland beitragen.

Zur Organisationsstruktur der SPD

Ogleich durch die Tolerierungspolitik die unmittelbaren materiellen Interessen der Parteimitglieder spürbar tangiert wurden, stieß die Parteiführung mit dieser Politik — mit der sie nach Matthias „verantwortungsbewußte Opferbereitschaft“ einerseits und „passive Resignation“ andererseits an den Tag legte¹⁴ — innerhalb der Partei auf keinen nennenswerten Widerstand. Wenig erhellend ist die Erklärung, die Matthias dafür vorzubringen hat: „Die Einheit und Geschlossenheit der Partei wurde nicht nur nüchtern als Voraussetzung politischer Erfolge aufgefaßt, sondern bedeutete in erster Linie einen Gefühlswert, eine irreale Größe, die das Leben in den sozialdemokratischen Organisationen durchsäuerte und ihren Charakter weitgehend bestimmte¹⁵.“

Die Ursachen fehlenden Widerstandes gegen die Integrationspolitik der Parteiführung von seiten der Mitgliedschaft sind dagegen angemessener zu bestimmen, wenn man nach den Bedingungen politischer Bewußtseinsbildung und politischen Verhaltens in der SPD fragt. So scheint die als Konsequenz eben dieser Politik der Parteiführung in weiten Kreisen der Mitgliedschaft sich ausbreitende Entpolitisierung wesentlich gefördert worden zu sein durch bestimmte Strukturmerkmale der Parteiorganisation:

Im Jahre 1930 waren nach Schätzungen 70 % der Parteimitglieder Arbeiter und Angestellte¹⁶. Die Partei war jedoch nicht nach dem Betriebszellenprinzip organisiert, das der sozialen Stellung der überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder entsprochen hätte, sondern nach Wohngebieten aufgebaut. Die mit einer derartigen Wohngebietsorganisation gegebene Gefahr der Privatisierung und Entpolitisierung der Parteimitglieder wurde weiter vergrößert durch eine starke Organisationszersplitterung¹⁷. So waren im allgemeinen Sozialdemokraten nicht nur Partei- und Gewerkschaftsmitglieder,

14 Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, a.a.O., S. 102.

15 a.a.O., S. 120 f.

16 Siegmund Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart 1965, S. 33.

17 Auf die Konsequenzen dieser Entwicklung verweist Fritz Bieligk in seinem Beitrag „Die Entwicklung der sozialdemokratischen Organisation in Deutschland“, in: Die Organisation im Klassenkampf, a.a.O., 1931, S. 62—70.

sondern sie gehörten gleichzeitig noch den verschiedensten sozialdemokratischen Nebenorganisationen an. Der aktive Teil der Parteimitgliedschaft, d. h. vor allem der untere Funktionärskörper, war, da die Aufrechterhaltung der außerordentlich verschiedenartigen Organisationen umfangreiche Verwaltungsarbeit erforderte, weitgehend absorbiert von rein organisatorischer Tätigkeit, neben der für politische Bildungsarbeit und für Anleitung zu politischem Handeln wenig Raum blieb. „Sozialistische Gesinnung“, d. h. abstrakter Glaube an eine zukünftige sozialistische Gesellschaft jenseits aller politischen Realität, wie sie parteioffiziell um so nachhaltiger beschworen wurde, je weiter sich die politische Praxis der Partei von diesem Ziel entfernte, konnte bei der Parteimitgliedschaft um so leichter an die Stelle tatsächlicher Manifestation sozialistischen Bewußtseins durch politische Aktivität treten, als sich das Parteileben in dem Maße, in dem die SPD selbst aufgehört hatte, Arbeiterinteressen zu vertreten, in diese meist unpolitischen Nebenorganisationen verlagerte¹⁸.

Der Entwicklung politischer Alternativen innerhalb der Partei, die verändernd im Sinne tatsächlicher Klassenpolitik hätte wirken können, stand jedoch vor allem die organisatorische Stärke der Parteiführung entgegen. Diese Stärke beruhte auf einer Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse beim Parteivorstand und der Reichstagsfraktion, deren Tagespolitik keiner wirksamen Kontrolle durch unabhängige Instanzen unterlag, und einer damit Hand in Hand gehenden Reduktion der Funktion von Parteitagen von Orten politischer Entscheidungen zu Akklamationsstätten für die Parteiführung; auf einer Konzentration der finanziellen Macht der Parteiführung, die die Abhängigkeit des besoldeten Funktionärskörpers nach sich zog; und auf einem Informations- und Meinungsbildungsmonopol als Folge der weitgehenden Zentralisierung der Parteipresse, die eine wirksame Kontrolle nicht nur des Zentralorgans, sondern auch der Provinzpresse ermöglichte¹⁹. Die Bildung oppositioneller Gruppierungen, denen es hätte gelingen können, alternative politische Vorstellungen weiten Kreisen der Partei zugänglich zu machen, und deren Politik organisatorischen Niederschlag hätte finden können, war so von vornherein auf Grund dieser organisatorischen Stärke der Parteiführung weitgehend erschwert. Zudem mußte die autoritäre Praxis der Parteiführung gegenüber opponierenden Parteimitgliedern, deren Mittel von Diffamierungskampagnen bis zu Partei-

18 Fritz Bieligk, a.a.O.

19 Siehe dazu Fritz Bieligk, a.a.O., S. 70 ff. Wenn Matthias im Zusammenhang des Verhältnisses von Parteiführung und Parteimitgliedschaft von „Führung und Gefolgschaft“ und von „Führern und Geführten“ spricht — (Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, a.a.O., S. 147), dann trifft er im Grunde genau diese autoritäre Parteistruktur, wie sie für die SPD in dieser Zeit kennzeichnend war. Allerdings zeigt die Tatsache, daß Matthias diese Begriffe unkritisch gebraucht, daß für ihn selbst ein derart gekennzeichnetes Verhältnis unproblematisch und selbstverständlich ist.

ausschließen und Gruppenauflösungen reichten²⁰, abschreckende Wirkung ausüben; dies um so eher, als es der Parteiführung gelang, gegen derartig opponierende Gruppen und Personen den in der Partei weitverbreiteten Antikommunismus zu mobilisieren.

Das Verhältnis der SPD zur Kommunistischen Partei

Die sozialdemokratische Parteiführung betrachtete in den letzten Jahren der Weimarer Republik den Kampf „gegen rechts und links“ als die Hauptaufgaben ihrer Politik²¹. Wenngleich Matthias zwar die sozialdemokratischen Aktionen gegen den Faschismus ausführlich schildert, das politische Verhalten gegenüber der Kommunistischen Partei aber nur wenig Beachtung erfährt, so soll aber hier auf dieses Problem und seine Behandlung bei Matthias ausführlicher eingegangen werden; denn eine Analyse des vorhandenen Quellenmaterials, besonders der sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften, zeigt, daß die Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei tatsächlich in der politischen Praxis der SPD in dem behandelten Zeitraum eine entscheidende Rolle spielte.

Die Beurteilung des Verhältnisses der SPD zur KPD ist bei Matthias wesentlich geprägt durch seine eigene Einschätzung der Kommunistischen Partei; wenngleich er sich nicht eingehend mit der KPD selbst befaßt, so geben doch die Aussagen, die er über diese Partei macht, eindeutig Aufschluß über seine Position: Für Matthias stellt sich die Kommunistische Partei dar als eine der beiden den Staat von Weimar bedrohenden „totalitären Bewegungen“²², die Gleichartigkeit von Kommunismus und Faschismus wird als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt. Wenn Matthias davon spricht, daß die SPD die einzige Partei gewesen sei, die keine Zugeständnisse an den aufsteigenden Nationalsozialismus gemacht habe²³, so erscheint ihm die damit getroffene Feststellung, daß die Kommunistische Partei zu den Parteien der Weimarer Republik gehört habe, die versuchten, sich mit dem Faschismus in irgendeiner Form zu arrangieren, als so wenig problematisch, daß er sich um keinerlei Beweise hierfür bemüht. Er beschränkt sich darauf, an anderer Stelle auf Beispiele angeblicher

20 Als Beispiele seien hier nur genannt die Auflösung der Jungsozialistischen Vereinigung im Jahre 1931, die versucht hatte, alternativ zu der Politik der Parteiführung marxistische Positionen zu entwickeln; die Ersetzung opponierender SAJ-Politiker durch parteiführungstreue Funktionäre gegen den Willen der Sozialistischen Arbeiterjugend selbst (Fritz Bieligk, a.a.O., S. 61 f.); oder der Kampf der Parteiführung gegen die Parteilinke um Rosenfeld und Seydewitz im Jahre 1931, der dann mit der Gründung der SAP durch diese Gruppe endete.

21 Vgl. dazu etwa die Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Breitscheid, abgedruckt in: Sozialdemokratische Pressekorrespondenz, Nr. 8/9 vom Aug./Sept. 1932, S. 411, oder Rudolf Hilferding, Zwischen den Entscheidungen, in: Die Gesellschaft, 10. Jg., Jan. 1933, Nr. 1, S. 1—9.

22 Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, a.a.O., S. 103.

23 a.a.O., S. 101.

Kooperation zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten hinzuweisen. Einer Nachprüfung an Hand von — übrigens leicht zugänglichem — Quellenmaterial halten die angeführten Beispiele, nämlich das „Paktieren mit den Nationalsozialisten gegen die geschäftsführende Regierung Braun im preußischen Landtag Anfang Juni 1932 und das nationalsozialistisch-kommunistische Bündnis im BVG-Streik vom Herbst 1932“²⁴ nicht stand. Es läßt sich, wenn man die Protokolle des Preußischen Landtages für die angegebene Zeit heranzieht, jedenfalls kein Hinweis finden, der auf Absprachen der Kommunisten mit den nationalsozialistischen Landtagsvertretern in irgendeinem Punkt hindeuten könnte. (Und nur auf Absprachen wäre der von Matthias verwandte Begriff des Paktierens sinnvoll!) Feststellen läßt sich dagegen eindeutig, daß die kommunistischen Landtagsabgeordneten sich in allen Punkten, in denen sowohl die Kommunisten als auch die Nationalsozialisten gegen die geschäftsführende Regierung Braun opponierten, eindeutig von den Nationalsozialisten distanzieren²⁵.

Der Verlauf des Berliner Verkehrsarbeiterstreiks im November 1932, wie er sich an Hand des „Vorwärts“, der „Roten Fahne“ und der Sitzungsprotokolle des Preußischen Landtages verfolgen läßt, zeigt, daß das, was Matthias — in Übereinstimmung mit den Interpretationen der 1932 beteiligten führenden Sozialdemokraten — als „nationalsozialistisch-kommunistisches Bündnis“ kennzeichnet, der Versuch der kommunistischen Partei war, neben Unorganisierten und im ADGB organisierten Verkehrsarbeitern auch nationalsozialistisch organisierte Arbeiter aktiv in den von der KPD wesentlich initiierten Streik einzubeziehen. Daß sich zunächst aus wahltaktischen Gründen die Leitung der „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“ (NSBO) dem Streik anschloß, ist um so weniger als „nationalsozialistisch-kommunistisches Bündnis“ zu bezeichnen, als die Kommunisten es von Beginn des Streiks an eindeutig als ihre Absicht erklärt hatten, nationalsozialistische Arbeiter durch politische Aufklärung während des Streiks von der NSDAP zu lösen²⁶.

Die These von der Zusammenarbeit von Nationalsozialisten und Kommunisten erweist sich also als Geschichtsfälschung. Ihre Funktion für Matthias ist offensichtlich: wird auf der einen Seite behauptet, daß die Kommunistische Partei dem deutschen Faschismus nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstand, dann kann dagegen die Sozialdemokratie um so leichter als die Partei hervorgehoben wer-

24 a.a.O., S. 158. Zu der von Matthias erwähnten „Beteiligung der Kommunisten am preußischen Volksentscheid im Sommer 1931“ (S. 158) ist zu sagen, daß sich das ZK der KPD tatsächlich unter dem Einfluß ultralinkler Kräfte gegen starke Widerstände dazu hatte bringen lassen, den von den Faschisten initiierten Volksentscheid zu unterstützen. Es wäre jedoch unrichtig, diese Entscheidung, so fehlerhaft sie war, als Ausdruck der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten zu werten.

25 Sitzungsprotokolle des Preußischen Landtages, 4. Sitzung am 2. Juni bis 12./13. Sitzung am 24. Juni 1932.

26 Rote Fahne, 2. und 3. November 1932.

den, die sich „bis zum bitteren Ende als stärkste und konsequenteste Kraft der parlamentarischen Demokratie in Deutschland bewährte und als einzige von den Parteien der Republik in eindeutiger und kompromißloser Gegnerschaft zum aufsteigenden Nationalsozialismus beharrte“²⁷. Diesen Eindruck, daß jedenfalls die SPD das Ihre dazu getan habe, den Sieg des Faschismus in Deutschland zu verhindern, weiß Matthias nun weiter zu verstärken, indem er die angeblich 1931 einsetzenden Bemühungen von Sozialdemokraten schildert, zu einer Verständigung mit den Kommunisten im Interesse eines effektiveren Kampfes gegen die faschistische Partei zu gelangen: So sei der erste Schritt auf dem Wege der „Verständigungspolitik“, deren Ziel Matthias als „Defensivbündnis auf Grundlage einer Kooperation Gleichberechtigter zur Verteidigung der Arbeiterrechte“ kennzeichnet, eine Rede Rudolf Breitscheids im November 1931 gewesen, der „Stampfers ‚Vorwärts‘ eifrig sekundierte“; der „Vorwärts“ habe seine antikommunistische Polemik seit dieser Zeit „gedämpft“ und insbesondere ein „eindrucksvoller Bericht Stampfers“ im „Vorwärts“ über die kommunistische Demonstration am 25. Januar 1933 habe dieses Bemühen der Sozialdemokraten um eine bessere Beziehung zwischen KPD und SPD unterstützt; und so habe schließlich Breitscheid in der Sitzung des Parteiausschusses vom 31. Januar 1933 dem Wunsch nach einem verbesserten Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten Ausdruck gegeben²⁸.

Zu einem diesen Interpretationen von Matthias entgegengesetzten Eindruck über die politische Strategie der Sozialdemokratie gegenüber der Kommunistischen Partei gelangt man allerdings, wenn man die von Matthias aufgezählten und bruchstückhaft wiedergegebenen „rhetorischen und publizistischen Bemühungen Breitscheids und Stampfers“²⁹ in Originalfassung nachliest: Breitscheid spricht in der erwähnten Rede lediglich davon, daß durch einen terroristische Einzelaktionen gegen den Faschismus verurteilenden Beschluß des ZK der KPD „wenigstens eines der zahlreichen Hindernisse beseitigt [sei], die bisher einem gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse zur Abwehr des Faschismus im Wege stehen“ und der „eifrig sekundierende“ „Vorwärts“ fügt in diesem Zusammenhang hinzu, daß der Kommunismus bisher faktisch, „sei es mit oder ohne Absicht“, als „Bundesgenosse des Faschismus“ wirke³⁰. Dieser Angriff taucht in den verschiedensten Versionen immer wieder im „Vorwärts“ auf: es bestehe die „Tatsache einer kommunistisch-nationalsozialistischen Einheitsfront“³¹, die KPD sei „Hilfstrupp des Faschismus“³², die KPD habe eine „Schmutzkonzurrenz in nationalistischer Hetze mit

27 Erich Matthias, Die Sozialdemokratie und die Macht im Staate, a.a.O., S. 75; ebenso ders. in: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, a.a.O., S. 101.

28 a.a.O., S. 155 f.

29 a.a.O., S. 156.

30 „Vorwärts“, 17. November 1931.

31 a.a.O., 19. Juni 1932.

32 a.a.O., 21. Juli 1932.

den Hakenkreuzlern betrieben“, und es gelte, „diese Bundesgenossen der schlimmsten Nationalisten in Deutschland . . . auf das stärkste zu bekämpfen“³³, beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik habe eine „Verbrüderung zwischen Nazis und Kozis“ stattgefunden³⁴ — die Beispiele ließen sich weiter fortsetzen. Worin nun die „Dämpfung“ der antikommunistischen Polemik bestehen soll, die Matthias festzustellen meint, wird nicht recht deutlich, zumal die Lektüre des „Vorwärts“ aus der angegebenen Zeit erweist, daß sich die Polemik der Sozialdemokraten gegen die KPD nicht in der Diffamierung der kommunistischen Partei als „Bundesgenosse“ der Faschisten erschöpft. Zu den immer wiederkehrenden Vorwürfen gehört zum Beispiel auch eine unsachliche Kritik an den Parteiführern der KPD. So ist in dem von Matthias als „Höhepunkt . . . [der] publizistischen Kampagne“ zur Verständigung mit den Kommunisten bezeichneten Artikel³⁵ Friedrich Stampfers im „Vorwärts“ folgendes zu lesen:

„Ich halte jedes Wort der Kritik an jenen Führern [der KPD] für berechtigt — aber mich dünkt auch die Frage des Nachdenkens wert, wieso es dieser geistig und moralisch nicht gerade hochstehenden Führerschaft gelingen konnte, zwischen diese Massen [der KPD] und die Sozialdemokraten einen Abgrund zu legen . . . Erst wenn sie bemerken werden, daß ihre Führer zum Kampf gegen den Kapitalismus nur das Geschrei liefern, während wir die *Arbeit* leisten, erst dann werden sie den Weg zu uns finden . . .“³⁶“

Nicht Verständigung mit den Kommunisten, sondern ihre Diffamierung mit dem Ziel der Gewinnung von Kommunisten für die Sozialdemokratische Partei scheint das strategische Konzept zu sein, das hinter derartigen Artikeln steht. Auch die von Matthias zitierte Rede Rudolf Breitscheids am 31. Januar 1933, in der er feststellt, daß ein neues Verhältnis zur Kommunistischen Partei nur gefunden werden könne, „wenn die Kommunisten ihre Haltung ändern“, und meint, „wir werden nicht in der Lage sein, die neue Entwicklungsstufe herbeizuführen“³⁷, kann keineswegs als Beweis für eine tatsächlich vorhandene Bereitschaft zu einem wie auch immer gearteten Bündnis mit den Kommunisten gewertet werden, zumal sie die ausdrückliche Erklärung enthält: „Von Verhandlungen mit den Kommunisten mit dem Ziel der Einheitsfront verspreche ich mir nichts“³⁸.“

Ergebnis der Nachprüfung des von Matthias angegebenen Belegmaterials ist also: Eine Bereitschaft zur Verständigung mit den Kommunisten von seiten der SPD ist ihm jedenfalls nicht zu entnehmen. Wenn Matthias gleichwohl damit seine These belegen will,

33 a.a.O., 25. Okt. 1932.

34 a.a.O., 5. November 1932.

35 Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, a.a.O., S. 155.

36 „Vorwärts“, 26. Jan. 1933.

37 Bereit sein ist alles! Rede des Genossen Breitscheid im Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 31. Januar 1933, Sonderdruck, hrsg. vom PV der SPD, S. 11.

38 a.a.O., S. 12.

daß „im Gegensatz zu den rein deklamatorischen kommunistischen ‚Einheitsfront‘-Angeboten, die auf die Zersetzung der SPD hinielten“, „von sozialdemokratischer Seite aus ab Ende 1931 ernsthafte Versuche gemacht worden [sind], ein besseres Verhältnis zur KPD herzustellen³⁹“, so ist dies nicht anders zu verstehen, als daß es Matthias hier weniger darum geht, eine wissenschaftliche Analyse zu leisten, als vielmehr durch Verkehrung von Tatsachen in ihr Gegenteil das Versagen der SPD-Führung vor dem Faschismus zu rechtfertigen. Denn der einzige Schluß, der sich dem der Wissenschaftlichkeit von Matthias vertrauenden Leser aus dessen Argumentation aufdrängt, ist der, daß angesichts der Bemühungen der Sozialdemokraten die Verantwortung für das Nichtzustandekommen eines einheitlichen Abwehrkampfes der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, der möglicherweise den Sieg des Faschismus verhindern oder zumindest hätte aufhalten können, bestimmt nicht bei der SPD zu suchen ist. In dem Bestreben, diesen Eindruck zu erwecken, ist sich Matthias im übrigen einig mit dem ehemaligen Parteivorstandsmitglied der SPD, Friedrich Stampfer: Die Inhalte der Darstellung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bei Matthias decken sich mit nachträglichen Interpretationsversuchen Stampfers, deren apologetischer Charakter offensichtlich ist⁴⁰. Darüber hinaus macht Matthias unkritisch Argumentationen Friedrich Stampfers zu Bestandteilen seiner Darstellung selbst. Dies trifft besonders zu für die im wesentlichen wörtlich von Stampfer übernommene Beschreibung des von diesem am Ende des Jahres 1932 unternommenen Versuches, mit der sowjetischen Botschaft in Berlin Verbindung aufzunehmen — nach Matthias „der einzig realistische Ansatz zu einem sozialdemokratisch-kommunistischen Ausgleich⁴¹“, im Rahmen der tatsächlich in der SPD vorhandenen Einschätzung der Kommunistischen Partei und der praktizierten Parteipolitik gegenüber den Kommunisten jedoch eine Einzelinitiative ohne jede politische Konsequenz.

Indem Matthias die Problematik des Verhältnisses zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Partei auf den Einzelaspekt angeblicher Verständigungsbemühungen von seiten der Sozialdemokraten reduziert, gelingt es ihm, die Frage nach Inhalt, Funktion und politischer Konsequenz des in der Sozialdemokratischen Partei vorhandenen, von Matthias lediglich als legitime Reaktion auf die Politik der KPD am Rande erwähnten Antikommunismus⁴² aus seiner Untersuchung auszuklammern. Die Tatsache, daß der Kampf gegen die KPD, der zu belegen ist durch Zeitungen, Zeitschriften und

39 Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, a.a.O., S. 155.

40 Friedrich Stampfer, Die 14 Jahre der ersten deutschen Republik, Hamburg (1953), S. 649 und 667; ders., Erfahrungen und Erkenntnisse, Köln 1957, S. 263 f.

41 Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, a.a.O., S. 156.

42 a.a.O., S. 158.

sonstige Verlautbarungen der Partei, in den letzten Jahren der Weimarer Republik in der SPD einen breiten Raum einnahm und mit außerordentlicher Heftigkeit geführt wurde, legt jedoch die Vermutung nahe, daß dieser Antikommunismus tiefergehende Gründe haben muß:

Da die Sozialdemokratische Partei in der Periode der Weimarer Republik mit ihrer Politik lediglich auf die Erhaltung des bürgerlich-parlamentarischen Systems abzielte, und das „Endziel“ einer sozialistischen Gesellschaft endgültig in den Bereich der Utopie verwiesen worden war, mußte die Partei die Kommunisten, die mit dem Anspruch auftraten, mit ihrer Politik eine revolutionäre Strategie zu verfolgen, von vornherein als Bedrohung des Staates, mit dem sie sich identifizierte, und damit auch ihrer eigenen Existenz empfinden. So muß eine Ursache des Antikommunismus in der SPD in der reformistischen Theorie und Praxis dieser Partei selbst gesucht werden. Daß der Antikommunismus darüber hinaus für den Zusammenhalt der Partei eine wichtige und von parteioffizieller Seite bewußt im Konkurrenzkampf mit der KPD um Parteianhänger benutzte Rolle spielte, wird deutlich, wenn man feststellt, daß sich dieser Antikommunismus im wesentlichen in der Verbreitung stereotyper Vorstellungen über den Kommunismus bewegte, die allerdings die Ebene moralischer und politischer Verleumdung meist nicht verließen. Kernpunkt der Angriffe gegen die Kommunisten war die Behauptung, das Ziel der KPD sei die Errichtung einer Diktatur, wie auch das Gesellschaftssystem der Sowjetunion mit dem Kriterium der Diktatur und des Terrors hinreichend charakterisiert und damit die Identität von „Bolschewismus“ und Faschismus offensichtlich sei. Als Beispiele für diese Art des Kampfes gegen die Kommunistische Partei, auf den keineswegs mit der zunehmend bedrohlicher werdenden Gefahr einer faschistischen Machtergreifung verzichtet wurde, seien aus einer Vielzahl derartiger Äußerungen einige herausgegriffen, deren Wirkung auf die Parteianhänger der SPD sich unschwer nachvollziehen läßt.

So schreibt die zur Information der sozialdemokratischen Funktionäre herausgegebene „Parteikorrespondenz“:

„Die Kommunisten aber sind Feinde der Demokratie. Sie wollen sie beseitigen, wollen Demokraten überhaupt nicht in ihr Sowjetparlament hineinlassen, geschweige denn, ihnen das Wort geben, sie wollen sie aufhängen oder erschießen ...“⁴³;

der Parteivorsitzende Otto Wels äußerte auf dem Leipziger Parteitag der SPD im Jahre 1931:

„Bolschewismus und Faschismus sind Brüder. Sie basieren auf der Diktatur, mögen sie sich noch so sozialistisch und radikal gebärden“⁴⁴;

43 Sozialdemokratische Parteikorrespondenz, Jg. 1930, Nr. 1, S. 18.

44 Protokoll des Leipziger Parteitages, a.a.O., S. 19.

das Parteivorstandsmitglied Rudolf Breitscheid sprach bei demselben Anlaß von den „Faschisten mit dem kommunistischen Vorzeichen“ und meinte, daß

„die Regierungen Stalins und Mussolinis in verhältnismäßig guter Freundschaft miteinander leben, einer Freundschaft, die zum Teil darauf zurückzuführen sein mag, daß hier Regierungsformen bestehen, die im Grunde von derselben Idee, wenn auch mit einem anderen Vorzeichen, getragen sind“⁴⁵.

Und im „Volkswillen“, der Hannoverschen SPD-Zeitung, war am 30. Oktober 1932 zu lesen:

„Der deutsche Kommunismus ist geistig und moralisch ein Betrüger... Wer die Praxis der kommunistischen Intelligenz kennt, dem graut bei der Vorstellung, daß eines Tages diesen blinden Hirnen Staat und Gemeinde, Wirtschaft und Gesellschaft anvertraut werden könnte. Wir würden nach vier Wochen das Chaos und die Hölle haben... Wir prangern... die Irrlehre von Moskau ebenso schonungslos an wie den Lügenkult des Braunen Hauses...“

Es ist nur konsequent im Sinne dieser Einschätzung der Kommunistischen Partei, wenn von seiten der Sozialdemokratie an eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit den Kommunisten im Ernst nie gedacht wurde⁴⁶, und wenn Einheitsfrontpolitik für die Parteiführung der SPD nichts anderes bedeutete als den Versuch, Kommunisten für die SPD zu gewinnen⁴⁷. Kontakte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die auf örtlicher Ebene gelegentlich zu gemeinsamem Vorgehen gegen den Terror der Nationalsozialisten führten, wurden von Seiten der Parteiführung den SPD-Mitgliedern verboten⁴⁸. Daß Matthias diese Tatsache nicht erwähnt, ist sicherlich kein Zufall: könnte doch sonst das Bild von der verständigungsbereiten SPD ins Wanken geraten.

Dieses Bild, so wurde gezeigt, stimmt zwar mit den historischen Tatsachen keinswegs überein, jedoch erfüllt diese Art der Darstellung des Verhältnisses der SPD zur KPD sehr wohl die Funktion, Überlegungen darüber, inwieweit der Antikommunismus in der SPD dazu beigetragen haben könnte, ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiterschaft gegen den Faschismus zu verhindern, von vornherein gar nicht erst aufkommen zu lassen.

45 a.a.O., S. 88.

46 Dies wurde von seiten der SPD selbst bestätigt in dem Memorandum „Wir und die Kommunisten“, das im Jahre 1941 von Mitgliedern des ehemaligen Parteivorstandes in London verfaßt wurde. Parteiarchiv der SPD in der Friedrich-Ebert-Stiftung, G 23.

47 Dazu noch ein weiteres Beispiel: So schreibt der „Vorwärts“ am 19. August 1932: „Wo bliebe schließlich die gesamte KPD, wenn die Arbeiterschaft sich einigen würde?“

48 Siehe z.B. Rundschreiben des Parteivorstandes der SPD vom 28. Juni 1932 an die Bezirksleitungen der SPD, hier nach: Die Antifaschistische Aktion, Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933, Berlin (DDR), 1965, S. 178.

Sozialdemokratie und Faschismus

Wie bei seiner Beschreibung des Verhältnisses der SPD zu den Kommunisten geht es Matthias offensichtlich auch bei seiner Schilderung der Reaktionen in der Sozialdemokratischen Partei auf den Vormarsch des deutschen Faschismus in den Jahren seit 1930, der sozialdemokratischen Politik in der Phase der Halblegalität der Partei zwischen Januar und Juni 1933 und des Verhaltens von Sozialdemokraten in der Frühphase des faschistischen Staates in erster Linie darum, die Politik der SPD im Sinne einer Rechtfertigung darzustellen. Diese Behauptung soll im folgenden an Hand einiger Thesen von Matthias, die die Auseinandersetzung in der SPD mit dem Faschismus vor und nach 1933 betreffen, nachgewiesen werden.

1. Faschismuseinschätzung und „Widerstandsvorbereitungen“ in der SPD vor 1933

Nach Matthias wurde die „deprimierende politische Ohnmacht der Sozialdemokratie nach dem 14. September 1930 durch eine den Alltag der Partei tief aufwühlende Welle kämpferischer Impulse überlagert“, „drängten die jungen aktivistischen Kräfte auf die Straße“, demonstrierten „Massenveranstaltungen der Eisernen Front . . . [die] Einsatzbereitschaft der sozialdemokratischen Arbeiter“, wuchs allgemein in der Partei „die Bereitschaft zu aktiver und notfalls bewaffneter Gegenwehr“, wurden bis in den Parteivorstand hinein die verschiedensten Widerstandsvorbereitungen getroffen⁴⁹.

Keinesfalls soll hier bezweifelt werden, daß, besonders bei den aktiven Parteimitgliedern auf unterer Ebene, die durch die tägliche Konfrontation mit den Nationalsozialisten einen unmittelbaren Eindruck vom faschistischen Terror erhielten, durchaus das Bestreben vorhanden war, sich gegen diesen Terror aktiv zur Wehr zu setzen. Im Rahmen einer kritischen Überprüfung der Darstellung bei Matthias ist jedoch festzustellen, daß hinter der Ausführlichkeit der Schilderung von „an vielen Orten und von vielen Instanzen geplanten Abwehrmaßnahmen⁵⁰“, die die Vorstellung eines durchgängig in der Partei vorhandenen Bewußtseins von der Gefahr eines faschistischen Sieges vermitteln, eine wesentliche Frage in den Hintergrund tritt, deren Beantwortung vor jeder Beschreibung von „Widerstandsvorbereitungen“ zumindest geleistet werden müßte, wenn man schon — wie Matthias — von vornherein darauf verzichtet, die politische Praxis der Partei und ihre Konsequenzen an der realen Entwicklung des Faschisierungsprozesses zu messen: die Frage nämlich, welche Einsichten über die Ursachen des Faschismus in Deutschland und über die Möglichkeiten eines faschistischen Sieges in der SPD überhaupt vorhanden waren. Daß Matthias diese Frage aus seiner Darstellung ausklammert, geschieht sicherlich nicht ohne Grund:

49 Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, a.a.O., S. 121 ff.

50 a.a.O., S. 127.

müßte sich doch bei einer Analyse der in der Partei in den letzten Jahren der Weimarer Republik vorhandenen Faschismuseinschätzungen erweisen, daß mit der Etablierung eines faschistischen Systems in Deutschland von seiten der sozialdemokratischen Führung durchaus nicht so fest gerechnet wurde, wie Matthias mit seiner Darstellung von der zum antifaschistischen Kampf gerüsteten Partei offenbar glauben machen möchte.

Zur Unterstützung dieser These seien hier beispielhaft einige Prognosen aus den letzten Monaten der Weimarer Republik über die Entwicklung der faschistischen Bewegung in Deutschland angeführt, wie sie sich in parteioffiziellen Organen finden und die politischen Vorstellungen der Parteimitglieder beeinflusst haben mußten: So schreibt etwa der Hannoversche „Volkswille“ nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932:

„Es ist also nichts geworden aus der Machtübernahme und es wird auch niemals mehr etwas daraus werden. Der Traum vom ‚Dritten Reich‘ ist ausgeträumt. Die Wahl hat gezeigt, daß die Rechtsparteien in Deutschland niemals die Mehrheit bekommen können und werden⁵¹.“

Im Vorwärts vom 18. November war zu lesen:

„Hitler soll Reichskanzler werden? Er hat in drei Monaten zwei Millionen Stimmen verloren. Macht er in demselben Tempo weiter, so ist er in 15 Monaten fertig. Möglich, daß es noch viel schneller geht, wenn er Reichskanzler wird.“

In dem Aufruf „An die Partei“ vom 5. Dezember 1932 verkündete der Parteivorstand der SPD:

„Es wird für alle Zeiten das geschichtliche Verdienst der Sozialdemokratie bleiben, den Faschismus so lange von der Macht ferngehalten zu haben, bis sein Abstieg in der Volksgunst begann⁵².“

Und im „Volkswillen“ vom 15. Januar 1933 wurde festgestellt:

„1932 wird in der Geschichte fortleben als das Jahr, in dem der Entscheidungskampf gegen den Faschismus geführt und in Deutschland und damit gleichzeitig auch für Mitteleuropa gewonnen wurde. Hitlers Krieg ist verloren...“

Die Ursache für diese Fehleinschätzung der politischen Entwicklung ist sicherlich in erster Linie darin zu sehen, daß die Sozialdemokraten eine tatsächliche Faschismusanalyse nicht zu leisten vermochten, die an den für die Weimarer Republik in dieser Zeit spezifischen Bedingungen der ökonomischen Reproduktion der Gesellschaft und den konkreten Kräfteverhältnissen zwischen den verschiedenen sozialen Klassen orientiert war. Denn die sich aus der reformistischen Konzeption der Partei ergebende Identifikation mit dem kapitalistischen Staat mußte es der Sozialdemokratie unmöglich machen, die

51 „Der Volkswille“, 1. August 1932.

52 „Vorwärts“, 6. Dezember 1932.

Bedingungen für die Entstehung der faschistischen Bewegung in Deutschland und für die mögliche Etablierung eines faschistischen Herrschaftssystems in den kapitalistischen Reproduktionsbedingungen der Gesellschaft zu sehen. Die Ergebnisse der von sozialdemokratischer Seite verschiedentlich unternommenen Ansätze, einen Faschismusbegriff zu formulieren, sind Indiz für die Unfähigkeit der Sozialdemokraten, die den Faschismus bedingenden sozialen Prozesse zu erfassen. Dies gilt — um nur einige Beispiele aus der Fülle verschiedenster Vorstellungen über den Faschismus herauszugreifen — für die Versuche, den Faschismus als Manifestation des schlechthin „Bösen“ zu interpretieren, dem mit moralischer Argumentation zu begegnen sei⁵³, ebenso wie für die personalisierende Betrachtungsweise, die, indem sie den deutschen Faschismus als „Hitlerismus“ kennzeichnet, der faschistischen „Führer“-Ideologie zum Opfer fällt⁵⁴; dies trifft auch zu für eine Argumentation, die den Faschismus auf eine „Deklassiertenbewegung“⁵⁵ oder auf eine Rebellion der Mittelschichten⁵⁶ zu reduzieren versucht oder die sich auf einen formalen Faschismusbegriff zurückzieht, wie es Rudolf Breitscheid in seinem Referat auf dem Leipziger Parteitag tat, wenn er den Faschismus folgendermaßen definierte:

„Faschismus [ist] eine Staatsform ... oder die Bewegung zu einer Staatsform hin, die im Gegensatz zur Demokratie die oberste Gewalt im Staate und das Recht zur politischen Willensbildung nicht der Gesamtheit der gleichberechtigten Staatsbürger, sondern einem einzelnen oder einer bevorrechtigten Minderheit zuerkennt ...“⁵⁷.

2. Die Politik der SPD in der Phase zwischen Januar und Juni 1933

Sicherlich kann die Berücksichtigung der Tatsache, daß die Sozialdemokratie auf Grund ihrer reformistischen Theorie und Praxis nicht in der Lage war, die Ursachen des Faschisierungsprozesses in Deutschland zu begreifen und die politische Entwicklung über opportunistische Einschätzungen der Situation von Wahl zu Wahl hinaus einigermaßen adäquat zu prognostizieren, mehr zur Beantwortung der Frage beitragen, warum von seiten der SPD keinerlei effektive politische Reaktionen auf die „Machtergreifung“ des Faschismus in Deutschland erfolgten und warum die Parteiführung bis zum Verbot

53 Beispielhaft dafür ist die Rede Kurt Schumachers vor dem deutschen Reichstag am 23. Februar 1932, abgedruckt in: Kurt Schumacher, Reden und Schriften, herausgegeben von Arno Scholz und Walther G. Oschilewski, Berlin (1962), S. 23 f. unter der Überschrift „Der Appell an den inneren Schweinehund“.

54 Dieser Faschismusbegriff findet sich häufig in den Artikeln des „Vorwärts“.

55 So Hilfering, Unter der Drohung des Faschismus, in: Die Gesellschaft, Jg. 9, Januar 1932, S. 1—12.

56 Beispielhaft dafür Theodor Dan, Bedeutung und Aufgaben des Kampfes gegen den Faschismus, in: Marxistische Tribüne, 2. Jg., Nr. 1 vom 1. Jan. 1932.

57 Protokoll des Leipziger Parteitages, a.a.O., S. 88.

der Partei im Juni 1933 sich aller über Wahlpropaganda hinausgehenden Aktionen gegen das sich etablierende faschistische Herrschaftssystem enthielt, als die psychologisierenden Betrachtungen über das Versagen einzelner Führer, die Matthias in diesem Zusammenhang anstellt oder als der Verweis auf in der Partei allgemein wirkende und das politische Handeln bestimmende „erstarrte Denkstrukturen“⁵⁸. Derartig vorgeblich kritische Betrachtungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es Matthias gerade bei der Darstellung der Politik der SPD in der Zeit zwischen Januar und Juni 1933 in erster Linie darum geht, das Verhalten der sozialdemokratischen Parteiführung, vor allem ihre Konzessionsbereitschaft gegenüber dem faschistischen Staat im vermeintlichen Interesse der Erhaltung der sozialdemokratischen Organisationen, im Sinne einer Rechtfertigung zu beschreiben.

Als Beispiele seien hier einige politische Aktionen der SPD-Führung und ihre Beschreibung und Interpretation bei Matthias angeführt, die diese apologetische Absicht augenfällig werden lassen:

Gewiß erforderte die Ablehnung des Hitlerschen Ermächtigungsgesetzes vom 23. März 1933 von seiten der sozialdemokratischen Fraktion angesichts des faschistischen Terrors, der zwar zu dieser Zeit in erster Linie die im Reichstag nicht mehr zugelassenen Kommunisten traf, dem jedoch auch bereits einzelne sozialdemokratische Funktionäre zum Opfer gefallen waren, persönlichen Mut der Beteiligten. Die Interpretation von Matthias, der davon spricht, daß „es ... immer ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bleiben (wird), daß sie am 23. März 1933 als einzige Partei gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz zu stimmen wagte und sich allen Drohungen der neuen Machthaber zum Trotz uneingeschränkt zu den Grundsätzen der versunkenen parlamentarischen Demokratie und der Verfassung von Weimar bekannte“⁵⁹, ist jedoch aus zweierlei Gründen revisionsbedürftig. Einmal ist es ungerechtfertigt, daß Matthias die Sozialdemokratie als die *einzige* Partei feiert, die gegen das Ermächtigungsgesetz Hitlers opponierte: er unterschlägt nämlich in diesem Zusammenhang die an anderer Stelle selbst von ihm eingestandene Tatsache der bereits erfolgten Illegalisierung der KPD, die dazu führte, daß die kommunistische Fraktion zu dieser Reichstagsitzung überhaupt nicht mehr erscheinen konnte — eben weil die Nationalsozialisten offenbar die Opposition der Kommunisten fürchten mußten. Diese Unterlassung kann nur so verstanden werden, daß Matthias versucht, der Sozialdemokratischen Partei auf Kosten der KPD politisches Prestige als „einziger“ Widerstandspartei zu verschaffen. Zweitens sind angesichts des Wortlauts der von Matthias als „moralische Leistung von unvergänglichem Wert“ und als „würdige Demonstration“⁶⁰ bezeichneten Rede des Parteivorsitzenden

58 Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, a.a.O., S. 196.

59 a.a.O., S. 166.

60 a.a.O., S. 167.

Otto Wels zum Ermächtigungsgesetz Bedenken gegen die Interpretation anzumelden, die SPD habe sich „uneingeschränkt zu den Grundsätzen der versunkenen parlamentarischen Demokratie und der Verfassung von Weimar bekannt“⁶¹. Diese Rede, in der kein Wort über die Ausschaltung der KPD aus dem Reichstag fällt, enthält Passagen, die als Versuch ausgelegt werden können⁶², durch Betonung von partieller Übereinstimmung mit der Politik der Nationalsozialisten sich in diesem faschistischen Staat auf irgendeine Weise zu arrangieren. Dies trifft für den ersten Teil der Rede zu, in dem Wels hervorhebt, daß sich die SPD mit den außenpolitischen Zielsetzungen Hitlers einverstanden erkläre:

„... Der außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Herr Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten um so nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verfochten haben. Ich darf mir wohl in diesem Zusammenhang die persönliche Bemerkung gestatten, daß ich als erster Deutscher vor einem internationalen Forum, auf der Berner Konferenz am 3. Februar des Jahres 1919 der Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges entgegengetreten bin... Der Herr Reichskanzler hat auch vorgestern in Potsdam einen Satz gesprochen, den wir unterschreiben. Er lautet: ‚Aus dem Aberwitz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahnwitz der Reparationen und in der Folge die Katastrophe der Weltwirtschaft‘⁶³.“

Dies gilt ebenso für die Stelle seiner Rede, an der Wels indirekt den Terror gegen die Kommunisten rechtfertigt, indem er feststellt:

„... Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten und Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch geschieht und wenn man es unterläßt, besiegte Gegner zu behandeln, als seien sie vogelfrei...“⁶⁴.

Es ist nicht zufällig, wenn Matthias aus eben dieser Rede nur einige kurze Sätze zitiert, die seine These von der Sozialdemokratie als „der letzten isolierten Verteidiger(in) der Weimarer Ordnung, die das Ermächtigungsgesetz ablehnte“⁶⁵ stützen sollen, während er auf den Inhalt der oben angeführten Zitate nicht zu sprechen kommt.

Als ein zweites Beispiel für parteiische Wiedergabe von politischen Ereignissen sei die Darstellung des Konfliktes der Berliner Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ) mit der Berliner Parteiführung und

61 a.a.O.

62 In diesem Sinne auch Theo Pirker, in: *Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945—1964*.

63 Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages, 2. Sitzung vom 23. März 1933, Spalte 32.

64 a.a.O., Sp. 33.

65 Erich Matthias, *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, S. 196.

dem Hauptvorstand der SAJ im April 1933 angeführt. Bei dieser Auseinandersetzung ging es im wesentlichen darum, daß die in Opposition zur Politik der SPD stehende Berliner SAJ sich seit dem 30. Januar 1933 intensiv mit organisatorischen Vorbereitungen zur Überführung der SAJ in die Illegalität befaßt hatte, die auch die Sicherstellung der der Parteijugend gehörenden Gelder umfaßten. Die Vertreter der Partei und des Hauptvorstandes sprachen sich jedoch strikt gegen diesen Aufbau einer illegalen Organisation aus und forderten die Rückgabe der Jugendgelder an die Partei. Der Konflikt endete damit, daß unter Androhung der Erstattung einer Strafanzeige gegen den Jugendvorsitzenden die Gelder der Partei übergeben wurden und daß der für diese Politik der Berliner SAJ verantwortliche Vorsitzende Erich Schmidt zusammen mit den meisten Mitgliedern des Bezirksausschusses der SAJ aus der Partei ausgeschlossen wurde, obwohl sich die überwiegende Mehrheit der Berliner Jugendgruppen mit den Ausgeschlossenen solidarisiert hatten.

Matthias versucht nun, dieser Kontroverse einen Teil ihrer politischen Brisanz im Rahmen der Kapitulationspolitik der SPD zu nehmen, indem er folgendes bemerkt:

„Nach Ollenhauers [damaliger Vorsitzender des Hauptvorstandes der SAJ] *Auskunft* ging es der Parteileitung nicht darum, ernsthafte Ansätze zu illegaler Arbeit in der Jugendorganisation durch organisatorische Maßnahmen zu ersticken, sondern um die Verhinderung einer die Parteieinheit gefährdenden ‚Sonderorganisation‘, eines illegalen Nebenapparates der Partei ...⁶⁶.“

In dem von Matthias in seine Materialsammlung übernommenen Dokument „Der Berliner Jugendkonflikt vom April 1933“⁶⁷ ist indes das genaue Gegenteil zu lesen:

„Erich Ollenhauer verlangte die volle Wiederaufnahme der alten Arbeit, die Einstellung der illegalen ‚Mätzchen‘ und die Wiederherstellung des alten Betriebes im Jugendsekretariat⁶⁸.“

Des weiteren macht sich Matthias im Zusammenhang mit der angedrohten Strafanzeige gegen den SAJ-Vorsitzenden gleich zum Sprecher der Partei selbst, wenn er behauptet:

„Es erscheint sehr fraglich, ob der Reichstagsabgeordnete und langjährige Vorsitzende des Groß-Berliner Bezirksverbandes der SPD, Franz Künstler, im Ernst an eine Anzeige gedacht hat... Künstlers Drohung [ist] eher als pädagogische Maßnahme zu verstehen. Der Gedankengang der ‚Alten‘ ist bei der in der SPD herrschenden Atmosphäre etwa der folgende gewesen: Wenn wir den unbedachten und voreiligen jungen Leuten das Geld wegnehmen, können sie keine parteischädigenden Dummheiten anstellen⁶⁹.“

66 a.a.O., S. 247, Anm. 12 (Hervorhebung von der Verfasserin).

67 a.a.O., Dokument Nr. 31, S. 242 ff.

68 a.a.O., S. 247.

69 a.a.O., S. 248.

In dem angeführten Dokument heißt es dagegen:

„Von Künstler wurde dem Jugend-Vorsitzenden einen Tag vor Ablauf dieses Termins [zur Geldabgabe] bedeutet, daß das Schreiben für den Staatsanwalt bereits vorliege, also Strafanzüge erhoben würde im Fall der Nichtablieferung der Gelder . . .⁷⁰.“

Hier handelt es sich unverkennbar um Interpretationen mit apologetischer Absicht.

Um die Rettung des politischen Prestiges der Partei ist Matthias offensichtlich auch noch bei der Schilderung der politischen Aktionen von seiten der sozialdemokratischen Führung bemüht, die eindeutige Indizien für die weitgehende Konzessionsbereitschaft der Parteispitze gegenüber dem faschistischen Staat sind.

Dies gilt besonders für die Darstellung der in Absprache mit dem Preußischen Minister des Innern, Göring, unternommenen Reisen von fünf führenden Sozialdemokraten ins Ausland⁷¹, die den Zweck erfüllen sollten, sozialdemokratische Parteien der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) dazu aufzufordern, ihre Berichterstattung über das faschistische Deutschland zu mildern⁷². Gleiches trifft zu für die Interpretation der Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur „Friedensresolution“ Hitlers vom 17. Mai 1933.

Nachdem er vorab grundsätzlich festgestellt hat, daß die Parteiführung ihren Kurs „mit der persönlichen Würde und den alten Grundsätzen der Partei“ zu vereinen suchte⁷³, bemüht sich Matthias nun, diese Tatsachen dadurch einer kritischen Beurteilung zu entziehen, daß er ihre Beschreibung unentwirrbar mit eigenen und zum Teil wieder direkt von den Beteiligten selbst übernommenen Interpretationen vermischt.

So behauptet er in bezug auf die Berichterstattung der SAI-Parteien über die Vorgänge in Deutschland, die der Anlaß zu den oben erwähnten Reisen ins Ausland waren: „Nun waren tatsächlich im Auslande ‚geradezu blödsinnige Sensationsberichte‘ erschienen, die auf Gerüchten und Übertreibungen beruhten⁷⁴.“ Diese Feststellung hätte zumindest eines Beleges bedurft, ehe man sie als rechtfertigende Begründung von dem an den Reisen beteiligten Friedrich Stampfer hätte übernehmen können. Die an Hand des Pressedienstes der SAI nachzuvollziehende Auseinandersetzung zwischen Otto Wels⁷⁵ und dem Sekretär der SAI, Friedrich Adler, über die Frage einer verfälschenden Berichterstattung von seiten der Presseorgane

70 a.a.O., S. 248.

71 Anweisung des Preußischen Ministers des Innern vom 24. März 1933 an das Auswärtige Amt. Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 58/503.

72 Lewis J. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933—1945, Frankfurt (1960), S. 19 f.

73 Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, a.a.O., S. 169.

74 a.a.O., S. 170.

75 Im Rahmen dieser Politik der Konzessionen ist auch der am 30. März erfolgende Austritt von Otto Wels aus dem Bureau der SAI zu sehen.

der SAI, in der Friedrich Adler diese Vorwürfe begründet zurückweist⁷⁶, rechtfertigt die hier angemeldeten Zweifel an Matthias' Unterstellung von den „blödsinnigen Sensationsberichten“.

„Ehrenhaftigkeit der Beweggründe“ und den „besten Willen“⁷⁷ bescheinigt Matthias demjenigen Teil der Parteiführung, der den Kurs der Anpassung in der Frage der Zustimmung zur „Friedensresolution“ Hitlers vertrat. Der Tatsache gegenüber, daß diese Zustimmung ein Votum für die Politik der faschistischen Regierung bedeutete, dem im Rahmen der außenpolitischen Isolation des faschistischen Deutschland für die politischen Machthaber einige Bedeutung zukommen mußte, spricht er von der „ehrlichen Überzeugung“ einer Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter, die sich „an die Fiktion einer Kontinuität der deutschen Außenpolitik von Stresemann und Hermann Müller bis Adolf Hitler“⁷⁸ klammerten. Der Hinweis auf die „außerordentlich illusionäre Grundlage dieser Politik“ und „die in der Partei herrschende Verwirrung“⁷⁹ kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Matthias hier mit moralischen Kategorien statt mit wissenschaftlichen Kriterien argumentiert, um die tatsächliche Bedeutung dieser Politik zu verschleiern, die dazu beitragen mußte, den Prozeß der Etablierung eines faschistischen Systems in Deutschland zu erleichtern.

Einen weiteren Versuch, die SPD in ein günstiges Licht zu rücken, unternimmt Matthias, wenn er die Politik der Gewerkschaften, die danach strebten, durch loyales Verhalten die Integration der Gewerkschaften in den faschistischen Staat zu ermöglichen⁸⁰, mit der der Sozialdemokratischen Partei vergleicht:

„Wie der sozialdemokratischen Führung ging es den Spitzenfunktionären der Gewerkschaften in erster Linie um die Erhaltung ihrer Organisationen. Es darf ihnen auch nicht unterstellt werden, daß sie sich nicht ehrlich als Treuhänder der Arbeiterinteressen gefühlt hätten... Doch bei ihrer Anpassungspolitik überschritten sie eine Grenze, die von der sozialdemokratischen Führung ungeachtet aller Konzessionsbereitschaft generell bis zum bitteren Ende gewahrt wurde⁸¹.“

Dabei läßt Matthias den Sachverhalt völlig außer acht, daß zwischen Parteispitze und Führung der Freien Gewerkschaften eine partielle Personalunion bestand und daß von seiten der SPD-Führung jedenfalls keine Schritte unternommen wurden, auf die Gewerkschaftspolitik ändernd einzuwirken. Daß die Ausklammerung dieses

76 Internationale Information, X, Nr. 19 vom 1. April 1933.

77 Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, a.a.O., S. 184 f.

78 a.a.O., S. 183.

79 a.a.O., S. 185.

80 Dazu ausführlich: Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaften, Hannover/Frankfurt 1958.

81 Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, a.a.O., S. 180.

Problems mit Vorbedacht geschieht, wird daraus deutlich, daß Matthias das von ihm veröffentlichte Dokument „Der Berliner Jugendkonflikt vom April 1933“ unter anderem auch gerade um den Teil kürzt, der diese Tatsache behandelt. In diesem Dokument gibt Erich Schmidt (der Vorsitzende der Berliner SAJ bis zum April 1933) im Rahmen der Darstellung des Konfliktes zwischen der Berliner SPD-Führung und der Berliner SAJ den Inhalt einer Rede wieder, die er selbst am 10. April 1933 im Beisein von Vertretern der Parteispitze gehalten hatte. Dort heißt es:

„Jeden Tag vollzieht sich unter den Augen der Partei die Gleichschaltung einer Gewerkschaft nach der anderen mit dem Faschismus. Die gleichgeschalteten Abgeordneten werden jedoch weiter in der Fraktion geduldet, kein Wort der Kritik wagt der Parteivorstand gegen die schamlose Haltung der Gewerkschaftsführung, die ein linker Gewerkschaftsführer mir vor einigen Tagen mit den Worten charakterisierte: ‚Wenn der Hitler wüßte, daß die Freien Gewerkschaften seit Monaten in ihrer Leitung nationalsozialistisch sind, würde er sich über die Gewerkschaftsfrage keinen Augenblick mehr Kopfschmerzen machen.‘ — Die Spitze des ADGB ist aber noch heute in der SPD-Reichstagsfraktion. Die Partei solidarisiert sich offen mit diesem Kurs der Kapitulation . . .⁸².“

Diese Auslassung von Matthias, der sich mit dem Inhalt dieses Dokumententeils zumindest hätte auseinandersetzen müssen, kann nur als bewußte Manipulation mit Dokumenten gewertet werden. Es zeigt sich also auch an dieser Stelle, daß Matthias zugunsten der Ehrenrettung der SPD gegen die Regeln wissenschaftlichen Arbeitens verstößt.

3. Das Verhalten von Sozialdemokraten in der Illegalität

Zweierlei, so behauptet Matthias, sei kennzeichnend für das Verhalten von Sozialdemokraten in der ersten Zeit nach dem Verbot der Partei im Juni 1933⁸³ gewesen; einmal eine von Sozialdemokraten getragene illegale Tätigkeit von „beträchtlichem Umfang“, zum anderen der Weiterbestand „der sozialdemokratischen Gesinnungsgemeinschaft“⁸⁴.

Zur ersten Feststellung sei folgendes angemerkt: Wenn man von den in der sozialdemokratischen Presse und in sonstigen Verlautbarungen offizieller Parteipolitik zu findenden Faschismuseinschätzungen nach dem 30. Januar 1933, deren illusionärer Charakter auch von Matthias betont wird, auf das Bewußtsein der Parteimitglieder von dem Charakter und der möglichen Dauer des faschistischen Herr-

82 Der Berliner Jugendkonflikt. Masch.schr. Manuskript von Erich Schmidt. Fotokopie des Originals im Pol. Institut Marburg. Hier: S. 26 des Manuskriptes.

83 Auf die Entwicklung sozialdemokratischer Widerstandsgruppen in späteren Jahren geht er nicht mehr ein.

84 Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, a.a.O., S. 194.

schaftssystems schließen darf, so leuchtet nicht recht ein, inwiefern in weiten Kreisen der Sozialdemokratie das Bewußtsein von einer Notwendigkeit zu illegaler Widerstandstätigkeit bestanden haben soll, deren Gefahren auf der Hand lagen. Angesichts der die Partei in den letzten Jahren der Weimarer Republik kennzeichnenden autoritären Organisationsstruktur, in der politischer Eigeninitiative „von unten“ wenig Raum blieb, liegt weiter die Vermutung nahe, daß die in den letzten Monaten des Bestehens der Partei praktizierte Politik der Parteiführung kaum fördernd auf die Bereitschaft zu illegaler Aktivität bei der Parteimitgliedschaft gewirkt haben kann. Keineswegs sollen die tatsächlich vorhandenen Ansätze zu illegaler Tätigkeit von Sozialdemokraten bestritten werden. Jedoch scheint die Behauptung von Matthias: „Wirklich bezeichnend für den ersten Abschnitt der Illegalität waren die vielen voneinander unabhängigen Einzelgruppen, die wie Pilze aus der Erde schossen und deren Zahl in die Tausende ging⁸⁵“, wenn man die oben angeführten Aspekte in die Betrachtung einbezieht, zumindest übertrieben zu sein, ein Eindruck, der auch durch die bisher zu diesem Problemkomplex vorliegenden Quellen bestätigt wird⁸⁶. Einen tatsächlichen Beleg für seine Annahme oder einen Hinweis darauf, wie er zu seiner These gekommen ist, ist denn auch bei ihm nicht zu entdecken. Statt dessen findet sich ein Hinweis auf eine Stelle in dem Buch Günther Weisenborns „Der lautlose Aufstand“. Daß die dort von Weisenborn getroffene Feststellung über „Tausende von illegalen Gruppen“, die „wie Pilze aus dem Boden schossen“, sich nicht auf den Widerstand von Sozialdemokraten bezieht, wie Matthias den Leser durch den Zusammenhang, in den er diese Behauptung stellt, glauben macht, sondern die illegale Tätigkeit der Arbeiterschaft *insgesamt* meint⁸⁷, macht deutlich, daß Matthias es dann mit seiner Wissenschaftlichkeit nicht genau nimmt, wenn seine Vorstellungen von der SPD-Geschichte von den vorliegenden Fakten nicht hinreichend bestätigt werden.

Die zweite von Matthias vertretene These von der auch unter faschistischer Herrschaft aufrechterhaltenen „sozialdemokratischen Gesinnungsgemeinschaft“ trifft insofern einen richtigen Sachverhalt, als sie genau dem Selbstverständnis der Sozialdemokraten in dieser Zeit von der Möglichkeit, die „sozialistische Idee“ — was auch immer darunter verstanden wurde — auch im Faschismus durch Rückzug in die „innere Emigration“ zu bewahren, entspricht. Beispielhaft sei ein Satz aus einer Rede zitiert, die Otto Wels auf der Reichskonferenz der SPD am 26. April 1933 hielt, in dem sich diese weit verbreitete Vorstellung widerspiegelt:

85 a.a.O., S. 191.

86 Bei diesen Quellen, die über die Widerstandstätigkeit von Sozialdemokraten Aufschluß geben, handelt es sich neben Akten der Gestapo u.ä. unter anderem um eine erst vor einigen Jahren aufgefundene, im Besitz des Parteiarchivs der SPD befindliche Sammlung von Berichten von Sozialdemokraten aus dem faschistischen Deutschland an die von der SPD-Emigration eingerichteten Grenzsekretariate.

87 Günther Weisenborn, *Der lautlose Aufstand*, Hamburg (1953), S. 145.

„Wird die Organisation durch Kräfte von außen zerschlagen, dann bleibt immer noch in Millionen Köpfen und Herzen die Idee, und sie sichert auch die Wiedergeburt der Organisation⁸⁸.“

Die Vermutung scheint berechtigt, daß eine derartige Vorstellung, die sicherlich nur in einer Partei entstehen konnte, in der politische Praxis einerseits und „sozialistisches Endziel“ als von der gesellschaftlichen Realität losgelöste Utopie ohne jede politischen Konsequenzen andererseits unvermittelt nebeneinanderstanden, den Integrationsprozeß von Sozialdemokraten in den faschistischen Staat erleichtern konnte; dies insofern, als die Überzeugung, die „sozialistische Idee“ sei über die Zeit des Faschismus hinweg zu retten, indem man ihr und der Partei innerlich „die Treue“ hielte, ein politisch angepaßtes oder zumindest völlig passives Verhalten gegenüber dem faschistischen Staat rechtfertigen konnte.

Die Tatsache, daß in parteioffiziellen Verlautbarungen nach 1945⁸⁹, in der offiziellen Parteigeschichtsschreibung⁹⁰ und in Memoiren von Sozialdemokraten⁹¹ immer wieder betont wird, ihre sozialistische Gesinnung und ihre Parteitreuheit hätten auch die an illegaler politischer Tätigkeit nicht beteiligten Sozialdemokraten im Faschismus nicht preisgegeben, wirft ein Licht auf die Funktion, die der Verbreitung einer solchen These zukommt: nämlich die, das Image der deutschen Sozialdemokratie als konsequent antifaschistische Partei und das ihrer Mitglieder als selbst unter faschistischen Herrschaftsverhältnissen aufrechter Demokraten zu stärken. Indem Matthias unreflektiert die Ideologie von der „sozialistischen Gesinnungsgemeinschaft“ übernimmt, erfüllt er offensichtlich diese Funktion.

Zusammenfassend läßt sich über die Darstellung zur SPD-Entwicklung bei Erich Matthias, soweit sie hier untersucht wurde, sagen, daß sie weder zur theoretischen Durchdringung ihres Gegenstandes beizutragen vermag noch auch nur formalen wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht wird. Was Matthias leistet, ist vielmehr dies: Parteigeschichte zu schreiben im Interesse der SPD-Führung, was konkret heißt, die Politik der SPD im präfaschistischen Deutschland und das Verhalten von Sozialdemokraten in der Frühphase des faschistischen Deutschland zu rechtfertigen und Scheinlegitimierungen für den Antikommunismus zu liefern.

Im Jahre 1948 suchte Kurt Schumacher den von ihm gestellten „Anspruch [der SPD] auf die Führung beim Neubau des deutschen Staatswesens“ mit der Feststellung zu legitimieren:

88 Hier zit. nach einem Artikel aus der „Volksstimme“, dem Organ der SPD für das Saargebiet, Nr. 101 vom Dienstag, dem 2. Mai 1933.

89 Vgl. etwa das Protokoll über die sozialdemokratische Parteikonferenz von Hannover, vom 5. bis 7. Oktober 1945, S. 9.

90 Beispielhaft hierfür: Willi Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie, Bonn o.J., S. 71 und Christian Paulmann, Die Sozialdemokratie in Bremen 1864—1964, S. 159.

91 Siehe z. B. Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Teil 2, S. 497.

„Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei in Deutschland gewesen, die an der großen Linie der Demokratie und des Friedens ohne Konzessionen festgehalten hat. Darum kann nur sie allein von sich sagen, daß die Grundsätze ihrer Politik ihre Prüfung vor dem Richterstuhl der Geschichte bestanden haben. Alle anderen Richtungen in Deutschland sind mehr oder weniger schuld am Aufkommen des Nazismus, haben entweder seine geistigen und politischen Grundlagen oder seine praktischen und taktischen Voraussetzungen geschaffen⁹².“

Matthias' Darstellung der Geschichte der SPD am Ende der Weimarer Republik paßt sich nahtlos in das historische Selbstverständnis der SPD nach 1945 ein.

92 Kurt Schumacher, Nach dem Zusammenbruch. Gedanken über Demokratie und Sozialismus. Hamburg 1948, S. 23 f.

Wolfgang Fritz Haug

Privatmann und Ursprungsmythos

Die restaurative Hermeneutik bürgerlicher Marx-Engels-Biographien

I.

Wenn bürgerliche Historiographen es unternehmen, die Geschichte von Leben und Werk der sozialistischen Klassiker zu schreiben, so tun sie das im Kraftfeld ideologischer Auseinandersetzungen um diesen Gegenstand. Um diese Auseinandersetzungen zu begreifen, muß die Bedeutung des Umkämpften begriffen sein. Aus den historischen Verdiensten von Marx und Engels ist ihre aktuelle Bedeutung für die internationale Arbeiterbewegung allein nicht ableitbar. Auch die unbestreitbar aktuelle anleitende Leistung ihrer Schriften reicht nicht aus, sie zu erklären. Vielmehr sind es die vielfältigen Ebenen politischer Kämpfe und organisatorischer Arbeit, woraus sich die aktuelle Bedeutung der Werke von Marx, Engels und Lenin immer von neuem ergibt. Von zentraler Bedeutung für die Verwirklichung des Sozialismus ist die Organisation — und doch ist sie nur Mittel, das seinen Zweck erst vor sich hat. So muß die Organisation sich ständig erneut legitimieren, indem sie ihre Praxis demonstrativ in die Tradition des wissenschaftlichen Sozialismus stellt. Sie tut dies angesichts der beständigen Gefahr der Fraktionierung und Spaltung, während zugleich die Bourgeoisie ihre Propaganda auf den Versuch konzentriert, der ihr jeweils am gefährlichsten erscheinenden Richtung und Organisation der Arbeiterbewegung in den Augen der Massen die Legitimation zu entziehen. In diesem unvermeidlichen doppelten Kampf: dem Richtungskampf innerhalb der Arbeiterbewegung und dem Kampf gegen die bürgerliche Propaganda kommt den sozialistischen Klassikern die Bedeutung von Schlüsselstellungen zu. Indem sie von wichtigen Fraktionen der Arbeiterbewegung und — weit über deren Parteien hinaus — von Teilen der Massen anerkannt sind, leiten die Tradition und — in ihr — die Legitimität zu einem Teil von ihnen sich her. In den Richtungskämpfen definieren sie die Kriterien für die Benennung von Abweichungen — revisionistischen wie ultralinken. Ferner stellen die Klassiker innerhalb einer Organisation den einheitlichen Bezugsrahmen dar. Auf sie beziehen sich alle und in ihrer Sprache — oder an sie anknüpfend und sie weiterentwickelnd — wird alles ausgesprochen. Neben der jeweiligen Führung sind sie ein wichtiger Faktor der ideologischen Vereinheitlichung (die nichts mit Gleichschaltung gemein hat) und Kohärenz. Ihre Werke sind zugleich Grundlage und Kernstück der Theorie, in der die Praxis der sozialistischen Organisationen und Staaten immer wieder gründet und sich rechtfertigt — wenn auch gewiß nicht aus-

schließlich: geht es doch nicht um das Aufsagen heiliger Texte, sondern darum, sich mit aller Kraft voranzuarbeiten auf dem schwierigen Weg des Kampfes und des Aufbaus. — Innerhalb der weltweiten sozialistischen Bewegung ist das Verhältnis zu den Klassikern des Sozialismus demgemäß primär keines der historischen Würdigung, keines zu einer Vergangenheit, sondern ein aktuelles der konkurrierenden Auslegung und rechtfertigenden Anknüpfung.

Dementsprechend stellen die sozialistischen Klassiker erst recht auf der Ebene des ideologisch-propagandistischen Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus eine ständig umkämpfte Stellung dar. Die vielfältigen Formen, in denen diese bürgerlicherseits angegriffen wird, sind dem Anschein nach widersprüchlich. Sie reichen vom Totschweigen, Widerlegen oder persönlicher Diffamierung bis zur hochlobenden Anerkennung integrier — aber leider irrealer — Ideen, die dann gegen die aktuellen sozialistischen Organisationen gerichtet werden. Taktiken der Vernichtung oder Verdrängung stehen neben solchen der umdeutenden Vereinnahmung oder des Ausspielens: des Jungen gegen den Alten, des einen gegen den andern, der Theoretiker gegen die Praxis. So widersprüchlich diese Formen bürgerlichen Umgangs mit dem Werk der sozialistischen Klassiker sind, so verschiedenartig auch die Träger dieser Umgangsformen in ihrer subjektiven Ausbildung und Intention sein mögen, so bleibt doch der allgemeine Rahmen des nationalen und internationalen Kampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus bestimmend für die Rezeption und Auswirkung aller dieser Formen. Die unterschiedlichsten Stellungnahmen fungieren doch wie taktisch raffiniert differenzierte Angriffe im Dienste einer einheitlichen Strategie gegen den Sozialismus. Auf dem Markt der Ideen unterliegen Nachfrage und Angebot derartiger Auseinandersetzungen — vor allem mit Marx — den Wechselfällen dieser allgemeinsten und globalen Auseinandersetzung der Epoche. So kommt es, daß, auch auf dem Gebiet der Marx-Abwehr, die Schulen und Strömungen anscheinend naturwüchsig aufeinander folgen, als wären sie durch nichts anderes motiviert, als durch kontingente subjektive Faktoren, die mal diese, mal jene Variante überzeugend erscheinen und irgendwann wieder veralten lassen. Auf dem Felde der Ideologie entspricht der Vorgang der Abfolge von Waffengenerationen auf militärischem Gebiet. Wenn eine ideologische Waffe unwirksam geworden ist, tritt eine andere an ihre Stelle. Wenn in der Bekämpfung des Marxismus etwa die gröberen Techniken versagen, rücken feinere in den Vordergrund. Oder es werden schichtenspezifische Techniken angewandt: für die Massen die gröberen, für die Intellektuellen die feineren. Die Zielstellung bleibt davon unberührt. Immer geht es um Legitimitätsentzug hinsichtlich der Organisationen und um das Ausreden strategisch politischer Waffen in Theorie und Praxis.

Wenn also um das Bild der sozialistischen Klassiker und um die Interpretation ihrer Werke gestritten wird, so sind die damit aufgeworfenen Fragen von praktisch politischer Relevanz, greifen ein in die Auseinandersetzung von Kapitalismus und Sozialismus. Dessen

eingedenk sollen nun im folgenden Formen bürgerlicher Auseinandersetzung mit Leben und Werk von Karl Marx und Friedrich Engels anhand zweier neuerer Biographien herausgearbeitet und untersucht werden. Was dabei zutage tritt, interessiert nicht als Meinung und Methode des betreffenden Autors, sondern als Form bürgerlicher Rezeption des Marxismus, die zugleich seine Abwehr ist; insofern besitzt das zutage geförderte Material geschichtsphilosophisches Interesse. Denn die theoretische und organisatorische Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus, die hier von spätbürgerlichem Bewußtsein gedeutet und verarbeitet wird, ist die Begründung der Formation, die im Begriffe ist, die Herrschaft des Bürgertums aufzuheben. Für diesen Aspekt ist nicht entscheidend, ob es sich nun um die subjektiv ehrliche Ausdeutung und Verarbeitung des Sozialismus oder um die von vornherein bewußt in den Dienst der ideologischen Bekämpfung des Sozialismus gestellte, gar käuflich oder karrieristisch gegen die bessere Einsicht verfahrenende und reklamehaft auf die Wahrheit pfeifende Propaganda handelt.

Die propagandistische Anstrengung der Abwehr des Sozialismus modifiziert das bürgerliche Bewußtsein bis in seine Grundlagen und in die Ausformung seiner gesamten Weltanschauung. Stück um Stück seiner eigenen Vergangenheit fällt der Verdrängung anheim, erscheint ihm feindlich und mit dem Sozialismus verschworen.

II.

Das Lebenswerk von Marx und Engels, die Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus, hat eine welthistorische Epoche eröffnet, indem es die theoretischen und organisatorischen Grundlagen schuf für die radikalste Umwälzung und Neubegründung aller gesellschaftlichen Verhältnisse. Marx und Engels haben ihr Leben rückhaltlos in den Dienst der Schaffung des Neuen gestellt. Von ihrer Biographie ist demgemäß zu erwarten, daß sie den Prozeß der Erarbeitung dieses Neuen im Wechselverhältnis der sozialen Kämpfe ihrer Zeit und ihres eigenen Lebenslaufs darstellt: Genesis des Werks im Wechselverhältnis seiner Autoren und der Gesellschaft. — Die als Rowohlt-Taschenbuch erschienene und in hoher Auflage verbreitete Engels-Biographie von Helmut Hirsch¹ hält an dieser dreipoligen Beziehung entschieden nur den Pol des Persönlichen fest. Hirsch verzichtet erstaunlich weitgehend auf die inhaltliche Analyse der theoretischen Werke und auf die Darstellung der praktisch-politischen Aufgaben und Kämpfe, denen sich Marx und Engels stellen mußten, sowie auf die Vermittlung des Werkes mit diesen Kämpfen. Entsprechend beantwortet Hirsch ohne Diskussion — und ohne sich wahrscheinlich der Problematik bewußt zu sein — die methodischen Grundfragen des Verfassens einer Biographie: die Frage nach Arten und Informationsgraden der Auskunftsmittel, die man benutzt; die Frage nach der Seinsart des Werkes im Verhältnis zum Leben.

1 Helmut Hirsch: Friedrich Engels in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Rowohlt's Monographien Nr. 142, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1968 (148 S.). — Hierauf beziehen sich die in Abschnitt II in Klammern hinter den Zitaten angegebenen Seitenzahlen.

Als ein Hauptproblem bei der Einschätzung und Verwendung des Materials zu einer Biografie von Marx und Engels drängt sich die Frage auf nach dem Verhältnis von Briefwechsel und wissenschaftlich politischem, also für die Augen der Welt ausgearbeitetem Werk. Hirsch macht die für ihn selbstverständliche Grundannahme, daß ein Text desto echter und wirklicher sei, für je weniger Augen er bestimmt ist. Folglich spielt Hirsch unter Zuhilfenahme so bewußtloser Kategorien wie „interessant“ und „wertvoll“ den Briefwechsel von Marx und Engels gegen ihr Werk aus. Dabei geht es nicht ohne sprachliche Komik ab. Der Briefwechsel sei nämlich „wahrscheinlich das Wertvollste und — von Spezialisten abgesehen — bestimmt das Interessanteste, das die Korrespondenten der Nachwelt hinterlassen“ (35). Man könnte meinen, Hirsch rechne sich unter die Spezialisten, die Marx und Engels als Korrespondenten der Nachwelt hinterlassen haben und die sogar noch interessanter und wertvoller sind als der Briefwechsel. Hirsch will offenbar sagen, es sei z. B. das „Kapital“ nur für Spezialisten interessant, der Briefwechsel hingegen für eine breite Leserschaft. Vor wenigen Jahren hätte diese Auffassung noch den Schein der Tatsachen für sich beanspruchen können, inzwischen ist sie widerlegt durch eine breite Rezeption der Hauptwerke von Marx und Engels, darunter insbesondere des „Kapital“; dagegen blieb gerade die Rezeption des Briefwechsels auf Spezialisten beschränkt. Wenn Hirsch den Briefwechsel als das Interessantere gegen das Werk ausspielt, so verdient die Struktur seines Interesses Aufmerksamkeit. Warum erscheint ihm das Werk als das weniger Echte und weniger Interessante? Offenbar kann er es sich nicht anders vorstellen, als daß die Anstrengung, die zwischen der spontanen Intimität und dem ausgearbeiteten Werk steht, in etwa den Anstrengungen der Public-Relations-Abteilung einer Privatfirma entspricht: der Pflege des Image, d. h. der Herstellung eines Bildes allgemein menschlicher Verdienste, welches kaschieren soll, daß das Unternehmen einzig dem privaten Profitinteresse dient. Das Werk erscheint demnach einer solchen, kapitalistische Verhältnisse blind widerspiegelnden Auffassung als das Unechte, mit Fassaden verkleidete, wenn nicht gar als die Fassade selbst. Die Anstrengung erscheint nicht als schöpferische Arbeit, sondern als Spiel — und zwar im Sinne von Verstellung. Es wird nicht gezeigt, wie einer eine objektive, gesellschaftlich vorgegebene Aufgabe anpackt und an ihrer Lösung arbeitet, sondern ausgegangen wird von der Rolle, die einer spiele. Unausgesprochen steht hinter diesen Grundannahmen von Hirsch ein Begriff von Wissenschaft, dem das Rohe, noch Unausgearbeitete als das echte, weil ursprungsnahe Faktum gilt. Hirsch sieht wahrscheinlich nicht, daß ein solcher Begriff von Echtheit als Ursprungsnahe nur zu Fälschungen führen kann. Die ideologischen Effekte, die diese Sichtweise hervorzubringen vermag, nutzt er freilich ausgiebig. Die großen Neuerer Marx und Engels sind nicht so perfekt wie ihr Werk; zwischen ihnen und ihrem Werk steht, mit einem Wort von Günther Anders: ein prometheisches Gefälle. Hirsch versucht, wie viele andere, die Menschen über dies Gefälle stolpern

zu lassen. Er erreicht dies, indem er einen methodischen Grundfehler methodisch handhabt: systematisch stellt er inadäquate Querverbindungen her zwischen den Ebenen, auf denen das biographische Material angesiedelt ist. Insbesondere benutzt er systematisch und aufschamloseste die Intimsprache des Briefwechsels der beiden Freunde. Er erreicht damit nicht nur Ablenkung von Werk und Politik, sondern benützt sogar scheinbar authentische Waffen gegen sie. Engels und die Partei werden verleumdet, und die Verleumdungen muß Engels noch selber aussprechen. Der Effekt beruht auf einer methodischen Unsauberkeit, verfehlt aber bei einem breiten Publikum sicher nicht seine Wirkung.

So fragwürdig Wissenschaftlichkeit und Methode von Hirsch sind, so sehr schätzt er die symbolische Autorität des Wortes Wissenschaft. Wissenschaft und Forschung müssen als bloße einschüchternde Worte dazu herhalten, die Abqualifizierung der theoretischen Werke von Marx und Engels mit dem Anschein der Rechtfertigung zu umgeben. Von Marxens Schrift „Zur Judenfrage“ etwa heißt es, sie sei, weil Marx so lange an ihr gearbeitet habe „ein derartiges Konzentrat“ geworden, „daß die Forscher noch nach über hundert Jahren nicht darüber einig (seien), ob Marx damit als ausgesprochener ‚Antisemit‘ oder als Helfer der Juden aufzutreten gedachte“ (32 f.). Daß Marx nicht sowohl aufzutreten gedachte, als vielmehr — und dies in prägnanter Klarheit — die historische Verstrickung der Judenfrage mit Kapitalismus und innerkapitalistischem Antikapitalismus analysierte, wird hinter Umschreibungen versteckt, die mindestens irreführend sind. Die berühmten „Forscher noch nach über hundert Jahren“ sind kaum anders zu verstehen als die weißbemanelten Wissenschaftler in der Reklame, die irgendeine unausgewiesene Behauptung mit der Autorität des Wissenschaftlichen assoziieren sollen. Die „Forschung“ muß im Rahmen von Hirschs biographischer Strategie — wieder ohne jeglichen seriösen Nachweis — den zentralen Versuch legitimieren, Marx und Engels auseinanderzuidividieren. Von der neuen „Engels-Kritik“ heißt es anerkennend: „ihr Hauptverdienst . . . besteht freilich in der Trennung der . . . Herme Marx/Engels“ (112). Marx wird zwar — eher beiläufig und unter Berufung auf „Dr. Künzli“ (sonst gibt es bei solchen Hinweisen keine akademischen Titel, hier bedarf es wieder der „Forscher“-Autorität) — charakterologisch verunglimpft, aber als gründlicher Wissenschaftler anerkannt und gegen Engels ausgespielt. Engels soll dagegen erscheinen als „der bergische Eulenspiegel“ (127) und als „politisch orientierter Hedonist“ (114), der gern „prahlt“ (117). Eingebettet in einen Krankenbericht über den Zustand der Augen von Engels qualifiziert Hirsch nebenbei die Herausgabe der Bände 2 und 3 des „Kapital“ ab: Engels „erledigte sich ihrer mit mehr Fleiß als Fachschulung, stellte er doch als das Marxsche ‚Kapital‘ Bände vor, die erst Materialien dazu sind — . . .“ (116). Eine Begründung für diese Herabwürdigung gibt Hirsch nicht. Wissenschaft ist für ihn kaum mehr als ein Wort, das man zur Hervorhebung in autoritativem Sinne benutzt.

Die Bestreitung der Wissenschaftlichkeit spielt durchweg eine wichtige Rolle bei den ausnahmslos sehr inhaltsleeren Bemerkungen über die Schriften von Engels und Marx. So heißt es von Engels' Studie „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, sie sei „kein wissenschaftliches Buch“ (39) und keine „wahrhafte Studie“ (41), sondern sie verbreite Legende (40). „Vor allem“, betont Hirsch, „erhielten die Unternehmer, was immer sie unternehmen mochten, beständig unrecht“ (41). Daß es Engels bereits um Kapitalismusanalyse und nicht um moralische Beurteilung von „Unternehmern“ ging, fällt dabei unter den Tisch. Statt dessen unterschiebt Verfasser seine eigene Deutung im selbstverständlichen Ton wissenschaftlicher Neutralität: Engels Schrift gebe einen „Überblick über die Folgen einer allzu raschen Industrialisierung“ (42). Dem muß entgegnet werden, daß Kategorien der Geschwindigkeit sozialhistorisch und ökonomisch völlig unangemessen sind bei der Beurteilung eines nicht geplanten naturwüchsigen Ablaufes wie dem des Aufstiegs des industriellen Kapitalismus in England. Der Vorgang war nicht primär „Industrialisierung“, sondern Akkumulation industriellen Kapitals, wobei die technische Neuerung als Instrument der Kapitalkonkurrenz der Kapitalisten untereinander fungiert. — Weiter: „Was war die ‚Heilige Familie‘ . . . ? Vor allem eines — kein gutes Buchthema . . . ein lustiger und lehrreicher Text, aber . . . kein ganzes Buch“ (44). — Die „Deutsche Ideologie“, dies für die Geschichtswissenschaft so wichtige, ja bahnbrechende Werk, erscheint bei Hirsch als „ein dickleibiger, nie ganz fertig gewordener Wälzer“ (45). Neben der Überwindung der einstigen Lehrer soll das Buch für Marx und Engels die Funktion gehabt haben, „mehrere potentiell gefährliche Rivalen abzuwerten“, was Hirsch mit bürgerlichem Sinn fürs Reale auch als notwendig anerkennt, „sollen Engels und Marx den ihnen nach Begabung, Bildung und Vitalität zukommenden Rang einnehmen“ (46). Diese Kategorien des Gerangels um bessere Plätze beim sozialen Aufstieg, damit das bessere Erbgut sich durchsetze, sind Kategorien, in denen herabgesunkenes bürgerliches Bewußtsein selbst Marxisten anerkennen kann. Die Anerkennung durch ein derartiges Bewußtsein vermag noch vernichtender zu sein als die Kritik; es ist heruntergekommener bürgerlicher Klassengeist, in dessen Augen Marx und Engels nicht des Kommunismus wegen die Gegner des Kommunismus bekämpften, sondern den Kommunismus beiläufig entwickelt haben als Waffe im Konkurrenzkampf gegen die Rivalen im Weg nach oben. — Das Kommunistische Manifest wird von Hirsch mit weiteren Kategorien totgelobt, die der bürgerlichen Mentalität und Weltanschauung ölig geläufig sind. Das Manifest sei „echte Kunst“, „ein Gedanken- und Wortkunstwerk“ (50), der Kommunismus ein „Traum“, der „an Erhabenheit und Attraktionskraft . . . den Idealen der großen Religionen in nichts nachstand“ (50). Der wissenschaftlich begründete Anspruch des Kommunismus, die hellwache Übersetzung und der realitätstüchtige Ansatz zur Verwirklichung all dessen zu sein, was an den großen Religionen die Form bloßer Träume, bloßer Blumen über den Ketten besaß und so als Opium des Volks wirkte, dieser An-

spruch wird in Hirschs anerkennender Formulierung mit billigem aber bewährtem Trick hinweggelobt und in den Bereich dessen versetzt, worin spätbürgerliches Bewußtsein nurmehr das Irrelevante und Irrationale zu sehen vermag: zu Religion und Kunst. Falls der Sozialismus mit solchen Kategorien noch nicht glaubwürdig erledigt sein sollte, versucht Hirsch beiläufig noch, den wissenschaftlichen Anspruch des Sozialismus ins Museum des neunzehnten Jahrhunderts einzuweisen. Das Kommunistische Manifest und das „Kapital“ tragen in seinen Augen einen „dem neunzehnten Jahrhundert verhafteten naturwissenschaftlichen Charakter“ (95).

Wo immer Gelegenheit sich bietet, kramt Hirsch in Histörchen. Eine Menge wird gehandelt von Engels' „Wirkung auf Frauen“, doch kann Hirsch nicht genug kriegen: „Viel wissen wir leider nicht“ seufzt er, „zu dem Thema, bei dem es in seiner (Engels') Jugend anscheinend einige dunkle Kapitel gibt“ (117). Eine Begeisterung fürs Dunkle prägt durchweg die Kategorien, im Guten wie im Bösen. „Der neu gebackene deutsche Prophet“ (31) „orakelt“ (32) und „weisagt“ (53). Folgende Einstellungen und Verhaltensweisen werden Engels, oft unterschwellig, angehängt: Nationalismus, Rassismus, Bejahung des Völkermords (vgl. S. 57, wo diese angebliche Einstellung auf besonders perfide, die Regeln wissenschaftlicher Interpretation mißachtende Weise heraus- oder vielmehr hineininterpretiert wird); ferner Wutanfälle, „gewisse Minderwertigkeitsgefühle“ (87). — Leitmotivisch soll ein kategorialer Zusammenhang aus dem Theaterfundus Hirschs Version von Engels den Eindruck des Geschlossenen verleihen. Engels spiele fortwährend Komödie in dem Sinne, daß er — offenbar auf Grund irgendeines inneren Gesetzes — immer Doppelrollen spielen müsse. Die durch Schwierigkeiten der Parteiarbeit oder durch materielle Not erforderten Verhaltensweisen — z. B. neben der politischen Arbeit her und zu ihrer Finanzierung auf bürgerliche Weise Geld verdienen zu müssen — werden derart psychologisiert. Charakter ist im Gegensatz zur Einsicht in die Notwendigkeit durchaus ambivalent; das nutzt derartige getarnte Propaganda aus. Charakter trennt den Klassiker von den Massen. — „Verstellung“ und „Doppelrolle“ (etwa 54) sind auch die Kategorien, die das Auseinanderdividieren von Marx und Engels vorbereiten. Am Schluß nämlich wird unterstellt, Engels habe den Marxismus gegen Marx geschaffen und „durch eine Larve mit Marxens Gesichtszügen geblickt“ (108), indem er seine eigenen unwissenschaftlichen Prophezeiungen als Marxismus ausgegeben und z. B. die Ökonomie aus ihrer Basisstellung verdrängt habe. „Tadelnswert ist allenfalls, daß bei solchem Interpretationsstil die Nachwelt immer noch von Marxismus spricht, statt etwa von — ‚Engelsismus‘ (Künzli) ...“. „Unter sämtlichen Verkleidungen Engels' wird die marxistische sich als die dauerhafteste erweisen“ (95).

Zusammenfassend kann man sagen, daß Hirschs Engels-Biographie durchgängig von der Tendenz beherrscht ist, das Werk von Marx und Engels sozusagen zu reprivatisieren; anerkannt wird es allenfalls teils als Privatunternehmen begabter und ehrgeiziger intellektueller

Warenproduzenten, teils als wirkungsvolles „sprachliches Kunstwerk“. Dadurch wird das Werk sowohl entpolitisiert als entobjektiviert. Mit etwas plumpen Montageeffekten wird der Eindruck erweckt, die Wissenschaft schlechthin spreche gegen dieses Werk. Wo immer es Material dafür gibt, wird der Akzent auf das Private, Intime gelegt, dabei wird unterstellt, daß dieses, insofern es der Person näher ist, ursprungsnäher und also realer als das Werk sei. So viel wie möglich werden Histörchen und Klatschgeschichten untergebracht — vor allem Sex und Wein bieten unerschöpflichen Stoff. Hätte der Auftrag an den Verfasser gelautet, sein Buch so zu schreiben, daß es der Rezeption der Werke von Marx und Engels entgegenarbeitet, hätte er es — seine Fähigkeiten in Rechnung gestellt — Wort für Wort so schreiben können, wie er es tatsächlich geschrieben hat.

Hirsch gibt zu verstehen, Engels habe Marx nicht nur materiell unterstützt, sondern ihn, wenngleich um den Preis der Verfälschung, verklärt und vergötzt. Das wirft für Hirsch, der offenbar gelernt hat, daß eine Hand die andere waschen muß, die Frage auf, deren Beantwortung er einem Größeren überläßt — zumindest einem dickeren Buch: „Wie aber revanchierte sich Marx für derartige Wohltaten? Eine Gesamtübersicht versucht die beachtliche Psychographie seiner ‚Selbstvergottung‘ von Dr. A. Künzli zu geben“ (73). Es empfiehlt sich, dem Wink zu folgen und der beachtlichen Psychographie die gebührende psychologische Beachtung zu schenken.

III.

Mit erstauntem Bedauern muß Künzli² eingangs feststellen, daß bislang das Interesse weit mehr dem Werk von Marx gegolten hat, als der Person. „Das Interesse an seiner Person ist umgekehrt proportional zu deren Wirkung“ (14). Hierbei unterstellt er sogleich, die Wirkung sei eine der Person, läßt also das, was zwischen Person und Wirkung steht — die Anstrengung des Werkes — schon im Ansatz herausfallen. Ist nun das Interesse an der Person umgekehrt proportional zur Wirkung des Marxismus, so will Künzli den operationellen Schluß aus dieser Formel ziehen, und sein Rezept lautet folgerichtig: Minderung der Wirkung des Werkes durch Steigerung des Interesses an der Person. Wenn Brecht im Me-ti von den schlechten Büchern sagt, sie lenken das Interesse von der Wirklichkeit auf sich ab, so versucht Künzli das Werk von Marx in der Rezeption, die er propagiert, noch über die Bestimmung von Brecht hinaus schlechtzumachen: Zuerst lenkt er das Interesse von der Wirklichkeit auf die Texte, dann von den Texten auf die Person. Man wird sehen, daß es bei dieser doppelten Zurückführung noch nicht sein Bewenden hat. —

2 Arnold Künzli: Karl Marx, Eine Psychographie. Europa Verlag, Wien/Frankfurt/Zürich 1966 (869 S.). — Hierauf beziehen sich die in Klammern hinter den Zitaten angegebenen Seitenzahlen in den Abschnitten III und IV sowie im Anhang. — Auf Grund dieses Buches hat Künzli sich bei Karl Jaspers habilitiert. Die Arbeit wurde „während dreier Jahre“ offenbar vom „Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung . . . durch einen großzügigen Betrag“ finanziert (18).

Künzlis Programm ist das der Zurücknahme mit den Mitteln der Interpretation. Im Zentrum steht der Versuch, das Werk ins Psychische seines Autors zurückzunehmen, daher der programmatische Untertitel „Eine Psychographie“.

Was am Ende herauskommt, stand von Anfang an fest: „Persönliches Schicksal und Werk von Karl Marx sind letztlich wohl nur verständlich als eine ungewöhnliche, im Persönlichen tragische, im Werk geniale Äußerung und durch den Selbsthaß dämonisierte Umgestaltung des alten Schicksals und der biblischen Botschaft des Judentums“ (817). Das Buch setzt sich den Zweck, seine Leser zu einer derartigen Rezeption des Marxschen Werkes zu führen. Der Psychograph spielt den Psychagogen zum Reich der Schatten, um den verhassten Marxismus in den Orkus zu stoßen. Sein hermeneutischer Umgang mit dem Werk und dem biographischen Material soll im folgenden untersucht werden.

Wo Künzli sich anerkennend über Marx äußert, ist selbst die Anerkennung vernichtend gemeint und ein Mittel unter anderen im Rahmen einer Hermeneutik der Zurücknahme. Im oben zitierten Schlußsatz des Buches ist sie als zugestandene Genialität vertreten. Künzli rügt an Marx' Kritikern vom Schlage eines Tucker^{2a}, daß sie dem Marxschen Werk in ihrem Eifer kein Moment relativer historischer Berechtigung zugestehen wollen. Tucker übersieht, daß es viel wirksamer ist, die Leistung von Marx historisch — trotz ihrer allerdings bedauerlichen Einseitigkeit — zu würdigen und gerade dadurch zu relativieren. Künzli rechnet Tucker zwar an, daß er „einen partiellen Versuch einer psychoanalytischen Deutung von Marx“ unternommen habe, „der allerdings gleich über das Ziel (!) hinauschießt und schon das Menschenbild Kants als das Bild eines Neurotikers bezeichnet“ (500). Tucker deutet das „Kapital“ als „ein Drama des inneren Lebens des Menschen, des Selbst, das sich im Konflikt mit sich selbst befindet...“. „Das ist gewiß eine legitime Deutung“ (ebd.), räumt Künzli ein, nur schießt Tucker ein zweites Mal übers Ziel hinaus: Er hätte zugestehen sollen, daß der Marxschen Theorie — etwa den Begriffen Proletariat und Entfremdung — „sekundär in der Zeit, in der Marx lebte, doch auch eine Wirklichkeit“ entsprochen habe (702). Künzli führt Marx zunächst ins neunzehnte Jahrhundert zurück, „disqualifiziert ihn zwar als Wegweiser in die Zukunft, schmälert aber keineswegs sein historisches Verdienst“ (596 f.). Man wird sehen, daß die historische Anerkennung und relativierende Würdigung nur ein untergeordnetes Moment im Rahmen von Künzlis hermeneutischer Strategie ist, ein versöhnliches Zugeständnis, das nur die oberflächliche Versüßung einer allseitigen systematischen Disqualifizierung von Person und Werk des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus ist. „Aber indem Marx den Akzent vom Bewußtsein auf das Sein verlagerte“, hebt eine der Stellen historisch relativierender

2a Robert C. Tucker: Karl Marx, Die Entwicklung seines Denkens von der Philosophie zum Mythos. München 1963. — Vgl. die Besprechung in Argument 47, 10. Jg. 1968, S. 230.

Würdigung an, „vollbrachte er eine historische Tat: Er machte die Zeit aufmerksam auf die bis dahin allzu gern übersehene oder zumindest nicht genügend gewürdigte Tatsache, daß das Leben und die Geschichte der Menschen nicht allein durch Geist, sondern auch durch die sozio-ökonomischen Verhältnisse bestimmt werden“ (672). Marx hat diese noch im neunzehnten Jahrhundert nicht genügend gewürdigte Tatsache — wie so andere mehr — leider allerdings extrem einseitig dargestellt. Sein psychisches Schicksal und eine „numinose Potenz“ haben ihn „befähigt, wie kein Zweiter die Welt seiner Zeit (!) auf die ihren (!) Produktionsverhältnissen immanente Bosheit hinzuweisen . . . Vielleicht ist es nur Werken dämonischer Unreife möglich, eine unreife Welt so gewaltig zu verändern. (. . .) Allzu oft kam der Fortschritt bisher im Gefolge kollektivhysterischer Konvulsionen der Menschheit, sofern“ — schwächt Künzli freilich sogleich ab — „sofern man überhaupt annehmen will, die Menschheit habe sich bisher fortschrittlich entwickelt“ (816). Alle entscheidenden Theorien von Marx sind zwar entweder historisch überholt oder einfach falsch oder, wie z. B. die Marxsche Vorstellung von der historischen Rolle des Proletariats, „heute als ein Mythos erwiesen“ (817). „Damit ist aber diesem Werk keineswegs die historische Bedeutung abgesprochen“ (816). Künzli geht sogar noch weiter: „Man mag annehmen, Marx sei eine historische Notwendigkeit gewesen“ (816). Der Akzent liegt hierbei ganz auf historisch und das heißt: vergangen.

Nach vollzogener Rückführung des Marxismus ins neunzehnte Jahrhundert, nach seiner Historisierung, wird er aus dem Museum der Vergangenheit in die Urne des Privatmannes abgefüllt und sukzessive an immer ursprünglichere Heimatorte überführt. Der Marxismus, als Erscheinung des neunzehnten Jahrhunderts, wird auf die Person Marx reduziert, und diese Person wird hermetisch von der gesellschaftlichen Wirklichkeit abgeriegelt. Die erste Hauptkategorie dieses Vorgangs ist die der Psyche. Die Reprivatisierung des Marxismus vollzieht sich als Psychisierung des Werkes. Philologisch entspricht dieser Methode des Zurück die Reduktion von Marx auf den jungen Marx, — Grundlage der Textinterpretationen wird durchgängig der ausgiebigst zitierte, um nicht zu sagen: ausgeweidete „junge Marx“ der unveröffentlichten Manuskripte sein. — Wer aber nun etwa erwartet hätte, die „psychologische“, gar „tiefenpsychologische“ Interpretation des Marxschen Werkes würde diesem neue Aspekte abgewinnen oder gar neue Zugänge zu seinem Verständnis erschließen, der wird vollständig enttäuscht. Künzli erbringt den Beweis, wie man auf mehr als 800 Seiten psychologisieren kann, ohne auch nur ein Atom der historischen Leistung von Marx auf diese Weise zu erkennen. Psychologische Betrachtung ist für Künzli der Titel einer hermeneutischen Strategie, Marx ins Ghetto seiner Psyche einzusperren³ und von der Welt zu isolieren. Immer wenn Marx die

3 Die Metapher wird von Künzli gebracht; offensichtlich soll die Rede von der „Gettomauer seines Intellektualismus und seiner Verdrängungen“ (527) unterschwellig den „jüdischen Intellekt“ bedeuten.

gesellschaftliche Wirklichkeit analysiert, kritisiert, zu ihrer Veränderung sich anschickt, bezieht Künzli dies auf seine Primärbeziehungen zurück, d. h., er interpretiert den Vorgang in Begriffen frühkindlicher Beziehung zu Vater und Mutter.

Nachdem derart allein durch die verwendeten Kategorien und den mit ihnen gegebenen hermeneutischen Zusammenhang der Vorrang des Früheren vor dem Späteren, der Psyche vor dem Werk, des Infantilen vor dem Erwachsenen vorausgesetzt ist, spricht Künzli ihn aus mit dem Schein des Resultats einer Untersuchung. Zunächst führt er die Leser mit dunklen Andeutungen in die „Tiefen“ der Seele von Karl Marx — und doch sind diese Tiefen nichts anderes als die Untiefen der Künzlichen Hermeneutik. „Möglicherweise“, sagt er, ist alles „ursprünglich bedingt ... durch ein frühinfantiles, vielleicht sogar traumatisches Erlebnis mit der Mutter...“. Freilich räumt er ein: „Wir wissen nichts von einem solchen Erlebnis...“ (64). Später kommt er darauf zurück, daß wir etwas „von einem traumatischen Muttererlebnis des Säuglings erahnen“ (456). Es handelt sich um das Urgeheimnis: den „Urbruch“ mit der Mutter, und zwar „deutet alles darauf hin, daß aus irgend einem Grunde der Säugling Karl Marx psychisch der Mutterbrust nur höchst unvollkommen entwöhnt wurde“ (582). Wenn man einmal vom Numinosen und vom Ahnenerbe absieht, so ist für Künzli mit dieser raunend mitgeteilten Ahnung alles gesagt. Von ihr leitet er alles ab. Und zwar habe Karl Marx sein Leben lang das Verhalten und die Psyche eines Säuglings beibehalten. An die Stelle der Muttermilch sei das Geld getreten, an die Stelle der Mutter „seine Ersatzmutter Friedrich Engels“ (582). Dieser Ersatzmutter gegenüber habe Marx sich zeitlebens verhalten wie ein Säugling, der, bar allen Verantwortungsbewußtseins, seine Mutter ausaugt, auch wenn es ihren Tod bedeuten würde. Marx saugte aus Engels „die Muttermilch des Geldes“ (583). — Teil des „Säuglingsverhaltens“, das Marx sein Leben lang beibehalten habe, sei das „Neinverhalten“ gewesen. Künzli zählt an dieser Stelle alle Werke auf, in deren Titel das Wort „Kritik“ vorkommt oder die ihrem Inhalt nach kritisch sind — und siehe da: es sind im Grunde alle (390 f.). Neinverhalten und Besetzung des Geldes als Ersatzmuttermilch schießen zusammen im „Kapital“, der „Kritik der politischen Ökonomie“. „Hier ist man von einer wissenschaftlichen Analyse denkbar weit entfernt. Das ist nicht mehr Ökonomie, sondern Dämonologie. Hier haben sich das Alte Testament und der psychische Zwang, seine Unfähigkeit, sich von der säuglingshaften Fixierung an die nährenden Mutterbrust zu befreien, durch eine Tabuierung des Geldes zu kompensieren, zu einer inneren Macht vereinigt, die sein ökonomisches und politisches Denken weitgehend bestimmte“ (587 f.). Das Hauptwerk soll also darauf zurückzuführen sein, daß Marx bei seiner Abfassung neinsagend sich fortwährend mit Geld beschäftigen konnte, ein Verhalten, von dem Künzli nicht weiß, soll er es mehr infantil oder mehr dämonisch finden. Worauf es Künzli desungeachtet „entscheidend ankommt, ist, zu zeigen, daß das Nein-Verhalten von Marx“ nicht erst eine Antwort auf die Verfassung der Gesellschaft war,

„sondern vor aller Begegnung mit der Welt außerhalb der kindlichen Welt der Familie Folge einer Störung in seiner psychischen Entwicklung war. Das Psychische war das Primäre, die Kritik des Kapitalismus das Sekundäre und die Vision des Kommunismus als kompensatorischer Versuch . . . das Tertiäre“ (394).

Auf dem Primat des Psychischen beruht Künzlis Deutungskunst, soweit sie das Werk in den Privatmann zurückzunehmen bestrebt ist. Im vorliegenden Falle, da es sich um die Abwehr des Marxismus handelt, betreibt Künzli auf der Basis dieses Postulats eine Pseudopsychiatrie der Verunglimpfung. In seinem Bestreben, den Marxismus zu ruinieren, erklärt er ihn für das Produkt einer ruinierten Seele. Er entwickelt eine wahre Begeisterung für psychische Macken, entdeckt sie an allen, mit denen Marx in engere Berührung kam. Jenny von Westphalen war psychisch schwer gestört, sonst hätte sie Marx nicht geheiratet und wäre auch, als Aristokratentochter, keine begeisterte Kommunistin geworden (etwa 313). Seine Töchter hatte Marx „zu total gebrochenen Menschen herangebildet“ (490). Engels war „psychisch zumindest ‚angeschlagen‘“ (375). — Marx hatte eine „lädierte Psyche“ (814), war von „paranoider Grundstimmung“ (590), ja schlechthin „Paranoiker“ (553 und 590), infantil, unreif, unmündig, hatte ein gestörtes Verhältnis zur Arbeit (591), war Zwangsneurotiker (617), „seines Verstandes nicht voll mächtig“ (551) usw. usf. Wir werden auf Künzlis jeder Wissenschaftlichkeit spottende Handhabung vor allem psychoanalytischer Begriffe noch zurückkommen. — Der Witz derartiger Pseudopsychiatrie ist der Versuch, das Werk, den wissenschaftlichen Sozialismus, als Ausgeburt einer kranken Seele und eines kranken Geistes hinzustellen und so zur Tollheit zu erklären, mit der kein gesunder Mensch etwas zu schaffen haben kann. Betrachten wir einige der Anwendungen auf zentrale Einsichten und Begriffe von Marx.

„Wer kritischen Geistes die Entfremdungstheorie der Pariser Manuskripte studiert“ — und man muß sich vor Augen halten, daß für Künzli die „Entfremdungstheorie“ die zentrale Theorie von Marx, geradezu ein Titel für sein Gesamtwerk ist, daß ferner die Pariser Manuskripte sein wichtigstes Informationsmittel darstellen — „der kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das ein Paranoiker geschrieben hat“ (553). „Wenn ich“, hätte Marx nach Künzlis Willen gestehen müssen, wenn ich den allgemeinen und im gesellschaftlichen System notwendig begründeten Charakter der Entfremdung behaupte, „dann sind in mir offensichtlich subjektiv-irrationale Mächte am Werk, die mich, mir selbst unbewußt, dazu verführen, meine eigene subjektive psychische Situation auf die Welt zu projizieren“ (554). — Marxens Analyse des Sachverhalts, daß im Kapitalismus das Produkt der Lohnarbeit wiederum Kapital wird, also fremde Macht, der die Arbeiter sich wieder als Lohnarbeiter unterwerfen müssen, ist nach Künzli „ein Produkt von Marx' paranoischer Grundstimmung“ (590). Unvorsichtigerweise beläßt er es nicht bei dieser Unterstellung, sondern begibt sich aufs Feld der Textauslegung: „Nur ein Paranoiker“, sagt er ganz richtig, „kann behaupten, jedes Produkt

jeder Arbeit verwandle sich in eine dem Produzenten fremd und feindlich gegenüberstehende Macht“ (590 f.). Aber nur ein philologischer Stümper oder in seinem Haß um Wahrheit völlig unbekümmert Propagandist kann behaupten, Marxens Analyse des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital sei eine des Verhältnisses von Arbeit und Produkt schlechthin, abgesehen von der historisch-gesellschaftlichen Formbestimmtheit. — Die Kritik Marxens an kapitalistisch entfremdeter Arbeit, also Lohnarbeit, führt Künzli zurück — auf ein gestörtes Verhältnis zur Arbeit! Doch wird diese Peinlichkeit sogleich verdoppelt durch eine groteske Fehlinterpretation: „Wie wir vermutet hatten“, eröffnet Künzli, ging es ja Marx „darum, die konkrete Arbeit zu diskreditieren als das absolut Böse“ (591). Schon ein flüchtiger Blick ins „Kapital“ zeigt, daß Marx die konkret-nützliche Arbeit, die Schöpferin des Gebrauchswerts, als ewige Naturnotwendigkeit des menschlichen Lebens begreift. Künzli seinerseits setzt Arbeit offensichtlich mit bürgerlicher Erwerbstätigkeit gleich, sonst könnte er dem schwerst arbeitenden Marx nicht ein gestörtes Verhältnis zur Arbeit vorwerfen, bloß weil Marx weder als Kapitalist noch als Lohnarbeiter und kaum als freier Schriftsteller Geld verdient hat. — Die kommunistische Perspektive vom Abbau des Staates interpretiert Künzli als psychischen Trieb, „den Staat kurzerhand totzuschlagen“, was er wiederum zurückführt auf den „in Marx mächtigen Destruktionsdrang“ (547). — Woher, fragt sich Künzli, kommt es, daß Marx „die Geschichte der Menschheit (als) einen ‚notwendigen‘ progressiven Entfremdungsprozeß darstellt?“. Nicht, daß der Grund nicht psychologischer Natur wäre! „Es ist jedoch“, beantwortet er sich seine Frage, „kaum auszumachen, was daran zwangsneurotischer Natur und was bloß die Wirkung eines psychischen Schutzmechanismus war, mit dem sich Marx unbewußt davor bewahren wollte, sich hier und heute als Mensch bewähren zu müssen“ (617).

„Marx sah die Welt“, wiederholt Künzli unablässig, „wesentlich im Zerrspiegel seiner negativen Mutterbindung, seiner unbewußten Verachtung des Vaters . . .“ (305). So sah er überall nur das Negative. — Was gegen den Kapitalismus zu sprechen scheint, erklärt Künzli zum Resultat der Projektion aus der Seele von Marx auf die Welt. Was gegen den Kapitalismus zu sprechen schien, spricht jetzt —

4 Es ist kaum angebracht, in der Auseinandersetzung mit Künzli auf Feinheiten sei es der Philologie, sei es des inneren Zusammenhangs und der Begrifflichkeit der Geschichtstheorie des historischen Materialismus zu bestehen. Aber es sei doch darauf hingewiesen, daß es sich bei der zitierten Stelle um eines der zahllosen Scheinreferate handelt. Weder vertritt Marx eine derart lineare Geschichtsauffassung, wie Künzli suggeriert, noch ist es der Entfremdungsbegriff, der in der Geschichtstheorie dominiert; wäre es so, bezöge sich die Aussage gleichwohl nicht auf „die Geschichte der Menschheit“ im enthusiastischen Sinne, den dieser Begriff bei Marx hat, sondern allenfalls auf die „Vorgeschichte der Menschheit“, die verlängerte Naturgeschichte, „naturwüchsiger“ Prozeß ist. — Der enthusiastische Charakter des Begriffs „Geschichte der Menschheit“ ist sein revolutionärer Charakter.

gegen die Psyche von Karl Marx. Wenn Marx das Privateigentum als die sozioökonomische Begründung des Egoismus begreift, so projiziert er nach Künzli seinen eigenen „dämonischen“ Egoismus auf die Welt, der sich z. B. darin äußerte, daß er nach dem Tode seines Vaters gegenüber der Mutter darauf drängte, sie müsse ihm sein Erbteil ausbezahlen. Wenn Marx sich als Theoretiker zum Privateigentum verhält, so verhält er sich „wirklich und eigentlich“ zu seiner Mutter. „Da er aber in der Öffentlichkeit und in seinen philosophischen Arbeiten schlecht vom Egoismus seiner Mutter reden konnte, redete er“ — in dem Aufsatz „Zur Judenfrage“ — „umso mehr vom Egoismus des Judentums“ (579). — Auch Marxens Kampf gegen die kleinbürgerliche Phraseologie des „menschlichen Kommunismus“ ist nichts anderes als eine weitere „Manifestation seines negativen Affektes gegen die eigene Mutter“ (297). Da für den gegenwärtigen Marxismus die Kritik illusionärer und ablenkender Tendenzen dieser Tradition noch immer hochaktuell ist, gilt auch dieser pseudopsychologische Tiefschlag dem gegenwärtigen Sozialismus.

Marx projizierte sein Schicksal auf die Welt. Sein Schicksal war wiederum nichts anderes als die Äußerung seiner Seele. So war z. B. „in Wirklichkeit... nicht sein psychischer Zustand eine Folge der Emigration, sondern vielmehr die Emigration die äußere Entsprechung seines psychischen Zustandes“ (366). „Emigration ist ja nur eine der Formen der Entfremdung, und Marx war schicksalsmäßig der entfremdete Mensch par excellence“ (367)⁵. — Worin seine Entfremdung nach Künzli gründete, betrachten wir später. — Marxens ganze Entfremdungstheorie — „die das Grundmotiv seines ganzen Werkes bilden sollte“ (505) — war jedenfalls ein „Alibi für versäumte oder verdrängte Auseinandersetzungen mit persönlichen Problemen“ (505). Dies also die Produktionsformel des Marxschen Werkes: als Ersatz für die unbequeme Auseinandersetzung mit persönlichen Problemen schuf er die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. „Gehetzt durch die Dämonen seines eigenen Entfremdungsschicksals suchte er verzweifelt nach Manifestationen der Entfremdung in der Außenwelt, die seine subjektive Entfremdung als Spiegelbild oder Folge einer objektiven zu legitimieren und ihn so von einer persönlichen Schuld und von persönlicher Verantwortung zu dispensieren imstande waren“ (540). In diesem psychopathologischen Ersatzcharakter des Werkes sei auch ein wesentlicher Grund für seine Massenwirksamkeit zu sehen, und zwar gerade insofern es geprägt sei „durch den ‚Infantilismus‘ der Marxschen Psyche, die Schuld und

5 Sogar von der „totalen Entfremdung zwischen Marx und seinem Vaterlande“ (177) kündigt unser nach rückwärts gewandter Seher — als hätte die Vokabel „Vaterland“ irgendeine Bedeutung in diesem Zusammenhang. „Armer Karl Marx“, klagt Künzli etwa wie ein Beamter der Inquisition über eine Seele auf dem Scheiterhaufen, „armer Karl Marx: Zu England hatte er keine affektive Beziehung gefunden, und das eigene Vaterland hatte sich ihm so entfremdet, daß es in ihm nur noch Gefühle des Hohns und Spottes weckte“ (185).

Verantwortung immer auf ein ‚Außen‘ projizierte“ statt auf Seelisches (815). „Damit kommt dieses Werk einer in allen Menschen mächtigen Tendenz entgegen, Verantwortung zu fliehen, Schuld abzuwälzen auf andere oder auf die Verhältnisse, . . . und die mühsame, nie zu einem Ende gelangende, immer neue Fragen aufwerfende Auseinandersetzung mit der eigenen Wahrheit“ — ihr Ort ist die Innerlichkeit des Privatmannes — „zu ersetzen durch den Glauben an eine . . . absolute Wahrheit außer mir, die es mit radikalen Methoden durchzusetzen gilt“ (815). — „Es war also nicht so, daß Marx ein Gesetz entdeckt hatte, das die Welt bestimmte, sondern er hatte ein Gesetz, das ihn bestimmte, auf die Welt projiziert: das Gesetz seiner heillos entfremdeten, gespaltenen Seele . . .“ (533). Wozu trieb ihn dies psychische Gesetz? Es folgt das Programm der Aufklärung und des Humanismus, das Programm der besten bürgerlichen Tradition, wengleich ausgesprochen in der Sprache der gegenaufklärerischen Tradition denunziatorischer Verzerrung: „die Überwindung der Entfremdung, das Heil in der Selbstvergottung des zum Schöpfer seiner selbst und der Welt proklamierten prometheischen Menschen zu suchen . . .“ (533). Darum auch ist Marx vom Dämon besessen: weil er, kurz gesagt, „Gott mit Hilfe der Hegelschen Dialektik begrifflich um seine Existenz gebracht, um-gebracht“ hat (515), Gott aber nach C. G. Jung eine notwendige psychologische Funktion ist (411)⁶. „Und als hätte er die Psyche von Karl Marx analysiert, schreibt C. G. Jung: ‚Wenn also jemand auf die seltsame Idee kommt, Gott sei tot oder sei überhaupt nicht, so kehrt das psychische Gottesbild . . . ins Subjekt zurück und erzeugt Gottähnlichkeit . . . Diese . . . erregt alles Böse in ihm. Es entsteht ein infernalisches Zerrbild vom Menschen . . . Von dieser Fratze ist der Mensch gequält, und darum quält er andere“ (419). — Nachdem die Entfremdungstheorie erledigt ist, wendet Künzli seine diagnostischen Fähigkeiten an die Klassentheorie von Marx und sieht auf den ersten Blick, daß diese „primär nicht das Produkt einer wissenschaftlichen Analyse, sondern eine Projektion subjektiver Seelen-Inhalte war“ — wieso Marx sein Leben lang „sich unbewußt fürchtete, durch eine nachträgliche wissenschaftliche Analyse die Legitimität der Projektion in Frage zu stellen“ (700 f.). — Daß Marx klar die Rolle der Gewalt in den Klassenkämpfen sieht — in Künzlis Jargon der Gegenaufklärung: „daß Marx die Gewalt tatsächlich als eine transzendente Potenz auffaßte“ (703) — wird nach dem Schema des Zurück „wesentlich auch auf seine persönliche psy-

6 In diesem Zusammenhang entdeckt Künzli bei Karl Marx „etwas Erstaunliches: Für ihn war die Transzendenz a priori nicht vorhanden“ (514). — Solchen „so unangenehmen“ Fragen wie der nach der Erschaffung des Menschen oder der nach der Unsterblichkeit ging Marx, wie Künzli stirnrundelnd rügt, faul und feige aus dem Weg (532). Hätte er nicht vor der Frage die Augen verschlossen, „wieso etwa die Affen auf einer bestimmten Entwicklungsstufe stehen blieben, und sich nicht ihrerseits zu Menschen weiterentwickelten“, dann wäre er „gezwungen gewesen, über naturwissenschaftlich Erkennbares hinaus nach jenem Transzendenten zu fragen . . .“ (534).

chische Situation“ (705) reduziert. — Produktionsverhältnisse: „Marx projizierte die verdrängte Schuld auf die Verhältnisse. Exakter: die Produktionsverhältnisse . . . Sie erhielten dadurch im Marxschen Denken einen metaphysischen, mythischen Charakter“ (225). — Revolutionstheorie: Weil Marx vom Dämon besessen war, dämonisierte er die bürgerliche Gesellschaft und schuf damit „die Voraussetzungen zu seiner Revolutionstheorie. Denn mit Dämonen läßt sich kein Friedensvertrag schließen“ (580). Wäre er nicht besessen gewesen, hätte er sich mit Reformen begnügt. — Kapital und Proletariat: „. . . der von Dämonen Besessene neigt dazu, die Welt zu dämonisieren. Marx ist ein geradezu klassisches Beispiel dafür: er hat das ‚Kapital‘ ebenso eindeutig dämonisiert, wie er das ‚Proletariat‘ divinisiert hat“ (413). — Warum gab Marx keine detaillierten Rezepte für den Aufbau des Sozialismus? Künzli weiß die Antwort: aus „Flucht vor einer Verantwortung als einzelner hier und heute. Daher auch bestritt er so eigensinnig, ein Dogma, eine Wahrheit, eine Utopie zu verkünden. Durch das Entwerfen eines Schemas der zukünftigen Gesellschaft übernimmt man Verantwortung“ (692 f.). — „So blieb sein gewaltiges Werk ein Werk dämonisierter, auf die Wirklichkeit projizierter Unreife“ (815).

So leistet die Methode der Psychisierung ein Mehrfaches: Sie entobjektiviert das Werk von Karl Marx, indem sie es von der gesellschaftlichen Wirklichkeit abschneidet und diese bestenfalls als bloßen Anlaß für Projektionen verdrängter Probleme aus der Seele von Karl Marx gelten läßt. Sie entpolitisiert den wissenschaftlichen Sozialismus, indem sie ihn zur Privatsache von Marx, nämlich zum Ausfluß seiner unverdauten persönlichen Probleme macht. So sondert sie dieses Werk nicht nur ab aus dem Bereich allgemeinen Interesses, sondern sie erklärt es darüber hinaus für absonderlich, für abnorm, für krankhaft. Sie führt zur Ausbildung einer blindwütig gehandhabten Interpretationstheorie, die in ihrem Material alle Bedeutungsstrukturen ins Gegenteil verkehrt. Sie dreht durchweg das objektive Verhältnis von Zeichen und Bezeichnetem um. Insbesondere verfolgt sie die Spuren der schier unermesslichen Anstrengung, die das Werk seinem Autor gekostet hat; sie entkleidet sie dieser ihrer Bedeutung — Spuren schöpferischer Arbeit zu sein, die einen Aspekt des Entstehungsprozesses des Werkes bedeuten — und erklärt sie für das Wesentlichere gegenüber dem Werk und zu dessen eigentlicher Bedeutung. Was zurückgeblieben ist als Zeugnis von der Herstellung der Ordnung des Werkes, erscheint gegenüber dem Werk als Unordnung. Grundzug der restaurativen Hermeneutik Künzlis ist es, die Ordnung des Werkes zum bloßen Schein gegenüber der „Unordnung“ seiner Produktion und dessen, was ihm voraufging, zu erklären. Die Verfassung, aus der heraus das Werk ausgesprochen wurde, soll nun gegen das Werk sprechen. Freilich hat eine derartige Hermeneutik unverhüllt kaum eine Aussicht auf Erfolg, d. h. darauf, den Lesern gegenüber ihre psychagogische Funktion der Zurückführung überzeugend ausüben zu können. Als ihre Verhüllung fungieren Entwendungen aus der Wissenschaft, insbesondere aus Psychoanalyse und

Psychiatrie. Sie werden weder zu diagnostischen, noch gar zu therapeutischen Zwecken eingesetzt, was ihr einzig adäquater Gebrauch wäre, sondern zu moralisch-politischer Diffamierung gebraucht. Sein Material findet dies Verfahren in den reichlichen Zeugnissen allseitiger Abweichung Marxens vom Idealbild des integrierten kleinbürgerlichen Spießers.

Wer historische Arbeit leistet wie Marx, der hat diese Arbeit nötig und der muß einen hohen Preis für sie bezahlen. Die Anstrengung wird nach allen Seiten ihre Spuren in seinen Charakter und sein soziales Schicksal eingraben. Er muß vieles verdrängen, sich über alle Maßen anstrengen, um die Übermacht des Alten zu bekämpfen; er muß mit vielem brechen, nicht zuletzt mit seiner Herkunft und seiner Klasse, Neuland betreten in radikaler Vereinzelung oder in die Emigration gehen etc. — aus alledem verfertigt Künzli Argumente gegen den Marxismus. Daß Marx etwas wollte, daß er es so stark wollte und sein Ziel verbissen verfolgte — daraus macht dieser kleine ideologische Klassengeist ein Stigma. Als unermüdlicher Schnüffler kriecht Künzli — der Marx als „Spürhund für Negatives“ (395) diffamiert — hinter ihm her, auf der Spur der Schattenseiten der gewaltigen historischen Arbeit, des materiellen Elends, der körperlichen Krankheiten, der Momente des Zauderns und Zweifeln, der Krisen in Ehe und Freundschaft, der vom Kampf gegen das Unrecht verzerrten und vom Kampf gegen die Übermacht ermüdeten Züge, ein fleißiger Sammler des Elends und der Ausscheidungen des Schaffensprozesses: das Nicht-Gemachte, das Beiläufige, das Rohe, das Unwillkürliche — alles Negative der Schaffung des Neuen, des Werkes, liest er zusammen, vergrößert es, deutet es als das Bleibende, vor dem das Werk verschwinden möge, als das ursprünglich Echte, das vom Gemachte des Werkes nur verstellt werde, ruft es an zum Zeugnis gegen die Möglichkeit einer besseren Welt, gegen die Legitimität der politischen Bewegung und ihres Programms für diese bessere Welt.

IV.

Künzlis Hermeneutik der Zurücknahme, wie sie sich schon jetzt abzeichnet, belegt tiefgreifende Veränderungen des spätbürgerlichen Bewußtseins im Zuge seiner Abwehr der höheren historischen Formation, die den Kapitalismus aufzuheben im Begriff ist, wie einst dieser den Feudalismus aufhob. Die Zurücknahme des Neuen auf bürgerliche Niveau des Privatmannes und seiner Pathologie reicht nicht aus für seine Abwehr. Nun muß, zur Aufrechterhaltung des Bürgerlichen dieses selbst zurückgenommen und im Vorbürgerlichen aufgehoben werden. — Das Entsprungene sollte wieder eingefangen werden in den Ursprung. Dieser wurde zunächst angesetzt in der Privatheit der Person. Daß die Person die Verhältnisse ändern wollte — statt innere Einkehr zu halten und sich ihrerseits kontemplativ in ihre Ursprünge zurückzunehmen — daß sie die Veränderung nötig hatte und unmäßig betrieb, gibt der restaurativen Hermeneutik Künzlis das Material, sie, in die sie das Werk als in seinen Ursprung

zurückgenommen hatte, zum falschen Ursprung zu erklären. — Erscheint in der nach rückwärts gewandten Interpretation die Privatperson als das Ursprünglichere gegenüber dem Werk, so erscheint wiederum das Unbewußte als das Archaischere gegenüber dem Bewußtsein der Person. Selbst Psychiatrie und Psychoanalyse bleiben zurück auf diesem radikalen Rückweg. Der Ursprung dieses Archaischen sind nur oberflächlich die frühe Kindheit und ihre Primärbeziehungen. Alles derart Seiende gilt dieser Hermeneutik des Zurück nur als schlechtes Abbild frühester rassischer und religiöser Ursprünge, als wesentlich Unselbständiges, das seine innere Wahrheit nur finden kann, wenn es dieser Unselbständigkeit inne wird, sie akzeptiert und sich verehrend auf den vergotteten Ursprung zurückbezieht. Der Ursprung, auf den Künzli Marx derart festnageln will und den Marx verraten, verdrängt und gehaßt habe, aus dem er in feiger, unwahrhaftiger, illegitimer und pathogener Weise in die Veränderung der Welt entsprungen sei, dieser Ursprung ist — das Judentum und Karl Marx „ein abgefallener Rabbi“ (307)⁷.

Als zentraler Begriff historischer Illegitimität fungiert der Begriff der Säkularisation; er bezeichnet ein Doppeltes: Verrat am Ursprung und illegitim angeeigneten Ersatz für den Ursprung. Um in diesen Begriffen eine neue historische Gestalt der Illegitimität bezichtigen zu können, muß sie als derart doppelt verräterisches Abbild eines Urbildes aufgewiesen werden. Wir werden weiter unten zeigen, wie Künzli ausgiebigst Entsprechungen behauptet, die er an formalen Analogien festmacht. So vernichtend diese Art von Angriffen gegen den Sozialismus gedacht ist, wird es dabei nicht ohne Komik abgehen, wenn auch einer unfreiwilligen, humorlosen, haßerfüllten. Von der Indienstnahme der Kategorie der Säkularisierung durch den Antikommunismus konnte Hans Blumenberg 1966 feststellen, daß sie „fast schon zur modischen Geläufigkeit geworden“ sei⁸. Wir werden sehen, daß Künzlis Originalität innerhalb dieser Mode in einem besonders ausgeprägten Eklektizismus und einer Unersättlichkeit besteht, die vor Scharlatanerie nicht zurückschreckt. Zunächst ist zu

7 Endlich ergibt sich für Künzli damit ein Zugang zur Antwort auf sein selbstfabriziertes Problem, wie denn nun ein solches Psychogespent, wie er es unter Verwendung Marxscher Hinterlassenschaft aufgetakelt und dem Publikum als Karl Marx vorgeführt hat, „über ein Jahrhundert lang die Welt in Atem“ halten konnte. „Da mußte“, schließt er, „über das bloß Persönliche hinaus“ — genauer müßte es heißen: hinter es zurück — „auch noch eine überpersönliche Macht aktiviert worden sein, die man mit einem etwas abgegriffenen Ausdruck“ — Künzli dixit! — „als ‚numinos‘ bezeichnen könnte. C. G. Jung würde hier vom kollektiven Unbewußten und von den Archetypen reden. Wir begnügen uns vorerst mit . . . der Hypothese, daß sich Karl Marx als Nachfahre vieler Generationen von hervorragenden Rabbinern und ‚ältester Sohn‘ Israels, der ‚Jahves Sohn‘ war, ein Auserwählter, Berufener, unbewußt mit diesem Jahve und seinem auserwählten ‚Sohne‘ Mose identifizierte“ (400). — Vgl. dazu den „Anhang 1“ zu diesem Aufsatz: „Faschismus, C. G. Jung und Künzlis Umgang mit psychoanalytischen Begriffen“, S. 102 f.

8 Hans Blumenberg: Die Legitimität der Neuzeit. Frankfurt 1966, S. 18.

skizzieren, wie „der Jude Marx“ (195) von ihm hergestellt wird, so dann, was und wie alles auf das Judentum zurückgeführt wird.

Marx als Juden zu konstruieren bereitet Schwierigkeiten, da er zwar zahlreiche jüdische Theologen unter seinen Vorfahren hat, sein Vater aber „kein richtiger Jude“ war, vielmehr „früh im Geiste der Aufklärung eine Ersatz-Religion . . .“ (36) gefunden hatte und überdies mit seiner Familie zum Protestantismus übergetreten war. Künzli weiß auch den Grund: er war nämlich „verflacht“, und es fehlte ihm u. a. „die Tiefe des religiösen Empfindens“, kurz, „in ihm war der Traditionsbruch schon anlagemäßig bedingt. Auch im Weiterführen einer Familientradition sind offenbar nur wenige auserwählt. Der Strom einer Familientradition sucht sich gelegentlich ein unterirdisches Bett, unterfließt eine Generation, um dann in der folgenden mit gesteigerter Wucht wieder ans Tageslicht zu schießen“ (35). — „Und da erschien nun dieser Karl Marx, in dem der von Jahrhunderten gespeiste Strom des Ahnenerbes, . . . kraftvoll wieder ans Tageslicht emporschoß. Alles an Karl Marx verriet es: Er war darauf angelegt, ein Rabbi zu werden . . .“ (76). „Durch die Konversion des Vaters und die Taufe war Karl Marx jedoch von der transzendenten Potenz, die seinen Sonderauftrag religiös legitimierte, brutal abgeschnitten worden“ (77). Mit diesem Roman ist die Brücke zwischen dem Ahnenerbe und Karl Marx geschlagen und die Theorie fertig: Karl Marx war durch und durch Jude, der sein Judentum verdrängte und ihm gerade dadurch unrettbar verfiel und mit dem dämonischen Haß, den ihm die Wiederkehr des verdrängten Judentums eingab, das Judentum — soll heißen: sich selbst als Jude — haßte. Zum Beweis deutet Künzli auf die langjährige Furunkulose: „Karl Marx wäre dann so etwas wie ein Stigmatiker des jüdischen Selbsthasses gewesen“ (463 f.). — Alles Weitere ist nur noch eine Frage der Ausführung; das gesamte Werk und Verhalten von Marx werden nun ausgesprochen in Begriffen und Mythen des jüdischen Ursprungs. Marx ist und bleibt „Prophet Israels“ (816), der Kommunismus, mit einem Ausdruck des Jesuitenpaters Fessard, „ein ungläubiges Judentum“ (411)⁹. „So war Marx ein Moses, der unbewußt um so mehr von Jahve ‚besessen‘ war, je mehr er ihn bewußt verleugnete“ (410). Dies war auch der letzte Grund für Marxens Religionskritik. Marx nämlich „war sein eigener einsamer Gott und Prophet und Gesetzgeber. Es durfte keine Religion sein neben der seinigen“ (538). Die Eifersucht eines, der sich unbewußt für Gott hielt, motivierte ihn nach Künzli auch zur Kritik am Gelde. Und zwar schließt

9 Künzli erwähnt ein Pamphlet von 1850, in dem Marx offen und derb antisemitisch als Jude angegriffen wird. „Die deutschen Gegner von Marx und Engels“, kommentiert Künzli, „hatten ihre Freude an diesem Kloakenprodukt, das zum ersten Male öffentlich aussprach, was sie sich ja untereinander schon immer zugeflüstert hatten — daß letztlich der Jude in Marx für dessen politische und charakterliche Dänomie verantwortlich zu machen sei“ (198). Es ist nicht recht einzusehen, wodurch sich, außer durch das philosemitische Parfüm, die Botschaft Künzlis eigentlich von der jenes „Kloakenprodukts“ unterscheiden soll.

Künzli daraus, daß es bei Marx einmal hieß, das Geld verwandle „den Knecht in den Herrn und den Herrn in den Knecht“, messerscharf: „Das Geld war also eine Macht, die beanspruchte, dasselbe tun zu können, was Moses im Auftrag von Jahve tat: die Knechte von ihrer Knechtschaft zu befreien. Es war also eine gefährliche Konkurrenz für Moses und Jahve . . .“ (586) und damit für Marx. „Wenn bei Marx von Herr und Knecht die Rede war“, vermutet Künzli im übrigen, „spielte unbewußt wohl die tradierte Erinnerung an die Knechtschaft Israels in Ägypten mit“ (ebd.). Das unbewußt prophetische Eifern verleitete Marx selbst dazu, die Kunst dadurch zu entweihen, daß er sie mit Ökonomischem in Verbindung brachte: „In jüngeren Jahren war Marx also noch so sehr von dem Drange besessen, für die Philosophie ein ‚neues Athen‘ und für Jahve ein neues Sinai, einen neuen Dornbusch zu entdecken, daß er selbst die Kunst eines Raffael mit so Banalem wie der Nachfrage und der Teilung der Arbeit in Zusammenhang brachte, bloß um die Absolutheit und Universalität seines neuen Prinzips zu retten“ (672). Insgesamt muß Künzli bei Marx „also von einer außergewöhnlichen Kombination eines Denktypus und eines Glaubenstypus sprechen, einer Kombination, die in dieser extremen Form vielleicht eine Besonderheit des Judentums ist. So war Karl Marx Moses — und Nationalökonom dazu“ (418).

Nachdem von Marx nun feststeht, „daß ihm verdrängte Religiosität die Feder führte“ (611), ist zu betrachten, was dabei alles herauskam. Zunächst einmal „säkularisierte er die Transzendenz zu etwas Greifbarem, zur Gesellschaft“ (520). Darauf kritisierte er die Gesellschaft radikal — „die Weltanschauung von Marx ist reine, das Prophetentum fortsetzende Apokalyptik . . .“ (690). Sodann suchte er sich sein „Volk Israel“, „ein Medium, das fähig und willens war, den Gedanken in die Tat umzusetzen“, und fand es — im Proletariat (634). Für die Säkularisierung der Apokalyptik zur Revolutionstheorie sowie des Volkes Israel zum Proletariat, wartet Künzli mit Beweisen auf. Und zwar hat Marx „im Vorwort zur ersten Auflage des ‚Kapitals‘ . . . sogar das durch griechisch sprechende Juden geprägt Wort ‚Apokalyptik‘ in seiner deutschen Übersetzung, die ‚Enthüllung‘ lautet, selbst verwendet: ‚Es ist der letzte Endzweck dieses Werks, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen . . .““ (688). Dieses war der erste Streich, doch der zweite folgt sogleich: „Und wie es in der Bibel, im Segen Jakobs, heißt: ‚Juda ist ein junger Löwe‘, so verwandte auch Marx 1848 in einem Zeitungsartikel das Bild ‚der proletarische Löwe‘“ (639 f.). — Die Kernsätze der „Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ kommentiert Künzli: „So spricht kein Wissenschaftler und kein Philosoph. Das ist die unverfälschte Stimme des Pentateuch und der Propheten“ (639). — Kommunismus: „Das Urbild aller dieser Vorstellungen von einem Reich des Friedens und der Freiheit, in dem die Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen, findet sich im Pentateuch“ (809). Dem „Absterben der Papstkirche bei Joachim entspricht bei Marx das Absterben der Partei“ (807). —

Entfremdung: „Da die Entfremdung in Marx' Apokalypse in säkularisierter Form weitgehend dieselbe Rolle spielt wie die Erbsünde in der Bibel . . .“ (749). Auseinandersetzung mit dem Anarchismus: „All das ist im Pentateuch präfiguriert“. „Der ‚Kampf auf Leben und Tod‘ zwischen Marx und den Anarchisten Bakunins . . . erscheint auf schlechthin überraschende Weise als eine Wiederholung des Kampfes zwischen Moses und der Rotte Korahs“ (405).

Nachdem Künzli Marx mit Moses und Jahve identifiziert hat, entsteht für ihn ein tiefsinniges Problem, eine Widersprüchlichkeit, über deren Auflösung er verzweifelt, bis ihm der Ausweg einfällt, sie als adäquaten Ausdruck der Widersprüchlichkeit in Marx auszugeben: „Gewiß wird man die Frage aufwerfen müssen, ob denn ein sich zu Prometheus Bekennender überhaupt ein Apokalyptiker sein könne.“ — „Aber sein Prometheismus stand im Dienste seiner Apokalyptik. Das ist ein Paradox, gewiß. Aber der ganze Marx ist ein Paradox, das sich nicht auf einen psychischen Nenner bringen läßt“ (690). Im Eifer, archetypische Entsprechungen aufzusuchen, beläßt es Künzli nicht bei diesem einen Paradox, denn an anderer Stelle ist Marx plötzlich der Mann, in dem „ein solcher wotangeprägter ‚élan vital‘ mächtig war . . .“ (414). Doch das ist noch nicht alles; Marx heißt auch „ein neuer, säkularisierter Augustin“ (742), und „möglicherweise, ja beinahe sicher, hat dabei seine Verehrung für Dante und vor allem für dessen ‚Divina Commedia‘ eine entscheidende Rolle gespielt . . .“ (ebd.). „So hat die jüdische, biblische Heilsbotschaft in Dante eine nationalistische, in Marx später eine kommunistische Säkularisierung erfahren. Man könnte das Werk von Marx geradezu als eine ins Ökonomische transportierte ‚Divina Commedia‘ bezeichnen“ (745). — Beweise? In erstaunlicher Naivität legt Künzli Beweise vor, aus denen nichts anderes hervorgeht, als eine bornierte Entschlossenheit, durch allerlei Kniffe die Marxschen Texte umzudrehen und ihnen sein eigenes, nach rückwärts gewandtes Gesicht einzubilden. „Das Erstaunliche“ an Marxens Aufsatz „Zur Judenfrage“ ist für ihn: „Man braucht bloß für Wucher ‚Schuld‘ und für Emanzipation ‚Erlösung‘ zu setzen . . .“ (225) — was darauf hinausläuft, einen Text entscheidend zu verändern, um anschließend „das Erstaunliche“ an ihm zu entdecken, daß er entscheidend verändert ist. — Wen solche Tricks nicht überzeugen, für den hält Künzli auch noch andere, handfest rassistische „Beweise“ parat. Otto Rühle läßt er sagen: „Marx blieb, ob getauft oder ungetauft, Jude, als solcher ohne weiteres erkennbar . . .“ (68).

So läuft es mit dieser „Psychographie“ hinaus auf — Possenreißerei, die allerdings mehr finster als komisch ist und die ihr Urheber todernst meint. Der Narr tritt auf im Priestergewand eines Ursprungdieners. Und doch hat der gegen Marx angestrengte Inquisitionsprozeß einen rationalen Kern. Der Vorwurf, Marx habe seine Herkunft verraten, hat Klassencharakter: die einzige Herkunft, die Marx verraten hat, ist die des Bourgeois. — Dagegen hat Marx den besonderen Momenten seiner Herkunft ebenso Treue gehalten, indem er sie übersetzte in die Geschichte der Menschheit, wie dem vorbürgerlichen Geist

der Religion und dem Anspruch der bürgerlichen Vernunft. — Die restaurative Hermeneutik sucht das Woher nicht, um den Weg heraus und nach vorn zu zeigen, sondern um das Wohin schlecht zu machen. Sie besteht auf dem Woher im Wohin, damit es kein Wohin gebe. Marx besteht auf dem Wohin in der Herkunft. Er begriff die Religion als Seufzer der bedrängten Kreatur, als Gemüt einer herzlosen und als Traum von einer befreiten und gerechten Welt, nicht, um es bei Seufzer, Trost und Traum zu belassen, sondern um den Anspruch in die Sprache der Realisierbarkeit zu übersetzen. Es ist in Religion und Mythos, daß die Menschheit längst der Traum einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen. — Bei dieser Übersetzung hakt die restaurative Hermeneutik mit dem Begriff der Säkularisierung ein. Dabei verfährt sie widersprüchlich. Zuerst erklärt sie das Neue für Verrat am Ursprung, seine illegitime Aneignung, und tritt so als Wahrerin des Ursprungs auf. Indem sie aber andererseits das Neue als „Religionsersatz“ etc. herabsetzt, soll es der Entmythologisierung anheimfallen. Damit aber verrät die restaurative Hermeneutik sich selbst und ihre geschäftig kultivierten Ursprünge. Denn das, worauf sie sich beruft, ist „ursprünglich“ nicht prinzipiell anderer Natur als das, was sie mit dieserart Berufung bekämpft. Jeder „Ursprung“ ist seinem Wesen nach bereits ein Entsprungenes. Statt durch parallelisierende Identifikation mit Moses — wie Künzli es im Verein mit zahllosen Ideologen der spätbürgerlichen Gegenaufklärung tut — Marx zurückzunehmen, drängt es sich auf, „Moses“ mit Marx nach vorn zu nehmen. — Wenn Künzli gar in der biblischen Topik, die sich durch Marxens Analysen zieht, in Hülle und Fülle Material und scheinbare Belege für die Anklage der ersatzreligiösen Illegitimität findet, so hat dies seinen guten Grund in der historisch-materialistischen Auffassung des Religiösen. Marx bezieht sich auf die Gestalten der Religion in Kritik und Aufklärung ihrer irrationalen Form und in Anknüpfung an ihren rationalen Gehalt. Wenn Marx den Kommunismus als das aufgelöste Rätsel der bisherigen Geschichte bezeichnen kann, so deshalb, weil er ihn als die rationale, bewußte Organisation des in irrationaler und bewußtloser Form eingebundenen Gehalts der alten Gesellschaftsformationen konzipiert: als die rationale Regelung des Stoffwechsels der vergesellschafteten Menschen mit der Natur. Der Kommunismus ist deshalb so wenig bloße Säkularisierung der alten Bewußtlosigkeit, wie seine Ideologiekritik Säkularisierung der Ideologie ist.

So hat Künzlis Anstrengung, den Marxismus zu ruinieren, nichts anderes ans Licht gebracht als den historischen Ruin des bürgerlichen Bewußtseins. Der gegenaufklärerische Eklektizismus seiner „Psychographie“ macht sie aussagekräftig über den gegenwärtigen Stand des bürgerlichen Geschichtsdenkens. Die Abwehr des Sozialismus hat dieses Bewußtsein bis ins Mark verändert. Sie führt zu einem bürgerlichen Haß gegen Aufklärung, die als „Totalitarismus der Vernunft“ (544) diffamiert wird und die doch bürgerlich gewesen ist. Das spätbürgerliche Wesen aber ist nicht mehr, was bürgerlich gewesen ist. Im Zuge des Kampfes der Bourgeoisie um die Bewahrung ihrer Herr-

schaft gegen die höhere Formation verrät sie Stück um Stück einstmals besten bürgerlichen Terrains. Ihre Ideologen verfolgen mit begründetem Haß alles, was den Verrat der bürgerlichen Klasse an den Positionen, in denen ihre historische Legitimität sich ausgedrückt hat, verrät, indem es diesen Positionen die Treue hält. So mag auch Künzlis Hermeneutik des Zurück angetrieben sein von dem blinden Verlangen, den Nicht-Verrat des Karl Marx ungeschehen zu machen. Aus der ebenso verzweifelten wie skrupellosen Suche nach Argumenten und Mächten gegen die Möglichkeit des Fortschritts, der die Herrschaft der Bourgeoisie aufhebt, entsteht die spätbürgerliche Weltanschauung. Sie entsteht auf demselben Boden wie der Faschismus. Die wesentlichen Ideen, in denen die Emanzipation der Bourgeoisie vom Feudalismus sich als allgemein menschliche Emanzipation ausgedrückt hat, sind den späten Vertretern der Bourgeoisie undenkbar geworden und erscheinen ihnen im selben Maße überholt, wie die Herrschaft der Bourgeoisie historisch überholt ist. Undenkbar geworden ist die Allgemeinheit und objektive Begründung einer Theorie. Undenkbar wird die objektive Erkennbarkeit der Welt. Undenkbar geworden ist das Pathos der Neuen Wissenschaft, sind Begriffe wie geschichtliche Arbeit und geschichtliche Aufgabe. Zum Eigentlich-Verehrungswürdigen werden Mächte hypostasiert, die „von sich aus“ gegen den Sozialismus zu sprechen scheinen: Irrationalität, Angst, Machtwille, Zerstörungswut. „Ja, es ist sogar zu fragen, ob der Mensch so beschaffen ist, daß er das Leben in einer idealen kommunistischen Gesellschaft aushalten könnte . . .“ (11), und die ganze verbleibende Anstrengung ist darauf gerichtet, dafür zu sorgen, daß diese Frage mit Nein beantwortet werde. Undenkbar geworden ist das, was Brecht die „dritte Sache“ nennt. Es gibt nur mein oder dein. Das Ganze ist das Unerkennbare, und Wahrheit ist Privatsache, heißen die Grundsätze des spätbürgerlichen Credo. Dieser kümmerliche Agnostizismus des spätbürgerlichen Bewußtseins sichert sich ab mit einem nicht weniger verkümmerten Residualbegriff von Wissenschaft. Marx dürfte nach Künzli als Wissenschaftler nur dann gelten, hätte er statt allgemeine Bewegungsgesetze des Kapitals zu erforschen, folgendermaßen geredet: „daß in meiner Zeit, besonders in Europa, besonders in England, besonders in der Großindustrie die Herren des Produktes meiner Arbeit und der Produktionsmittel, deren ich mich bediene, sich im allgemeinen mir gegenüber als eine feindliche Macht gebärden“ (554). Mehr dürfe „eine legitime sozio-ökonomische Analyse“ nicht sagen. — So hält sich die von der Aufhebung bedrohte Bourgeoisie an pessimistischer Anthropologie und an wissenschaftstheoretisch abgesichertem Agnostizismus wie ein vom Ertrinken Bedrohter an Strohhalmen — oder wie eine in ihrer Herrschaft bedrohte Klasse an Verbrechen fest. Wahrheit wird zur Privatmeinung, und der Agnostizismus der Wissenschaft legitimiert jeden Mystizismus als inneren Rückhalt des Privatmannes. So verschränken sich Mystizismus und vermeintliche Entmythologisierung in bezeichnender Weise. Als Privatmann, zurückgezogen in seine Innerlichkeit, pflegt der Bürger den Umgang mit letzten Wahrheiten

und ersten Ursprüngen, während er sich die Analyse seiner Gesellschaft als „unwissenschaftlich“ verbittet. So regrediert es sich spätbürgerlich und aus Angst vor dem Sozialismus in geistlos nachgeäffte Positionen des vom Bürgertum historisch Verdrängten. In ihrer eigenen Ideologie hebt die Bourgeoisie sich im Antikommunismus auf, lange vor der realen Aufhebung ihrer Herrschaft durch den Sozialismus.

Anhang 1

Faschismus, C. G. Jung und Künzlis Umgang mit psychoanalytischen Begriffen

Eingestreut finden sich Bemerkungen, die in Umrissen folgende Faschismus-Theorie erkennen lassen: der NS ist als „Kollektivneurose“ aufzufassen (12 f.) und vermag als Beweis gegen den Marxismus und für die Auffassung zu dienen, „daß das Unbewußt-Sein das Bewußtsein mindestens ebenso stark bestimmen, beeinflussen, ja eigentlich vergewaltigen kann wie ein von der Produktionsweise bestimmtes gesellschaftliches Sein“ (ebd.). Näher heißt der NS bei Künzli „Konterrevolution‘ enthemmter Spießbürgerinstinkte“ (182). Ein hypostasierter Antisemitismus fungiert zugleich als Kernstück dieser Faschismus-Theorie und als triumphierend vorgeführter Kronzeuge für die „autonome Macht des Irrationalen“, die der Marxismus leugnet und deren Existenz ihn also falsifiziere — was ja in einem weniger hermeneutischen Sinn, als Vernichtung des Sozialismus, auch in der Tat die zentrale Bestimmung des Faschismus war. So kündigt Künzli vom Antisemitismus, daß er schon zu Marx' Zeit „aus denselben dunklen Schichten der . . . germanischen Seele hervorbrach, die man auch für Auschwitz verantwortlich machen muß“ (124). Näher: der Grund liegt in der „Kollektivschuld“ des jüdischen Volkes, das für einen göttlichen Auftrag auserwählt ist, der über alles menschliche Maß hinausgeht und somit, als unvermeidliches Ungenügen des auserwählten Volkes, seine Kollektivschuld konstituiert, „allein dies schon ein permanentes Ärgernis für alle anderen Völker, . . . deren eines, noch mit dem Blut von sechs Millionen Juden an den Händen, entrüstet für sich jene Kollektivschuld bestritt, zu der sich manche Gläubige unter seinen Opfern bekannten“ (223). — Beide Momente dieser Theorie, die Verlagerung der Sozialgeschichte in den „psychischen Urgrund“ der Rasse sowie die These von der volkhafte Kollektivschuld der Deutschen, hat vor Künzli C. G. Jung vertreten, bei dem viele der dunklen Begriffe der Gegenaufklärung entlehnt sind. Hier ist auch die radikale Umprägung der psychoanalytischen Terminologie vorgemacht: ihre Entfernung aus der therapeutischen Situation der Analyse, innerhalb derer sie allein eine überprüfbare Bedeutung in einem strengerem wissenschaftlichen Sinne beanspruchen kann, ihre Entsexualisierung und Übertragung ins Gebiet einer gegenaufklärerischen, mit den alten gesellschaftlichen und kulturellen Mächten versöhnten Wesensschau. Hatte Freud in seinen eigenen vorsichtigen, gleichwohl problematischen Versuchen der Übertragung der psychoanalytischen Erkenntnisse den Triebgrund von Religion, Kunst, Ethik, Autorität etc. herausgearbeitet, so drehte C. G. Jung und mit ihm eine ganze Schule der Gegenaufklärung

das Interpretationsverhältnis um. „Von der Absicht, das Anstößige der Familienkomplexe zu beseitigen, um dies Anstößige nicht in Religion und Ethik wiederzufinden, strahlen“, wie Freud schon 1913 bemerkte, „alle die Abänderungen aus, welche Jung an der Psychoanalyse vorgenommen hat*.“ Jung rechnete 1934, nachdem er inzwischen Hofpsychologe des NS geworden war, mit Freud in einer Weise ab, in der die Abrechnung Künzlis mit Marx präfiguriert ist. Freuds „schwerer Fehler“ war es, daß er „jüdische Kategorien unbesehen auf den christlichen Germanen anwandte“ und diesen damit der „Verdächtigung“ aussetzte, in seinem „Seelengrund“ liege derselbe sexuelle „Kehricht unerfüllbarer Kinderwünsche“ wie in der jüdischen Seele, aus der Freud diesen Kehricht auf die germanische projizierte. „Er kannte die germanische Seele nicht, so wenig wie alle seine Nachfolger sie kannten. Hat sie die gewaltige Erscheinung des Nationalsozialismus, auf die die ganze Welt mit Erstaunen blickt, eines Besseren belehrt? Wo lag die unerhörte Spannung und Wucht, als es noch keinen Nationalsozialismus gab? Sie lag verborgen in der germanischen Seele...“**. Derselbe Jung, der den deutschen Faschismus zunächst feierte als Auferstehung des Archetyps des Wotan aus den Tiefen der germanischen Seele, wandelte sich, als die Niederlage des NS sich abzeichnete, zum enragiertesten Vertreter einer nicht weniger irrationalen Kollektivschuldthese, wofür er ja nur die Vorzeichen seiner Theorie zu ändern hatte. Kurz: diese Schule ist auch und gerade, wo sie über und gegen den Faschismus sich äußert, eng mit dem Faschismus verhaftet. — Künzlis Umgang mit der psychoanalytischen Terminologie ist dadurch charakterisiert, daß er im Gefolge C. G. Jungs ihre triebanalytische, sexuelle Bezogenheit ersetzt durch die Beziehung auf religiöse und rassische Urwesenheiten. Der begriffliche Zusammenhang der Triebverdrängung mit Wiederkehr des Verdrängten, Regression und Projektion, wird vom Sexualtrieb abgelöst und auf Urwesenheiten wie Gott, das Ewige oder das Judentum bezogen. Nun kann mit dem Schein psychoanalytischer Legitimität

* Sigmund Freud: Zur Geschichte der psychoanalytischen Bewegung, Bd. X der Gesammelten Werke, London 1946, S. 108. Weiter heißt es dort schon über Jungs Theorien von 1912: „Ein neues religiös-ethisches System wurde so geschaffen, welches ganz wie das Adlersche die tatsächlichen Ergebnisse der Analyse umdeuten, verzerren oder beseitigen mußte.“ Als Epigone dieses Systems wird Künzli auftreten, der aber, wogegen sich Freud bereits in der zitierten Stellungnahme wandte, so tut, als handle es sich bei seiner „Psychographie“ um Anwendung von Ergebnissen der Psychoanalyse. — Freud bezeichnet genau die gegenaufklärerisch motivierte Umdeutung der Psychoanalyse. Die Stelle sei zitiert, weil sie verschärft auf Künzlis Methode zutrifft: „Wenn Ethik und Religion nicht sexualisiert werden durften, sondern von Anfang an etwas ‚Höheres‘ waren“ — wie ja auch gegenüber ihrer historisch-materialistischen Herleitung —, „die Herleitung ihrer Vorstellungen aus dem Familien- und Ödipuskomplex aber unabweisbar erschien, so ergab sich nur eine Auskunft: diese Komplexe durften von Anfang an nicht bedeuten, was sie auszusagen schienen, sondern jenen höheren, ‚anagogischen‘ Sinn (nach Silberers Namensgebung) haben, mit dem sie sich in ihre Verwendung in den abstrakten Gedankengängen der Ethik und der religiösen Mystik einfügten“ (ebd., S. 107).

** Zentralblatt für Psychotherapie, Bd. 7, 1934; zit. n. Ludwig Marcuse: Sigmund Freud, Sein Bild vom Menschen. Rowohlt's deutsche Enzyklopädie, Nr. 14 Hamburg 1956, S. 132.

vom „verdrängten Gott“ und „verdrängten Ewigen“ gesprochen und die Wiederkehr des verdrängten Gottes als „Dämon“ und „dämonische Besessenheit“ behauptet werden. Marx' Verhältnis zum Judentum gibt Künzli naiverweise aus als „ein Schulbeispiel des Freud'schen Verdrängungsprozesses“ (70). „Dieser Verdrängungsprozeß — des den Urgrund seiner Seele erfüllenden und bestimmenden Judentums — „scheint auf geheimnisvolle Weise, durchaus den bekannten Gesetzen der Verdrängung folgend, auch innerhalb des Marx tradierten Judentums eine Regression ausgelöst zu haben: Da er ... das Judentum seiner Gegenwart verdrängte, fiel er nicht etwa aus allem Judentum heraus, sondern auf frühere geschichtliche Positionen des Judentums zurück“ (705 f.). „Einmal mehr“, sinniert Künzli im Anschluß daran, „stehen wir vor einem uns noch rätselhaften innerpsychischen Vorgang, den gültig zu erklären die moderne Tiefenpsychologie noch nicht in der Lage ist“ (ebd.). — Wozu sie sich dagegen schon in der Lage sieht, sei abschließend noch an einem weiteren Beispiel gezeigt. Wenn nämlich in den Jugendgedichten von Marx, einem gefundenen Fresen für unsern Hermeneuten, der Mond oder das Meer auftauchen, so verfügt die moderne Tiefenpsychologie über einen fertigen Katalog von Symbolen und Bedeutungen. „Was bei einer Analyse dieser Gedichte zunächst auffällt, ist die große, teilweise schlechthin dominierende Bedeutung, die darin dem Wasser, vor allem in der Form des Meeres, zukommt (bei Engels spielt diese Rolle der Wein)“ (151). Künzli schlägt nach, was bei C. G. Jung über die Bedeutung des Wassers steht, das bei Marx die Form des Meeres und bei Engels vor allem die Form des Weines annimmt. Und siehe da: „C. G. Jung nennt das Wasser ‚das geläufigste Symbol für das Unbewußte‘ ...“ (ebd.). Der Mond wird in dasselbe geläufige Symbolgeld umgewechselt: „der Mond — ein anderes Ursymbol für das Nächtlich-Unbewußte —“ (154). Ergo: Marx = „der Gefangene des Unbewußten“ (ebd.).

Anhang 2

Textfälschungen als Tendenzkosten

Künzlis restaurative Hermeneutik muß mit dem Werk von Karl Marx höchst gewaltsam und spekulativ umgehen, bis es so aussieht, als spräche es für seine Interpretation. Dabei muß in Kauf genommen werden, daß der Leser oftmals schwankt, soll er eine bestimmte Textinterpretation mehr für begriffstutzig oder mehr für unredlich halten. Zu den Tendenzkosten der in den Dienst der Sozialismusabwehr gestellten Interpretation gehört die systematische philologische Veruntreuung, die jedem wissenschaftlichen Ethos Hohn spricht. Im folgenden reihen wir einige Belege für diese Seite der Arbeitsweise Künzlis aneinander, deren Stellenwert für sein Interpretationsziel aus dem bereits Ausgeführten erhellt: Wiederkehr der „verdrängten Transzendenz“ und des Psychischen, welche beide Marx in ihrem Primat nicht anerkennt.

Marx habe das Geld „schon in seiner Dissertation mit Gott identifiziert“ (584). In Wirklichkeit vergleicht Marx dort den Transfer von Göttern in den Geltungsbereich einer andern Religion mit dem Transfer von Geldzeichen in den Geltungsbereich einer andern Währung. — Im Artikel zur

Debatte über den Holzdiebstahl verwendet Marx den Ausdruck „goldener Mammon“ — Künzli: „den er der Bibel entlehnt hatte“ (585). Viel wahrscheinlicher dürfte es sein, daß Marx den Ausdruck aus der allgemeinen Volkssprache entlehnt hat, die ja mit biblischen Topoi reich durchsetzt war — und in geringerem Maße noch heute ist —, wie einst bei der Prägung des Bibeldeutschen aufmerksamst dem Volke aufs Maul geschaut worden war. — Nun die Nutzenwendung der beiden Unterstellungen: „Marx stellte“, in Künzlis angestrebter Version, „hier nämlich bereits den ‚Gott‘ Geld als einen Gegengott dem ‚Gott‘ Bewußtsein, neben dem keiner sein durfte, entgegen . . .“ (ebd.). Das zum Beweis angeführte Marx-Zitat zeigt aber nur, daß Marx das Bibelwort „Gib dem Kaiser, was des Kaisers ist“ etc. abwandelt, also allenfalls Kaiser und Gegenkaiser Gott gegenüberstehen: „... beruft ihr euch darauf, daß dem Kaiser zu geben, was des Kaisers, und Gott, was Gottes, so haltet nicht nur den goldenen Mammon, sondern wenigstens ebensowohl die freie Vernunft für den Kaiser dieser Welt . . .“ (ebd.). — Im nächsten Absatz folgt sogleich die nächste Unsauberkeit: im genannten Artikel habe Marx das Geld „zum ersten Male als ‚Fetisch‘ bezeichnet“ (ebd.). Liest man die angegebene Stelle nach, findet man etwas anderes: „Die Wilden von Kuba hielten das Gold für den Fetisch der Spanier . . .“ (MEW 1, S. 147) — es geht also 1. um Gold und nicht um Geld schlechthin, und 2. ist es nicht Marx, der Gold mit einem Fetisch identifiziert, sondern „die Wilden von Kuba hielten das Gold für den Fetisch der Spanier“, also 3. noch nicht einmal sie identifizierten das Gold mit dem Fetisch, sondern sie beobachteten empirisch, daß es bei den Spaniern eine Art Fetischcharakter hatte. — Marx' spätere Analyse des Fetischcharakters des Geldes weist auf, daß die scheinbar dingliche Werteigenschaft von Ware, Gold oder Geld in Wirklichkeit ein gesellschaftlicher Charakter ist, der eine soziale Beziehung — die der privat-arbeitsteiligen Warenproduktion — ausdrückt und zugleich als blinder Regelmechanismus dieses Wirtschaftssystems funktioniert. Das Machwerk hat bestimmende Macht und scheint sie als Naturding zu haben. Diese Analyse nennt Künzli „das Geld dämonisieren“ (586). Ebenda gelingt ihm auch die merkwürdige Formulierung vom Fetischcharakter der Ware „als der Grundsubstanz des Geldes“ (587). Künzlis Urteil: „eine merkwürdige Art, Nationalökonomie zu treiben“ (ebd.), ist keineswegs ungerecht, bezieht man es auf das, was seiner beschränkten Auffassung als die Theorie von Marx erscheint. Wir werden sehen, es wird noch viel merkwürdiger. Sehen wir einmal ab von den kleineren Kuriositäten*** („Austauschware“, „Gebrauchsware“, Geld gleichgesetzt mit Äquivalentform, statt zu sehen, daß es das allgemeine Äquivalent selber ist etc.). Künzli ertappt Marx gleich im ersten Abschnitt des „Kapital“ bei der typischen Verdrängung: „Er ging in diesem Kapitel über den ‚Austauschprozeß‘ jedoch der Frage nicht nach, ob dieses Bedürfnis legitim sei oder etwa der Habsucht oder Genußsucht entspringe, er suchte also nicht nach psychischen Motiven, sondern bloß nach ökonomischen“ (608). Künzli wäre an Marxens Stelle viel klüger vorgegangen. Zum Glück hält er mit seinen

*** Marx läßt, in durchaus tieferer Bedeutung, neben Leinwand, Rock und Branntwein die Bibel als Ware vorkommen. Dies geht unserm Helden, der doch ausgiebig unter Beweis gestellt hat, daß er an und für sich nicht gerade unter einem Übermaß an Feingefühl leidet, entschieden zu weit. „Ein Produkt . . .“, seufzt er, „das sich an diesem Orte in dieser Funktion schlechthin unmöglich ausnimmt“ (609). Jede Christliche Buchhandlung wird ihm da widersprechen.

Einsichten nicht hinterm Berg, sondern stellt sie zur allgemeinen Belehrung zur Verfügung. „Die eigentliche Frage hätte lauten müssen: was veranlaßte die Menschen, sich durch die zunehmende Quantität von Waren, die sich zum Austausch eigneten, dazu verführen zu lassen, über ihre legitimen Bedürfnisse hinaus diesen Waren ganz plötzlich einen eigenen Wert zuzuschreiben, der sich auf ihr Äquivalent, das Geld, übertrug, so daß dieses zu einer selbständigen, dem Menschen entfremdeten und die Menschen untereinander entfremdenden Macht wurde?“ (608 f.) Was wären Waren, die sich nicht zum Austausch eignen? Vermutlich Ladenhüter im Gegensatz zu den „Austauschwaren“. Was soll der Ausdruck „eigener Wert“ solcher Waren? Sollten die Menschen ihnen einen fremden Wert zuschreiben? Fassen wir Künzlis Theorie des Werts und der Entstehung des Austauschprozesses zusammen: 1. die Menschen bleiben nicht bei ihren legitimen Bedürfnissen; 2. von der zunehmenden Quantität der Waren lassen sie sich verführen, ihnen „ganz plötzlich einen eigenen Wert zuzuschreiben“; 3. nach dieser plötzlichen Wertzuschreibung folgt die Wertübertragung aufs Geld; 4. das Äquivalent der Ware ist nicht etwa die Ware, gegen die sie getauscht wird, sondern, „ganz plötzlich“ aus Künzlis Kopf springend, das Geld; 5. der Austauschprozeß bringt nicht die Menschen miteinander in Verkehr; sondern sein Instrument, das Geld, entfremdet die Menschen untereinander. — So also hätte Marx, ginge es nach Künzlis Wunsch, fragen und antworten sollen. Kurz: er hätte wirklich Austauschprozeß, Ware und Geld in der Verführung des Menschen zum illegitimen Abfall vom göttlichen Ursprung ansetzen sollen. Dann hätte Künzli die Texte von Marx nicht durch spekulative Interpretationen und allerlei unerlaubte Gewalttätigkeiten verfälschen müssen. — Daß im ersten Kapitel des „Kapital“ die Geldform sorgfältig aus der Äquivalentform der Ware entwickelt wird, unterschlägt Künzli. Statt dessen tut er so, als ob Marx am Ende des zweiten Kapitels plötzlich eine „Magie des Geldes“ postulierte. Daraus, daß Marx Wörter wie Rätsel, Magie und Fetisch verwendet — und unter Übergehung der allerdings entscheidenden Tatsache, daß Marx die rationale Erklärung des irrational Erscheinenden und Fungierenden leistet —, schließt unser Textdeuter befriedigt: „der Ursprung der Entfremdung lag also jenseits des Ökonomischen, ja sogar jenseits des Psychischen“ (609). Umgekehrt: Marx weist den diesseitig-sozialen Charakter des scheinbar Jenseitigen nach. Dagegen Künzli: „an irgend einem Punkte in der Entwicklung von der Gebrauchsware zum Geld griff also Transzendentes ein. Damit aber erhielt der Vorgang der Entfremdung einen transzendenten Charakter“ (ebd.). — Marx zeigt, daß das Dazwischentreten des Geldes zwischen die Waren ($W - G - W$) zwar einerseits den Austauschprozeß ungemein erleichtert und dadurch zum allgemeinen Zirkulationsprozeß ausdehnt, andererseits aber, indem es die beiden Seiten des Tauschs verselbständigt in $W - G$ und $G - W$, die innere Einheit des Tauschprozesses zerreißt und die Möglichkeit der Krise schafft. Ferner ist mit dem Auftreten des Geldes als des allgemeinen Reichtums die Möglichkeit der Umkehrung der Zirkulationsstruktur gegeben (aus $W - G - W$ in $G - W - G$). Denn mit der Verselbständigung des Tauscherts ist, zunächst nur der Möglichkeit und Tendenz nach, die Verselbständigung des Tauschwertstandpunkts mitgegeben, bis sie, nachdem sie wirklich wird, mit ökonomischem Erfolg einbricht wie der Hecht in den Karpfenteich, zum Zwang wird, dem die Individuen sich fügen müssen, sollen sie nicht die wirtschaftliche Selbständigkeit verlieren. — Die Verselbständigung des Tauschwertstandpunkts erscheint subjektiv als absoluter Bereicherungstrieb. Künzli: „dann aber verwandelte sich Marx plötzlich in einen Psychologen und erklärte die Entfremdung als Folge eines Triebes“ (609). Dabei

unterstellt Künzli geradezu gewohnheitsmäßig aber nichtsdestoweniger unfundiert, Marx handle überall von der Entfremdung. — Künzli hilft nach durch Manipulationen und Klitterungen am Text. Marx schreibt: „Um das Gold als Geld festzuhalten und daher als Element der Schatzbildung, muß es verhindert werden zu zirkulieren oder als Kaufmittel sich in Genußmittel aufzulösen. Der Schatzbildner opfert daher dem Goldfetisch seine Fleischeslust“ (MEW 23, 147). Künzli läßt den ersten, wesentlichen Satz weg und unterschlägt beim zweiten ohne Auslassungszeichen das Wörtchen „daher“, welches seinem Leser hätte verraten können, daß der Satz nur als Anschlußsatz, im Kontext, interpretiert werden darf. Dies ist bei weitem nicht alles. Künzli reißt aus ganz anderem Zusammenhang einen weiteren bildhaften Satz von Marx und schließt ihn unmittelbar an: „Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser, so schreit seine Seele nach Geld, dem einzigen Reichtum.“ Durch den Anschluß entsteht der Eindruck, bei „seiner Seele“ sei die Rede von der Seele des Schatzbildners, von dem der vorstehende Satz handelte, und es handele sich um die unbedingte Verabsolutierung des Geldes als des einzigen Reichtums. In Wirklichkeit stammt das zweite Zitat aus dem nächsten Abschnitt, wo es nicht mehr um Schatzbildung, vielmehr um das genaue Gegenteil, um Geld als Zahlungsmittel geht. Der Satz bezieht sich auf eine Geldkrise, und Marx stellt gerade das extreme Schwanken im Verhältnis zum Geld dar als Beispiel für die Widersprüchlichkeit des ökonomischen Systems, die sich hier als Gegensatz zweier sukzessiver Verhaltensweisen des Bourgeois darstellt. „Eben noch erklärte der Bürger in prosperitätstrunkenem Aufklärungsdünkel das Geld für leeren Wahn. Nur die Ware ist Geld. Nur das Geld ist Ware, gellt es jetzt über den Weltmarkt. Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser, so schreit seine Seele nach Geld, dem einzigen Reichtum“ (MEW 23, 152).

Künzlis Buch reiht Beispiel an Beispiel für solchen Umgang mit dem Text. Neben direkten Manipulationen am Wortlaut finden sich vor allem und durchgängig folgende Verfahrensweisen: Umkehrung der Informations- und Bedeutungsstruktur; Konstruktion falscher Zusammenhänge durch Klitterung von Sätzen, die aus unterschiedlichen Zusammenhängen gerissen sind; Überspielen des — oft fundamentalen — Unterschieds verschiedener Entwicklungsstufen der Theorie; schlichte Begriffsstutzigkeit, die aber durchaus ihr System hat usw. usf. Vor allem die in derartiger Literatur vielberedete „Entfremdungstheorie“ bietet einen Anlaß, alle möglichen Fälschungstechniken gehäuft einzusetzen. (Vgl. etwa die Seiten 594 bis 618.) — Die politische Krone setzt Künzli seinen Interpretationskunststücken auf in der Behandlung der Marxschen Theorie vom Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit im Sozialismus. Die wichtige Stelle im 3. Band des „Kapital“ (MEW 25, 828), wo Marx die rationelle und effektive Regelung des Produktionsprozesses als Basis und objektive Schranke zeigt, auf der „das wahre Reich der Freiheit ... aufblühen kann“ mit Verkürzung des Arbeitstages als Grundbedingung, führt Künzli nicht nur auf „Altersskepsis“ und „einen gewissen Intensitätsverlust des Heilsgeschichtlichen mit zunehmendem Alter“ zurück (530), sondern er probiert es auch von der entgegengesetzten Seite, weil man nie wissen kann, ob nicht doch einer darauf hereinfällt: „es tönt beinahe“, insinuiert er, „als ob Marx gemeint hätte: im Grunde ist das Reich der Freiheit nicht von dieser Welt...“ Rasch der Gegenangriff, um nicht selber ertappt zu werden: „Aber Marx hätte das nie so unmißverständlich gesagt“ (531). Altersskepsis und prinzipiell mißverständlich-halbheitliche Ausdrucksweise von Marx sind Finten, Hilfstheoreme, zur Absicherung eines von Grund auf verfälschenden Umgangs mit Leben und Werk von Karl Marx.

Baber Johansen

Verhindert die Ermordung der marokkanischen Sozialisten

In Marokko steht in den nächsten Wochen ein neuer Terrorprozeß gegen demokratische Sozialisten bevor. 180 Angeklagten soll unter dem Vorwand, sie hätten in Zusammenarbeit mit ausländischen Organisationen eine Verschwörung gegen die innere und äußere Sicherheit des Staates organisiert, der Prozeß gemacht werden. Noch hält die marokkanische Regierung die Öffentlichkeit über den Kreis der Angeklagten in Unklarheit. Aber die wenigen namentlich bekannt gewordenen Angeklagten sind Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Marokkos, der UNFP (Union Nationale des Forces Populaires).

Mohammed Ajar, 1955 zum Tode verurteilt durch die französischen Kolonialbehörden wegen seines Einsatzes für die Schaffung eines unabhängigen Marokko, 1964 in Abwesenheit zum Tode verurteilt von einem marokkanischen Gericht in einem Schauprozeß gegen die UNFP, ausgeliefert von Spanien an Marokko im Februar 1970; Ahmed Ben Gelloun, ein marokkanischer Student, ausgeliefert von Spanien an Marokko im Februar 1970; Lahbib Forkani, Mitglied des Zentralkomitees der UNFP, verhaftet im Frühjahr 1970; Mohammed El-Yazghi, Mitglied des Zentralkomitees der UNFP, am helllichten Tage in Rabat verschwunden im November 1970. Das sind einige der bekannt gewordenen Namen.

Radio Marokko spricht davon, daß im kommenden Prozeß wieder dieselben Gruppen angeklagt seien, die schon einmal vor Gericht gestanden hätten; daß sie wieder versucht hätten, die Untaten zu begehen, die ihnen schon einmal mißlungen seien. Die Umstände der Vorbereitung des Prozesses sprechen eine andere Sprache: sie sprechen dafür, daß die marokkanische Hofkamarilla die physische und organisatorische Liquidierung der sozialistischen Bewegung in Marokko jetzt vollenden will.

Alle Vorbereitungen zu dem jetzt bevorstehenden Prozeß haben eine erschreckende Ähnlichkeit mit denen für den 1963/64 gegen die UNFP geführten Schauprozeß. 1963 hatten bei den Wahlen zum ersten marokkanischen Parlament die sozialistische UNFP, der konservative Istiqlal und die Unabhängigen gegen die vom königlichen Hof gestützte FDIC (Front de Defence des Institutions Constitutionnels) die Mehrheit gewonnen. Einen Monat nach den Wahlen wurden 130 Mitglieder der UNFP, unter ihnen 21 der 28 Parlamentsabgeordneten, verhaftet und angeklagt, in Zusammenarbeit mit ausländischen Staaten die Auslösung eines Bürgerkriegs und einen Anschlag auf den König vorbereitet zu haben.

Am Terrorcharakter des damaligen Prozesses hat der Bericht des Beobachters der Internationalen Juristenkommission keinen Zweifel gelassen. Die Immunität der Parlamentsabgeordneten wurde verletzt, die Angeklagten hatten monatelang keine Verbindung zur Außenwelt, auch nicht zu ihren Verteidigern, viele der Angeklagten wurden brutal gefoltert. Vor Gericht zogen die Angeklagten ihre unter der Folter erpreßten Geständnisse zurück. Die Ablehnung aller Beweisanträge der Verteidigung und die Manipulierung von Beweismaterial führten dazu, daß die Verteidiger ihre Mandate niederlegten. Über das Ergebnis des Prozesses schrieb die Neue Zürcher Zeitung: „Schlüssige Beweise förderte der monatelange Prozeß allerdings kaum zutage. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Sache aufgebauscht wurde.“

Trotzdem wurden elf prominente Politiker der UNFP zum Tode verurteilt. Während einige von ihnen 1965 begnadigt wurden, hat man den Generalsekretär der Partei, Mehdi Ben Barka, aus Paris entführt und ermordet. Das Schwurgericht von Paris hat den damaligen Innenminister Marokkos, General Oufkir, wegen persönlicher Beteiligung an der Entführung zu einem der Hauptschuldigen an diesem Verbrechen erklärt¹.

Die aus Marokko jetzt vorliegenden Nachrichten über den bevorstehenden Prozeß machen deutlich, daß nicht nur die Anschuldigungen und die angeklagten politischen Gruppen die gleichen sind, sondern auch die Terrormethoden der Vorbereitung. Viele der Angeklagten sind auf offener Straße von der politischen Polizei entführt worden. Was ihnen in den Militärgefängnissen, in denen man sie bis jetzt gehalten hat, angetan worden ist, wird man in Einzelheiten erst während des Prozesses erfahren. Aber daß sie entführt und in Militärlagern inhaftiert wurden spricht dafür, daß man alles getan hat, um sie einer ordnungsgemäßen Untersuchung zu entziehen und sie der Willkür der Militärbehörden auszuliefern. Die Rechtsanwälte der Angeklagten erklären öffentlich, daß sie in der Ausübung ihrer Amtspflichten behindert werden. Die Vereinigung der marokkanischen Rechtsanwälte gibt bekannt, daß sechs Rechtsanwälte erst entführt, dann als verhaftet erklärt, einer unmenschlichen Behandlung unterworfen und schließlich eingekerkert worden seien, ohne einer regulären Jurisdiktion unterstellt zu werden. Sie erklärt die politischen und persönlichen Grundrechte in Marokko für gefährdet. Unter Hinweis auf die wachsende politische und persönliche Rechtlosigkeit der Staatsbürger haben sich bereits im Juli 1970 die beiden großen Parteien Marokkos, der konservative Istiqlal und die sozialistische UNFP, zu einem „Nationalen Block“ zur Verteidigung der demokratischen Grundrechte zusammengeschlossen.

1 Am 15. November 1970 hat die Witwe Ben Barkas einen Antrag auf Wiederaufnahme des Prozesses gestellt. In diesem Prozeß sollte das seit 1967 gesammelte Beweismaterial verwertet werden. Ihr Antrag wurde abgelehnt. Anfang März hat man einen der wenigen Augenzeugen der Entführung Ben Barkas, Professor Thami Azemouri, in seiner Pariser Wohnung erhängt aufgefunden.

Am 2. März 1971 wird man in Marokko den 15. Jahrestag der Unabhängigkeit begehen. Die Männer, die damals den Unabhängigkeitskampf organisiert und geführt haben, sind heute die Führer der großen in die Opposition gedrängten Parteien. Die im kommenden Prozeß zu befürchtenden Todesurteile werden auch das Todesurteil über die Hoffnungen und Zielsetzungen aussprechen, die ihren Kampf bestimmten.

Wir fordern die demokratische Öffentlichkeit in aller Welt auf, die zu befürchtende Liquidierung der Sozialisten und die mit ihr verbundene Zerstörung der Demokratie in Marokko zu verhindern.

Besprechungen

Philosophie

Tökei, Ferenc: Zur Frage der asiatischen Produktionsweise. Soziologische Essays. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1969 (128 S., kart., 10,— DM).

Der Wissenschaftscharakter des historischen Materialismus steht und fällt mit der Lehre von den ökonomischen Gesellschaftsformationen. Diese Lehre hat sich in der Analyse des Kapitalismus durch Marx glänzend bewährt. Wie aber steht es mit den vorkapitalistischen Produktionsweisen? Lassen sie sich wirklich, wie die Theorie es will, als logische Stufen einer historischen Entwicklung begreifen? Wer auf diese Frage eine konkrete Antwort sucht, sieht sich auch heute noch auf Marx und Engels zurückverwiesen. Wenn erst die zwar oft nur sporadischen, aber ungemein klarsichtigen Äußerungen, die sich vor allem im Marxschen Werk reichhaltig vorfinden, ausgeschöpft und ins allgemeine Bewußtsein gehoben sind, dürfte es schon eher gelingen, auch die Erforschung der vorbürgerlichen Geschichte auf das Niveau einer strengen Gesetzeswissenschaft zu heben. F. Tökei tat daher gut daran, an sein Problem nicht primär empirisch heranzugehen, sondern auf Grund der von Marx und Engels getroffenen und vom damals vorliegenden empirischen Material abgezogenen Bestimmungen die Kategorie „asiatische Produktionsweise“ möglichst rein herauszuarbeiten. Tökei will damit, wie er selbst sagt, überhaupt erst zur Forschung anregen und nicht etwa zusammenfassen, was sich noch nicht zusammenfassen läßt (117). Seine Marx-Interpretation stützt sich vor allem auf den Abschnitt „Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen“ aus den „Grundrissen“, die 1939 zum ersten Mal veröffentlicht wurden und daher in der Diskussion der zwanziger und dreißiger Jahre noch nicht ausgewertet werden konnten. Damals wurde vielfach behauptet, die asiatische Produktionsweise sei lediglich eine Hypothese gewesen, die Marx nach der Lektüre des Werkes von Morgan gänzlich habe fallen lassen (5). Schließlich einigte man sich jedoch auf die Vorstellung einer asiatischen „Variante“ der Sklaverei und des Feudalismus (45). An diesem Kompromiß halten nach Tökei auch heute noch viele Orientforscher der Sowjetunion fest. Tökei selbst arbeitet demgegenüber heraus, daß Marx die „asiatische“ scharf von den Eigentums- und Gesellschaftsformen der Antike wie des Feudalismus unterschieden hat; und die letzte Absicht seiner Schrift ist es zu erweisen, daß sich ohne die Marxsche Kategorie der asiatischen Produktionsweise die wirkliche historische Bewegung weder in Asien noch in der mensch-

lichen Gesamtentwicklung begreifen läßt (116). Wie Tökei belegt, haben Marx und Engels die asiatische Produktionsweise jedoch nicht als eine der Grundformationen angesehen, vielmehr als eine Übergangsform, die da, wo die Entwicklung typisch verlief, kaum in Erscheinung treten konnte.

Was als typisch zu gelten hat, bestimmt sich für Marx vor allem nach den Eigentumsformen (46 ff.). Marx unterscheidet drei vorkapitalistische Formen des Grundeigentums: 1. das urgemeinschaftliche Gemeineigentum an Grund und Boden (asiatische Form), 2. das private Eigentum auf Grundlage der Zugehörigkeit zu einem Gemeinwesen (antike Form), 3. das private Eigentum als Voraussetzung einer Vereinigung zum Gemeinwesen (germanische Form). Tökei bemüht sich zu zeigen, daß diese drei Eigentumsformen, wenngleich historisch unabhängig voneinander und immer vom Stammgemeineigentum ausgehend entstanden, dennoch Kettenglieder der menschlichen Entwicklung darstellen, nämlich des Prozesses der Verselbständigung des Individuums, seiner Loslösung von der Nabelschnur der natürlichen Gemeinschaft (59). Welche Eigentumsform jeweils entsteht, hängt von vielen inneren und äußeren Bedingungen ab. Jedoch kann z. B. das feudale Privateigentum an Grund und Boden nicht unmittelbar aus dem Stammgemeineigentum entspringen; zu dieser Freisetzung des Individuums bedarf es vielmehr der Vermittlung durch die antike Eigentumsform. Hingegen ist es möglich, daß die Entwicklung im Übergang von einer Form zur anderen stagniert. Ausdruck einer solchen Stagnation ist die asiatische Produktionsweise. Sie entsteht, wenn das Gemeineigentum an Grund und Boden, das die Urgesellschaft kennzeichnet, in den einzelnen autarken Dörfern erhalten bleibt, andererseits aber mit dem Übergang zum Ackerbau überregionale ökonomische Aufgaben, wie Bewässerung, Dammbau etc. aufkommen, denen, bei dem gegebenen Entwicklungsstand der Zivilisation, nur eine Zentralmacht gerecht werden kann, die aus Steuern existiert, zu deren Einziehung eine Beamtenaristokratie unerlässlich ist. Tökei plädiert dafür, sich von der Tatsache, daß wir es hier mit einer Klassengesellschaft auf der Grundlage von Gemeineigentum zu tun haben, nicht durch die Versuche einer Übertragung des Schemas der asiatischen Bürokratie auf die sozialistische Gesellschaft, wie sie sich etwa bei Wittfogel oder Djilas finden, ablenken zu lassen. Eine derartige Gleichsetzung sei ahistorisch und daher unmarxistisch (79 f.). Es verhalte sich vielmehr so, daß der Charakter des Sozialismus als eines Weltsystems die besonderen Bedingungen, die zur asiatischen Klassengesellschaft geführt hatten, gerade ausschließt (83).

Bleibt die gesellschaftliche Entwicklung in einer Übergangsform stecken, so bedeutet das nicht einfach Stillstand, sondern ein Abweichen vom typischen Weg. Es wird gewissermaßen ein Nebenweg eingeschlagen, der nur durch den Kapitalismus und konsequent erst durch den Sozialismus in den Lauf der gesamt menschlichen Entwicklung zurückgeführt werden kann. Tökei verdeutlicht diese These in einem eigenen Kapitel am Beispiel Chinas. Wegen der Isolation, in

der die chinesische Gesellschaft fast drei Jahrtausende verblieb, erhielt sich hier auch ebensolange die asiatische Produktionsweise, durchlief während dieser Zeit aber gesetzmäßig alle ihr inhärenten Formen (89). Dennoch wirkten sich die Gesetze der menschlichen Gesamtentwicklung deutlich aus, wenn auch nur in Form von Tendenzen (115). Getreu diesen Gesetzen nähert sich die chinesische Geschichte, die nur bedingt so genannt werden darf, nacheinander dem Typus der Sklavenhaltergesellschaft, des Feudalismus und des Frühkapitalismus an. Nie aber wird die gemeinwirtschaftliche Grundlage in relevantem Ausmaße verlassen, und entsprechend werden Kaufleute und Feudalherren doch wieder in die stets erneut zur Herrschaft gelangende Beamtenaristokratie hineingezogen.

Tökeis Skizzierung reicht zu einer empirisch abgesicherten Darstellung der chinesischen Geschichte nicht aus. Sie zeigt aber zur Genüge, daß die Grundkategorien des historischen Materialismus für die Geschichtsforschung zumindest äußerst fruchtbar sind. Mag manches an dieser knappen, prägnant geschriebenen Abhandlung sich als irrtümlich herausstellen — eine seiner Thesen, betreffend das Problem des japanischen Feudalismus, revidiert Tökei bereits im Nachwort — und mag sie auch viele Fragen noch offengelassen haben, so hat sie jedoch nicht nur die Theoriebildung ein gutes Stück weitergetrieben, sondern darf nach Anlage und Durchführung auch als Muster einer schöpferischen Aufarbeitung und Weiterführung von Einsichten und Forschungsergebnissen aus dem Werk der Klassiker gelten.

Friedrich Tomberg (Berlin)

Hartmann, Klaus: Marxens „Kapital“ in transzendentalphilosophischer Sicht. Akademische Vorträge und Abhandlungen, H. 30. Verlag H. Bouvier & Co., Bonn 1968 (30 S., kart., 2,80 DM).

Mit dieser Schrift, die Jakob Barion zum 70. Geburtstag gewidmet ist, bot Verf. öffentlich seine Dienste zur Bekämpfung des Marxismus mit Mitteln der „Transzendentalphilosophie“ an. „Es besteht“, unterstellt er, „eine philosophische Justiziabilität und eine Jurisdiktion der Philosophie.“ Bei der Verurteilung verspricht Verf. so vorzugehen, daß seine „Philosophie in der Kritik nicht als . . . ideologisches Epiphänomen der Bourgeoisie“ entlarvt werden kann. Er will zu diesem Zwecke die „philosophischen Denkmittel“ von Marx prüfen.

Nun ist der Versuch nicht gerade neu, die Marxsche Theorie wieder in die Philosophie einzuwickeln, aus der Marx sie entwickelt hat. Neu ist an vorliegender Schrift, daß man es am „Kapital“ versucht. Ihre Entstehung fällt in eine Zeit, in der westdeutsche und Westberliner Studenten massenhaft das „Kapital“ zu studieren begannen. Verf. begründet dementsprechend die ideologische Brauchbarkeit seines Beitrages zur Marxismusabwehr. Es sind nämlich „einige Grundstücke der Marxschen Lehre philosophisch (?) suggestiv, so etwa die Lehre von der Ausbeutung . . . und, als Kontrast, die Lehre von einer freiheitlichen Assoziation auf dem Produktionsniveau der kapitalisti-

schen Industrie“. Positiv bekennt sich Verf. zu einer Verbindung „neoklassischer Gleichgewichtstheorie“ mit „Keynes' Lehre von der Konsumerhöhung als eines Mittels, die kapitalistische Ökonomie zu stabilisieren“. Im Sinne von Keynes betont Verf. die Rolle des Staates zur „außerökonomischen Behebung von Mängeln der Ökonomie . . . , die zur Beibehaltung der Ökonomie als freiwirtschaftliches System tendiert“ — „ohne damit gleich für . . . einen westlichen Staatskapitalismus zu optieren“. Bei einer derart gemäßigt staatsmonopolistischen Stabilisierung des Kapitalismus soll die Philosophie mitwirken. „Schließlich denken wir an die Wiederzulassung der philosophischen Gesamtheorie zu Wirtschaft und Staat.“ Als Antrittsleistung macht Verf. sich anheischig zu beweisen, „daß eine Theorie der Ökonomie anders ausfallen muß“ — als die marxistische —, „ja daß sie statt negativ-kritisch affirmativ ausfallen kann“.

Es bedarf noch nicht einmal der Prüfung der „philosophischen Denkmittel“ des Verfassers, um zu erkennen, welch hohen Preis er „die Philosophie“ für die Marxismusabwehr bezahlen läßt. Es genügt, Kenntnis und Verständnis der Marxschen Theorie zu prüfen. Was da an angeblichem Referat sogenannter „Prinzipien“ geboten wird, dürfte ungestraft von keinem Lehrstuhl einem Kant oder anderen bürgerlichen Theoretikern angetan werden. Folgendes etwa gibt Verf. aus als die Marxsche Theorie des Mehrwerts: „Diese Möglichkeit (sc. des Mehrwerts, W.F.H.) ist eröffnet, indem der Kaufpreis der Arbeit, die Waren produziert, geringer ist als der Kaufpreis der produzierten Waren (oder, für die Marxsche Stufe der Abstraktion, genauer: indem der Wert der Arbeit geringer ist als der Produktenwert). Die Arbeit produziert mehr Wert, als in ihrer Bewertung zum Ausdruck kommt. Dies ist der Mehrwert.“ Wer sich der geringen Mühe unterzogen hat, einen Blick wenigstens in die ersten Kapitel des Kapitel des „Kapitals“ zu werfen, wird wissen, daß Marx solches niemals behauptet, wohl aber als vulgärökonomischen Blödsinn verspottet hat. Marx beweist gerade, daß die Preisform der Arbeit irrational ist, weil die Arbeit zwar Quelle allen Werts, selber aber ohne Wert ist. Der Lohn ist Preis der Arbeitskraft und gerade nicht der Arbeit. Der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft für den Kapitalisten, der ihren Tauschwert bezahlt hat, ist ihre wertbildende Kraft. Insofern der Verbrauch der vom Kapital gekauften Arbeitskraft mehr Wert schafft als zu ihrer Reproduktion nötig — und dies letztere bestimmt ihren Wert —, produziert die Arbeit Mehrwert für den Kapitalisten. Diese Bestimmungen bilden das Kernstück sowohl der Ausbeutungstheorie als auch der Theorie des Verwertungsprozesses des Kapitals.

So kurz die vorliegende Schrift ist, so zahlreich sind derartige sinnentstellende Scheinreferate, die wiederzugeben sich ebensowenig lohnt wie die Beschäftigung mit dem kompliziert klingenden Begriffsinstrumentarium, das Verf. auf solche Unterstellungen aufpfropft. Nur sein zentrales theoretisches Schema sei angedeutet. Es ist das alte, bürgerlicherseits vom jungen Marx — und überdies einem gröblich mißverstandenen — immer wieder abgezogene

Schema einer romantisch-regressiven Heilslehre: ausgehend von der Vorstellung eines ursprünglichen Paradieses bestimme Marx den gegenwärtigen Zustand oder die Ökonomie als dessen totalen Verlust, aus dem er prophetisch den Weg in ein neues Paradies weise. Der Marxismus ist demnach bestenfalls weltfremdes Schwärmertum. Verf. projiziert das abgenutzte Schema aufs „Kapital“. „Transzendentalphilosophisch“ nennt er seine Sicht dieser Theorie insofern, als er, dem Schema Paradies-Ökonomie-neues Paradies folgend, in den subjektiven Voraussetzungen von Marx die Grundlage seiner Kapitalismustheorie gefunden zu haben behauptet. Die Widersprüche des Kapitalismus reduzieren sich in dieser transzendentalphilosophischen Sicht nunmehr wie von selbst auf Widersprüche in Marxens Denkansatz.

Diese Proben mögen genügen als Proben aufs Exempel, welche Deformation der Philosophie beschieden ist, wenn sie sich dem Kapital als Magd andient. Es fragt sich, ob sie, derart deformiert und um den Rest guten Rufes gebracht, für den verlangten Rechtfertigungsdienst noch taugt. W. F. Haug und H.-O. Riethus (Berlin)

Schäfer, Alfred: Macht und Protest. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1968 (231 S., brosch., 26,50 DM).

Mit Marx-Akribie gegen Marx (und vehementer gegen Lenin) — eine Meisterleistung polemischer Volte! Verf. macht die unerschöpfliche Antinomie von Individuum und Gesellschaft zum Rammbock seines Generalangriffs auf den Sozialismus. Das wäre nicht weiter bemerkenswert, verwendete er nicht von stupender Belesenheit zeugende klassische Texte zur „Zertrümmerung“ des verhaßten Lehrgebäudes. Natürlich geht das nicht ab ohne halsbrecherische *Salti Mortali* der Textkritik und Textinterpretation. Widersprüche? Selbstverständlich weiß der gelehrte Mann, daß Marx nach eigenem Geständnis nicht als Marxist geboren wurde. Doch was tuts? Hat man einmal das Schema, dann ist die historische Dimension nur noch störend.

Schäfer geht aus von den „Klassikern“ der Vertragstheorie: Hobbes und Locke vor allem. (Spinoza ist leider nicht dabei.) Der Staat ist für Schäfer ein Abstraktum und bleibt es auch in der Polemik. Wir erfahren, daß Marx drei verschiedene, ja entgegengesetzte Staatstheorien aufgestellt hat. In der „Kritik des Hegelschen Staatsrechts“ (1843) gehe es „rein“ um den Gegensatz von Volk und Staat, „ohne der Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft die gebührende Beachtung zu schenken“ (63). Der einzelne, in Massen zusammengeballt, stehe dem Staat gegenüber. Am Vorabend der Revolution (1848) entwickelte Marx und Engels jene Staatstheorie, die von der Machtergreifung durch das Proletariat die Vollendung (nicht Zerstörung) der bisherigen Staatsmaschine erwartet. Erst die Erfahrung der Pariser Kommune (1871) bringt die Theorie „der völligen Reduktion des Staates auf einige ohnmächtige Verwaltungsakte“ hervor (77).

Man sieht nicht gleich, worauf das Schema hinaus will, ahistorisch wie es ist, könnte man es als Spielerei eines Pedanten abtun. Aber der Pferdefuß lugt nicht nur hervor, er schlägt aus. Schäfer geht es darum, zu zeigen, daß Lenin die von Marx und Engels nach dem „Schwinden revolutionärer Illusionen“ erreichte gewaltfreie, humane, moralische Revolutionslehre pervertierte. „In Lenin, Stalin, Mao Tse Tung reifte mit dem Alter keine Milde, sondern nur die Verhärtung der Ideologie von Blut und Eisen, die Abtrennung der Macht und des Kampfes um sie von den Lebensinteressen des eigenen Volkes“ (154). Während das enfant terrible der Neuen Linken, Cohn-Bendit, in „Staat und Revolution“ (nicht ohne Fälschung) einen anarchistischen Lenin hineininterpretiert, findet Schäfer im Verfasser der „Großen Initiative“ nichts weiter als den Urvater des „Totalitarismus“. Vom rechten Totalitarismus, der die Welt nur verändert, unterscheide sich der linke dadurch, daß er sie auch interpretieren muß.

Hinter der gelehrten Prunkfassade steht, wie nicht anders zu erwarten, (sozial)-demokratischer Köhlerglaube. Der liberale Katalog ist so gut wie vollständig: „Rechtsstaatlichkeit einer auf Privateigentum gegründeten Gesellschaft“ (184), parlamentarische Demokratie, freier Markt. Die gesellschaftliche Demokratie sei „Produkt freier wirtschaftlicher Tätigkeit, individueller Initiative auf allen Gebieten und freier Meinungsäußerung“ (42). Der Autor findet nichts, was dafür spräche, daß Kollektiveigentum der Produktionsmittel der Industrialisierung dienlicher ist als die kapitalistische Produktionsweise; Deutschland, USA, Japan bewiesen das Gegenteil, von den unterentwickelten zwei Drittel der Erdbevölkerung zu reden, lohnt sich offenbar nicht.

Ja, der Autor, der seine ironische Wut an der „kommunistischen Hierarchie“ ausläßt, findet „gesellschaftliche Begünstigung“ in der von Marx „Kapitalismus“ benannten Industriegesellschaft durchaus in Ordnung, zumal auch „die freieste Wettbewerbsgesellschaft der westlichen Welt, die USA, sehr wohl das stabilisierende Element der durch Herkunft Begünstigten kennt“ (107). Konsequenterweise, doziert Schäfer, war in Rußland 1917 die „demokratische“ Februarrevolution historisch im Recht, und nicht der Oktober.

Nach der Fehldeutung von Marx-Engels, nach der Verteufelung Lenins, nach dem demokratischen Potpourri, erlebt der ausdauernde Leser eine Überraschung: Alfred Schäfer bekennt sich zu Max Stirner. Freilich ist es ein nicht wiederzuerkennender Stirner. Vor mehr als hundert Jahren von Marx in der „Deutschen Ideologie“ aus der Traditionskette der fortschrittlichen Philosophie radiert? Umgekehrt. Stirner habe Marx aus dem Sattel geworfen, indem er „den Materialismus ernst nahm“; er benannte ihn bloß eigenwillig „Egoismus“. Was hat schon dieser Marx entdeckt: „Der Angelpunkt seiner eigenen Doktrin ist die Änderung des Menschen durch die Änderung der sozialen Determination“ (217). Stirner habe Marx „ausgelacht“, habe „am Beispiel der französischen Revolution den Kampf der Aufopferung (dévouement) gegen den Egoismus als blutige Farce entlarvt“ (217). Der „Einzig“ lasse sich durch keine neuen Einrichtungen „ein-

richten“. „Die Grenze jeder Herrschaft ist die ‚Eigenheit‘ und daher die Grenze der Revolution, die nichts anderes als Herrschaft ist“ (221).

Am Ende bleibt es also beim Anarchismus, der, mit der freien Marktwirtschaft nur schwer vereinbar, sich in Existentialismus auflöst. Nicht „Anarchismus“, nur „Empörung“ findet Schäfer in Stirner. Was das, gesellschaftlich gesprochen, sei? Schäfer läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die „Klasse“ der Empörer „hat ihren Status nicht durch ihre Rolle im Produktionsprozeß, sondern durch ihre Indifferenz gegen gesellschaftlichen Status, wo immer auch der Einzige sein zufälliges Brot sich verdienen mag“ (214). Also doch Cohn-Bendit?

Schäfers Verdikt über den Kommunismus ist kurz und bündig: „Der Kommunismus erstickt die Empörung“ (225). Sinn der Empörung aber nach Stirner-Schäfer ist: der solipsistisch von allen Mitmenschen isolierte Einzige hat „Vertrauen in die eigene Menschlichkeit und Mißtrauen in den Staat als ‚Hüter des Menschlichen‘“. Um zu diesem Ergebnis zu kommen, war der zitatengeplasterte Weg von Locke bis Lenin überflüssig. Schäfers Kronzeuge Djilas hätte genügt.

Bruno Frei (Wien)

Kofler, Leo: *Der asketische Eros. Industriekultur und Ideologie. Texte zum Studium der sozialen Entwicklung.* Europa Verlag, Wien-Frankfurt/M.-Zürich 1967 (340 S., Pb., 23,80 DM).

In seinem aus überarbeiteten Aufsätzen und Vorlesungen zusammengestellten Buch unternimmt Kofler den Versuch einer Kritik der bürgerlichen Ideologie, die im Spätkapitalismus eine neue Gestalt angenommen habe durch das Phänomen der „ideologischen Integration“ durch Identifikation mit der „Repressiven Ordnung“ (12).

Fünf Momente kennzeichnen nach Kofler die soziale Tragik wie das Klassenbewußtsein des „heutigen Arbeiters“: 1. der proletarische Pauperismus, die menschliche und geistige Verelendung, die unabhängig von der Lohnhöhe unverändert bleibt. Daher verläßt der Arbeiter sein Milieu nicht gerne, möchte seinen Beruf nicht wechseln. Hinzu kommt physische Verelendung durch ausgebreitete Frühinvalidität. 2. In bezug auf das scheinbare Eigentum des Arbeiters ist sein Klassenbewußtsein widersprüchlich: einerseits bleibt er sich der tatsächlichen Schwierigkeiten, sich als Eigentümer zu bewähren, voll bewußt und durchschaut den Klassencharakter des Eigentums, andererseits unterliegt er den ihm angebotenen Surrogaten, die ihm Ventile des Genusses unter der Bedingung harter Askese eröffnen und den wahren Sachverhalt verschleiern. 3. Im Zusammenhang mit dem Eigentumsproblem betrachtet der Arbeiter den Schutz durch die Sozialgesetzgebung als Errungenschaft der solidarischen Kämpfe der Arbeiterklasse, die ihm als sozial Schwachem zukommt. Das proletarische Klassenbewußtsein zeigt in diesem Zusammenhang sogar die Neigung, sich zu verschärfen. 4. Die Arbeiter wissen, daß die wich-

tigste Zeit ihres Lebens, die Arbeitszeit, eine sogenannte sterbende Zeit ist, die unschöpferisch und selbst bei größter Anstrengung von Langeweile erfüllt ist. 5. Der Arbeiter durchschaut die bürgerliche Kultur als System ideologischen Leerlaufs, versehen mit dem Zweck, den herrschenden Mächten zu dienen, wenn nicht nutzlos zu sein. Er zieht die Unbildung der Scheinbildung konsequent vor. So ist der Arbeiter, mitmachend ohne sich zu identifizieren, der Revolutionär wider Willen. Ein ernsthafter Anstoß genügt, um ihn in Bewegung zu setzen. In jedem Falle fühlt er sich sozial zurückgesetzt und verweigert der Gesellschaft den faulen Friedensschluß, zieht sich zurück in zukunftsgerichtete Träume, die in krassem Widerspruch zu seiner resignierten Anpassung stehen, der jede ernsthafte Tendenz zur Identifikation fehlt. Die resignierte Passivität wird in einem dialektischen Umschlag zu hoffnungsgeladener Aktivität, zur Grundlage des Widerstandes, wenn die geschichtlichen Umstände dies erlauben. Daß die Arbeiterschaft der Verbürgerlichung kaum unterliegt, ist um so erstaunlicher, wenn man die Verbürgerlichung der Organisationen des Proletariats betrachtet, in denen an die Stelle revolutionärer Bewußtseinsbildung ökonomischer Praktizismus, an die Stelle der Theorie die Bürokratie getreten ist (233—241, vgl. auch 145—147).

In unvermitteltem Widerspruch zu dieser mehr von spekulativen Konstruktionen und vom Wunschenken beeinflussten Beschreibung eines Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft (die Konstruktion erinnert an die des Proletariats als identisches Subjekt-Objekt in Lukács' „Geschichte und Klassenbewußtsein“ und hat denselben Stellenwert: die fehlende ökonomische Analyse durch ein „dialektisches Umschlagen des Bewußtseins“ zu ersetzen) erklärt Kofler dennoch die Tendenz zur allgemeinen Integration als bestimmende Erscheinung der spätkapitalistischen Gesellschaften, obwohl er auf eine Analyse der verschiedenen sozio-ökonomischen Bestimmungen der einzelnen spätkapitalistischen Länder verzichtet. Er beschreibt sie folgendermaßen: Die formalen Freiheiten in der Gestaltung des privaten Lebensbereichs gestatten dem Individuum das Bewußtsein, der traditionellen sexuellen Tabus und moralischen Vorschriften nicht mehr achten zu müssen. Diese bewußte Enttabuisierung, die das Weitergelten der Tabus, die bis in das psychische Innere der Individuen reichen, nicht aufhebt, wird erkaufte durch die freiwillige Unterwerfung im öffentlichen Leben, durch den Beweis der gesellschaftlichen Zuverlässigkeit. Die Freiheit wirkt sich also im Dienste der repressiven Ordnung so aus, daß sie geradezu als ein Mittel der Repression eingesetzt werden kann. Die scheinbare Durchbrechung der Tabus wird durch Techniken der Verkaufsförderung zum Konsumzwang und erhält so systemstabilisierenden Charakter. Die so erzeugten scheinhaften Bedürfnisse sind identisch geworden mit dem falschen Bewußtsein, weshalb die Tatsache der Entfremdung aus diesem Bewußtsein getilgt worden ist (11—14 und 185—205, den gängigen Beschreibungen der „repressiven Entsublimierung“ nichts hinzufügend).

Um nun einen Maßstab der Beurteilung dessen, was Ideologie und Entfremdung heiße, zu gewinnen, „den man nicht innerhalb der gesellschaftlichen Prozesse, sondern nur außerhalb, nämlich durch die Beantwortung der Frage nach dem originären Wesen des nicht-entfremdeten und deshalb ohne falsches Bewußtsein auskommenden Menschen“ (158), finden könne, entwirft Kofler eine „dialektische Anthropologie“ zur „kritischen Beurteilung der historischen Konkretionen menschlicher Existenz“ (17). Jede kritische Theorie, die den „Prozeß der Verinnerlichung des entfremdeten und verdinglichten Bewußtseins“ (19) analysieren wolle, setze „letztlich einen exakt definierten Begriff des Menschen, eine exakte Definition seines eigentlichen Wesens voraus“ (23). In einer kurzen Freudkritik stellt Kofler dar, daß dieser den unterm Tauschverhältnis lebenden Menschen überhaupt abstrahiert und kommt zur Erkenntnis, daß die „exakte Bestimmung des menschlichen Wesens“, wenn sie nicht historische Besonderheiten verallgemeinern will, nur in den „formalen Voraussetzungen menschlicher Existenz“ (26) bestehen könne, also gerade nicht in exakten Bestimmungen, sondern, wie sich später zeigt, in spekulativen Konstruktionen einer dialektischen Einheit des Apollinischen und Dionysischen im spielenden Menschen (35—36 und im Kapitel „Das Apollinische und das Dionysische in der utopischen und antagonistischen Gesellschaft“). Anthropologie sei daher „die Wissenschaft von den unveränderlichen Voraussetzungen menschlicher Veränderlichkeit“ (28) und das „eigentliche Wesen des Menschen“ seine „Veränderlichkeit im historischen Raume“. Als solche, die gesamte menschliche Existenz formal ermöglichende Grundlagen (27) erscheinen nun in für Koflers Überbetonung des Bewußtseins charakteristischer Weise 1. das Bewußtsein (vgl. dazu vor allem 28—33), 2. daß der Mensch ein Naturwesen sei, daß er 3. eine körperliche Organisation habe und 4. eine seelische Struktur (28). Daß der Mensch „ein tätiges Wesen“ sei, erfährt man erst später (34). Alle weiteren Bestimmungen werden an die Soziologie und Geschichtswissenschaft delegiert.

Kofler sieht nicht, daß der Zweck seines anthropologischen Ansatzes, einen Maßstab für die Kritik der falschen Bedürfnisse zu geben, durch die Bestimmung der bloß formalen Voraussetzungen menschlicher Existenz nicht gelingen kann und er ergeht sich in endlosen, unfruchtbaren Begriffsdiskussionen und Beteuerungen, daß „das eigentliche Wesen des Menschen untrennbar mit seiner Geschichte verknüpft“ sei etc. Anstatt in den „falschen“ Bedürfnissen und ihrer scheinhaften Befriedigung das Moment der wirklichen Bedürfnisbefriedigung zu zeigen und so den Transport der wirklichen Bedürfnisse aus der Geschichte in eine ahistorische Residualkategorie des „eigentlichen, nichtentfremdeten Menschen“ zu verhindern, unterliegt er der Gefahr, aus der bestimmten in die totale Negation, aus der Negation einer bestimmten historischen Form in die Negation der Geschichte überhaupt abzugleiten und das Wesen außerhalb der Geschichte anzusiedeln. Das verbindet ihn mit der von ihm so sehr bekämpften Fundamentalontologie. So wird das Falsche

nicht als eine falsche Gestalt des Wahren erkannt, sondern verdichtet sich zum bloßen Schein, den man nicht mehr „immanent“, an seinem eigenen Anspruch der Bedürfnisbefriedigung messen könne, sondern nur noch transzendent, von „außerhalb der Geschichte“. Kofler, der im selben Buch in seiner Marcuse-Kritik eingehend dieses theoretische Versagen darstellt, begeht es in der Konstruktion seiner dialektischen Anthropologie selber. Allerdings wird diese nicht zu einer propagandistischen Utopie ausgemalt, sondern bleibt bei Koflers ausgeprägtem historischen Bewußtsein lediglich eine nutzlose Abstraktion.

Abgesehen von diesem mißlungenen Versuch zur Grundlegung einer dialektischen Anthropologie konzentriert sich Koflers Interesse auf eine Kritik der bürgerlichen Ideologie (Heidegger, Tillich, Sartre, Holz, Anders, Adorno, Horkheimer, Habermas und Marcuse), vor allem der Frankfurter Schule. Unter den Überschriften „Die quasinaturnphilosophische Stufe der modernen Gesellschaftsphilosophie“ und „Humanismus oder Marxo-Nihilismus“ schreibt Kofler über Adorno, Habermas und Marcuse: Dem ideologischen Schein nach ist die Vollendung des kritischen Weges gerade dadurch erreicht, wenn erkannt ist, daß ausnahmslos alle Erscheinungen so total verdinglicht sind, daß es mit Ausnahme der rein theoretischen Position der dialektischen Kritik selbst, an keinem Punkte einen Ausbruch geben kann. Es entsteht dann ein Bild einer restlos verdinglichten zweiten Natur und damit ein in vieler Hinsicht falsches Bild von der heutigen Gesellschaft. Das dialektische Denken wird überspannt bis zur Machtlosigkeit alles Subjektiven gegenüber allem Objektiven und zieht auch die geschichtliche Vergangenheit in sich hinein. So erscheint die bruchlos zur zweiten Natur verdichtete Interpretation der Gesellschaft durch die Geschichte bestätigt. Indem die Analyse der Einzelercheinungen weitgehend vernachlässigt wird und diese durch oberflächliche Deskription zu allgemeinen Tendenzen zusammengefaßt werden, entsteht eine eigenartige theoretische Rückkehr zu einem System von quasi-philosophischen Bestimmungen der gesellschaftlich relevanten Phänomene und Begriffe, die durch marxistische Reminiszenzen behindert wird. Die Schranke dieser Gesellschaftstheorie liegt nicht darin, daß sie die in der hochbürgerlichen Epoche extrem in Erscheinung tretenden Tendenzen der Verdinglichung und Fetischisierung untersucht, sondern daß sie diese zum negativen Schicksal von gleichsam unentrinnbarer Gewalt mythologisiert, ohne sich um die Analyse von Staat, Bürokratie, bürgerliche und progressive Elite, Intelligenz, modernes Proletariat, Kleinbürgertum, Gewerkschaften, Verbände, Managertum, Kriminalität etc. zu kümmern oder nur insoweit, als diese die allgemeinen Thesen zu bestätigen scheinen. Weil aber die spätkapitalistische Gesellschaft alle Möglichkeiten zum Widerspruch angeblich in sich aufgehoben hat (Kofler kritisiert eingehend die Konstruktion dieses zementierten Ganzen), entsteht eine kontemplative Distanz zum gesellschaftlichen Prozeß, aus der heraus „mögliche Praxis“ verneint wird. Der „nonkonformistisch maskierte Konformismus“ (Lukács) verharret in verantwor-

tungsloser Passivität und verleiht angesichts der totalen Unmöglichkeit gesellschaftlicher Praxis das beruhigende Gefühl, nichts riskieren zu müssen, weil nichts riskieren zu können.

Diese treffende Charakteristik des „Grand-Hotels am Abgrund“ gelingt Kofler jedoch nicht auf Grund objektiver Analyse der spät-kapitalistischen Gesellschaften, die den Schein jener reibungslos funktionierenden Mechanismen zerstören würde, sondern dadurch, daß er die Rolle des Bewußtseins der Arbeiter als treibende Kraft des revolutionären Prozesses einfach hypostasiert und an die Stelle der Ohnmacht der Subjekte gegenüber den sich mechanisch vollziehenden Prozessen setzt. Die theoretische Abhängigkeit Koflers von Lukács „Geschichte und Klassenbewußtsein“, die in der Psychologisierung der Begriffe Entfremdung und Verdinglichung wie in dem übermäßigen Gebrauch der ins Spekulative erweiterten Kategorie der Totalität (vgl. dazu die Einleitung zur „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ und Stanislaw Warinsky's „Die Wissenschaft von der Gesellschaft“) besonders auffällig wird, läßt auch Kofler die Verschleierung der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nicht überwinden, die der gemeinsame Nenner der Theorien des frühen Lukács, von Horkheimer und Adorno und von Habermas ist.

Veit-Michael Bader (Berlin)

Dingler, Hugo: Die Ergreifung des Wirklichen. Kapitel I—IV. Einleitung von Kuno Lorenz und Jürgen Mittelstrass. Theorie 1. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1969 (275 S., br., 8,— DM). 8,— DM).

Der Operationalismus hat in seiner Geschichte gegraben und dabei unversehens sein Motiv aufgedeckt: den Willen zur Macht. Kriterium für das, was als Wissenschaft soll gelten dürfen, sei deren Tauglichkeit zur Herrschaft; jeder andere Begriff von Wissenschaft wird von Dingler als „Theoretismus“ denunziert und fällt unter das Verdikt über Metaphysik. „Es hat sich nun ergeben, daß auch das aktive lebendige Handeln sprachlich gefaßt werden kann. Nicht das Handeln als Objekt der Betrachtung, sondern das aktive Handeln selbst. Also nicht durch Aussagesätze oder Urteilssätze (U-Sätze). Vielmehr durch imperative Sätze oder operative Sätze (O-Sätze)“ (271). Nur noch die Methode der Herrschaft, die zweckentsprechende Organisation der Gewalt soll untersucht werden dürfen, ihr Zweck sei dem begründeten Urteil entzogen. „U-Sätze haben die Funktion, wahr oder falsch zu sein . . . O-Sätze sind weder wahr noch falsch“ (271). Über Befehle wird nicht diskutiert. Wie dem Militär der Feind, das „Gegenstehende“ nur Anlaß zur Planung seiner Überwältigung ist und jede andere Überlegung Humanitätsduselei, so gilt dem Operationalismus jede Darstellung eines Gegenstandes, die sich nicht auf die technische Gebrauchsanweisung beschränkt, als „wilde Metaphysik“; unreglementierte Erkenntnis wird zum Hochverrat. „Es zeigt sich also, daß einer bloßen Darstellung stets die Brücke zum Hochverrat. „Es zeigt sich also, daß einer bloßen Darstellung stets die Brücke zum Hochverrat. „Es zeigt sich also, daß einer bloßen Darstellung stets die Brücke zum Hochverrat. „Es zeigt sich also, daß einer bloßen Darstellung stets die Brücke zum Hochverrat. „Es zeigt sich also, daß einer bloßen Darstellung stets die Brücke zum Hochverrat.“

Wille hereinkommt. Dieser aber ist die nackte Realität ohne Vermittlung von Repräsentation“ (271). Solche Resultate einer „Vollbegründung“ der Naturwissenschaft nach dem Schema von Imperativ und Unterwerfung stellen Dingler auch objektiv in den Zusammenhang mit der „Deutschen Physik“, als deren Methodenloge er sich begriff und von der ihn nur sein Verzicht auf antisemitische Äußerungen abhob.

Der systematische Aufbau von Dingers Methodologie beginnt mit der Entgegensetzung von „Willen“ und „Unberührtem“, wobei alle Bestimmungen aus dem Willen kommen, dem das Unberührte nur als unbestimmtes Material dienen soll. „Da alle Fragen Antworten verlangen und daher geistige Konstruktionen, so ist alles Fragen schon ein unerlaubter Zusatz zum Unberührten. Im Unberührten kann also nicht gefragt werden, ... Im Unberührten gibt es keine Probleme“ (87). Der Unbestimmbarkeit des Materials entspricht die Willkür der Definition. „Die einzige Aussage, welche keine beweisbedürftige Behauptung enthält und doch mit dem Wirklichen in Verbindung steht, ist die Definition. Sie gibt Unterschieden, die in der Wirklichkeit bestehen, einen Namen“ (71). Die Definition soll als Setzung zugleich auf reale Unterschiede gehen, ohne daß doch die Unterschiede ihrerseits die Definition bestimmen dürfen, denn dann wäre diese nicht länger von dem bestimmten Material unabhängig. Der Name des Unterschieds soll die Definition mit dem Material vermitteln, indem er dieses dem Handeln verfügbar macht. „Eine andere Form von Aussagen, die keiner Begründung bedürfen, sind diejenigen, welche eine Aufforderung zum Handeln enthalten. Wir bezeichnen sie als Handlungsanweisungen ... als solche bedürfen sie keines Beweises“ (77 f.). Der Willkür der Definition entspricht der blinde Pragmatismus der operativen Sätze, die gegen materielle Bestimmungen so gleichgültig sind wie Definitionen. „Es sind ganz nüchterne Maßnahmen rein praktischer Art, fern von jedem Pathos, jeder Superstition, jeder Metaphysik, aber geleitet von dem klaren und bewußten Ziele, die uns gegebene Welt sowohl geistig als manuell uns eindeutig handlich zu machen“ (100). Eine Veränderung der uns gegebenen Welt kann indessen nur ansetzen an in dieser Welt gegebenen Unterschieden, die als Bedingung der Möglichkeit von Praxis diese zugleich restringieren. Die Konzeption, nach der das Unberührte dem Handeln bedingungslos unterworfen sein soll, schließt die Möglichkeit von Handeln gerade aus. „Im Unberührten ist aber jede logische Konstruktion ausgeschlossen, also auch jede Frage“ (105). Diese Unstimmigkeit in der Theorie Dingers hat ihr Moment von Wahrheit daran, daß in der fortgeschrittenen industriellen Produktion das Material abstrakt geworden ist. Die Entwicklung der Produktivkräfte und die arbeitsteilige Organisation der industriellen Produktion haben die gegenständliche Arbeit von den zu bearbeitenden Gegenständen getrennt, so daß deren qualitativ bestimmte Momente nicht unmittelbar gegeben sind, sondern nur noch in der Reflexion auf den Produktionsprozeß zu erschließen. Gerade das bestimmte, gegenständliche Moment der Produktion ist zum Rohstoff

abstrahiert, der zur Herstellung zunächst der Ersatz-, dann der genuinen Kunststoffe dient. Diese werden erst im Produktionsprozeß zu Gegenständen der sinnlichen Gewißheit. Damit wird die Basis der Produktion, Natur selbst, zu einer Abstraktion, und die konkreten Bestimmungen der Produkte scheinen allein dem Produktionsprozeß zu entspringen. Wäre das Rohmaterial an sich abstrakt, beliebiger subjektiver Formung tatsächlich offen, dann bedürfte es keiner Anstrengung mehr, in der sich die Intention an der vorgegebenen Struktur abarbeitete, um die Lebensbedingungen der Menschen zu ändern. Unter dieser Voraussetzung wäre die Arbeit auf ihr antezipierendes Moment, auf Projektion, reduziert. Erst die erkenntnistheoretische Reflexion vermag die unauflöslich materielle Bedingung der Produktion zu rekonstruieren. Doch bleiben solche Überlegungen kraftlos gegenüber der materiellen Gewalt der akkumulierten Produktionsmittel, die, entsprechend der veränderten organischen Zusammensetzung des Kapitals, das Übergewicht der vergegenständlichten menschlichen Arbeit über die gegenständliche menschliche Arbeit kennzeichnet.

Das Subjekt, dem Naturzusammenhang nur um eine minimale Differenz voraus, hat in der Geschichte der Entwicklung der Produktivkräfte diese Differenz durch Akkumulation auch des technischen Wissens ausgebaut zur totalen Vorherrschaft des Produzierten über den Naturzusammenhang, in den die einzelnen Individuen durch ihre Physis verstrickt bleiben. Die Vorherrschaft der produzierten Produktionsmittel — der entäußerten und historisch akkumulierten Arbeit — im Stoffwechsel der Gattung mit der Natur bedeutet nicht schon die reale Emanzipation der Subjekte. Die sind, als isolierter „Wille“, der „Gesamtheit des Gegenstehenden“ so ausgeliefert wie der Steinzeitmensch den Naturverhältnissen. Darin daß im Spätkapitalismus die zweite Natur der unwirtschaftlichen ersten immer mehr gleicht, hat die faschistische Ideologie ihr fundamentum in re. Das Moment von Selbständigkeit des Subjektes gegenüber der Natur läßt sich an der Mathematik bestimmen, einer subjektiven Setzung von objektiver Geltung. In ihr wird von realen Verhältnissen abstrahiert. In der Arithmetik z. B. wird der durch einfaches Weiterzählen zu erschließende Bereich der natürlichen Zahlen durch einfache Umkehr des Prozesses, das Rückwärtszählen, erweitert um den der negativen Zahlen; durch Umkehr der Multiplikation, der abgekürzten wiederholten Addition, wird mit der Division der Bereich der rationalen Zahlen erschlossen, durch Umkehr der Potenz, der abgekürzten wiederholten Multiplikation, durch das Wurzelziehen, der Bereich der irrationalen Zahlen usf. Durch Wiederholung, Abkürzung und Umkehr von Operationen wird so aus einer primitiven Setzung das ganze Gebiet der Arithmetik entwickelt, einer „Idealwissenschaft“, der keine Realität korrespondiert. Daß mit solchem mathematischen Instrumentarium Naturverhältnisse durchsichtig und reproduzierbar organisiert werden konnten, wenn auch nur in partikularen Modellen, führt Dingler zu der Auffassung, diese Organisation schaffe überhaupt erst die bestimmten Naturverhältnisse: „Da die Form

dieser Gesetze nur aus absolut eindeutigen Ideen besteht, diese aber rein von uns geschaffen sind, so kann man von hier aus nicht sagen, daß sie in der Natur selbst gelten. Durch unsere Realisierung R werden sie sozusagen aus der Natur herausgeschnitten. Es wird also aus der Natur, die man sich zu diesem Zweck als eine Art Material denken muß, natürlich von einer praktisch unendlich variablen Sorte, eine Konstellation herausgeschnitten oder aus solchen Herausschnitten zusammengesetzt, daß das betreffende I.W.-(Idealwissenschaft)Gesetz gerade realisiert wird“ (186). Hier wird nicht zwischen Naturgesetz — in der Physik durch Differentialgleichungen dargestellt — und dem aus diesem mit Hilfe der Randbedingungen zu konstruierenden Modell unterschieden. Erst solche Modelle lassen sich empirisch realisieren. Zwischen dem theoretischen Modell und dessen empirischen Realisaten muß Isomorphie bestehen, mathematischen Funktionen müssen reproduzierbare reale Abhängigkeiten entsprechen. Dabei ist es gleichgültig, ob das empirische Schema dem theoretischen Modell vorhergeht — das periodische System der Elemente läßt im Prinzip aus dem quantenmechanischen Modell des Wasserstoffatoms sich deduzieren — oder ob versucht wird, theoretische Modelle empirisch zu realisieren. Daß aber ein Naturgesetz eine bestimmte mathematische Form hat, daß etwa die Gravitationskräfte mit dem Quadrat des Abstandes reziprok abnehmen, läßt aus keiner Idealwissenschaft sich deduzieren. Der verbindlichen subjektiven Konstruktion entspricht eine vom Subjekt unabhängige objektive Struktur, die allerdings nicht unmittelbar angeschaut werden kann, sondern nur in dem Prozeß wissenschaftlicher Arbeit zu begreifen ist. Wenn nicht die Natur in aus dem Zusammenhang isolierten Modellen objektiven Gesetzen verlässlich gehorchte, wäre eine arbeitsteilige organisierte industrielle Produktion nicht denkbar. Daraus, daß ein kosmologisches Modell des detaillierten Gesamtzusammenhangs der Natur mit den Mitteln der Naturwissenschaft nicht zu konstruieren ist, daß immer nur partikuläre Modelle realisierbar sind, die aus diesem Zusammenhang durch subjektiven Eingriff herausgearbeitet werden, zieht Dingler den Schluß, daß solcher Arbeit kein bestimmter Gegenstand entspreche, dieser vielmehr reine Schöpfung der Arbeit sei. „Die Bürger haben sehr gute Gründe, der Arbeit übernatürliche Schöpferkräfte anzudichten, denn gerade aus der Naturbedingtheit der Arbeit folgt, daß der Mensch, der kein anderes Eigentum besitzt als seine Arbeitskraft, in allen Gesellschafts- und Kulturzuständen der Sklave der anderen Menschen sein muß, die sich zu Eigentümern der gegenständlichen Arbeitsbedingungen gemacht haben.“ (Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, 15.)

Den Zusammenhang von transzendentelem Strukturgesetz und empirischen Bedingungen, unter denen allein jenes erkannt werden kann, liefern Modelle, die Schemata der Wissenschaft. Durch die bestimmten, willkürlich nach den Realisationsmöglichkeiten ausgewählten Randbedingungen erst wird die Lösungsmannigfaltigkeit der Differentialgleichungen auf bestimmte Funktionen restringiert, denen im Realisat des Modells meßbare Abhängigkeiten entsprechen.

Dabei ist über das allgemeine Strukturgesetz nur im bestimmten Arrangement, selten in einem in der Natur zufällig vorgefundenen, meistens in dem im Experiment bewußt produzierten, etwas auszumachen. Weil diese Dialektik von Allgemeinem und Besonderem nicht vorgegeben ist, sondern durch das Subjekt, durch systematische Beobachtung und Experiment, als eine objektive sich verwirklicht, entsteht der Schein, das Subjekt sei gleichermaßen konstitutiv für die Strukturgesetze wie für die materiellen Realisationen, in denen jene erst zur Erscheinung gebracht werden. „Man erkennt hier, daß dieses dann praktisch nur dort zutage tritt, wo das Arrangement anwesend ist . . . Wer Wert darauf legt zu betonen, daß dieses Naturgesetz aus der Natur herausgeschnitten wird, also in dieser vorhanden sein müsse, dem können wir nur mit einem Beispiel erwidern: es ist genauso in der Natur enthalten, wie in einem Marmorblock die Statue ‚enthalten‘ ist, die der Bildhauer daraus herausmeißeln will und wird“ (171). Wo der Zusammenhang zwischen mathematischem Modell und dessen Realisierung zwar noch eindeutig, aber nicht mehr anschaulich ist, wird willkürlich zugunsten der Anschaulichkeit entschieden, um gegen Quantenmechanik und Relativitätstheorie polemisieren zu können: „Nach unseren Ergebnissen kann methodisch richtig nur so vorgegangen werden, daß die Geltung der euklidischen Geometrie stets ausnahmslos willensmäßig festgehalten wird“ (140). Denn nur diese war aus der Anschauung „zwangsweise und instinktiv“ (137) zu erhalten. Solch instinktiver Umgang mit Postulaten ermöglicht es, unbequeme Entwicklungen aus der Wissenschaft auszuschließen, wie er andererseits jeder Praxis, wie sehr diese auch die Menschen zurichten mag, den Schein der Wissenschaftlichkeit verleiht, wenn sie nur auf Erfolge verweisen kann. — Doch nicht nur in ihrem affirmativen Verhältnis zu jeder noch so grauenhaften Realität gibt sich diese Wissenschaftstheorie zu erkennen, sondern auch in den logischen Schwierigkeiten, denen Dingler nur um den Preis der Dezision für die unreflektierte Praxis entgeht: „Die ideale Geometrie definiert nun die Idee des deformationsfreien Körpers. Er ist, kurz gesagt, derjenige, der den Sätzen der idealen Geometrie gehorcht“ (156). Diese ideale Geometrie soll ihrerseits aus der Definition: „Etwas Unterschiedenes überhaupt, betrachtet hinsichtlich seiner Grenze, konstant“ (131) entwickelt werden, setzt also die Definition des deformationsfreien Körpers schon voraus. Der Operationalismus versucht diesem Zirkel durch ein hysteron proteron zu entkommen, indem er die apriorische Setzung abhängig macht von deren empirischer Realisierung, die Idee des deformationsfreien Körpers von der Herstellung immer weniger deformierbarer Körper. Nur so auch kann Dingler seine Polemik gegen die ihm verhaßte nichteuklidische Gemoetrie verteidigen. Was bei Kant aus der Existenz der exakten Wissenschaften als Bedingung von deren Möglichkeit erschlossen wurde, die kategoriale Verfassung der gegenständlichen Welt, soll bei Dingler erst aus den Fertigkeiten der Feinmechaniker folgen ohne Rücksicht darauf, daß die Bedingung der Möglichkeit deren praktischer Realisierung vorhergeht.

Daß mathematische Theoreme nur in einem Kontext, der ihre Selbständigkeit zugleich aufhebt, Selbständigkeit beanspruchen können, muß Dingler notwendig entgehen. Andernfalls wäre er schon zu Beginn um sein Programm der „Vollbegründung vom Nullpunkt aus“ gebracht und müßte den realen Prozeß reflektieren, in dem die spezifischen Methoden der partikularen Verfügung über Natur sich konstituierten. Weil ihm aber „Alles Wirkliche unendlich irrational (ist)“ (224), soll auch eine Theorie der Wissenschaft als deren begriffene Konstitution im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß unmöglich sein. Der Begriff des historisch Hervorgebrachten wird systematisch sabotiert, indem dieses als Unmittelbarkeit ausgegeben wird.

Die zur Methodologie verfestigte Denkschwäche, die auf logische Reinlichkeitsdressur sich etwas zugute hält, macht doch Sätze wie den folgenden unter sich: „Wer erkannt hat, daß die praktische Tragfähigkeit des operativen Ansatzes theoretischer Begründung nicht mehr bedarf, der weiß, daß dieser Ansatz seine eigene Begründung mitzuliefern in der Lage ist“ (54, Einleitung von Lorenz und Mittelstrass). Ein Ansatz, der der Begründung nicht bedarf, soll zugleich den Grund dieser überflüssigen Begründung liefern können.

Wenn solcher Galimathias in den Ruch von Wissenschaftlichkeit gelangen konnte, so dürfte das darin begründet sein, daß die besinnungslose Praxis der Naturwissenschaft heute gegen die Technologie konvergiert und daß die Reflexion, von der materiellen Gewalt der Technik um ihr Selbstbewußtsein gebracht, resignierte. Der Operationalismus, die Ideologie der Technokraten, gibt als Methodologie der exakten Wissenschaft sich aus, um an deren Erfolge sich anhängen zu können. Dingers methodologische Streitschriften gegen Relativitätstheorie und Quantentheorie, gegen den „Mathematismus“ von Planck und Einstein, waren unter den Artikeln zur Frage „Kann Hagel aus kosmischem Eis entstehen“ oder zum Problem „wissenschaftlicher Strenge und Rasse“ im „Organ der Reichsfachgruppe Naturwissenschaft der Reichsstudentenführung“, in dem sie früher publiziert wurden, gut aufgehoben. Daß solche Argumentation in die Reihe „Theorie 1“ im Suhrkamp Verlag gelangen konnte, die „kritisches Denken der Vergangenheit“ zur „theoretischen Basis . . . für das Selbstverständnis unserer Zeit“ (Verlagsprospekt) machen soll, nötigt zur Analyse der Verlagspraktik. Peter Bulthaup (Frankfurt/M.)

Soziologie

Steinhaus, Kurt: Soziologie der türkischen Revolution. Zum Problem der Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft in sozioökonomisch schwach entwickelten Ländern. Reihe „dritte welt“. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1969 (214 S., kart., 15,— DM).

Steinhaus, Kurt: Vietnam. Zum Problem der kolonialen Revolution und Konterrevolution. Probleme sozialistischer Politik, Bd. 2. Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M. 1966 (77 S., br., 3,80 DM).

Daß die Beteiligung sozialistischer Avantgarde-Gruppen an kolonialrevolutionären Prozessen, soll sie zu deren Erfolg beitragen, eine theoretische Anstrengung dieser Gruppen erfordert, klingt beinahe wie ein Gemeinplatz. Die Geschichte der kolonialen Revolution zeigt jedoch, daß diese Erkenntnis nicht selten mißachtet worden ist. Häufig übertrugen okzidentalisierte Sozialisten der Kolonialländer marxistische Analysen der fortgeschrittenen bürgerlichen Gesellschaft mechanisch auf ihre unterentwickelten Verhältnisse und schaden der revolutionären Bewegung damit mehr, als sie ihr dienen. Die türkische Revolution bietet hierfür ein luzides Beispiel. Die Komintern und die ihr angehörende KP der Türkei hatten, wie Steinhaus zeigt, „ — ... infolge eines gewissen Wunschenkens über die Breite der potentiellen sozialen Basis — die Stärke des Proletariats überschätzt ... auch (gingen) die Vermutungen über die Bedeutung der ‚jungen anatolischen Bourgeoisie‘ weit an der Wirklichkeit vorbei“ (184). So führte „die ausschließliche Orientierung am Entwicklungsmodell des europäischen Kapitalismus ... in diesem Falle in eine Sackgasse“ (186). Die Kräfte der KP wurden fast gänzlich physisch liquidiert: Ergebnis einer fehlenden konkret-historischen Analyse.

Steinhaus unternimmt in seiner Arbeit den Versuch, die konkret-historische Analyse, die Stärke der marxistischen Theorie, wieder zu verlebendigen. Er beginnt seine Studie mit einer Analyse der Sozial- und Klassenstruktur des osmanischen Reiches, um den historischen Hintergrund zu vergegenwärtigen, auf dem erst die kolonialrevolutionäre türkische Nationalbewegung und das von ihr etablierte kemalistische Regime untersucht und dessen Mißerfolg hinreichend erklärt werden können.

Die Sozialstruktur des osmanischen Reiches ist zwar feudalistisch, differiert aber erheblich von der des feudalistischen Europa. Als ein von kriegerischen Stämmen aufgebautes Reich weist seine soziale und politische Ordnung starke militaristische Züge auf. „Die Geschichte des Osmanischen Reiches ist ... vorwiegend Kriegsgeschichte gewesen. Die vorhandenen Ressourcen wurden hauptsächlich in den Feldzügen des Sultans absorbiert ... Das Osmanische Reich war stets ein militärisch-bürokratisch organisierter Feudalstaat“ (18 f.). Die herrschende Klasse bestand aus den Militärs, den Bürokraten und der islamischen Geistlichkeit: den Ulema. Die Ritter des Sultankalifen, die Sipahi, konnten sich zu Feudalherren verselbständigen: Dafür, daß sie dem Sultan Soldaten stellten, erhielten sie von ihm Land zur Verfügung. Da ihr Bodenbesitz indes stets den Willkürmaßnahmen des Sultans ausgesetzt war, ließen sie ihn formal als Besitz der von den Ulema geleiteten „frommen Stiftungen“ gegen regelmäßige Vergütungen registrieren, denn diese Stiftungen lagen

außerhalb der Willkür des Sultans. Daraus erklärt sich auch die Bereicherung und die Macht der Ulema.

Mit der Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft in Europa und den damit verbundenen technischen Neuerungen konnten die europäischen Staaten die kriegerischen Unternehmungen des osmanischen Reiches zügeln, da sie über modern ausgerüstete, technisch der osmanischen Armee überlegene Armeen verfügten. Im osmanischen Reich gab es keinerlei Ansätze zur Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaft. Die Untertanen des Sultans wurden in den Feldzügen völlig beansprucht und konnten einem kontinuierlichen Gewerbe nicht nachgehen. Die einzigen bürgerlichen Kräfte des Reiches waren Griechen, Armenier und Juden, die als Nicht-Muslime außerhalb des Staatsvolkes standen, totaler Willkür ausgesetzt waren und die — anders als in Europa — keinerlei Aussicht hatten, sich auf Grund ihrer ökonomischen Stellung zu einer politisch relevanten, revolutionären Klasse zu entfalten.

Das osmanische Reich begann gegen den Widerstand der Ulema und der traditionellen Militärs (Janitscharen) schon im 18. Jahrhundert damit, europäisch-bürgerliche Innovationen zu übernehmen, um der militärischen Verletzlichkeit des Reiches zumindest Einhalt zu gebieten. Aber „immer noch ging es lediglich um die Anpassung der Machtinstrumente des Feudalstaates an das Weltniveau. Dessen soziale Struktur selbst sollte . . . nicht in Frage gestellt werden“ (32). Das erwies sich freilich als Illusion, denn schließlich unterhöhlten die Innovationen die ursprüngliche Struktur des Reiches. Am deutlichsten zeigt sich dies an den Ergebnissen des 1839 ansetzenden Reformwerkes der Tanzimat (38 ff.), dessen Höhepunkt die Verkündung einer bürgerlichen Verfassung 1876 war, die allerdings noch im gleichen Jahr durch den Staatsstreich des Sultans Abdülhamid II mit Unterstützung der Ulema suspendiert wurde. Das wohl wichtigste Produkt des Tanzimat-Reformwerkes ist die okzidentalisierte Intellektuellen- und Offiziersschicht, die vorwiegend kleinbürgerlicher Herkunft war und im Widerspruch zur Herrschafts- und Sozialstruktur des Reiches stand. Aus ihr entstand auch die Bewegung der Jungtürken, die 1909 schließlich Abdülhamid II stürzte und die Macht ergriff, ohne jedoch — besonders, da das Reich in Kriege verwickelt war — die Verhältnisse wesentlich verändern zu können. Durch separatistische Revolten und Annexionen während des Ersten Weltkrieges wurde das osmanische Reich bis Kriegsende auf das türkische Kernland reduziert, und dieses beabsichtigten die Kolonialmächte unter sich aufzuteilen. Es kam daraufhin zur nationalen Erhebung sowohl gegen die Kolonialmächte als auch gegen die ihnen ohnmächtig gegenüberstehende Führung des Reiches. Der von Kemal Atatürk, einem Offizier, angeführte Aufstand weist — wie Steinhaus unterstreicht — alle Merkmale einer kolonialen Revolution auf.

Die Klassenstruktur des osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg (66 ff.) gibt Aufschluß über die nationale Bewegung: Die frommen Bauern waren vollends integriert dank der religiösen Obskurantismen; das Proletariat war eine *quantité négligeable*, und

die erst während der Kriegsjahre entstandene türkische Handelsbourgeoisie, die „Neureichen“, stellte „nur eine Ergänzung und einen Ersatz der nichttürkischen Kompradorenbourgeoisie dar“ (68); sie konnte „sich durchaus im Rahmen halbkolonialer Herrschaftsverhältnisse reproduzieren“ (ibid.). Einzig die kleinbürgerlichen okzidentalisierten Kräfte, insbesondere die technisch geschulten, nationalistisch orientierten Offiziere behaupteten sich angesichts dieses „Klassen-vakuums“ als fähige Träger der kolonialrevolutionären Nationalbewegung (75, 77, 83) — eine in kolonialen und halbkolonialen Ländern bekannte Erscheinung.

Die siegreiche nationale Bewegung löste 1924 das Sultanat-Kalifat auf, verwandelte sich in die republikanische Volkspartei CHP und errichtete eine säkularistische Republik. Mit der Etablierung der Herrschaft des türkischen nationalistischen Kleinbürgertums beginnt ein signifikanter Prozeß, in dem eine bürgerlich orientierte kleinbürgerliche Schicht einen bürgerlichen Staat aufbaute, der keineswegs der politisch-juristische Ausdruck bestehender kapitalistischer Produktionsverhältnisse war, sondern ihre ideologische Antizipation. Die türkische Gesellschaft war immer noch vorbürgerlich, und erst die etatistischen Eingriffe des bürgerlichen kemalistischen Regimes konnten die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse forcieren. Die im Schoße des radikalen Etatismus entstandene Bourgeoisie, die in der Demokratischen Partei (DP) politisch organisiert war, vindizierte die politische Macht von den Kemalisten und konnte sie 1950 erringen. Bei diesem Bürgertum handelt es sich aber um eine Handelsbourgeoisie, die fast ausschließlich im Distributionssektor investierte und zum politischen Bündnispartner der Kräfte des Ancien Régime wurde. Die restaurative — antisäkularistische — Kulturpolitik der DP, deren nicht mehr an einer Industrialisierung orientierte Wirtschaftspolitik und ihre proimperialistische Außenpolitik bedeuteten das Ende des Kemalismus. Die Voraussetzungen für dieses Ende waren in ihm selbst angelegt. Zwar stand das kemalistische Regime als ein bonapartistisches sowohl gegen die feudal-bürgerlichen Kräfte als auch gegen die sozialistischen und predigte beiden den Mythos der unitären Nation. Während aber die linken Kräfte physisch liquidiert wurden, wurde das feudal-bürgerliche Bündnislager nur unmittelbar *politisch*, nicht aber *ökonomisch* entmachtet. Die Bauern blieben weiterhin Objekte der Feudalherren (109). Die Kemalisten unternahmen, entsprechend ihrer ideologischen Orientierung, keinerlei Versuche, die Bauern aufzuklären, zu mobilisieren und an der Führung der Revolution zu beteiligen. Den Sieg der Revolution empfanden die Bauern als „Triumph des Islams über die Ungläubigen“ (93), und der objektiv antikolonialistische türkische Nationalismus hatte bei den Bauern die Form der Xenophobie schlechthin angenommen (93).

Steinhaus würdigt durchaus die Errungenschaften der Kemalisten während der 20er und 30er Jahre, zeigt aber zugleich, wie diese, bedingt durch die Struktur der kemalistischen Revolution und des von ihr errichteten Staates, sehr leicht rückgängig gemacht werden konn-

ten. Zu einer entwickelten bürgerlichen Gesellschaft konnte der radikale Etatismus der Kemalisten nicht führen. Steinhaus' Analyse drängt einen Vergleich auf mit der neueren Geschichte Chinas, Vietnams und Kubas, die zeigt, „daß die Rezeption der marxistisch-leninistischen Theorie durch kleinbürgerliche und bäuerliche Schichten die zahlenmäßige Schwäche des Industrieproletariats in kolonialen oder halbkolonialen Gesellschaften ausgleichen und so die Voraussetzungen dafür schaffen kann, gesellschaftliche Entwicklungsstadien zu überspringen. Speziell die Erfahrungen der türkischen Revolution zeigen demgegenüber, daß die Übernahme der bürgerlich-kapitalistischen Ideologie durch eine nationale Intelligenz im 20. Jahrhundert für die erfolgreiche Durchführung einer bürgerlichen Revolution keine ausreichende Grundlage bildet“ (191).

Schon vor der Veröffentlichung seiner Türkei-Studie hatte Steinhaus eine detaillierte Analyse der vietnamesischen Revolution geliefert, so daß dieser Vergleich fundiert ist. Die siegreiche vietnamesische Revolution konnte als eine sozialistisch orientierte eine andere Entwicklung als die türkische nehmen und mit ihren Errungenschaften Wurzeln schlagen, die die Konterrevolution bisher nicht und allem Anschein nach auch zukünftig nicht wird beseitigen können. Durch das staatlich angelegnete agrarische Mehrprodukt konnte die DRV Produktionsimporte und Arbeitseinsätze ausländischer Experten finanzieren und in kurzem Zeitraum große Erfolge auf infrastrukturellem und industriellem Gebiet erringen (16 f.). „Die Entwicklung der natürlichen und gesellschaftlichen Produktivkräfte hat also in einem Jahrzehnt bereits zur Schaffung einer sozioökonomischen Basis geführt, von der aus ein weitgehend sich selbst tragendes wirtschaftliches Wachstum möglich ist“ (19). Die Verbesserung des Lebensstandards der Vietnamesen, die großen Fortschritte auf dem Bildungs- und Gesundheitssektor, die mit einer entsprechenden Politisierung verbunden waren, vermittelten der vietnamesischen Revolution eine Massenbasis, die diese Errungenschaften entschieden schützt und verteidigt. Der Vergleich mit Südvietnam, das eine bessere Ausgangsbasis hatte, da der Süden sozio-ökonomisch entwickelter war als der Norden (20 ff.), kann die Fortschritte illustrieren und bestätigen, daß „die DRV nicht nur für Südvietnam, sondern für ganz Südostasien objektiv eine reale Utopie geworden“ ist (20).

Die vietnamesische Revolution und die von ihr im befreiten Norden eingeleitete Entwicklung sind relevant für die koloniale Revolution insgesamt, insofern sie die Erkenntnis bestätigen, daß „die Anwendung adäquater ökonomischer Instrumentarien ... eine grundsätzliche Veränderung der Herrschaftsverhältnisse“ voraussetzt (37), daß das Entwicklungsproblem also — entgegen allen Versicherungen der bürgerlichen Soziologie — primär ein politisch, nur revolutionär zu lösendes ist.

Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

Luhmann, Niklas: Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1970 (268 S., kart., 24,— DM/Ln., 38,— DM).

Niklas Luhmann, der im vorliegenden Sammelband eine Anzahl meist schon gedruckter Aufsätze zur Begründung soziologischer Wissenschaft vorlegt, muß als einer der bedeutendsten Theoretiker der bürgerlichen Soziologie der Gegenwart bezeichnet und gewürdigt werden. Während andere Vertreter dieser Disziplin zum Beispiel das gegenstandslose — weil von keiner Reflexion auf den Gegenstandsbereich der Gesellschaftswissenschaften getragene — Scheingefecht zwischen „positivistischer“ und „dialektischer“ Theorie austrugen, konzentrierte sich Luhmann in der Ausarbeitung einer funktionalistischen Systemtheorie — wenn auch in höchst abstrakten Denkfiguren — immerhin auf den Nervus rerum gegenwärtiger Gesellschaftsbetrachtung: auf die problematischen Funktionsbedingungen und Entwicklungschancen der — uneingestandenerweise: kapitalistischen — Gesellschaft als Gesamtsystem. Dabei verknüpft sich ein wissenschaftlicher Fortschritt innerhalb der bürgerlich-soziologischen Theorie nach ihrem gegenwärtigen Entwicklungsstand mit einer verfeinerten Technik der Apologie des bürgerlichen status quo gesellschaftlicher Evolution. Als wissenschaftliche Errungenschaft im Rahmen der nicht-marxistischen Soziologie ist Luhmanns Wendung gegen die „Tendenz“ zu werten, „Gesellschaftstheorie für methodisch unmöglich und damit für unwissenschaftlich zu erklären, da auf ihrer Ebene weder empirischer Wirklichkeitsbezug noch logische Konsistenz des Begriffsgebrauchs gewährleistet werden können“; gegen die Leugnung des „Systemcharakters der Gesellschaft, weil die Gesamtheit sozialer Zusammenhänge unter diesem Begriff nicht adäquat gedacht werden könne“ (145). Verfeinerte Apologetik der bürgerlichen Verhältnisse aber drückt sich darin aus, daß Luhmann aus dem Unvermögen aller bürgerlichen Soziologie, ihren Gegenstand in zugleich empirisch gehaltvollen und theoretisch widerspruchsfreien Grundannahmen zu charakterisieren, die Konsequenz zieht, soziologische Aussagen nicht länger dem Erfordernis zu unterwerfen, empirische Regelmäßigkeiten als notwendige, theoretische Zusammenhänge als stimmige auszudrücken; darin, daß er Soziologie statt dessen auf die „Rezeption vorgefundener Strukturentscheidungen“ und die „Information über Reduktion von Komplexität“ orientiert (260 f.), was nichts anderes als den wissenschaftlichen Nachvollzug der durchs Gesamtsystem erzwungenen Beschränkung der Aktionsspielräume seiner Teile bedeutet. Auf der Ebene des Inhalts der funktionalistischen Systemtheorie Luhmanns nimmt die wissenschaftliche Sorge um das vorgegebene Gesellschaftssystem die Gestalt einer Konzeption an, die Einheiten, Grundverhältnis und Erhaltungsbedingungen solcher Systeme im Dunkeln läßt und dafür ihre Auseinandersetzung mit bedrohlichen Umwelten und die Sicherung ihres inneren Zusammenhalts zu Leitproblemen der — damit als funktionalistisch ausgewiesenen — Analyse erhebt (vgl. bes. 9 ff., 31 ff., 133 ff.). Die Abstraktion vom Zusammenwirken von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit als den Elementen, von den Aneignungsweisen als den konstitutiven Verhältnissen und den Austauschprozessen mit den materiellen und ideellen Vorgaben gesellschaftlicher Praxis als den

Existenzbedingungen gesellschaftlicher Systeme ist freilich ebenso wie die Orientierung der Theorie am Problem der äußeren und inneren Funktionstüchtigkeit des Kapitalismus schon Kennzeichen der frühen bürgerlichen Soziologie. Aber die Wiederbelebung von Denkansätzen der Comte und Spencer erfolgt doch mit einer charakteristischen Akzentverschiebung: die funktionalistische Systemtheorie Luhmanns vermeidet, über die Elemente, die Konstitution und die Existenzform sozialer Systeme überhaupt genauere Aussagen zu machen und verwendet statt dessen alle Energie darauf, „Systeme durch ihre Beziehung auf eine Umwelt zu charakterisieren, diese Beziehung funktional zu interpretieren und daraus Maßstäbe für die Beurteilung der Bestandsfähigkeit und Rationalität ihrer inneren Ordnung abzuleiten“ (143). Diese im Zeitalter der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus verständliche Sichtweise hat nun aber die Implikation, daß das Thema der gesellschaftlichen Entwicklung — als eines besonderen Verhältnisses des gesellschaftlichen Systems zu seiner veränderlichen Umwelt — wieder zu einem erst-rangigen Problem soziologischer Theoriebildung wird; und es ist ein besonderes Verdienst Luhmanns, das Problem der Evolution von vornherein auf die Ebene der Gesellschaftstheorie zu heben — „Evolution im präzisen Sinne aber gibt es im Bereich sozialer Systeme nur in bezug auf die Gesellschaft selbst“ (150) —, obwohl die funktionalistische Konzeption des Gesellschaftssystems gerade bei diesem Problem an ihre Grenze stößt. Zwar kann die Theorie des funktional auf Umweltgeschehen bezogenen und durch Komplexitätsunterschiede von ihm gesonderten Gesellschaftssystems die wechselseitige Provokation von Umweltänderungen und Systemänderungen in einer schon differenzierten „Welt“ plausibel machen und deren Evolution veranschaulichen (150 f.). Für den Begriff der Evolution aber käme es gerade darauf an, Systemänderung und Umweltänderung in ihrer Einheit und das Wechselspiel beider nach seinem bestimmenden und übergreifenden Moment zu konzipieren. Zur Klärung dieses Zusammenfallens des Änderns der Umstände und der Selbstveränderung reicht das Konzept des problemorientierten Funktionierens in einer Umwelt nicht aus.

K. H. Tjaden (Marburg)

Lautmann, Rüdiger: Wert und Norm. Begriffsanalysen für die Soziologie. Dortmund Schriften zur Sozialforschung, hrsg. von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster — Sitz Dortmund, Band 37. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1969 (156 S., kart., 19,50 DM).

„Die Arbeit bringt nichts zum sogenannten Werturteilsstreit, nichts über Werte im Grundlagenbereich der Soziologie und auch keinerlei Hypothesen über Werte — obwohl alle diese Fragen weit interessanter sind als jedwede Begriffsanalyse“ (7) — so der Autor auf der ersten Seite seiner Einleitung. Es bleibt die Frage, warum wohl die anderen Probleme, alle die, zu denen er angeblich nichts sagt (obwohl zu zeigen sein wird, daß dem nicht ganz so ist), weit interessanter

sind, als die „Begriffsanalysen“, mit denen wir konfrontiert werden. Warum reflektiert der Autor nicht darauf? Und weiter: Genügt es wirklich, zu behaupten, die Soziologie sei eben eine junge Wissenschaft und verwende deshalb unexakte Begriffe? Wie alt ist die Soziologie eigentlich? Was sind exakte Begriffe in der Soziologie? Solche Fragen stellt man immer wieder vergeblich, wenn man dem Autor bei seiner Arbeit zuschaut, aus rund 4000 Aufsätzen aus dem Bereich der Soziologie 400 auszusuchen, die ausdrückliche Definitionen von „Wert“ und „Norm“ enthalten, alle diese Definitionen auf Randlochkarten aufzutragen und möglichst Wort für Wort zu kodieren; dann sämtliche Bestandteile der vorgefundenen Definitionen in einer beschränkten Anzahl von Klassen zusammenzufassen, die so den maximalen Inhalt des Begriffs darstellen sollen; endlich durch Explikation diese Elemente und Klassen noch einmal zu vermindern, indem nur wenige ausgewählte als brauchbar bezeichnet werden.

So notwendig es erscheint, exakt definierte Begriffe im Rahmen soziologischer Aussagen zu verwenden, so fragwürdig ist das hier eingeschlagene Verfahren. Lautmann legt zu Beginn seiner Untersuchung die Kriterien dar, nach denen er die Explikation, d. h. also die Einengung und Präzisierung der Begriffe „Wert“ und „Norm“ vornehmen will: Die explizierte Bedeutung soll 1. dem bisher verwendeten Begriff ähnlich, 2. exakt, 3. fruchtbar und 4. einfach sein. Er erkennt dabei durchaus, daß die Schwierigkeit vor allem beim 3. Kriterium der „Fruchtbarkeit“ liegt. Was heißt: ein Begriff ist für die soziologische Forschung fruchtbar? Wenn er „möglichst viele gesetzesartige Aussagen gestatte oder je mehr er sich zur Formulierung allgemeiner Gesetze eigne“ (14)? Was aber sind „viele“ Aussagen? Ist das lediglich eine Frage der Quantität? Wer entscheidet, welche Gesetze qualitativ vorrangig sind? Was heißt „gesetzesartig“? Lautmann meint: „Die Soziologie kennt keine wichtigen und unwichtigen Fragen; derartige Bewertungen trägt der Forscher an sie heran“ (15). Und weiter: „Im ganzen erweist sich das Kriterium der Fruchtbarkeit als wenig praktikabel . . . Vielmehr bleibt es bei einer Schätzung qualitativer Art, die sich an Beispielen orientiert, und dann ein eher intuitives Urteil über die Fruchtbarkeit abgibt“ (16).

In der Tat, so ist es: an den entscheidenden Stellen muß sich ein Positivist auf die Intuition verlassen. Konkret sieht das dann so aus: „Seit D. Hume wird zwischen Sein und Sollen unterschieden . . . Der ganz überwiegende Teil der Soziologen steht trotz immer wieder zu hörender, prononciertem Kritik auch auf dem Standpunkt, Sollen könne nicht aus Sein abgeleitet werden . . . Ich schlage deshalb vor, solche normativen Worte zu vermeiden, die den sogenannten naturalistischen Fehlschluß, nämlich vom Sein aufs Sollen, auch nur nahelegen . . . Normative und deskriptive Sphäre würden zu leicht vermischt, ihre Grenzen verwischt“ (102/103). Entgegen seiner Ankündigung liefert Lautmann einen ausführlichen Exkurs über die Probleme des Werturteilstreits, stützt sich dann „intuitiv“ auf die Auffassung der „Mehrheit“ und folgert konkret z. B. für den Begriff „Wert“, daß aus der Fülle von Worten, die ihn in der soziologischen

Literatur erläutern oder definieren sollen, lediglich die folgenden als geeignet betrachtet werden können:

- „1. Maßstab, Kriterium oder Standard.
2. Objekt oder Gegenstand.
3. gut, sollen oder normativ“ (105).

Es ist danach also sinnvoll, z. B. zu definieren: „Wert ist ein Maßstab der guten Gegenstände.“ Es ist aber nicht sinnvoll, z. B. zu sagen: „Wert ist ein Führer zum sinnvollen Handeln.“ So sehr es zu begrüßen wäre, ideologiekritisch radikal mit mythologischem und widersinnigem Sprachgebrauch aufzuräumen, so sehr muß man jedoch daran zweifeln, daß auf der Grundlage von Kriterien wie „Sein und Sollen sind streng zu trennen“ oder „die Mehrheit der Soziologie vertritt den Standpunkt“ eine Sprachkritik im Bereich der Soziologie zu Ergebnissen kommen könnte, die dem Fortschritt der Wissenschaft und damit der möglichen fortschreitenden Befreiung des Menschen von den Zwängen der Natur wie von der Beherrschung durch andere dient.

Karl Theodor Schuon (Marburg/Lahn)

Psychologie

Denker, Rolf: Aufklärung über Aggression. Kant-Darwin-Freud-Lorenz u. a. Reihe „Lebendiges Wissen“. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz ²1968 (144 S., kart., 8,80 DM).

Die Intention des Autors, „ein Thema, das die Aufteilung unter verschiedene Fachgebiete auf die Dauer nicht verträgt, auf dem Wege der Information einzubringen in eine kritische Reflexion“ (7), muß vorab gelesen werden mit dem Akzent auf „Information“: da nahezu drei Viertel des Textes aus Zitaten besteht, der überwiegende Teil des restlichen Viertels aus — oft fast wörtlich an die referierten Texte angelehnten — Überleitungen, bleibt für kritische Reflexion nicht viel Platz.

Nicht einmal bei Freud, dessen Weg zur Annahme eines Aggressionstriebes Denker auf 50 Seiten illustriert, gelingt ihm die intendierte Kritik: nachdem er abwechselnd die Trieblehre als Modell im Sinn der Arbeitshypothese wie Mitscherlich deutet und als Mythologieersatz im Sinn von Freuds Selbstkritik metakritisiert, behauptet er, Freud habe es für Illusion gehalten, durch die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft die Aggression zu bändigen (74) — um dies mit einem anderen Zitat wiederum zu relativieren: aus diesem Passus (75), in dem Freud erwägt, der kommunistische Versuch in Rußland könne vorzeitig unternommen worden sein, ein höherer Grad der Beherrschung der Naturkräfte müsse vielleicht erst die Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse erleichtern, auch dann aber bleibe das Problem der Aggression, zieht Denker das erstaunliche Resümee: „Freud setzt also die Notwendigkeit der Aufklärung und Beherrschung der Triebstrukturen über

und vor allen Dingen vor die Änderung der Gesellschaftsverhältnisse“ (75). Hier wird Denkens Tabu deutlich: würde er nicht so ängstlich die Notwendigkeit der Änderung gesellschaftlicher Verhältnisse umgehen, sähe er vielleicht, wo Freud und Kant — deren ethische und geschichtsphilosophische Überlegungen er auf den Glauben an die Vernunft verkürzt (126), gegen Lorenz' biologistische Umdeutung festhält — den gesellschaftlichen Antagonismus und seine Wirkung auf das bürgerliche Individuum unzureichend interpretieren. Da er aber auf die kapitalistische Struktur der Gesellschaft keinen Gedanken verschwendet, kann er für seine Version der 11. Feuerbachthese die Patentlösung bieten: „Die Menschen haben bisher den Tod“ (den „menschensverschuldeten, vermeidbaren, unzeitigen Tod“) „nur verschieden abgewehrt, nicht aber den Kampf gegen ihn aufgenommen. Unter Einsatz aller der modernen Wissenschaft und Technik möglichen Mittel ist dies der erste, leichter beschreibbare Weg. Vielleicht entfalten sich die menschenfreundlichen Kräfte dann ganz von selbst“ (128). Bleibt an Denker die Frage, wie er sich wohl den Zusammenhang von Wissenschaft, Technik und Rüstungsindustrie erklärt.

Irmingard Staeuble (Berlin)

Haensch, Dietrich: Repressive Familienpolitik. Sexualunterdrückung als Mittel der Politik. *rororo sexologie* 8023. Rowohlt Verlag, Reinbek 1969 (173 S., kart., 2,80 DM).

Im vorliegenden Band sollen, so Haensch in seiner Einleitung, „die Thesen erhärtet werden, daß bürgerliche Familie und Sexualunterdrückung unlösbar miteinander verbunden sind, daß Sexualunterdrückung zur Herrschaftssicherung beiträgt und daß damit Familienpolitik zu einem wesentlichen Teil zum Zwecke der Herrschaftssicherung betrieben wird“ (7). Gemeint sind die Thesen von Wilhelm Reich und Max Horkheimer über die bürgerliche Familie als „Ideologiefabrik des Kapitals“ (Reich), die im ersten Teil der Arbeit ausführlich behandelt und im zweiten zur Grundlage der Kritik an Äußerungen und Plänen der bundesrepublikanischen Familienminister Wuermeling und Heck gemacht werden. Mit Haensch's Worten: „aus der sexualökonomischen Theorie von Reich werden Hypothesen formuliert, die den realen Äußerungen der Familienpolitiker gegenübergestellt werden“ (10).

So postuliert Haensch, „daß dem Menschen die Befriedigung des Geschlechtstriebes gesellschaftlich ermöglicht werden soll, weil der Mensch sich als Mensch nur dann verwirklichen kann“ und stellt dem gegenüber, daß Wuermeling zum Beispiel Opferbereitschaft und Genußfeindlichkeit predigt. Haensch vertritt mit Reich, die privatwirtschaftliche Klassengesellschaft müsse „die Familie als die Grundlage des Staates, der Kultur und der Zivilisation“ verteidigen“ (31), und führt im zweiten Teil Zitate von Wuermeling und Heck an, Familienpolitik sei Staatspolitik. Ein längeres Kapitel gilt den „autoritäre(n) Eltern-Kind-Beziehungen“ (42 ff.) und später wird nachgewiesen, wie Wuermeling und Heck die autoritär-patriarchalische

Struktur der Familie unterstützen und vor Auflösungserscheinungen retten wollten.

Haensch schreibt in seiner Einleitung, daß die bürgerliche Sexualmoral und Familienideologie durchaus in Widerspruch zu den Interessen des Kapitals geraten könne, läßt aber in seiner Schlußbemerkung Unsicherheit darüber erkennen, ob man überhaupt von „einer völligen Identität der Interessen von Staat und Kapital ausgehen“ kann. Er neigt zu der Ansicht, die Aushöhlung der traditionellen Familie gefährde die politische Absicherung des kapitalistischen Systems, „weil die Lockerung der autoritären Verhältnisse letztlich zur Aushöhlung der staatlichen Autorität führt“. Zwar wird im Text sehr deutlich, wie sich die Familienideologie der beiden CDU-Minister von 1953 bis 1968 unter dem Druck der Kapitalinteressen gewandelt hat, wie teilweise verspätet Positionen aufgegeben wurden (etwa Wuermelings kuriose Mutterschaftsideologie und Ablehnung der Frauenarbeit) und wie spätestens durch den Personenwechsel (ab 1962: Bruno Heck) und schlimmstenfalls zähneknirschend (der Konsum verdirbt die Jugend) Maßnahmen in die Wege geleitet werden, die den veränderten Produktionsbedingungen entsprechen; diese Widersprüche und Veränderungen werden jedoch nur oberflächlich untersucht. Entsprechend seinem eigenen Anspruch betreibt Haensch eine ideologiekritische Analyse, welche die Ideologie nur am Rande an der Realität, im wesentlichen aber an den Ergebnissen der Ideologiekritik von Reich und Horkheimer mißt. Begründet wird dieses Verfahren damit, daß Reich die bürgerliche Sexualideologie einer Zeit untersuchte, in der Wuermeling und Heck groß wurden.

Somit unterliegt diese Arbeit der Gefahr von Ideologisierung und Personalisierung. Die teilweise absurden und ulkigen Zitate von Josef Wuermeling über „sittlich-ethische“ Werte, die Mutter in ihrer gottgewollten Rolle u. ä. geben mehr Einblick in dessen Bewußtsein als in seine Politik. Auch die ökonomische Funktion von Wuermelings Konsumfeindlichkeit der fünfziger Jahre als Verzichts-ideologie für die Werktätigen (102) kann über ihre geringe Bedeutung nicht hinwegtäuschen. Es entsteht der Eindruck, die Ideologie sei nötig für den Verzicht, wo doch der Verzicht durch die Not erzwungen war. Aufschlußreich sind dagegen Wuermelings Vorstellungen über „sozial-kulturelle Gerechtigkeit“, nach denen die Mittelschichten mit Kindergeldvergünstigungen besonders bedacht werden und ein „Abfall“ in niedere soziale Gruppen verhindert werden soll. Hier wie in seiner extrem antikommunistischen und „antikollektivistischen“ Propaganda erweist sich Wuermeling als echter Mittelstandspolitiker der Adenauer-Regierung.

Heck hält diese Ideologie aufrecht, erkennt aber die „Gefahren“ der „modernen Industriegesellschaft“, den Zerfall der „patriarchalisch-autoritären Familienstruktur“ sowie von Sitte und Moral. Er sieht die verdinglichten Beziehungen der Menschen unter den herrschenden Verhältnissen und will über Eheberatung, Jugendorganisation und kirchliche Fürsorge jeder Art ihnen entgegenwirken, denn: „Der Mensch in der Familie ist berufen, Abbild und Partner Gottes

zu sein . . . Deswegen ist die Familie die größte, schönste und göttlichste Aufgabe für Mann und Frau, für Vater und Mutter, für Söhne und Töchter“ (140). Jedoch kann Heck weder die Konsumfreudigkeit noch die Frauenarbeit verhindern. Er fordert und unterstützt die Einrichtung von (überwiegend kirchlichen) Kindergärten, richtet Jugend- und Eheberatungsstellen, Mütter- und Elternschulen, Familienferienstätten u. ä. ein, um, wie er sagt, „die Erziehungs- und Bildungskraft der Familie mit allen Mitteln zu stärken“ (148).

Es gelingt Haensch mit seiner Arbeit, die morbide und verlogene Ideologie der beiden christlich-demokratischen Unionsminister zu be- und verurteilen; es gelingt ihm, den Charakter der familienpolitischen Vorstellungen von Wuermeling und Heck richtig zu kritisieren (besonders im Kontrast zur entsprechenden DDR-Politik, 107 und 121); aber es gelingt Haensch nicht, das in aller Widersprüchlichkeit und Ambivalenz für bundesrepublikanische Verhältnisse notwendige Wesen jener Familienideologie zu begreifen. Ein wichtiges Beispiel: Auf Seite 89 beruft sich Haensch auf Reichs Aussage, wonach „im Spätkapitalismus die Bedeutung quantitativer Bevölkerungspolitik im Sinne der Geburtenziffererhöhung sehr stark zurückgegangen ist, weil industrielle Reservearmeen nicht mehr benötigt werden . . .“.

So bleibt völlig unberücksichtigt, daß die offizielle Familienpolitik einerseits mit den Kapitalinteressen in Widerspruch gerät, andererseits die Interessen des Kapitals vertritt. Haensch übersieht, wie die Armee von Gastarbeitern und Frauen vom Kapital attrahiert und rePELLiert wird. Innerhalb dieser ständigen Bewegung und Ambivalenz ist es allerdings wenig ratsam, den „Hort“ oder die „wichtigste Ordnungszelle des Staates“ (Wuermeling) so konsequent abzubauen; die Frauen möchten sich eines Tages nicht mehr so leicht zurückbeordern lassen! Bei derart widersprüchlichen Bedürfnissen des Kapitals (und unabhängig davon, daß sich die Familienideologie mühsamer entwickelt als die Produktivkräfte) muß es schwierig sein, eine „völlige Identität der Interessen von Staat und Kapital“ durchzuführen.

Bleibt zu bemerken, daß Haensch die marxistische Analyse der bürgerlichen Gesellschaft falsch einschätzt, wenn er aus Engels' Bemerkung (Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, Vorwort), die Produktion und Reproduktion des menschlichen Lebens sei doppelter Art, nämlich „einerseits die Erzeugung von Lebensmitteln . . . andererseits die Erzeugung von Menschen selbst . . .“ folgert, „die Form der Arbeit und die Form der Fortpflanzung bestimmten in gleicher Weise die Stellung des Menschen in der Gesellschaft (47). Eine „Analogie zwischen der Produktion von Waren in der Wirtschaft und der Produktion von Menschen in der Familie“ (Haensch) ist weder von Engels, auch nicht in oben genannter Schrift, noch von Marx entwickelt worden. Vielmehr haben beide als für alle gesellschaftlichen Verhältnisse entscheidend den jeweiligen Charakter der Arbeit nachgewiesen, also die Art und Weise, durch wen und für wen produziert wird. Die weiteren Beziehungen der Menschen zueinander und zur Natur folgen und entwickeln sich daraus.

Hannelore May (Berlin)

Witzel, Joachim: *Der Außenseiter im Sozialisationsprozeß der Schule. Eine jugendkriminologische Studie.* Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1969 (96 S., kart., 19,— DM).

Witzel untersucht, wie in der Schule „Einstellungsstrukturen bei Jugendlichen entstehen, die zu delinquentem Verhalten führen können“. Er geht dabei allgemein von „abweichendem Sozialverhalten“ aus, als dessen Unterfall er Kriminalität auffaßt. Die Schule könne Vorfeld späterer Delinquenzkarrieren sein, da die „Anerkennung und Einhaltung der hier geltenden Normen ebenso verlangt wird, wie diejenige der Normen der Gesamtgesellschaft“. Immerhin aber involviert Devianz nicht notwendig Delinquenz: sozial abweichendes Verhalten läßt sich genauso als Sozialverhalten definieren wie konformes Verhalten.

Witzels Annahme, Anpassung hänge davon ab, ob ein Jugendlicher „fähig und gewillt“ sei, „sich jene sozialen Verhaltensmaßstäbe anzueignen und danach zu handeln“, die üblicherweise von der Gesellschaft gefordert werden, übersieht, daß es bei der „Initiation“ von Delinquenz um den Willen meist gar nicht gehen kann; entscheidend sind die vielfältigen psychischen Deformationen, die der Jugendliche im Lauf seiner von Depravation zu Depravation fortschreitenden Entwicklung erleidet. Die Argumentation recurriert hier auf das, was im Strafrecht ungebrochen Schuld genannt wird und auf den Appell, jedermann könne nach seinem freien Willen, den er ja habe, gegen das „Unrecht“ sich motivieren. Witzel meint, der Außenseiter in der Schule sei durch geringe Interaktionsdichte mit den Mitschülern gekennzeichnet. Die Verinnerlichung der Gruppennormen sei dadurch fraglich, und es bestehe die Gefahr, daß sie beim Außenseiter nicht handlungsbestimmend werden. Der Grad der Übereinstimmung der Gruppennormen (Schule) mit den gesamtgesellschaftlich als verbindlich angesehenen Normen sei entscheidend dafür, inwieweit die Außenseiterstellung in der Schule zugleich zu einer Unangepaßtheit an die allgemeinen Gesetze führe. Nun läßt sich häufig eine Linie zurückverfolgen von Kriminalität über Schuleschwänzen, „Auffälligkeit“, „Aufsässigkeit“ etc. zu schweren frühkindlichen Sozialisationschäden. Schulisches Unangepaßtsein aber gesondert zu sehen, verstellt den Blick für das Faktum, daß Mängel in der kindlichen Sozialisation der gewichtigste Faktor für spätere Fehlentwicklungen delinquenten Art sind.

Es ist Witzel zuzugeben, daß die Schule heute mehr und mehr gesellschaftlicher Konditionierungsagent geworden ist. Dann aber müßte sie auch über den tradierten Auftrag der Wissensvermittlung, der unter den Auspizien der „Persönlichkeitsbildung“ doch nur den fügsamen, autoritätsgebundenen Schüler zum Ziel hat, dem Urteilsfähigkeit und Initiative ebenso kuptiert werden wie die Fähigkeit zur Veränderung durch die Kraft kritischer Reflexion, hinausgelangen. Das aber ist, und daran gibt es keinen Zweifel, heute nicht der Fall. Daß die Verhältnisse in der Schule eine größere Transparenz, potentiell eine fast totale Kontrolle psychischen Verhaltens gewähren, wo-

durch beginnender Delinquenz früher gesteuert werden könnte, ist evident. Aber erst die Mobilisierung und Förderung jeweils eigener Möglichkeiten kreativer Entfaltung durch die Schule und nicht die Honorierung verkümmelter Einübungsriten und rezeptiver Nachvollzugstechniken legitimiert Kontrolle als Korrelat. Diese Dimension sieht Witzel nicht. Seine Überlegungen zur Anpassung bleiben im Immanenten.

Heiner Christ (Gießen)

Geschichte

Childe, Gordon V.: Soziale Evolution. Theorie 2, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1968 (196 S., kart., 10,— DM).

In der hier anzuzeigenden Veröffentlichung entwickelt der Verfasser in seiner 1950 abgehaltenen Vorlesungsreihe einen seinem Verständnis nach für die Archäologie verwendbaren Evolutionsbegriff, der die klassische Abgrenzung in drei Zeitalter (Stein-, Bronze- und Eisenzeit, wobei jene nochmals chronologisch differenziert wird) ablösen soll. Diese chronologische Abgrenzung gebe keine brauchbare Grundlage für eine Unterteilung der prä- und frühhistorischen Epochen ab, da die nach technologischen Kategorien bestimmten Kulturen zu ganz verschiedenen Zeiten und an ganz verschiedenen Orten auftreten konnten, die die Einteilung als völlig willkürlich erscheinen lassen (33 ff.). Dem stellt Childe seine Theorie der sozialen Evolution von der „Wildheit“ über die „Barbarei“ zur „Zivilisation“ gegenüber (34; 41; 166 ff.). Die Entwicklungsgeschichte der verschiedenen Kulturen Nordeuropas, Ägyptens, Mesopotamiens usw. wird in diesem Konzept als funktionaler Anpassungsprozeß an die jeweils vorgefundene Umgebung begriffen, wobei die Evolution in nicht scharf abtrennbaren Stufen vorzustellen ist. Die Kriterien für diese Abstufungen ergeben sich für Childe nun nicht aus rein technologischen oder familiensoziologischen (Morgan) Momenten, sondern definieren sich aus dem Grad der landwirtschaftlichen Produktionsweise, Arbeitsteilung, Herrschaftsstrukturen, Handel und Geldformen, für deren Entwicklung die archäologischen Funde (Häuser, Gräber, Tempel, Geräte) doch noch genügend Aufschluß gäben, um zumindest für die „Barbarei“ stichhaltige Thesen aufstellen zu können. Das Moment der „Diffusion“, worunter die Übernahme einer Innovation in einer Kultur durch eine andere Kultur (etwa die Übernahme der Eisenverarbeitung der palästinensischen Kulturen 400 Jahre später durch die Ägypter [ca. 700 v. Chr.]) verstanden wird, und die aus der Häufung von Diffusionen durch Handel etc. sich ergebende Komplexität der gesellschaftlichen Beziehungen unterscheiden das Modell sozialer Evolution von dem biologischen Evolutionsbegriff. Am Grad der Komplexität der Gesellschaften bestimmt sich letztlich auch die allgemeinste Einteilung von Childe in Wildheit, Barbarei und Zivilisation. Der Wert dieser Abhandlung liegt vor allem in dem Versuch, aus den spärlichen archäologischen Funden eine sozialgeschichtliche Darstel-

lung prähistorischer Phasen zu geben. In der BRD sind solche Ansätze bislang noch nicht unternommen, ja nicht einmal rezipiert worden.
Hans Grünberger (Frankfurt/M.)

Bechtel, Heinrich: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands. Wirtschaftsstile und Lebensformen von der Vorzeit bis zur Gegenwart. Verlag Georg D. W. Callwey, München 1967 (576 S., 19,80 DM).

In dieser umfassenden historischen Übersicht bis zur gegenwärtigen Sozial- und Wirtschaftspolitik verzichtet der Autor bewußt auf jeden evolutionstheoretischen Ansatz. Statt dessen stellt er das Verhalten der Wirtschaftssubjekte in den Mittelpunkt seiner Darstellung. Dem entspricht die weitgehende Vernachlässigung sozialer Herrschaftsverhältnisse gegenüber den dominierenden geistigen Kräften, ob es sich um die wirtschaftliche Freiheit des „fleißigen oder sparsamen Bauern“ in der Phase uneingeschränkter Grundherrschaft handelt oder um die wachsende „Unternehmungslust und Tatkraft“ des nach „eigener Willensbetätigung“ verlangenden Bürgers im ausgehenden Mittelalter. Verständlich wird in dieser Perspektive, daß erst rationalistisches Denken und die geistige Umwälzung im 16. Jahrhundert wie die technischen Erfindungen einer „jungen Geniegeneration“ die frühe Industrialisierung einleiten, deren kapitalistische Organisation einfach unterschlagen wird.

Eine derartig zurechtgestutzte Geschichtsbetrachtung muß einerseits die mittelalterlichen Feudalverhältnisse gegenüber dem anhebenden „Erwerbsgeist“ idyllisch einfärben. Andererseits darf die „soziale Frage“ nicht aus der ursprünglichen Kapitalakkumulation entspringen, sondern wird als ein auf sozialreformerischem Wege zu beseitigender Mißstand gedeutet. So kann der „unnachgiebigen Heilslehre“ des Marxismus, mit Schmoller als „unpraktisch-sozialistisches“ Gesellschaftssystem abgetan, die tätige Hilfsbereitschaft konservativer und kirchlicher Kreise entgegengestellt werden. Denn die Ballung größeren Reichtums in den Händen weniger läßt sich nach Bechtel auf außergewöhnliche Leistungen und den „wagemutigen Einsatz wirtschaftlicher Mittel“ zurückführen.

Mit der Apologie des dynamischen Unternehmertyps Schumpeters verträgt sich nicht das gesellschaftliche Phänomen des Imperialismus. Folgerichtig wird der Erste Weltkrieg aus dem bloßen Versagen der politischen Führung erklärt, obwohl gegenteilige Forschungsergebnisse vorliegen. Schlidderte man nur in den Krieg hinein, dann kann untergründig gegenüber wilden Streiks und „zersetzender Stimmungsmache“ der Radikalen die vaterländische Verteidigung hervorgehoben werden. Wenn auch die Weltwirtschaftskrise in dem Zurückbleiben der Massenkaufkraft und mit Hitlers Machtergreifung die Vorherrschaft von Stahlindustrie und chemischer Industrie gesehen wird, so begreift Bechtel noch nicht einmal im Ansatz die Funktionsweise des Monopolkapitalismus.

Paul Oehlke (Marburg/Lahn)

Rosenberg, Hans: Probleme der deutschen Sozialgeschichte. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1969 (149 S., kart., 4,— DM).

In drei Aufsätzen zur deutschen Agrargeschichte setzt der in Berkeley lehrende Verfasser einer politisch-soziologisch orientierten Geschichtsschreibung Maßstäbe. Die Arbeit über die „Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse“ ist ein bemerkenswertes Beispiel einer sozialhistorischen Analyse des preußischen Junkertums, ausgehend von dem Reformwerk Hardenbergs bis zur Auflösung der Rittergutsbesitzerschicht am Ende des Zweiten Weltkrieges. Hardenbergs Unternehmungen waren als Sperre gegen Demokratisierung konzipiert, wirkten aber später verhängnisvoll als Isolierung. Die ostelbische Grundbesitzerklasse konnte niemals mehr Anschluß an einen Demokratisierungsprozeß finden und es war andererseits nicht nur die feudale Attitüde, die jegliche materielle Änderung der politischen und sozialen Verhältnisse auf dem Land für lange Zeit verhinderte.

Rosenberg überblickt — ganz im Gegensatz zum wissenschaftlichen Stand in der BRD — die angelsächsische und französische Literatur ebenso wie die Forschungsergebnisse in den sozialistischen Staaten. Von diesem Plafond aus gelingt ihm dann eine glänzende Kritik der bisher erschienenen drei Bände der von Günther Franz herausgegebenen „Deutschen Agrargeschichte“ (Bde. II, III, V). Rosenberg grämt sich nur, daß der angekündigte Band IV, die „Geschichte des Bauernstandes vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert“ noch immer nicht erschienen ist. Er weiß sich aber auch zu trösten: „Die Lösung dieser bedeutenden Aufgabe liegt in den Händen eines zweifellos hervorragenden Kenners der historischen Quellen und vielschichtigen ‚alten Kämpfers‘, des einstmaligen hauptamtlichen SS-Hauptsturmführers im SD des Reichssicherheitshauptamtes Günther Franz, dessen seit 1933 mehrfach aufgelegtem Bauernkrieg eine erzählende, ereignisgeschichtliche Betrachtungsweise zugrunde liegt“ (147). Rosenbergs Erwartungen läßt sich nichts hinzufügen.

Heiner Christ (Gießen)

Koselleck, Reinhart: Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848. Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Band 7. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1967 (732 S., Ln., 84,— DM).

In Weiterführung eines früheren Aufsatzes¹ unternimmt es der Verfasser, die Gründe für das Scheitern der preußischen Reform aufzudecken. Die hierbei durchgängig angewandte „strukturgeschicht-

1 R. Koselleck, Staat und Gesellschaft in Preußen 1815—1848, in: Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815—1848, hrsg. von W. Conze, Stuttgart 1962, S. 79 ff.

liche“ Methode verdient Beachtung. Kosellecks Werk bewegt sich nicht „entlang einem Leitfaden linear gedachter Zeit“, sondern orientiert sich an „verschiedenen Schichten geschichtlicher Zeit“ (14). Koselleck bezeichnet sein Verfahren ausdrücklich als sozialgeschichtlich (17) und vergißt nicht darauf hinzuweisen, daß er sich der Tradition der *Acta Borussica* und der Schriften Otto Hintzes verpflichtet fühle (16). Unverkennbar verdankt das Buch aber auch Tocquevilles *L’Ancien Régime et la Révolution* wesentliche Anregungen. Springt der nahezu ausnahmslose Verzicht auf Sekundärliteratur und die Auseinandersetzung mit ihr in die Augen, so wurde in überaus reichem Maß auf zeitgenössische Quellen in jeder Form zurückgegriffen, vor allem auf Bestände der ehemals preußischen Provinzarchive und des Geheimen Staatsarchivs.

Als Ausgangspunkt wählt Koselleck das Landrecht, das er auf seine Wirkungen und Interdependenzen hin überprüft. Zu Recht stellt er fest, daß dem Landrecht der „rechtliche Kontrast inhärent“ war (143). Es enthielt durchaus in die Zukunft weisende Möglichkeiten, war aber zugleich belastet mit „unendlich mannigfaltigen, aus der Vergangenheit überkommenen Restbeständen“, die in einer Unzahl kasuistischer Regelungen retardierend wirkten und die Umgestaltung der ständischen Gesellschaft verhinderten. Die Reform erst ließ diese Spannungen völlig zur Entfaltung kommen. Deren Scheitern überstand das Beamtentum, wie es auch später die Revolution fast unbeschadet hinter sich ließ. Es begann im Vormärz zunehmend die Mittlerrolle zwischen Staat und Gesellschaft einzunehmen und die Repräsentation zu ersetzen. Im zweiten Abschnitt geht Koselleck den Auswirkungen der Verwaltungs- und Justizreform auf die Verfassungsfrage nach. Die Verwaltungsreform, die den Boden für eine Lösung des Verfassungsproblems bereiten sollte, erwies sich als dauernder „Verfassungersatz“ (332). Die Stagnation der Reform zementierte die partikularen Verhältnisse. Als „Verfassungskern“ blieb die Behördenorganisation übrig.

Eine nennenswerte ideologiekritische Analyse sucht man in diesem Buch vergeblich. Es bleibt bürgerlicher Historiographie verhaftet. Fragen nach den sozio-ökonomischen Implikationen für das Scheitern der Reform hat Koselleck aus seinem hermeneutischen Instrumentarium von vornherein eliminiert. So erreichen seine Analysen nirgends eine Dimension der Kritik und Erhellung, die über liberale „kritische“ Geschichtsschreibung hinausgelangt.

Heiner Christ (Gießen)

Conze, Werner (Hrsg.): Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815 — 1848. Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte Band 1. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1962 (272 S., kart., 24,60 DM).

In diesem Sammelband wird der Versuch unternommen, sozialgeschichtliche Fragestellungen auf die vormärzliche Zeit anzuwenden. Die Beiträge von O. Brunner, R. Koselleck, W. Zorn und

W. Fischer über einzelne Territorien vor 1848 werden ergänzt durch zwei Arbeiten (Th. Schieder und W. Conze), die den allgemeinen Bezugsrahmen herstellen. Etwas außerhalb des Themenkreises, weil die politisch-sozialen Intentionen des Vormärz einbeziehend, steht die Untersuchung von E. Angermann über die Lehren Lorenz v. Steins und Robert v. Mohls.

War die Verbindung von Ideengeschichte und Sozialgeschichte in der westdeutschen Geschichtswissenschaft bislang vernachlässigt — wiewohl Otto Brunner seit langem auf die verhängnisvolle Trennung von Verfassungs- und Sozialgeschichte hingewiesen hatte — so scheint Sozialgeschichte nunmehr zum noch zaghaft geäußerten Zauberwort historischer Erkenntnis- und Interpretationsbemühungen geworden zu sein. Dieses methodische Verfahren wendet sich gegen nur archivalisch oder geistesgeschichtlich bezogene Hermeneutik und versucht den „realen“ Verhältnissen der Gesellschaft beizukommen. Fragen der Ökonomie bleiben jedoch ebenso ausgespart wie eine kritische Analyse der Klassenstrukturen der Territorialstaaten. Methode erweist sich so als affirmativ und regrediert zur Ideologie.

Den Autoren des Sammelbandes erscheinen als interessant besonders der „Antagonismus“ von Staat und Gesellschaft, die verfassungsrechtlichen Implikationen des Ständestaates, die Effizienz des Beamtentums etc. So verdienstlich es aber ist, nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu fragen und die von Fernand Braudel inaugurierte strukturgeschichtliche Methode als Vehikel historischer Erkenntnis zu benutzen, so lassen die Untersuchungen doch die Probleme und Verhältnisse der unterprivilegierten Klassen vor 1848 weitgehend außer Betracht. Die soziale Lage der Manufakturarbeiter, der Handwerker, der Bauern scheint einer sozialgeschichtlichen Untersuchung nicht wert zu sein. Das strukturgeschichtliche Verfahren, das so anspruchsvoll auf die sozialen Tatsachen, auf Statistiken und Realia abhebt, reduziert sich genau besehen doch wieder auf das, was verfassungsgeschichtlich der Fall ist.

Heiner Christ (Gießen)

Klutentreter, Wilhelm: Die Rheinische Zeitung von 1842/43. Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung. 10. Band, 1. Teil. Verlag Fr. Wilh. Ruhfus, Dortmund 1966 (171 S., kart., 18,— DM).

Marxens Mitarbeit bei der RZ, die nur 15 Monate lang erschienen ist, begann im April 1842 mit dem Artikel „Debatten über Preßfreiheit...“; vom Oktober 1842 bis März 1843 war er Chefredakteur dieser Zeitung. Während dieser Tätigkeit begann er erst, „Marx zu werden“ (Lenin).

Diese Entwicklung berührt das vorliegende Buch aber nur am Rande. Gegenstand der Betrachtung ist das besondere Phänomen der RZ, das insofern bemerkenswert sei, als sich hier — trotz der reaktionären und repressiven Situation des Vormärz — in aller Öffentlich-

keit eine Auseinandersetzung zwischen liberalen (Mevissen), radikal-demokratischen (Junghegelianer wie Bauer, Ruge) und sozialistischen (Hess) Anschauungen vollzog (9).

Da das Buch sich als Beitrag zur Zeitungsforschung versteht, ist der meiste Raum verlagstechnischen Problemen (wirtschaftliche Basis des Verlages, Aufbau des Korrespondentennetzes etwa) sowie der Verlags- und Redaktionsgeschichte dieser Zeitung gewidmet.

Helmut Gass (Berlin)

Jessen, Hans (Hrsg.): Die Deutsche Revolution 1848/49 in Augenzeugenberichten. Karl Rauch Verlag, Düsseldorf 1968 (432 S., Ln., 24,80 DM).

Beschränken wir uns auf die Einleitung (3 Seiten): „Das System Metternich, das dreiunddreißig Jahre Europa den Frieden gesichert hatte, brach zusammen (11).“ „Vor allem aber fanden gesamtdeutsche Wahlen statt (11).“ „... , ein gesamtdeutsches Ministerium (wurde) gebildet, ... (11).“ „Die Presse, die ihre Freiheit erkämpft hatte, ließ sich diese nicht ganz wieder entwinden (12).“ „Es war in der Tat die große Lehrzeit der Deutschen, gleichgültig welchen Standes sie waren, welchen Beruf sie ausübten. Die innere Revolution, der Übergang vom deutschen Idealismus zu dem Wissen um die Realitäten der deutschen Lage ist das eigentliche Thema jeder Betrachtung des ereignisvollen Jahres (12).“ „Mit einer gewissen Wehmut haben die Achtundvierziger diesen Wandel durchlebt, zurückgeblickt auf das Jahr, wo der Mann noch etwas wert war, wo sein Herz gewogen wurde (13).“ „Sie dachten zurück an die großen Debatten des Frankfurter Parlaments, da es um die Grundrechte des deutschen Volkes gegangen war, da nicht Parteien, sondern das kühne Wort eines einzelnen oft eine wichtige Frage entschied (13).“ — Worum es in diesem Buch geht: „Geblieden und neu gestellt ist uns die Aufgabe die Einheit Deutschlands zu schaffen. Bei ihrer Lösung können die Achtundvierziger uns Vorbild sein in ihrer lebendigen Anteilnahme an dem politischen Geschick unseres Vaterlandes, in der Wahrhaftigkeit ihrer Gesinnung, in ihrer Opferbereitschaft (13).“

Vielleicht hätte Jessen an Stelle dieser Einleitung lieber einen Vorspruch geschrieben, etwa so: Kraft im Schluck/Karg im Wort/Starke Faust/am rechten Ort (Inscript am Marburger Brauhaus).

Ernst Wunderlich (Marburg/Lahn)

Böhme, Helmut (Hrsg.): Probleme der Reichsgründungszeit 1848 — 1879. Neue Wissenschaftliche Bibliothek Bd. 26. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin 1968 (505 S., Pb., 22,80 DM).

In jüngster Zeit scheint sich bei den Historikern eine interessante methodische und damit verbunden auch politische Neuorientierung zu vollziehen, deren Dimensionen sich in den Beiträgen dieses Ban-

des etwa abzeichnen. Gerade an der vorliegenden Thematik zeigt sich die Notwendigkeit einer innerdisziplinären „Vergangenheitsbewältigung“: Zwar nennt eine Bismarck-Bibliographie inzwischen mehr als sechstausend Titel, doch haben sozialhistorisch fundierte Untersuchungen über die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts bei uns immer noch Seltenheitswert. Der Umschwung des Forschungsinteresses manifestiert sich innerhalb dieses Auswahlbandes am Gegensatz zwischen der traditionellen, „rein biographischen, sublim-geisteswissenschaftlichen, exklusiv-diplomatischen Geschichtsschreibung“ (Böhme, 12) und den soziologisch-ökonomisch orientierten Analysen vor allem jüngerer Historiker, die sich bei ihren Untersuchungen nicht scheuen, auch einmal Handelsstatistiken und Bankbilanzen mit in Betracht zu ziehen. Böhmes Auswahl dürfte nicht zuletzt unter diesem methodischen Gesichtspunkt getroffen worden sein. Daß er Arbeiten von DDR-Historikern mit berücksichtigt hat, erhöht den Wert des Bandes als eine methodologisch vergleichende Sammlung.

Die zusammengetragenen Arbeiten belegen eindrucksvoll den unterschiedlichen Informationsgehalt sozialgeschichtlich ansetzender Analysen (Böhme, Rosenberg, Sauer, Weber, Winkler, Zorn, Zunkel) und jener sich im schlechten Sinne als „geisteswissenschaftlich“ begreifenden Historiographie, die es im Effekt zu oft nicht mehr bringt als zur subtilen Neukombination ideologischer Versatzstücke. Richtet man den Blick auf die entscheidenden gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen, so reduziert sich das von einer nationalistisch eingefärbten Geschichtsschreibung zum historischen Angelpunkt hochstilisierte Datum von 1871 zur bloßen Etappe einer für Mitteleuropa allerdings entscheidenden Umbruchperiode, die etwa 1847/48 einsetzt und die bis zu ihrem Ende 1879/80 für Deutschland den Übergang zum Hoch- und Spätkapitalismus bezeichnet. Solcherart in den realen gesellschaftlichen Bezugsrahmen zurückversetzt, verliert auch die Person des „Reichsgründers“ Bismarck viel von ihrem generationenlang gepflegten Mythos. Sein Wirken qualifiziert ihn weniger als Weltbeweger denn als freilich genialen politischen Taktiker mit ausgezeichnetem Gespür für gesellschaftliche Machtverhältnisse (sehr schön dargestellt in der Arbeit von Pflanze über „das deutsche Gleichgewicht“, S. 243 ff.).

Ökonomisch sind die drei Jahrzehnte der „Reichsgründungszeit“ gekennzeichnet durch eine der „Revolution“ von 1848 vorausgehende und diese mit verursachende Depression, den vehementen Wirtschaftsaufschwung der Gründerjahre nach erfolgter ökonomischer Liberalisierung und schließlich durch die mit der Wirtschaftskrise von 1873 beschleunigt einsetzende Formierung des organisierten und monopolistischen Kapitalismus. Parallel dazu vollziehen sich Aufschwung, Spaltung und Zerfall der Liberalen, gipfelnd in der nach 1879 endgültig beschworenen konservativ-agrarisch-schwerindustriellen Solidarität. In der liberalen Prosperitätsphase nach 1850 war die Reichsgründung zur Vereinheitlichung und Erweiterung des kapitalistischen Markts eine zwingende Notwendigkeit geworden. Mit der 1879 zustande gekommenen Einigung über die Schutzzölle erhielt das

neuentstandene politische Gebilde nun auch seine endgültige und bestimmende politische Struktur, mit Schwerindustrie, Junkern, Heer und Bürokratie als tragenden Mächtsäulen. Ohne Zweifel ist der überaus beschleunigte sozio-ökonomische Umbruch um die Jahrhundertmitte ein spezifisches Charakteristikum der deutschen Geschichte und erklärt wesentliche Züge ihres weiteren Ganges bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein. Daß die inneren Spannungen des Bismarckreiches mit einiger Notwendigkeit zu bedrohlichen politischen Erstarrungserscheinungen führen mußten, wird in den Beiträgen ebenso deutlich wie die Gründe für das politisch so folgenreiche Versagen der kleinbürgerlich-demokratischen Bewegung (Weber, Winkler). An den Folgen haben wir noch immer zu tragen. Gerade deshalb ist es aber auch wichtig, daß die Geschichtswissenschaft sich mit den Fragestellungen und Instrumenten ausstattet, die es erlauben, den historischen Stellenwert dieser Epoche richtig einzuschätzen. Neben dem in derselben Reihe erschienenen und von H. U. Wehler herausgegebenen Reader über „Moderne deutsche Sozialgeschichte“ und der Aufsatzsammlung von Eckart Kehr bietet dieser Band eine Reihe von Analysen, die gerade für sozialwissenschaftlich arbeitende Nicht-Historiker von besonderem Interesse sein müssen.

Joachim Hirsch (Frankfurt/Main)

Rosenberg, Hans: Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa. Verlag de Gruyter, Berlin 1967 (301 S., Ln., 23,— DM).

Der 1933 emigrierte, jetzt in Berkely lehrende Historiker vermeidet positivistische Faktenhuberei. Statt dessen versucht er, mit Hilfe des konjunkturtheoretischen Modells der „langen Wechsellagen“ (ausgehend von Kondratieff, hier im Sinne von S. Kuznets verwandt) die „chronische innere Krise des deutschen Kaiserreiches“ (264) neu zu interpretieren. Sein Verdienst ist also zunächst methodischer Natur. Denn bis dato hält die Historiker-Zunft in Westdeutschland auf ein säuberliches Nebeneinander von Wirtschaftsgeschichte einerseits und von politischer und Sozialgeschichte andererseits und klammert sozialwissenschaftliche Fragestellungen weitgehend aus. (Eine Ausnahme macht wohl nur H. U. Wehler. Auch das Programm einer „Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters“ — von W. Conze — respektiert diese Trennung.)

Da Rosenberg mehr ein Forschungsvorhaben skizziert als Ergebnisse vorlegt, ist die Konstruktion des Ansatzes ein vordringliches Problem. Als Haupttrends der „Großen Depression“ zwischen 1873 und 1896 werden das langsame Wachstum der industriellen Produktion sowie die Stagnation der Landwirtschaft bezeichnet. Es bleibt offen, wie sich die tatsächlichen Profite entwickelten. Waren nicht die „Großen“ — ähnlich der öffentlichen Hand — eher Nutznießer der Krise? Ebenfalls unzureichend ist die These, das Reallohnniveau sei während der Depression kontinuierlich gestiegen (45 ff.). Sie überdeckt die noch immer nicht befriedigend geschlossene — verbal auch

zugestandene — empirische Lücke. Zu berücksichtigen wären Aussperrungen, Kurzarbeit und Rationalisierungsdruck, zu fragen wäre nach sozialen Differenzierungen („Arbeiteraristokratie“) und regionalen Unterschieden. (Unzureichend auch: A. V. Desai, *Real Wages in Germany, 1871—1913*. Oxford 1968.)

Entscheidend ist für Rosenberg, daß die gedämpfte Konjunktur einen tiefgreifenden sozialpsychischen „Klimaumschwung“ (29) auslöste. Der Hinweis darauf, daß sich besonders Bauern und Großagrarien, Kleingewerbe und mittlere Unternehmer getroffen sahen, läßt freilich zugleich die begrenzte Reichweite des Ansatzes erkennen. Denn die Flucht in wesentlich „vorfaschistische“ Irrationalismen ist doch wohl vor allem eine Reaktion auf die Strukturkrise im Gefolge des raschen Übergangs zum Industriestaat gewesen; die Konjunkturkrise wirkte nur als Verstärker. Bündig umreißt Rosenberg die Formierung der exaltierten und deprimierten „marktabhängigen Produzenten“ in straff organisierten Interessen- und Agitationsgruppen. Diesen „protektionistischen Kollektivismus“ (79) deutet er als adäquaten Ausdruck eines „zu Wahnvorstellungen neigenden Zeitalters der Neurose“ (56) — zwei Plakate, die angesichts der Vielfältigkeit der Kollektivismen nicht übermäßig viel hergeben. Fragwürdig ist auch der Akzent, der auf die „Diskreditierung des Liberalismus“ (65) gelegt wird: sie erscheint als das gravierende Negativum der Epoche. Dabei werden Eigenständigkeit und Regenerationsfähigkeit des Liberalismus überschätzt, zumal mit der Transformation vom Frühkapitalismus zum organisierten Industriekapitalismus seine Basis schwand.

Auf der „kollektivistischen“ Linie lag nach Rosenberg auch die Schutzzoll- und Sozialpolitik. Dem Hinweis, daß die innenpolitisch motivierte Zollpolitik das außenpolitische Bündnissystem langfristig konterkariert habe, sollte in weiteren Forschungen nachgegangen werden. Die Problematik staatlicher Wirtschaftssteuerung in der hier behandelten Zeit haben erst neuerdings die Untersuchungen von Behler weiter aufgehellert (Bismarck und der Imperialismus, Köln/Berlin 1969). Er kann u. a. nachweisen, daß wirkungsvollere und zugleich geräuschlosere Versuche einer antizyklischen Intervention mit der Außenhandels- und Kolonialpolitik gemacht wurden.

Die Abschnitte über den Kollektivismus lassen vollends deutlich werden, daß die „langen Wechsellagen“ nicht als methodisches Allheilmittel taugen. Die konjunkturelle Krise verschärfte weniger die Klassengegensätze als das Bewußtsein von ihnen. Die Bedingungen dieses Trends bleiben unaufgeklärt. Rosenbergs Verzicht, nach den sozioökonomischen Ursachen der Depression zu fragen, blockiert eine umfassende Analyse. Eine erklärende und zugleich kritische Theorie der kapitalistischen Gesellschaftsformation ist abgeschnitten. Die Folgen werden besonders offenkundig bei der Beurteilung des bonapartistischen Stabilisierungsregimes Bismarcks: Die Argumentation verengt sich darauf, die Intransigenz des negativen Helden anzuklagen. In diesen Passagen (etwa 225) schlägt die kritische Intention in schlichtes Moralisieren um.

Alf Lüdtkke (Tübingen)

Zmarzlik, Hans-Günter: Das Bismarckbild der Deutschen — gestern und heute. Verlag Eckhard Becksmann, Freiburg o.J. (35 S., kart., 5,— DM).

Der Autor gibt einen knappen und kenntnisreichen Überblick über die Entwicklung des Bismarckbildes in der öffentlichen Meinung von Bismarcks Amtsantritt als preußischer Ministerpräsident bis 1918 sowie in der deutschen historischen Bismarckforschung von den Zeitgenossen an bis heute. Der rote Faden in Zmarzliks Untersuchung ist der Versuch zu zeigen, „wie die Historiker in disziplinierter Arbeit Wunsch- und Zerrbilder, positive und negative Heldenklischees abgebaut haben und sich dem historischen Bismarck näherten...“ (31). Die Darstellung liefert jedoch selbst alle Handhaben, die zur Widerlegung dieses interessen-neutralen Ansatzes nötig sind, der auf den Schwund zeitlicher Nähe und emotionaler Parteilichkeit vertraut.

Die Annäherung an den „wahren“ Bismarck zeichnet Zmarzlik im wesentlichen in drei Stufen nach: Kaiserreich, Weimarer Republik und Bundesrepublik. Nach Bismarcks Rücktritt entsteht in der öffentlichen Meinung das Nationalsymbol der dräuenden, übermenschlich-großen und zugleich nahvertrauten Vaterfigur, die dann als „Bismarck in Feldgrau“ die nationale Welle 1914 und die Kriegszieleskalation mittrug. Der Autor interpretiert dies als Schaffung eines Ersatzes für das völlige Fehlen von Nationalsymbolen im entstehenden Nationalstaat, den Bismarck immer nur als Bundesstaat freier Fürsten und Städte gewollt hatte; nebenher weist er darauf hin, daß man „Bismarck nun zum Eideshelfer für imperialistische Aspirationen“ (14) machte, und spricht vom Bismarckkult der Vorkriegsjahre als Symptom „eines allgemeinen Maßstabverlustes“ (16). Vergessen wird dabei, daß dieser Maßstabverlust keineswegs allgemein, sondern bürgerlichen Zuschnitts war. Es wird verharmlost, daß die in Bismarcktürmen und im Hamburger Kolossaldenkmal zum Ausdruck kommende nationale Kraftmeierei deutlich eine aggressive Ausrichtung gegenüber der Sozialdemokratie wie auch gegenüber den imperialistischen Konkurrenten hatte.

So wenig wie den Bismarckkult bezieht Zmarzlik die Bismarck-Geschichtsschreibung auf die jeweilige Entwicklungsstufe des Kapitalismus in Deutschland: Nachdem noch im Kaiserreich und im Weltkrieg die Forschung die Akzente der populären Publizistik nur auf höherer Ebene wiederholt (17), wird nach Zmarzlik in der Weimarer Republik das Bild des wahren Bismarck, des „maßvollen, im tiefsten sittlich gebundenen Staatsmann(es)“ erarbeitet (20), ein Bild, das allerdings noch durch die Parteilichkeit der dem Bildungsbürgertum entstammenden gemäßigt-liberalen bis konservativen Historiker verzerrt werde. Die „apologetischen Züge“ (20), die Zmarzlik so säuberlich abtrennt und der Parteilichkeit zuschiebt, machen nun aber den Kontext der Darstellung des angeblich „historischen“ Bismarck aus: so die Wendung gegen die „haltlose“ Demokratisierung (gegen die der religiös gebundene Bismarck entdeckt wird), so die Wendung

gegen den Versailler Kriegsschuldvorwurf (der durch die Entdeckung entkräftet wird, daß schon Bismarck vorsichtige, maßvolle Friedenspolitik trieb!).

Wie sieht nun die endgültig parteilich entschlackte „kritisch vertiefte Würdigung“ (23) von heute aus? Man kritisiert Bismarcks Konservatismus, weil dieser zur Überschätzung der sozialistischen Gefahr verführt habe, seine Sozialpolitik, weil der Versuch, die politisch erwachten Arbeiter zu Staatsrentnern zu machen, zu spät gekommen sei, kurzum: man kritisiert vom Standpunkt der verfeinerten Herrschaftspraktiken des organisierten Kapitalismus aus. Selbst die jahrzehntelang für verbindlich gehaltene Außenpolitik Bismarcks wird relativiert, weil dieser statt europäischer „partnerschaftlicher“ (25) Zusammenarbeit nationale Kabinettpolitik betrieben habe. Je weniger bewußt wird, daß der Maßstab, nach dem hier Geschichte betrachtet und geschrieben wird, dem Stadium der Zusammenarbeit der imperialistischen Länder entnommen ist, desto mehr erscheint der so geschaffene Bismarck als der „historische“, desto mehr auch läßt er sich als losgelöstes Positiv- oder, wie hier, Negativvorbild für Herrschaftspraktiken verwenden.

Uta Stolle (Berlin)

Wehler, Hans-Ulrich: Bismarck und der Imperialismus.
Kiepenheuer & Witsch, Köln, Berlin 1969 (582 S., Ln., 47,— DM).

Der Hinweis, daß Geschichtswissenschaft politische Praxis anleiten wie inhibieren könne, ist trivial. Wehler versucht jedoch, diese unüberholbare Bedingung reflektiert auszunutzen (vgl. 24). Die Beteuerung des Verfassers, er orientiere sein Vorhaben an „Kritischer Theorie“ (14, 497) hilft allerdings kaum weiter. Zumal die Theorie industriewirtschaftlichen Wachstums und krisenbedingten Imperialismus, die er präsentiert, ein Konstrukt von „Deutungshypothesen“ ist; H. Albert mag zu Recht als Kronzeuge genannt werden (26). Mit der schlechten Karikatur vom „Kritischen“ einer „kritischen“ Historie (vgl. 114, 497) durchbricht der Verfasser somit nur verbal das Gehege der legitimierenden und entlastenden „Bildungsmacht“ Geschichte, wie sie sich nicht nur in den Aufsätzen und Traktaten zum Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterricht monoton durchhält.

Implizit kommt Wehler weiter. Denn er fragt nach den Verfahren und Kosten, mit denen im beginnenden Hoch- und Konzentrationskapitalismus die Hegemonie (und die Profite) von „Pflug und Hochofen“, von traditionellen und feudalisierten Eliten gegen die Emanzipationsstrebungen des aktivierten (Industrie-)Proletariats gesichert werden konnten. Zur Erklärung der krisenhaften sozioökonomischen Zuspitzung wie ihrer temporären Entschärfung in der Großen Depression (1873—96) arbeitet der Verfasser mit einer „eklektischen“ (21) Theorie, mit der er die Hauptaspekte der industriell-kapitalistischen Revolution skizziert.

In diesem Zusammenhang wird die Depression zutreffend beschrieben als endogene (51), zyklische Wachstumskrise. Diese sektorale Überproduktionskrise (18, 22) wurde verstärkt durch die über-

lagernde strukturelle Stagnation der Landwirtschaft. Der von Wehler konstatierte zeitgenössische Konsensus ließ in dieser Lage nur expansive Markterweiterung und — für diese Phase noch zögernd, wie einleuchtend gezeigt wird (237, 360 f.) — Kapitalexport zu. (Wobei die Generalisierung des letzteren Befundes für „den“ Imperialismus den Gewinn der Differenzierung wieder verspielt [22].)

Bemerkenswert ist die Genesis des manifesten „ideologischen Konsensus“ (112 ff., 435). Die „expansive Schubwirkung“ (22) der Krise zeigte sich nicht schlagartig. Erst die zweite Stockungsphase (ab Spätsommer 1882) verdichtete die kollektive, seit 1873 kumulierte Enttäuschung der marktabhängigen Produzenten, Professoren und Publizisten. Heuristisch erforderlich ist also die gleichmäßige Beachtung von Kondratieffschen „langen Wechsellagen“ (vgl. H. Rosenberg: Große Depression und Bismarckzeit) und kurzen Zyklen.

Der Kolonialenthusiasmus der 80er Jahre, der die Kapitaleigner und -nutznießer sowie ihren Troß für kurze Zeit vom Preisverfall abzulenken schien, traf bei dem Gros der SAP-Fraktion im Reichstag auf einen gelähmten Gegner. Der Theorie-Mangel der Parteiführung, die in das nationale „Parteivaterland“ (V. Adler) eingebunden blieb, verhinderte grundsätzliche Kritik. Die Zuflucht zum radikal-liberalen „crisis management“ war nur folgerichtig (vgl. dazu: H.-C. Schröder: Sozialismus und Imperialismus. Hannover 1968. S. 105 ff.): Markterweiterung im Innern durch Steigerung des Massenkonsums. Inwieweit dies auch für die breitere Parteipublizistik gilt (ganz zu schweigen von der „mittleren“ und „unteren“ Parteebene), ist aus Wehlers Arbeit nicht zu ersehen. Darüber hinaus legt der Verfasser den Stellenwert aller Äußerungen des „Konsensus“ nur unzureichend dar. Dasselbe gilt für die Zusammensetzung der Kolonialvereine; es ist weniger wichtig, wer von den Schlotbaronen dort Mitglied war, als welche politischen Konsequenzen daraus folgten.

Bei Wehler bleibt auch unentschieden, von wem und in welchem Maße der Expansions-Enthusiasmus angeheizt und gesteuert wurde. Ganz deutlich wird dagegen, daß und wie diese Emotion als Medium gesellschaftlicher Integration — ähnlich der Sozialisten- und „Reichsfeind-Hetze“ — fungierte. Die pragmatische Schwenkung der Reichsleitung (1884) vom freihändlerischen „informal“ zum protektionistisch-interventionistischen „formal empire“, die Wehler mit neuem Archivmaterial gegen konservative Interpretationen (Rothfels, Th. Schieder) breit absichert, stützte demnach nicht nur Produktivität und Rentabilität. Vor allem sollte dieses antizyklische Vortasten sozialimperialistisch die gesellschaftliche Ruhelage garantieren. Der sozialreaktionär motivierte politische Pragmatismus erklärt auch stichhaltig das außenpolitische Dilemma, in dem sich die Reichsleitung seit den 1880er Jahren befand. Der innere Druck erforderte expansive und koloniale Aktivität, durch die proportional die außenpolitischen Arrangements, die ebenfalls auf die „Ruhelage“ abzielten, gefährdet wurden.

Der kurzfristige Popularitätsgewinn, die bonapartistisch neu gesicherte Legitimität des Regimes — diese aktuellen Erfolge konser-

vierten nur die sozialen und politischen Antagonismen. Immerhin hatten die herrschenden Gruppen eine Atempause zur Neuformierung und Modernisierung des Regimes gewonnen; dazu trägt Wehler nur allgemeine Sätze bei. Zu berücksichtigen wäre, daß man mit der quantitativen und qualitativen Bürokratisierung (Puttkamersche Beamtenpolitik) ein rigideres Durchsetzungsvermögen mit eingeschränkter Flexibilität und somit geringerer Stabilität der nicht-militärischen Herrschaftsinstrumente erkaufte. Staatsstreich und Belagerungszustand nach innen und/oder Krieg nach außen wurden als letzte Alternativen zur Rettung der Macht à la longue wahrscheinlicher. Hier ist der Anschluß an das Kontinuitätsproblem in der deutschen Geschichte gewonnen, das neuerdings mit Blickpunkt auf die funktionale Parallelität von autoritär-bürokratischer, militärplebiszitärer und faschistischer Herrschaftssicherung bearbeitet wird (z. B. M. Stürmer für den Wilhelminismus). Für die Verschiebungen in der von Wehler bearbeiteten Periode wären noch unerläßlich Analysen der inneren Verwaltungen und besonders die der civil-military relations.

Überaus hinderlich ist, daß der Verfasser das Problem der Umsetzung von situationellen und latenten Bedingungen in „politisches“ Handeln eskapistisch umgeht: Bismarck wird apodiktisch eine „strategische Machtstellung“ (180) zugeschrieben (weiterführend die theoretischen Bemerkungen von P. Bollhagen: Soziologie und Geschichte. Berlin/DDR 1966). Unkritisch eingeführt bleibt schließlich die Annahme einer hochgradigen psychischen Labilität der Führungs- und Herrschaftsschichten, die das „Kartell der Angst“ (438) in der Depression erst möglich werden ließ. Dieses Problem sollte in einer international vergleichenden Untersuchung des Sozialimperialismus, die kritisch auf Wehler aufbauen könnte, nicht übergangen werden. Vornehmlich Entstehung und Sicherung der Angst wären zu klären. Inwieweit korrespondierte sie realen Niedergangsphänomenen? Welche Bedingungen verstärkten die paralyisierenden Sogwirkungen des „Kartells“ auf die abhängigen Klassen und Statusgruppen?

Alf Lüdtke (Tübingen)

Eisner, Kurt: Die halbe Macht den Räten. Ausgewählte Aufsätze und Reden, eingeleitet und herausgegeben von Renate und Gerhard Schmolze. Verlag Jakob Hegner, Köln 1969 (292 S., Ln., 14,80 DM).

Fünfzig Jahre nach seiner Ermordung zieht Kurt Eisner publizistische Aufmerksamkeit auf sich. Presse, Rundfunk und Fernsehen sehen in ihm ein ergiebiges Objekt. Man hat hierzulande viel Sympathie für Revolutionäre und Revolution, wenn sie nur scheitern. Das rechtfertigt Resignation. Und was bleibt jenen Linken, die kein Stehvermögen in der Erfolglosigkeit haben, anderes übrig, als der Weg vom bloß affektiven Protest über die ungekonnte Aggression in die Niederlage, in die Resignation?

Ob Kurt Eisner hierfür der geeignete Verführer ist, darf bezweifelt werden. Eine seltsame Mischung aus Neukantianismus und Lebensphilosophie prägte seine Denkweise. Die Einheit von Theorie und Praxis brachte auch er nicht zustande. Aber anders als viele Maulmarxisten übte er in den entscheidenden Stunden revolutionäre Praxis.

Die von Renate und Gerhard Schmolze ausgewählten Aufsätze zeigen Eisner als einen für „revolutionäre Humanität“ engagierten Publizisten. Die Einleitung gibt einen anschaulichen Überblick über sein Leben und Wirken. Eisner war mehr Interpret als Theoretiker. Kant, Herder, Fichte, Hermann Cohen, Rousseau und Tolstoi legt er im Sinne eines sozialen Idealismus aus, der bei allen Mängeln dennoch dem zum Quietismus depravierten Marxismus Kautskys überlegen war. Scharf kritisiert Eisner die „nationalsozialen Grundirrtümer“ Friedrich Naumanns. Seiner Ansicht nach handelt es sich bei der von Naumann empfohlenen „imperialistischen Demokratie“ (Arthur Rosenberg) „vornehmlich um die Verbindung von staatsnationalistischer Weltmachtspolitik und sozialer Klassenkampfpolitik, die Herr Naumann aufeinanderhäuft nach der fragwürdigen gastronomischen Logik: ein saurer Hering schmeckt gut, Schlagsahne schmeckt gut — wie außerordentlich gut muß da erst saurer Hering mit Schlagsahne schmecken!

So genießt Herr Naumann — er selbst behauptet mit großem aufrichtigen Appetit — Karl Marx und Karl Peters, wie er auch in einer Art modernen Heliandstils die Gestalt Christi mit eherner Rüstung wappnet und aus dem idyllischen Stall, der seine Wiege barg, ein Artilleriedepot in naiver Anpassung gestaltet“ (168 f.). Ganz richtig definiert Eisner das Deutsche Reich als eine nationalliberale Kompromißgeburt: „Was hatte der Nationalliberalismus zu überwinden, um die Einigung des deutschen Volkes zu ermöglichen? Im Grunde nur die widerstrebenden dynastischen Interessen. Der Nationalliberalismus paktierte mit dem stärksten dynastischen Interesse gegen die schwächeren Rivalen, so erreicht er schließlich, was der Demokratismus nicht vermochte, weil er gegen alle dynastischen Interessenten arbeitete. Der Nationalliberalismus siegte durch diese Kapitulation. Das Bürgertum opferte seinen politischen Radikalismus, um die für das materielle Aufblühen der deutschen Bourgeoisie notwendige Einheit zu erringen“ (169).

Daß Eisner ein Kriegsgegner und Antimilitarist war, ergibt sich deutlich aus den im Abschnitt „Krieg und Frieden“ gesammelten Arbeiten. Doch war er, anders als Klappentext und Einleitung nahelegen, kein bloßer Apostel von Pazifismus und Gewaltlosigkeit. Sein Bekenntnis zur Französischen Revolution, das die Hinrichtung der alten Gesellschaftsordnung durch die Guillotine als notwendig akzeptierte, spricht gegen diese Annahme. Ebenso wenig kann man seinen Appell, ein Bündnis zwischen Arbeiterklasse und liberalem Bürgertum gegen die Allianz der Kraut- und Schlotjunker zu schließen, als eine Absage an den Klassenkampf interpretieren.

Die Herausgeber weisen selbst auf die sehr realen Gründe hin, die Eisner verwehrten, die junge bayrische Republik ausreichend gegen die Konterrevolution zu sichern: „Begründet war dieser Verzicht im bürgerlichen Charakter der von Eisner inaugurierten Staatsumwälzung. 1906 hatte Eisner geschrieben: ‚gebt uns morgen den deutschen sozialdemokratischen Staat und wir schwören, ihn mit Zähnen und Klauen gegen jede Fremdherrschaft zu verteidigen. Freilich werden wir unter diesen Fremden dann auch unsere Nationalen sehen müssen.“

Der spätere Ministerpräsident Hoffmann sagte am 28. April 1919 die halbe Wahrheit, wenn er behauptete, Eisner habe im Vertrauen auf die politische Reife des Volkes die Schaffung einer militärischen Macht verschmäht. Eisner wollte und konnte in Wirklichkeit die Mehrheitssozialdemokratie nicht bewaffnen, ohne einem gegenrevolutionären Putsch gleichzeitig die Waffen zu liefern (43). Es zeugt für den Wirklichkeitssinn von Kurt Eisner, daß er bereits damals erkannte, wovor viele heute noch die Augen verschließen: den durch und durch konterrevolutionären Charakter der SPD.

Zu Unrecht, wenn auch durch erhöhte Verkaufschancen hinreichend motiviert, trägt das Buch den Titel „Die 1/2 Macht den Räten“. Ganze 2 1/2 Seiten werden der Wiedergabe der Rätekonzeption Kurt Eisners gewidmet. „Die Räte sollen die Schulen der Demokratie werden; daraus dann sollen die Persönlichkeiten emporsteigen zu politischer und wirtschaftlicher Arbeit. Das ist der tiefste Sinn des Sozialismus: Selbsttätigkeit der Gesamtheit. Die ‚Vertreter‘ der ‚Masse‘ — sie mögen noch so tüchtig sein, noch so nützliche Arbeit leisten, aber das sind schon die Leute, die emporgekommen sind. In den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten, in der Stadt und auf dem Lande, da kann jeder lernen politisch und wirtschaftlich tätig zu sein. Darum Parteigenossen, stehe und falle ich mit diesem Gedanken, daß die demokratische Organisation unmittelbar der Massen selbst künftig die Grundlage aller Entwicklung sein muß.“ „Die Räte sind die Grundmauer, die Nationalversammlung, der Landtag ist die Krönung des Gebäudes“ (282). Offenbar stimmte Eisner also mit der in der USPD weit verbreiteten Auffassung überein, daß allein eine Verbindung von Räte­demokratie und Parlamentarismus eine ausreichende Beteiligung der Massen an den politischen Entscheidungsprozessen ermöglichen könnte. Doch bleiben seine Gedanken zu dieser Frage zumindest in diesem Büchlein ziemlich unklar.

Wilfried Gottschalch (Berlin)

Mitchell, Allan: Revolution in Bayern 1918/1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik. Verlag C. H. Beck, München 1967 (XII, 321 S., Ln., 28,— DM).

Die amerikanische Originalausgabe dieses Buches wurde 1965 von der Princeton University Press veröffentlicht, ihr lag eine Harvard-Dissertation des Verfassers von 1961 zugrunde. Es handelt sich um

die erste aus den Quellen gearbeitete zusammenfassende Darstellung der Revolution in Bayern. Eine 1957 von dem DDR-Historiker H. Beyer vorgelegte Untersuchung litt neben einigen anderen Schwächen u. a. darunter, daß dem Verfasser die bayerischen Archive aus politischen Gründen verschlossen blieben. Die westdeutsche Forschung hat sich, nachdem E. Kolb 1962 in seinem Buch über die Arbeiterräte eine knappe, aber informative Skizze geboten hatte, erst in den letzten Jahren der bayerischen Revolutionsgeschichte intensiver gewidmet: aus einer ganzen Serie von Münchener Dissertationsvorhaben liegen inzwischen zwei wichtige Studien zur Vorgeschichte der Revolution gedruckt vor (K.-L. Ay, W. Albrecht — beide 1968), dazu ein Sammelband mit einigen interessanten Beiträgen von K. Bosl (Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihr Verlauf und ihre Folgen. München 1969). Ungeachtet dieser rasch anwachsenden neueren Literatur — zu der schließlich auch noch die Veröffentlichungen aus dem Umkreis des „Toller“ von Dorst zu rechnen wären — wird Mitchells Buch auf lange Zeit seinen Platz als eine flüssig geschriebene und im allgemeinen gut orientierte Gesamtdarstellung behaupten.

Das Hauptgewicht der Untersuchung liegt auf der ersten Phase der Revolution, die in Bayern bis zur Ermordung Eisners am 21. Februar 1919 reichte. Die kurzen Wochen der Räterepublik im April und die Zeiten des unentschiedenen Zögerns und Schwankens auf allen Seiten im März werden dagegen kurz abgehandelt. Das liegt sicher teilweise an der für diese Monate sehr viel schlechteren Quellenlage, es spiegelt aber auch das Interesse des Autors. Der „Held“ der Geschichte ist Eisner, obwohl Mitchell in seinem Urteil über ihn zögernd und letztlich negativ ist. Deutlich wird in jedem Fall, daß Eisner zu den wenigen eine biographische Untersuchung lohnenden Persönlichkeiten der deutschen Revolution von 1918/19 gehört, zu vergleichen vielleicht am ehesten mit dem sehr viel weniger bekannten Laufenberg in Hamburg (eine brauchbare biographische Studie über Eisner veröffentlichte 1961 F. Schade). Andere revolutionäre Führer in München — Landauer und Mühsam, Toller und Niekisch, Levien und Leviné, aber auch die Brüder Gandorfer als revolutionäre Bauernführer — treten daneben in den Hintergrund, während die Politik der führenden SPD-Politiker als der Gegenspieler Eisners deutlich herausgearbeitet wird.

Einzuwenden ist gegen Mitchells Darstellung zunächst, daß er sich fast ganz auf die Vorgänge in München beschränkt und die Vorgänge in der bayerischen Provinz außer acht läßt. Gewiß war München das revolutionäre Zentrum, aber es wurde für den Verlauf der Revolution entscheidend, daß die Verhältnisse außerhalb Münchens — von wenigen Ausnahmen abgesehen — ganz anders lagen: die bayerische Revolution scheiterte nicht zuletzt an der Provinz. Mitchells Buch verengt sich so zeitweise zu einer Geschichte der Revolution in München statt in Bayern. Darüber hinaus wird die Entwicklung im gesamten Reich zu wenig in die Analyse einbezogen: zwar mochte es 1918/19 gelegentlich den Anschein haben, als sei eine eigenständige

bayerische Entwicklung möglich (auch Eisner gab sich wohl zeitweise dieser Illusion hin), aber es kann heute doch kein Zweifel mehr daran bestehen, daß Probleme und Chancen der Revolution in Bayern von der Gesamtentwicklung im Reich abhängig waren. Nicht zuletzt deshalb war ja das Experiment einer Räterepublik von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Das Grundproblem der Revolution in Bayern sieht Mitchell in der Frage, ob es möglich war, Räte und Parlament irgendwie miteinander zu verbinden. Er beruft sich dabei auf Eisners wiederholt ausgesprochene Forderungen, die Räte zu institutionalisieren, ohne den Parlamentarismus dadurch vollständig abzulösen. Es ist allerdings fraglich, ob es sich hier bei Eisner um ein politisches Prinzip oder mehr um eine Sache der Strategie und Taktik gehandelt hat. Eisner hatte den Willen zu revolutionären Änderungen, ohne dabei die schmale Basis der wirklich revolutionären Kräfte zu übersehen: er konnte nicht gegen das parlamentarische Prinzip agieren, aber er war auch angesichts seiner Wahlniederlage (die USP erhielt am 12. 1. 19 nur 2,5 % der Stimmen!) nicht zur sofortigen Unterwerfung bereit, sondern arbeitete durch Verzögerung der Einberufung der bayerischen Konstituante zielstrebig auf Zeitgewinn. Die Radikalisierung im Frühjahr war dann freilich nicht das Ergebnis seiner Politik, sondern seines Todes.

Mitchell hat in seinem Urteil über Personen, Ereignisse und Ziele der Revolution eine „unparteiliche“ Haltung, er amtiert vielfach als „Schiedsrichter“ über den Parteien. Seine Vorstellung von den Aufgaben der Revolution, von dem Wünschenswerten, wenn auch nicht immer Erreichbaren, bleibt unscharf. Seine Diskussion der Ursachen der Revolution zielt daher auch mehr auf die Ursachen des Zusammenbruchs, des Zerfalls der staatlichen Autorität. Mitchell hält mit A. Rosenberg die Revolution für „unnötig“, da ihre Ziele durch die mit den Oktoberreformen im Reich eingetretene Parlamentarisierung bereits verwirklicht worden seien (wobei er allerdings übersieht, daß Rosenberg nur eine „bürgerlich-demokratische“, keineswegs aber eine sozialistische Revolution für unnötig hielt!). Die Frage nach der sozialen Basis eines funktionierenden parlamentarischen Systems, nach den Zusammenhängen zwischen politischer und wirtschaftlicher Verfassung wird nicht erörtert, auch die 1918/19 immer wieder geäußerte Auffassung, daß „Demokratisierung“ zunächst vor allem den möglichst vollständigen Wechsel der Führungsschichten in Verwaltung, Militär und Wirtschaft bedeuten müsse, bleibt undiskutiert. So bietet Mitchell statt Problemgeschichte schließlich doch nur Ereignisgeschichte, in der die Kritik auf das unmittelbar Nachrechenbare beschränkt bleibt.

Da auch Mitchell sich an einer wichtigen Stelle durch Rosenberg in einem Irrtum bestätigt glaubt, sei eine allgemeine Bemerkung zum Schluß gestattet. A. Rosenbergs „Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik“ stellt zweifellos noch heute die wichtigste sozialistische Gesamtdarstellung der Revolution dar. Es ist das Buch, von dem der Student heute am ehesten Orientierung über die Revolu-

tion von 1918/19 erwartet. Gerade deshalb darf nicht länger übersehen werden, daß das Buch nicht nur in vielen Einzelheiten von der neueren Forschung überholt, sondern auch mit einigen schwerwiegenden Irrtümern in der Gesamteinschätzung behaftet ist. Da nicht zu erwarten ist, daß das Buch schon bald durch eine neue Gesamtdarstellung ersetzt wird, wäre es dringend erwünscht, einmal eine kritische Auseinandersetzung zur Orientierung für den heutigen Leser zu schreiben.

Reinhard Rürup (Berlin)

Rürup, Reinhard: Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19. Institut für Europäische Geschichte Mainz. Vorträge Nr. 50. Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1968 (59 S., brosch., 4,80 DM).

Schneider, Dieter, und Rudolf Kuda: Arbeiterräte in der Novemberrevolution. Ideen, Wirkungen, Dokumente. es 296. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1968 (172 S., kart., 4,— DM).

Habedank, Heinz: Um Mitbestimmung und Nationalisierung während der Novemberrevolution und im Frühjahr 1919. Verlag Tribüne, Berlin (DDR) o. J. (359 S., Pb., 10,80 M).

Wenn man gemäß dem Titel nach „Problemen der Revolution 1918/19“ fragt, so zeigt sich, daß es sich um Interpretationsprobleme des Verfassers und seiner Kollegen handelt, nicht aber, wie man zuerst vermuten möchte, um Probleme der Revolution selber (vgl. 12 f., 48 ff.).

Geschichtswissenschaft beschränkt sich nach wie vor auf die möglichst exakte Wiedergabe der bloßen Fakten. So geht es auch Rürup nur darum, „die Grundprobleme der neueren Forschung zu diskutieren und darüber hinaus den Versuch zu wagen, Charakter und Verlauf der Revolution theseartig zu bestimmen“ (3 f.). Diese Aufgabe hat er in dem gründlich ausgearbeiteten Vortrag sehr befriedigend gelöst; er gibt ein anschauliches, — durch treffende Zitate — zugleich sehr realistisches Bild der Revolutionsereignisse 1918/19 sowie einen Überblick über den derzeitigen Stand der historisch-politologischen Erforschung des genannten Zeitabschnittes (vgl. die ausführlichen Literaturhinweise in den Anmerkungen).

Leider fehlt der theoretische Bezugsrahmen, aus dem die Thesen, Begriffe und Urteile des Autors sich rechtfertigen ließen. Warum man bei den vom Autor beschriebenen Unruhen von 1918/19 von einer „Revolution“ sprechen muß, wird nicht erklärt. Rürup sagt lediglich: „Tatsächlich hat . . . in Deutschland 1918/19 eine Revolution stattgefunden, darüber lassen die Feststellungen der letzten Jahre keinen Zweifel mehr“ (49). Fern von jeder Beweisführung bleiben auch solche Urteile wie „die Geschichte der Revolution . . . (sei) eine Geschichte ihrer fortschreitenden Zurücknahme“ (50) und die am Ende etablierte Ordnung sei auch ohne Revolution zu erreichen ge-

wesen. Nur unter Absehung jeglicher konkreter Machtverhältnisse lassen sich ferner solche Sätze formulieren wie: „Deutschland hatte eine siegreiche Revolution, es hatte die Chance einer wirklichen Demokratisierung — es hat sie nicht zu nutzen verstanden“ (51). Ebenso einseitig ist es, die Rätebewegung von ihrer verfassungsmäßigen Seite her zu betrachten: „die Rätebewegung war zu einem wesentlichen Teil nichts anderes als ein entscheidender Versuch, von sozialistischen Prämissen her über die Verfassungsmodelle des 19. Jahrhunderts hinaus zu dem Konzept einer demokratischen politischen Gesamtordnung vorzudringen, die den Bedingungen der technisierten Massengesellschaft unseres Jahrhunderts wirklich gerecht zu werden vermöchte“ (48). Im ganzen bleibt Rürups Arbeit ein ordentliches Geschichtsbuch im alten Sinn.

Schneider und Kuda, Referenten beim Hauptvorstand der IGM, versuchen mit ihrer Arbeit genau das zu erreichen, wogegen sich die sozialistischen Rätetheoretiker 1918/19 (vgl. z. B. S. 69 f., Korsch, „Was ist Sozialisierung“ u. ö.) so heftig gewehrt haben: Wirtschaftsmodellen ... arbeitgemeinschaftlichen, gemischten oder partnerschaftlichen Charakters ... bei grundsätzlich nicht angetasteter kapitalistischer Wirtschaftsweise das zugkräftige Räteetikett (aufzukleben), um die Arbeiterschaft von einer durchgreifenden Neuordnung abzulenken“ (39). Von dieser ideologischen Zielsetzung her ist der Titel jedenfalls irreführend; die historische Einleitung und der Dokumententeil stehen völlig beziehungslos neben dem Kapitel „Konklusionen und Modelle“ (42 ff.). Während der historische Teil eine knappe Schilderung der Rätebewegung gibt, die durch den ausführlichen Dokumententeil sehr treffend ergänzt wird, bringt ein weiteres Kapitel („Ideengeschichte“) vorwiegend die prinzipielle Kritik Korsch's an der Rätebewegung (Korsch, Schriften zur Sozialisierung Frankfurt/M. 1969, 91 ff.) in der Art, als habe dieser an Stelle der gescheiterten Räte „kämpferische Industriegewerkschaften“ gefordert, eine Behauptung, die an der Kritik von Korsch völlig vorbeigeht (vgl. Schneider/Kuda, 36 ff. bes. 37 f.). In dem Kapitel „Konklusionen und Modelle“ wollen Schneider/Kuda die Frage prüfen, inwieweit „die Ideen des wirtschaftlichen Rätessystems ... unter den veränderten Bedingungen der hochindustrialisierten Gesellschaft eine demokratische Alternative zum organisierten Kapitalismus darstellen, ob sie nicht vielleicht doch die Organisationsform einer sozialen Demokratie von morgen vorzeichnen“ (43, vgl. auch 10). Wie schon die Überschrift des Kapitels zeigt, handelt es sich *nicht* um die *politische* Frage nach der Funktion der Räte für eine revolutionäre Organisationsform, sondern um eine modelltheoretische Fragestellung folgender Art: a) ein Wirtschaftsmodell zu finden, das bestimmten „Grundsätzen systemändernder Einflußnahme der Arbeitnehmer“ (50 ff.) entspricht und b) den Grad seiner Praktikabilität aufzuzeigen (58 f.). Dieses Modell zimmern sich Schneider/Kuda aus der Rätekonzeption des „Berliner Vollzugsrates“ und Korsch's zusammen (55 ff.) und suchen dann zu zeigen, daß zwar eine Gesamtrealisierung ihres Räte-Modelles zur Zeit nicht möglich sei, aber doch eine mehr oder weni-

ger ausgedehnte Teilrealisierung (als Ergänzung zum derzeitigen Mitbestimmungskonzept des DGB u. a. 59 f.).

Mit dieser Reduktion von sozialistischer Erfahrung (aus der Revolution 1918/19) zu einem Wirtschaftsmodell versuchen die Verfasser gerade die wichtigsten politischen Erkenntnisse über die Räte zu verschleiern: daß es keinen Idealtypus einer Räte Demokratie oder sozialistischen Gesellschaft gibt, auch keine Modelle oder Formeln, nach denen aufgebaut werden muß, sondern daß im *Klassenkampf* der technische Arbeitsprozeß, der Gebrauchswert des gesellschaftlichen Reichtums, für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in das Bewußtsein der Produzenten, der Arbeiter und Wissenschaftler, gehoben und damit aus der kapitalistischen Form gelöst wird; ferner, daß die wirtschaftliche Rätebewegung steht und fällt durch die Art des Verhältnisses zu ihrer politischen Organisation, nämlich Staat und Partei (wie auch deutlich aus den Dokumenten ersichtlich ist; vgl. 1, a—e).

Habedank formuliert als Ziel seiner Arbeit eine — die vielen Spezialuntersuchungen zusammenfassende — Darstellung „des Kampfes um Mitbestimmung und Rationalisierung während und nach der Novemberrevolution in Deutschland (32) aus marxistischer Sicht“ (ibd.) geben zu wollen, die nachweist, „welche Wege der ausschlaggebende Teil des deutschen Industrieproletariats beschritt, um eine tiefgreifende Kontrolle in Betrieb und Wirtschaft durchzusetzen“ (32) und mit welchen Mitteln die Konterrevolution diese Ziele verhindert habe.

Von der historischen wie politischen Problemstellung aus geht Habedanks Arbeit kaum über die Darstellung der Revolution 1918/19 in der „Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung (Bde. 2 u. 3) hinaus. „In der marxistischen Historiographie finden wir vor allem (...) in der (...) Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung grundlegende historische, theoretische und methodologische Darlegungen (...) und Hinweise zur Lösung der obengenannten Probleme“ (30). So zitiert der Autor auch an allen historisch wie politisch entscheidenden Punkten (bes. der Beurteilung der Programme des Spartakusbundes und der KPD) aus dem genannten Werk (vgl. 8, 16, 23, 84 u. ö.). Hervorzuheben bleibt, daß Habedank praktisch die gesamte DDR-Spezialliteratur (z. T. auch die der BRD) eingearbeitet hat (vgl. bes. 30 f. u. Anm.). Ferner ist auf die Verwertung von bis jetzt unzugänglichen Aktenbeständen — es handelt sich um die Akten der Sozialisierungskommission im Potsdamer Zentralarchiv — hinzuweisen (vgl. 32 f.); sie dienen dem Autor als Grundlage zu einer ausführlichen Darstellung der politischen Agitation des sozialistischen Arbeiterführers J. Marchlewski während der Sozialisierungskämpfe im Ruhrgebiet (März 1919). Die Revolutionsgeschichte reduziert sich für Habedank im übrigen auf den Nachweis, daß einzig der Spartakusbund bzw. die KPD in der Lage gewesen wären, die sozialistische Zielsetzung der Rätebewegung durchzusetzen (vgl. 84 f., 93 f., u. ö.)

Franz Kluge (Frankfurt/M.)

Soziale Bewegung und Politik

Veröffentlichungen deutscher sozialistischer Schriftsteller in der revolutionären und demokratischen Presse 1918—1945. Bibliographie. Herausgegeben von der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin. Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar ²1969 (657 S., Ln., 27,— M).

Der Bruch in der Tradition der Arbeiterbewegung in Deutschland durch die Jahre der faschistischen Herrschaft, der auch für „die Überlieferung der sozialistischen Literaturtradition verheerende Folgen“ hatte, wird gegenwärtig in der BRD erst sehr allmählich überwunden; oft geschieht das in der Form, daß sozialistische Splittergruppen einzelne Punkte aus der Diskussion in der Weimarer Republik oder der Emigration herausgreifen und kurzerhand als historischen Beleg für die Richtigkeit ihrer heutigen Position präsentieren. Raubdrucke mit mangelhaftem Quellenverweis, Zitate aus schwer zugänglichen Zeitschriften geben solchen Beiträgen den Ruch von verschütteter Wahrheit und statten ihre Editoren mit einer Aura von Geheimwissen aus. Davon nicht unnebelt zu werden, hilft diese Bibliographie. Nach Autoren geordnet hat sie in jeweils chronologischer Reihenfolge Arbeiten sozialistischer Publizisten von G. Alexander bis K. A. Wittfogel, von Max Hoelz bis Klaus Neukrantz gesammelt (auch die Artikel Bruno Freis von 1923—1945 sind hier zu finden). Da das Spektrum der ausgewerteten Zeitschriften „Die Linkskurve“ ebenso umfaßt wie „Die Weltbühne“, „Das Wort“ ebenso wie „Die Rote Fahne“ und die „AIZ“, ist diese Bibliographie nicht nur unentbehrlich für wissenschaftliche Arbeit, sondern auch nützlich, den Entstehungszusammenhang der jeweiligen Geheimtips sozialistischer Literatur zu rekonstruieren.

Gerhard Voigt (Berlin)

Hirsch, Helmut: Rosa Luxemburg in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Rowohlt's Monographien. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1969 (157 S., kart., 2,80 DM).

Hirschs Monographie stützt sich weitgehend auf die bereits von Peter Nettl herangezogenen Archivmaterialien sowie auf die Luxemburg-Biographien von Paul Frölich und Nettl. Sie unterscheidet sich von diesen dadurch, daß sie Rosa Luxemburgs privaten Lebensgang gegenüber ihrer praktisch-politischen und theoretischen Arbeit stark hervorhebt: Die beiden Parteien, in denen Rosa Luxemburg vor 1914 vornehmlich arbeitete, die SDKPiL und die SPD, bleiben weniger als schattenhaft; über Rosa Luxemburgs Position im Revisionismusstreit und im innerparteilichen Differenzierungsprozeß nach 1910 informiert der Verfasser nur mit Andeutungen. Insgesamt erscheint die SPD als ein Verein von Privatleuten, zu denen Rosa Luxemburg freundschaftliche oder feindselige Beziehungen unterhielt: daß es 1911 zum Zerwürfnis zwischen Bebel und Luxemburg kommen wird, kann „ein Psychologe“ bereits 1901 „vorhersagen“ (41).

Bei der Beurteilung der theoretischen Arbeiten und der praktischen Tätigkeit Luxemburgs nimmt Hirsch einige Umwertungen vor: anhand ihrer Broschüre „Sozialreform oder Revolution?“ äußert er den Verdacht, daß die Verfasserin „manchmal unnötigerweise böses Blut macht“ (39). Ihre Erörterungen über das Verhältnis von Klassenbewußtsein und Klassenkampf erscheinen ihm als „eine frühe Frucht des Zeitalters der Psychologie“ (ebd.). Eine Aktualisierung Rosa Luxemburgs versucht er, indem er Verbindungen zur Studentenbewegung herstellt: auf Seite 7 erzählt er, wie Kölner Studenten ihre Universität in „Rosa-Luxemburg-Universität“ umbenannten, ein Foto auf den Seiten 8 und 9 hält dieses Ereignis im Bild fest. Ein ganzes Kapitel ist Luxemburgs Tätigkeit an der Parteischule gewidmet, offensichtlich deshalb, weil hier, „über 50 Jahre vor den internationalen Studentenrevolten“ (66), nach der Interpretation des Verfassers demokratische Schul- und Hochschulreformen praktiziert wurden: „Rosas Wirkungskreis ist also ein Stückchen vorgelebte Zukunft“ (69).

Hirsch bezeichnet zwar Rosa Luxemburgs Kampf gegen den Krieg als ihre historisch wichtigste Leistung, aber zuletzt bleibt von der historischen R. L. nicht viel mehr übrig als ein interessantes und couragiertes Frauenzimmer, das feuilletonistisch abgehandelt wird.

Georg Fülberth (Marburg)

Fritsch, Johann: Eindringen und Ausbreitung des Revisionismus im deutschen Bergarbeiterverband (bis 1914). VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie, Leipzig 1967 (158 S., kart., 30,— M).

Beim Übergang Deutschlands zum Imperialismus kommt der Monopolisierung des Bergbaus eine zentrale Rolle zu; Fritsch bezeichnet deshalb mit Recht die ideologischen Kämpfe innerhalb der proletarischen Organisationen dieses Wirtschaftszweiges als besonders exemplarisch für die Geschichte der Arbeiterbewegung (8), zu der er einen wichtigen Beitrag leistet.

Revisionistische Praxis wird vor allem an drei Beispielen dargestellt: der Diskussion um das Verhältnis der Gewerkschaft zur Sozialdemokratischen Partei (Neutralitätsfrage), der ständigen Streikdebatten und der Stellung zur Maifeier.

Die Revisionisten, allen voran Otto Hue, der eigentliche Führer des Bergarbeiterverbandes ab 1895 (seit er die Redaktion der Bergarbeiterzeitung übernahm), nutzten geschickt die arbeitsteilige Maxime Bebels aus, wonach in der Gewerkschaft Parteipolitik im engeren Sinne von Arbeiterpolitik im weiteren Sinne zu unterscheiden sei (44). Ebenso mußte für die Neutralitätsforderung der Rechten der Hinweis auf konfessionelle und landsmannschaftliche Bindungen vieler Kumpel dafür herhalten, auf sozialistische Agitation zu verzichten; die eine Zersplitterung des Proletariats bewirkende Politik der Zentrumsparterie erschien so als unabänderliches Faktum (27).

Was die „Neutralitätspolitik“ tatsächlich bedeutete, zeigt das aufschlußreiche Kapitel über das Verhältnis Hues zu Friedrich Naumann, für den er sogar Vortragsreisen durchs Ruhrgebiet organisierte und dessen sozialimperialistische Bestrebungen er unterstützte (32 ff.). Dagegen kam es zu einer offenen Förderung der SPD in Wahlkämpfen erst, als sich die Partei auf ihrem Mannheimer Parteitag von 1906 in der Massenstreikdebatte den revisionistischen Gewerkschaftsführern unterworfen hatte (40 f.). Obgleich die Bildung eines zentralen Bergarbeiterverbandes Folge des großen Streiks von 1889 war, galt stets den Revisionisten unzureichende Organisation als Streikhinderungsgrund; Kehrseite dieser „Begründung“ war dann die Auffassung, bei hohem Organisationsgrad der Arbeiter seien Streiks überflüssig (67). Das Streikreglement von 1907 war besonders repressiv, verglichen mit dem anderer Gewerkschaften (75 ff.).

Anarchistischer Mythos vom Generalstreik wurde von den Revisionisten mit dem politischen Massenstreik vermengt (48 ff.); folgerichtig erwachsen auf dem Boden des rechten Opportunismus ab 1910 anarchistische Tendenzen unter den Bergarbeitern, die sich nach 1918 in den syndikalistischen Unionen ausdrückten (104). Die schwankende Haltung der Gewerkschaftsführung zur Maifeier (57 ff.), der man den Charakter eines Ausflugstages zu geben versuchte, wird ebenso vom Verf. belegt, wie die Auseinandersetzungen um das gewerkschaftliche Unterstützungswesen, bei dem sicherheitsorientierte Fonds (z. B. Sterbegeld) auf Kosten kampforientierter Fonds (Streikgelder) ausgebaut wurden (77 ff.). Zwar wäre es wünschenswert gewesen, soziale Basis und Ausdrucksformen des Revisionismus noch etwas konkreter und ausführlicher zu behandeln; doch mindert dieser Einwand kaum etwas an der außergewöhnlichen Brauchbarkeit dieser Arbeit, die lebendiges Anschauungsmaterial für einen wichtigen Abschnitt im Klassenkampf liefert. Herausgegeben in der DDR von der Freiburger Bergakademie als Beitrag zur Geschichte des Bergbaus und Hüttenwesens, stellt sie eine Aufforderung an westdeutsche Gewerkschaftler und kritische Historiker dar, proletarische Klassengeschichte detaillierter zu erschließen.

Michael-Viktor Graf Westarp (Berlin)

Lehmann, Hans Georg: Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1970 (VI, 329 S., br., 52,— DM/Ln., 58,— DM).

Gegenstand der Arbeit sind die Agrarpolitik und die Agrartheorien der Parteien der II. Internationale von 1890 bis 1914, unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Sozialdemokratie zwischen dem Hallenser (1890) und dem Breslauer Parteitag (1895). Für die deutsche Partei der Jahre 1890—1895 wurden umfangreiche Quellenmaterialien herangezogen; der These des Autors entsprechend, daß

nach der Ablehnung des vor allem von Vollmar und David forcierten reformistischen Agrarprogramms, das auf dem Breslauer Parteitag vorgelegt wurde, die Agrarfrage in der SPD kaum noch Gegenstand praktischer Politik, sondern nur noch theoretischer Erörterungen war, beschränkt er sich für die folgende Zeit ausschließlich auf die Nachzeichnung und Kritik dieser Theorien. Seine Ausführungen über Agrartheorie und -politik der nichtdeutschen sozialdemokratischen Parteien können lediglich als informative Überblicke gelten, doch kommt ihnen keine selbständige theoretische und, da sie sich durchgehend auf relativ leicht zugängliches Material stützen, historische Relevanz zu.

Ausgangspunkt der Untersuchungen Lehmanns ist die im Anschluß an die bisherige Forschung getroffene Feststellung, daß das Sozialistengesetz zwar einerseits radikalisierend auf die deutsche Sozialdemokratie wirkte und so die Rezeption marxistischer Theorien und die Annahme des Erfurter Programms ermöglichte, andererseits aber zu einer weitgehenden Parlamentarisierung der Partei führte (12 ff.). Um sich als Wahlpartei ausdehnen und möglichst lange auf dem Boden der Gesetzlichkeit Fortschritte erzielen zu können, war die SPD auf große Wahlresonanz, auch auf dem Lande, angewiesen. Die sozialdemokratische „Landagitation“ aber, die zur Erreichung dieses Zieles in den Jahren 1890—1893 angefacht wurde, war zugleich durch die Tatsache behindert, daß die im Erfurter Programm niedergelegte theoretische Konzeption der Partei, vor allem die These vom Untergang der Mittelklassen, für die Bauern nicht attraktiv war. Versuche Georg v. Vollmars, diese theoretische Grenze zu umgehen, indem er seine Agitation den kurzfristigen Interessen der Bauern anpaßte, führten auf dem Frankfurter Parteitag von 1884 zu einem ersten breit vorgetragenen und heftig diskutierten Vorstoß des Reformismus mit revisionistischer Theoriebildung, dann aber — 1895 in Breslau — zu einer schweren Niederlage dieser Richtung.

Lehmann versteht seine Arbeit so nicht nur als Beitrag zu Agrartheorie und -politik der SPD, sondern auch zur Entstehungsgeschichte des Revisionismus. Allerdings führt die Forcierung dieses Anspruchs, der im Untertitel des Buches formuliert wird, zu Verkürzungen der historischen Perspektive: so sieht er bereits 1895 eine dreifache Differenzierung der Partei in „Reformisten“, „Dogmatiker“ und eine Mittelgruppe (192—194), wobei sich ihm in Clara Zetkins Diskussionsbeitrag von Breslau gar schon „Ansätze eines linken Radikalismus“ andeuten (193). Hier werden spätere Ereignisse ebenso in eine frühere Phase hineinprojiziert wie in der Bemerkung, der linksradikale Flügel der SPD habe bereits „um die Jahrhundertwende unter Rosa Luxemburg eigenes Profil“ gewonnen (194): die publizistische Aggressivität der antirevisionistischen Aufsätze Luxemburgs und Parvus' um 1900 sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre Positionen inhaltlich von denen des nachmaligen „marxistischen Zentrums“ (Bebel, Kautsky) noch nicht entscheidend differierten.

Sicherer ist Lehmanns Urteil dort, wo er es auf den von ihm genauer beobachteten Zeitraum 1890—1895 beschränkt: so vermag er die entscheidende Rolle der „kleinen Parteimitglieder“ bei der Ablehnung des Agrarprogramms (174 ff.) und ihren starken Einfluß auf die allgemeine politische Willensbildung der Partei (181 ff.) nachzuweisen und damit einer unsinnigen Projektion der Bürokratisierungsthese Robert Michels' für die Zeit vor der Jahrhundertwende zu begegnen.

Insgesamt ist das Buch Lehmanns — eine Tübinger Dissertation — eine jener Arbeiten bürgerlicher Geschichtsschreibung, auf deren in einem begrenzten Bereich gewonnene Detailbefunde nicht verzichtet werden kann, mag auch seine nicht vorurteilsfreie Terminologie — die Position Kautskys und Bebels nennt er gern „parteiamtlich“, den „Bolschewismus eine von Berufsrevolutionären gelenkte totalitäre Kaderpartei“ (276) — zuweilen Schwierigkeiten bereiten.

Georg Fülberth (Marburg)

Höhn, Reinhard: Sozialismus und Heer. Bd. III: Der Kampf des Heeres gegen die Sozialdemokratie. Verlag für Wissenschaft, Wirtschaft und Technik. Bad Harzburg 1969 (836 S., Ln., 84,— DM).

Reinhard Höhn, im Dritten Reich einer der führenden Staatstheoretiker, jetzt Leiter der „Akademie der Führungskräfte der Wirtschaft“ in Bad Harzburg, ist ein ungewöhnlich produktiver Mann. In seinem Gesamtwerk, das die stattliche Zahl von 20 Büchern wohl schon überschritten haben dürfte, sind zwei Schwerpunkte erkennbar: Einerseits hat er eine Reihe von Schriften zu Problemen der „Menschenführung“ und der Organisation des kapitalistischen Betriebes verfaßt, die teilweise hohe Auflagen erreichten und von den einschlägigen Publikationsorganen (Industriekurier, Welt usw.) als außerordentlich hilfreich gelobt wurden. Andererseits beschäftigt er sich schon seit 1938 mit dem Verhältnis von Militär und Gesellschaft in Deutschland. In beiden Fällen kreisen die Untersuchungen Höhns um die Frage der Herrschaft und der Methoden ihrer Absicherung; dies vereinigt seine diversen Schriften zu einem Ganzen. Da es sich bei Höhn um einen kenntnisreichen und scharfsinnigen wissenschaftlichen Repräsentanten der herrschenden Klasse handelt, tut die Linke gut daran, seine Gedanken zur Kenntnis zu nehmen und in ihrer Strategie zu berücksichtigen.

Der vorliegende Band befaßt sich mit dem Kampf der Armee gegen die Sozialdemokratie vom Sozialistengesetz 1878 bis zum Zusammenbruch der Monarchie 1918. Höhn begreift die Armee als einen maßgeblichen Faktor zur Verteidigung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung; von hier aus fragt er nach den Methoden und der Effektivität ihres Kampfes gegen den Hauptfeind dieser Ordnung: die Sozialdemokratie. Seine wichtigsten Resultate lauten: Im Kampf innerhalb der Armee erwiesen sich die in der ersten Phase dominierenden „Abwehrmaßnahmen“ (Aufstellung schwarzer Listen, Spezialvorschriften zur Behandlung sozialdemokratischer Rekruten,

Fahndung nach sozialistischer Literatur in den Kasernen) mit dem Anwachsen der Sozialdemokratie zur Massenpartei als unwirksam. Da auch die Betonung der formalen Disziplin nicht die gewünschte Wirkung zeitigte, sah sich die Armee gezwungen, den geistigen Kampf mit dem Gegner aufzunehmen, für den der Offizier „seiner Natur und seiner Ausbildung nach“ allerdings gänzlich ungeeignet war und sich deshalb im „vaterländischen Geschichtsunterricht“ auch nicht behaupten konnte. Versuche „moderner“ denkender Offiziere, auf die Mentalität dieser Rekruten stärker einzugehen, dem Offizier das Image des „sozialen“ zu verleihen und einen sozialkundlichen Unterricht einzuführen, scheiterten — wie Höhn tadelnd vermerkt — an der Borniertheit der herrschenden Klasse, die sich teilweise sogar im direkten Einspruch des Kaisers artikuliert. So blieb der Armee nichts anderes übrig, als sich wenigstens um ein „gutes militärisches Betriebsklima“ zu bemühen. Auf die Frage „wofür wird gekämpft?“ hatte sie aber keine glaubwürdige Antwort.

Bessere Erfolge hatte der Kampf, den die Armee außerhalb der Kasernen gegen die Sozialdemokratie führte. Als Instrumente fungierten hier: eine vom „Geist des Heeres“ durchdrungene Lehrerschaft, die durch die „Schule der Armee“ gegangen war; die Kriegervereine, die eine breite organisatorische Basis für die Ziele der Armee in der bürgerlichen Gesellschaft boten, und die Turn- und Sportbewegung, die nach 1910 auch die militärische Ausbildung veränderte und so dem Offizier die Chance bot, sich als sportlicher Kamerad statt als Drillmeister darzustellen.

Besonders scharf tadelt Höhn die Pauschalurteile, die in der Armee über die Sozialdemokratie bestanden: Statt diese kollektiv als heeresfeindlich und antimilitaristisch abzutun, hätte die Armee Verbindungen zum revisionistischen Flügel anknüpfen und das Angebot bestimmter sozialdemokratischer Gruppen, sich an einer vormilitärischen Ausbildung zu beteiligen, aufgreifen und zur Steigerung der Wehrkraft einsetzen sollen. Erst mitten im Ersten Weltkrieg, als die Sozialdemokratie ihre vaterländische Zuverlässigkeit längst bewiesen hatte, ging man zu einer vormilitärischen Ausbildung über, allerdings nur auf freiwilliger Basis, was Höhn für völlig unzureichend hält. Immerhin hatte man erkannt, daß die militärische Ausbildung durch eine „moralische Ertüchtigung“ ergänzt werden mußte. Die konservativen Kräfte begriffen aber nach wie vor nicht, daß auch politische und soziale Konzessionen erforderlich gewesen wären, um die Arbeiterschaft dauerhaft an die bestehende Ordnung zu binden. Als „Ironie der Geschichte“ — und wohl auch als Trost — betrachtet es Höhn, „daß die Armee, die im Kampfe gegen den Sozialismus unterlegen war, nach dem Zusammenbruch von 1918 zur Stütze für die die Macht übernehmende Sozialdemokratie gegenüber den ultralinken Elementen wurde“ (XV).

Die Lektüre dieser gut belegten und auf breitem Quellenmaterial beruhenden Untersuchung macht deutlich, daß die herrschende Klasse seit Wilhelm II. eine Menge gelernt hat: das betrifft die Formen der politischen Beeinflussung innerhalb und außerhalb des Militärs wie

das aufgeklärte Image moderner Herrschaftsstrukturen, die Einsicht in die Notwendigkeit politischer und sozialer Konzessionen wie den Umgang mit bestimmten Teilen der Sozialdemokratie. Das Buch Höhns ist — wie sein Gesamtwerk — ein Appell an die herrschende Klasse, diese Formen „moderner Menschenführung“ weiter auszubauen und so Herrschaft noch undurchsichtiger und damit noch stabiler zu gestalten.

Reinhard Kühnl (Marburg)

Pannekoek et les conseils ouvriers. Textes choisis, traduits et présentés par Serge Bricianer. Série „praxis“, Etudes et Documentation Internationales, Paris 1969 (301 S., kart., 19,20 F).

Kool, Frits (Hrsg.): Die Linke gegen die Parteiherrschaft. Dokumente der Weltrevolution Bd. 3, Walter-Verlag, Olten und Freiburg im Breisgau (640 S., Ln., 29,— DM).

Nachdem die Schriften der rätekommunistischen Tradition in der gegenwärtigen Studenten-Opposition wiederentdeckt worden waren, einige Zeit lang gleichsam als Geheimtips galten und als Reprints zu zirkulieren begannen, liegen nun auch mehrere etwa gleichzeitig und unabhängig voneinander entstandene Editionen der wichtigsten theoretischen Texte dieser Tradition vor¹.

Geschichte und Tradition der rätekommunistischen Unterströmung im westeuropäischen Sozialismus, die auf der Grundlage der theoretischen Arbeit der Vorkriegs-Radikalen in der deutschen und niederländischen Sozialdemokratie entstanden waren und sich in den Revolutionsjahren der Nachkriegszeit in kritischer Auseinandersetzung mit der russischen Revolution durch eine Art Symbiose zwischen der linken Opposition in der KPD(S) und den niederländischen Theoretikern Pannekoek und Gorter organisatorisch konkretisierten, waren durch die faschistische Periode nahezu völlig aus dem Bewußtsein der Arbeiterbewegung getilgt worden; das Klima antikommunistischer Unduldsamkeit im Westen und stalinistischer Intoleranz im Osten ließen auch nach dem Zweiten Weltkriege kein historisches Interesse für diese Tradition aufkommen. Da gegenwärtig nun dieser Informationsmangel weitgehend behoben ist und das Interesse an den Inhalten rätekommunistischer Theorie anhaltend zu sein scheint, wäre eine die aktuellen und die anachronistischen Motive dieser Theorie diskutierende Darstellung wünschenswert und notwendig.

Die beiden Sammelbände von Serge Bricianer und Frits Kool enthalten rätekommunistische Selbstdarstellung und Ansätze kritischer Diskussion. Sie sind beide aus dem Kontakt mit den in Frankreich

¹ Es sei hier der ergänzende Hinweis erlaubt auf: A. Pannekoek und H. Gorter, Organisation und Taktik der proletarischen Revolution. Herausgegeben und eingeleitet von Hans Manfred Bock. Archiv sozialistischer Literatur Bd. 11, Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main 1969 (254 S., kart., 24,— DM). Der Band erschien kurz vor den beiden oben angezeigten Veröffentlichungen und wurde 1970 fotomechanisch nachgedruckt.

und Holland am kontinuierlichsten überdauernden Resttraditionen der rätekommunistischen Bewegung hervorgegangen.

Bricianers Buch hat durchgehend apologetischen Charakter. Er setzt nach den Erfahrungen der Pariser Mai-Ereignisse 1968 voraus, daß große Teile der politischen Theorie Pannekoeks aktualisierbar seien (6) und hofft, daß seine Pannekoek-Anthologie als Grundlage für Reflexion und Diskussion und daraus hervorgehende Propaganda dienen wird (299/300). Da es ihm nicht um die Rekonstruktion einer intellektuellen Biographie Pannekoeks geht, sondern um die Darstellung der rätekommunistischen „Emanzipationsbewegung“ (29) am Beispiel ihres wichtigsten theoretischen Protagonisten (30), werden die von Bricianer ausgewählten Texte (die die gesamte politische Wirkenszeit Pannekoeks von der Jahrhundertwende bis zu seinem Tode [1960] decken) sehr sorgfältig und kenntnisreich, wenn auch nicht sehr übersichtlich, mit in kurzen Vorbemerkungen und Anmerkungen verstreuten historischen Hintergrunds-Informationen präsentiert. Unterscheidet sich diese Art der Präsentation höchst positiv von den zu unhistorischer und mithin kritikloser Rezeption anleitenden Reprints, so hat sie doch den Nachteil, daß viele Urteile in den knappen informierenden Überleitungstexten und Anmerkungen nicht entwickelt werden können und also pauschal und apodiktisch bleiben. Das ist weniger schwerwiegend, wenn z. B. Arthur Rosenberg als „*petit bonze léniniste*“ (212) oder Paul Levi als „*le parfait gentleman-dandy*“ (158) mit alten KAP-Stereotypen abqualifiziert werden. Problematischer erscheint es, wenn der Autor in jenen gedrängten Passagen aus dem Referat der geschichtlichen Zusammenhänge ausbricht und, sich punktuell mit dem Gegenstand seiner Darstellung identifizierend, jede kritische Auseinandersetzung mit Pannekoek und der rätekommunistischen Tradition (sei sie bürgerlicher Herkunft [46 f.], sei sie marxistischer Provenienz [211 ff.]) unmotiviert polemisch abwehrt. Von besonderem Interesse ist der Einleitungs-Essay des Bandes, in dem vorwiegend aus Pannekoeks naturwissenschaftlichen und politischen Schriften aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg die politisch-anthropologischen Grundlagen seiner Ausprägung der marxistischen Theorie ermittelt werden, von denen Bricianer mit Recht sagt, sie seien die „*clé essentielle*“ (29) zum Verständnis der politischen Theorie Pannekoeks. Obwohl eine sinnvolle Kritik an Pannekoeks politischem Denken gerade bei den teilweise antidarwinistisch inspirierten anthropologischen Setzungen seiner Konzeption der revolutionären Massenaktionen ansetzen könnte, bezieht Bricianer auch hier die kritische Perspektive in seinen immanent-systematisierenden Aufsatz nicht mit ein. Er verkennt keineswegs die obsoleten Elemente in der Theorie des Rätekommunismus; er zählt in seiner Schlußbetrachtung die wichtigsten auf und warnt davor „(de) vouloir restaurer certaines idées au contenu périmé“ (299). Zur Vermeidung der Aktualisierung der anachronistischen Motive in der rätekommunistischen Theorie gibt Bricianer jedoch seinen jüngeren Adressaten in der Neuen Linken keine weiterführenden Orientierungshilfen an die Hand.

Die aus intimer und langjähriger Kenntnis resultierenden höchst schätzenswerten Informationsqualitäten der Publikation Bricianers (neben denen auch die beträchtliche Übersetzer-Leistung vermerkt zu werden verdient) sind in noch höherem Maße dem Buch Frits Kools eigen. Während Bricianers Interpretations-Ansätze aber trotz seiner gelegentlich zum Ausdruck gebrachten demonstrativen Verachtung des Wissenschaftsbetriebs aus dem Gegenstand seiner Analyse heraus entwickelt werden und überprüfbar bleiben, weisen die darstellenden Teile der zweiten Anthologie über weite Strecken diese Kriterien wissenschaftlicher Arbeitsweise nicht auf. Der Herausgeber des Bandes macht aus seiner polemischen Einstellung zum Objekt seiner Untersuchung bereits im Vorwort keinen Hehl, wenn er Pannekoek und Otto Rühle, dem anderen bedeutenden rätekommunistischen Theoretiker, testiert, sie bewiesen „in ihren offenkundigen Übertreibungen und in ihrer kaum überbietbaren Einseitigkeit, wie eine konsequent gehandhabte marxistische Eschatologie zur Verzerrung der Wirklichkeit und vor allem zu einer Geringschätzung (der) bürgerlichen und formalen Freiheit führt“ (8/9). Die nirgendwo explizit begründete Perspektive, aus der Kool die Geschichte des Rätekommunismus in seiner 164 Seiten umfassenden Einleitung skizziert, deutet er gelegentlich an: „Nichtanhängern erscheint der Marxismus in seinem Kern als eine eindrucksvolle Metaphysik des Seinsollenden, eine teleologische Sozialphilosophie, die einer faulen Wirklichkeit den Beruf anweist, sinnvoll zu werden im Prozeß ihrer Selbstaufhebung“ (79). In diesem Lichte erscheinen Marx und Lenin als eine Art begabter politischer Mythenbildner: „Marx mag dem Proletariat mythologische Gaben zugeeignet haben, er hat an den Mythos geglaubt . . .“ (20); „... nachdem die Pariser Kommune Marx zu einer äußerst fruchtbaren Mythenbildung veranlaßt hatte, . . .“ (35); Lenins Ausführungen über die Arbeiteraristokratie „... gewinnen einen Sinn nur dann, wenn sie als Mythenrettung aufgefaßt werden“ (78), usw.; der Rätekommunismus erscheint dem Autor im Sinne dieser pauschalen Privat-Erledigung des Marxismus als „Marxismus in höchster Potenz“ (8). Im zweiten Teil der Einleitung, in den Einleitungen zu den in drei Kapiteln gruppierten Texten und in dem umfangreichen Anmerkungs-Apparat tritt allerdings dieser polemische Tenor zurück und eine Fülle von wertvollen Fakten und Zusammenhängen aus der Geschichte des Rätekommunismus wird mitgeteilt. Der üppig mit Fotos und Reproduktionen von Dokumenten ausgestattete Band enthält Schriften von Pannekoek, Gorter, Rühle, Schröder, Laufenberg, Wolffheim, Hoelz und den Aufsatz eines französischen Rätekommunisten aus den dreißiger Jahren. Die positive theoretische Leistung der rätekommunistischen Tradition sieht Kool in ihrer frühen kritischen Analyse der bürokratischen Verfestigung der bolschewistischen Revolution; es sei „eine theoretische Leistung von Format“ . . . „Burnhams ‚Revolution der Manager‘ und Djilas’ ‚neuer Klasse‘ vorgegriffen und diese beiden viel bekannteren Interpretationen teilweise an Gehalt übertroffen zu haben“ (161; cf. auch 527). Diese positiv gemeinte Würdigung ist sachlich mehr als zweifelhaft,

da gerade Pannekoek z. B. niemals zum kommunistischen Renegaten wurde, sondern bis zum Ende seines Lebens die besonderen Bedingungen der russischen Revolution anerkannte und lediglich die Übertragung der aus ihnen resultierenden taktischen Prinzipien auf die Bedingungen des revolutionären Kampfes in Westeuropa verurteilte. Eine solche unzulässige Herauslösung der Revolutionskritik aus dem Zusammenhang der rätekommunistischen Theorie und deren Darbietung als die positive Essenz dieser Tradition ist nicht nur eine objektiv fragwürdige, sondern doch wohl auch eine subjektiv unzureichende Rechtfertigung für den so aufwendigen Neudruck der in diesem Bande versammelten Schriften. Auf Grund der negativen Voreingenommenheit des Herausgebers, die ein Eingehen auf die immanente Logik seines Untersuchungs-Gegenstandes verhindert, bietet die fakten- und umfangreiche Einleitung dieses Buches kaum Ansätze einer adäquaten kritischen Auseinandersetzung mit den rätekommunistischen Theoremen; den „studentischen Revolutionsanbetern“ (19) kann es deshalb insofern nicht empfohlen werden.

Hans Manfred Bock (Paris)

Bock, Hans Manfred: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918—1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschland (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Verlag Anton Hain, Meisenheim 1969 (XIV, 480 S., kart., 49,60 DM).

In den von Wolfgang Abendroth herausgegebenen Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft ist nach den Darstellungen des „Internationalen Sozialistischen Kampfbundes“, der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ und der „KPD-Opposition“ (alle besprochen in *Das Argument* 43, S. 230—233) mit der Untersuchung syndikalistischer und linkskommunistischer Gruppierungen und Strömungen durch Hans Manfred Bock eine weitere Analyse sozialistischer Splittergruppen veröffentlicht worden. Den Mittelpunkt der Arbeit bilden die Entwicklung und Verfassung der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands (AAUD) und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (KAPD) in der nur noch latent revolutionären Aufbau-phase der Weimarer Republik, doch geht die Betrachtung zeitlich und sachlich über diesen Rahmen hinaus: dies einmal durch die differenzierte Rekapitulation der linksradikalen Strömungen in der Vorkriegssozialdemokratie seit 1890 und der Oppositionsrichtungen gegen die Burgfriedenspolitik der SPD während des Ersten Weltkriegs; zum anderen durch die Darstellung der engeren Vorgeschichte der linkskommunistischen und syndikalistischen Gruppierungen in den revolutionären Kämpfen der Jahre 1918 und 1919 und durch eine Skizze ihrer internationalen Verflechtungen. Die linkskommunistischen und syndikalistischen Strömungen der frühen zwanziger Jahre, die teilweise zunächst innerhalb der jungen KPD operierten

und die mit der zunehmenden politischen Festigung dieser Partei sich auch organisatorisch verselbständigten, werden in dieser sorgfältigen und sachhaltigen Arbeit erstmals umfassend dargestellt. Der Einschätzung der Bedeutung dieser wesentlich antiautoritären Gruppierungen, die Bock gelegentlich der Charakterisierung des Sozialrebellentums von Max Hoelz formuliert, ist zuzustimmen: „sie sind in dem Sinne vor-politisch, daß sie nicht die staatliche Gewalt anstreben, daß sie objektiv auch gar nicht fähig sind, eine ganze Gesellschaftsordnung umzustürzen. Dieser vor-politische Charakter des Sozialrebellentums ist Hoelz und einem beträchtlichen Teil des deutschen Linksaktivismus eigen, obwohl sie mit revolutionär-klassenkämpferischem Anspruch auftraten“ (314). Der theoretische Rahmen der Darstellung von Bock — falls ich ihn richtig erschlossen habe — bedürfte der Kritik: Die Deutung des Ursprungs des Linksradikalismus in der Vorkriegs- und Kriegssozialdemokratie folgt weithin der eigenen Motivation dieser Oppositionsgruppen: der des Anti-Bürokratismus und Anti-Zentralismus. Diese Betrachtungsweise ist in den Analysen der linksradikalen Strömungen der Nachkriegszeit — trotz der ausdrücklichen „Erweiterung“ der Perspektive für diese Periode (84) — keineswegs völlig überwunden. Erst die systematische Reflexion auf die gesellschaftlichen Ursachen einer politisch unangemessenen Verselbständigung zentraler Parteileitungen — also eine im kritischen Sinne organisationssoziologische Betrachtung — könnte, wie Bemerkungen bei Bock selber zeigen, jene Unvollkommenheiten im Organisationsgefüge der Arbeiterpartei deutlich machen, zu deren Überwindung es nicht einer geringeren Quantität, sondern einer besseren Qualität zentraler politischer Organisation bedarf.

K. H. Tjaden (Marburg)

Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs Revolutionäre Sozialisten 1934—1938. Europa Verlag, Wien, Frankfurt, Zürich 1968 (468 S., Ln., 30,— DM).

In dem Buch „Zwischen zwei Diktaturen“ gibt Leichter eine interessante, materialreiche Darstellung des Kampfes der Revolutionären Sozialisten, der illegalen Nachfolgeorganisation der österreichischen Sozialdemokratie, die auch über die Einzelheiten des Unterganges der ersten österreichischen Republik informiert.

Leichter war nach 1919 Mitarbeiter der theoretischen Zeitschrift der Austromarxisten „Der Kampf“ und ab 1925 Redakteur der Wiener „Arbeiterzeitung“. Nach 1934 bemühte er sich vor allem um die illegale Publizistik der Gewerkschaften. Er gehört also zu den Akteuren und Leidtragenden jener Phase der österreichischen Geschichte. Wer freilich erwartet, ein Mitarbeiter Otto Bauers müsse die Niederlage der österreichischen Arbeiterbewegung zum Gegenstand einer marxistischen, gesellschaftspolitischen Analyse machen, wird enttäuscht. Auch verzichtet Leichter auf eine naheliegende ausdrückliche Auseinandersetzung mit Buttingers Buch „Am Beispiel Österreichs“ (Köln 1953). Offenbar wollte Leichter wohl der alten österreichischen Arbeiter-

bewegung mehr ein liebevolles literarisches Denkmal setzen, als daß er beabsichtigte, aus seiner Untersuchung Konsequenzen für Theorie und Praxis des Sozialismus in der Gegenwart zu ziehen. Das ist ihm auch gelungen.

Wilfried Gottschalch (Berlin)

Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945 bis 1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1970 (242 S., br., 15,— DM).

Clemens K. erzählt in Erika Runges *Bottroper Protokollen* von seinen Erfahrungen als Betriebsratsvorsitzender kurz nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches. Den werten Herren des Vorstands sagt er: „Ich habe das Recht hier, soundsoviel Leute zu vertreten — ihr seid ja nur geduldet. . . . Ich bin bei der letzten Wahl von über 90 Prozent der Belegschaft gewählt worden, in geheimer Wahl. Und von euch ist kein einziger gewählt worden. Stelln Sie sich einmal vor, wenn Sie, meine Herren, die hier sitzen, wenn Sie von einer Wahl abhängig wären. Von euch wär keiner da. Aber ich wär da, mitn Haufen Leute.“ Der Klassenfeind wird als Kanaille behandelt, aus Schwäche wagt er keine massive Reaktion. Schmidt analysiert die geschichtlich-gesellschaftliche Situation, die diesen prächtigen Hohn zuließ, und er verfolgt bis in die Anfänge der Bundesrepublik, welche Bedingungen den Klassenfeind derart begünstigt haben, daß die anfängliche Stärke der Arbeiterklasse nach wenigen Jahren in Resignation und Ohnmacht endet.

Der Ruf nach einer Neuordnung der Wirtschafts- und Betriebsverfassung fand in der ersten Phase nach dem Zusammenbruch breite Resonanz. Vom Ende des Kapitalismus zu reden, schien nach dem Schock der jüngsten Vergangenheit fast selbstverständlich und galt nicht als Umsturzdrohung. Vor allem die Gewerkschaften drängten auf Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Betriebe und auf rasche Vergesellschaftung zumindest des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie und der Großbanken. Es ist ein Beweis unter anderen für das theoretische Niveau des Buches, daß Sch. die gewerkschaftlichen Vorstöße nicht trennt vom Gesamtzusammenhang der Nachkriegsentwicklung im besetzten Deutschland. Nur so lassen sich die Legenden von der edlen Geburt der Bundesrepublik zerstören, nur so die Interessen beim Namen nennen, die sich im Widerstand gegen den gewerkschaftlichen Angriff schließlich durchgesetzt haben. Der Ost-West-Konflikt und seine Bedeutung für das Wiedererstarken des Klassenfeindes in den westlichen Besatzungszonen rücken dabei in den Mittelpunkt.

Sch. unterscheidet drei Phasen der Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik. Der erste Teil der Arbeit handelt von den Anfängen dieser Auseinandersetzung (1945 bis 1947). Trotz Popularität der gewerkschaftlichen Forderungen waren die prak-

tischen Erfolge relativ gering. Die Gründe dafür sind in erster Linie abzuleiten aus dem Zerfall der alliierten Kriegscoalition. Nach dem Zusammenschluß der britischen und amerikanischen Besatzungszone zur Bizone sorgte vor allem amerikanischer Einfluß dafür, daß die Gewerkschaften allmählich in die Defensive gerieten. „Die Besetzung der entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Kommandostellen bei der amerikanischen, aber auch zum Teil bei der britischen Militärregierung, mit Kräften, die von ihren Wirtschaftsgrundsätzen her der Unternehmenseite zuneigten, bedeutete ein schweres Hindernis für die Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften. Hinzu kam, daß diese Kräfte sich naturgemäß für ihre Verwaltungsaufgaben, die sie deutschen Stellen übertrugen, eher auf konservativ orientierte Personen stützten“ (99).

Der verschärfte Ost-West-Konflikt griff in der zweiten Phase (1947 bis 1949) radikal auch in die Gewerkschaften selbst hinein: Sozialdemokraten und Kommunisten verfeindeten sich zunehmend. „Zwar wird man nicht unterstellen dürfen, daß die Gewerkschaftsführung in den Westzonen den Ausschluß der Kommunisten betrieb, um die Anerkennung der Besatzungsmächte zu erhalten. Dennoch bedeutete diese Politik, die auf Ausschaltung der Opposition zielte, einen weiteren Schritt der Eingliederung in das westliche Blockdenken“ (124). Den gewerkschaftlichen Angriff schwächte zudem, daß der Klassenfeind — von den Besatzungsmächten vielfach begünstigt — verlorene Positionen zurückgewinnen und damit immer offener wagen konnte, für eine Wirtschaftsordnung auf privatkapitalistischer Grundlage zu streiten.

Mit Recht nimmt Sch. das Gründungsjahr der Bundesrepublik nicht als entscheidende Zäsur, als Endpunkt und Anfang. Seine Analyse reicht vielmehr bis 1952, sie verfolgt die gewerkschaftliche Aktivität nach der Wiederherstellung der alten Macht- und Besitzverhältnisse bis zur Niederlage im Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz. „Die innere Konsolidierung des restaurierten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems fand einen vorläufigen Abschluß mit der Unterordnung der Gewerkschaften unter den Willen des Parlaments“ (221). Als sei diese Unterordnung die Garantie späteren Erfolgs — aufgeschlossene Mehrheiten in künftigen Parlamenten —, ließen sich Gewerkschaftsspitze und breite Schichten der Mitgliedschaft vom Klassenfeind täuschen und begriffen Aktionen gegen die parlamentarische Alleinentscheidung in Grundfragen der Wirtschafts- und Sozialordnung „in Denkkategorien, die denen der herrschenden Schichten entsprachen“ (224).

Manfred Hahn (Gießen)

Dornberg, John: Deutschlands andere Hälfte. Profil und Charakter der DDR. Verlag Fritz Molden, Wien, München, Zürich 1969 (352 S., Ln., 19,80 DM).

Der Autor, ein 1930 im Gebiet der heutigen DDR geborener amerikanischer Journalist, beschreibt „Deutschlands andere Hälfte“ nach seinen bei einigen DDR-Aufenthalten gewonnenen Eindrücken, die

er abzusichern und zu ergänzen versucht durch Verarbeitung einiger Literatur über die und aus der DDR. Das Ergebnis seines Bemühens ist ungleichwertig.

D. bietet keine Analysen, die über das Impressionistische hinaus soziologisch, ökonomisch oder politologisch überzeugend fundiert sind. Erstaunlich ist jedoch, daß er geradezu intuitiv zu Einsichten gelangt, die, zumindest so klar und explizit formuliert, selbst die bessere DDR-Literatur der BRD oft vermissen läßt. Dafür zwei beliebige Beispiele: „Es wird auch nicht soviel gebuckelt wie im Westen. Das Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und Polizei scheint gelockelter, obwohl die DDR den Ruf eines Polizeistaates hat. Irgendwie scheint es mehr Anzeichen einer Demokratie im kleinen Bereich zu geben als in der Bundesrepublik mit ihrer unbestritten demokratischen Regierungsfrent (224).“ Oder: „Die Volksarmee trägt zwar Uniformen ähnlich jenen der Wehrmacht und marschiert im preußischen Stehschritt, aber sie hat in der Tat weniger Vergangenheit zu überwinden als die Bundeswehr (278).“ Die Verbreitung solcher Einsichten wäre in der BRD nicht weniger dringlich als in den USA, wo die Originalausgabe des Buches erschien. Nur: sie werden nicht formuliert als Ergebnisse erkenntnisfördernder Teilanalysen, sondern stehen nicht selten unvermittelt neben Belanglosem. Das mindert die sonst mögliche aufklärende Wirkung. Dazu tragen auch andere Eigenheiten bei und stabilisieren eher Vorurteile, anstatt sie abzubauen. So etwa der Gebrauch von Termini aus dem Standardreservoir des bornierten Journalismus: „Kommunistenhäuptling“ (Ulbricht), „SED-Apparatschik“, „marxistisches Parteichinesisch“ u. a. m. oder die Vorliebe des Autors für durchaus nicht immer geistvolle DDR-Witze. Negativ klischeehaften Formulierungen („Wo Propaganda und Agitation nicht imstande sind, der ostdeutschen Gesellschaft das Image des ‚neuen Menschen‘ zu verleihen, dort hilft das Regime mit Polizei, Gerichten und Gefängnissen nach.“ 240) steht andererseits die unkritische Übernahme DDR-offizieller Interpretationen gegenüber. So z. B. die offensichtliche Überschätzung der Prozedur der Kandidatenauslese (vor Wahlen zu den Vertretungsorganen, 64/65) oder die Beschreibung der Konsequenzen des NÖSPL nach den Gesetz- und Verordnungstexten ohne entsprechende Berücksichtigung der hier durchaus kritischen DDR-Fachpresse (146 ff.).

Was lobt D. an der DDR? Gefühlsmäßig, daß sie „deutscher“ sei als die BRD („... daß der von Heimweh erfüllte Besucher hier viel unmittelbarer an die ‚gute alte Zeit‘ erinnert wird“ [26]). Politisch, „... daß der nazistische Virus in Ostdeutschland weitaus gründlicher bekämpft worden ist als in der Bundesrepublik“ (37). Und ökonomisch das Potential und die Effektivität der DDR-Wirtschaft, wobei der Autor wiederholt sachlich zutreffend die prekäre Ausgangslage und die Belastungen in der Rekonstruktionsphase hervorhebt. Was kritisiert D. an der DDR? Ausdrücklich eigentlich nichts, sieht man ab von skeptischen oder implizit negativ akzentuierten Darstellungen wie der der Kulturpolitik und der Bemühungen um die Durchsetzung neuer Normen gesellschaftlicher Moral.

Die deutlichste Schwäche teilt das Buch mit den meisten neueren Publikationen über die DDR in der BRD: die Betrachtungsweise des Autors, seine Urteilkriterien sowie sein ganzes politisches und ökonomisches Verständnis sind letztlich bürgerlich. So wird die DDR nicht dargestellt unter dem Aspekt der Erfolge, der Mängel und Probleme bei der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft; der Autor sieht und beurteilt die DDR liberal-demokratisch und zuweilen technokratisch. Das Ergebnis ist bei D. wie bei verwandten Autoren: Heutzutage gibt es in der DDR manches, vor allem in der Wirtschaft und im Bildungswesen, dem auch von bürgerlicher Warte aus Lob und Anerkennung gebührt. So wird am positivsten beurteilt, was im Grunde nicht spezifisch sozialistisch ist bzw. was bezogen auf sozialistische Grundsätze nur Mittelcharakter hat. Wo es hingegen um Probleme der Verwirklichung genuin sozialistischer Ziele geht, etwa um Fragen individueller und kollektiver Selbstbestimmung in der Gesellschaft, da versagt das bürgerliche Urteilsvermögen ebenso, wie das Bürgertum selbst vor der Aufgabe fundamentaler Demokratisierung kapitulierte. Fragwürdige Positivität innerhalb der Grenzen, die liberales und technokratisches Denken nicht zu überschreiten vermag, geht einher mit dem Verzicht auf notwendige Kritik da, wo sich der sozialistische Grundcharakter einer Gesellschaft zu erweisen hat.

Hansgeorg Conert (Frankfurt/Main)

Ökonomie

Kannengießer, Lothar: „Die Organisation der Beziehungen zwischen Wissenschaft und Produktion“. Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1967 (216 S., geb., 6,50 M).

Die Tatsache, daß die Wissenschaft zur Produktivkraft wurde, stellt die sozialistische Planung vor neue Aufgaben. Es gilt, die Zeit zwischen der Entdeckung wissenschaftlicher Ergebnisse und deren Transformation in eine Technologie bzw. ihrer Anwendung im Produktionsprozeß zu minimieren. Da es sich bei dem Verhältnis zwischen Wissenschaft und Produktion in concreto meist um sehr spezielle wissenschaftliche wie technische Probleme handelt, sind der zentralen Planung und Entwicklung dieses Verhältnisses Grenzen gesetzt. Daher sieht sich die sozialistische Organisations- bzw. Rechtstheorie vor die Aufgabe gestellt, organisatorische und juristische Modelle zu entwickeln, die zwei Ziele zu erfüllen haben: zum einen müssen die an den Forschungsprojekten kooperierenden Institutionen (also wissenschaftliche Institute und VVB) die Möglichkeit haben, relativ selbständig ihre Tätigkeiten aufeinander abzustimmen, zum ändern dürfen diese Abstimmungen nicht zu Störungen des Volkswirtschaftsplans führen. Nun sind in der Regel an einem Forschungsprojekt nicht nur ein, sondern mehrere Forschungsinstitute und nicht nur eine, sondern mehrere VVB beteiligt; würden daher nur zwei-

seitige Verträge zwischen einem Forschungsinstitut und einer VVB abgeschlossen, so ließen sich kostspielige Parallelforschungen oder gar nutzlose Projekte kaum vermeiden. Zwei Organisationsformen, die sich hinsichtlich der genannten Probleme bereits in der Praxis bewährt haben, werden von Kannengießer analysiert und verallgemeinert: die „Koordinierungsvereinbarung zur Sicherung des wissenschaftlichen Vorlaufs“ und die „sozialistische Interessengemeinschaft“.

Im Zentrum beider Organisationsformen stehen die Bestimmung des Tätigkeitsfeldes sowie der gegenseitigen Rechte und Pflichten der beteiligten Institutionen (Informationspflicht, regelmäßige Konsultationen auf verschiedenen Ebenen usw.), die Aufstellung eines Forschungsprogramms sowie des Forschungsablaufplanes. Bei der Koordinierungsvereinbarung wird von den Beteiligten ein Gremium mit Weisungsbefugnissen gewählt, das die einzelnen Tätigkeiten koordiniert, die Mittelverwendung des zur Verfügung stehenden Fonds regelt etc., wobei das betreffende Gremium eine selbständige juristische Person darstellt. „Die neue Organisationsform ‚Sozialistische Interessengemeinschaft‘ zwischen rechtlich selbständigen Wirtschaftsorganisationen beinhaltet nicht nur eine Koordinierung, sie ist durch weitgehende gemeinschaftliche Tätigkeit in der Grundlagenforschung, in der angewandten Forschung, bei der Überleitung ihrer Ergebnisse in die Produktion und beim Absatz der Erzeugnisse gekennzeichnet“ (166). Sie „entwickelt sich in der Regel nicht zur juristischen Person“ (169). Ihr Anwendungsbereich umfaßt nicht nur das Gebiet der Grundlagen-, sondern auch das der Erkundungsforschung; sie wird als Organisationsform gewählt, wenn der Kooperationszeitraum sehr lang ist.

Der Wert der zuweilen etwas mühsam zu lesenden Darstellung der Organisationsformen wird dadurch erhöht, daß Kannengießer permanente konkrete Beispiele anführt und dadurch den Bezug zur praktischen Anwendung an keiner Stelle verliert. — Die Wichtigkeit der Entwicklung praktikabler und effizienter Organisationsformen des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Produktion ist kaum zu bestreiten: „Der Ausgang des friedlichen ökonomischen Wettstreits zwischen den beiden Weltsystemen wird gerade dadurch bestimmt, welche Gesellschaftsordnung Wissenschaft und Technik am raschesten entwickelt und die durch sie geschaffenen Möglichkeiten in diesem Wettbewerb am besten nutzt“ (32).

Karl-Ernst Lohmann (Berlin)

Schubert, Joachim: Handbuch der Exportverpackung.
Hrsg. v. der Kammer für Außenhandel der DDR. Verlag Die Wirtschaft, Berlin/DDR 1969 (475 S., geb., 24,— M).

Das Handbuch dient der Standardisierung und Rationalisierung des Verpackungswesens, definiert eine einheitliche Sprache und informiert enzyklopädisch über Erfordernisse und Techniken aller Art, nennt auch im Anhang die einschlägigen VEB, die arbeitsteilig die

gesamte Volkswirtschaft der DDR mit Verpackungsmaschinen und -material versorgen. Insofern dokumentiert es eindrucksvoll die un-
gemein komplizierten und vielfachen Aufgaben der wirtschaftlichen
Organisation, zugleich auch die gesamtwirtschaftlichen Rationalisie-
rungsmöglichkeiten, die den Sozialismus auszeichnen.

Eingesprengt in diese gebrauchswertorientierte Informationsfülle
findet sich eine knappe Seite über die „Verkaufsfunktion“ der Ver-
packung (32/33). Hier ist zu bemängeln, daß nicht einmal in Ansätzen
die Probleme herausgearbeitet werden, die der Handelsverkehr mit
kapitalistischen Ländern aufwirft. Die „Verkaufsfunktion“ von Ver-
packung, die „längst nicht mehr nur als Träger einer bloß visuell
wirksamen Werbeaussage“ gelte, sondern „darüber hinaus eine ge-
schmacksbildende Funktion zu erfüllen“ habe, wird mit keinem Wort
auf den Kapitalismus und dessen monopolistische Spätphase bezogen,
deren Korruption Lenin so eindringlich bezeichnet hat. Statt dessen
werden die aus dem Handel mit kapitalistischen Ländern sich er-
gebenden Notwendigkeiten mit unpolitischen, systemneutralen Kate-
gorien gefaßt. „International gesehen nimmt die Rolle der ökonomisch-kommerziellen Gesichtspunkte der Verpackung ständig zu, da
sich der Konkurrenzkampf auf den Märkten immer mehr verschärft...“ (28). „Während in den vergangenen Jahren die Verpack-
kung mehr unter technischen Gesichtspunkten betrachtet und beur-
teilt wurde, gewinnen gegenwärtig die absatzfördernden Aspekte
an Bedeutung, und zwar im Hinblick auf die funktionell orientierten Ge-
oder Verbraucherleichterungen für den Konsumenten und auf
ein attraktives Äußeres.“ Hier werden nicht nur Gebrauchswertver-
besserungen und Werbung zusammengeworfen, sondern es werden
auch noch die Verbesserungen des Gebrauchswerts aus der Realisa-
tionsfunktion (Verkaufsförderung) und nicht von Bedürfnis und
Zweckmäßigkeit abgeleitet. Innenhandel und Außenhandel — und
das fällt hier zu einem Teil zusammen mit dem Gegensatz von Sozia-
lismus und Kapitalismus — fließen in dieser Darstellung zusammen.
Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus erscheinen so übergesellschaft-
lichals Zug der Zeit. — „Im Handel mit den kapitalistischen Län-
dern“, heißt es dagegen in dem grundlegenden Werk *Politische Öko-
nomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR* (Dietz Ver-
lag, Berlin 1969, S. 270), „ist der Markt ein Feld des Klassenkampfes,
auf dem sich die sozialistischen Betriebe gegen die kapitalistische
Konkurrenz... behaupten müssen“.

Ein spezifisch kapitalistisches Phänomen wird weiter verharmlost,
wenn es mit spezifisch technischen Entwicklungen zusammengewor-
fen wird. Dies geschieht dort, wo Schubert die an sich richtige Beob-
achtung macht, daß „die neuen Handelsformen Selbstbedienung und
Automatenverkauf“ eine Veränderung in der Verpackung nach sich
ziehen können: „Was früher durch Verkäufer vermittelt wurde, muß
die Verpackung heute allein auszusagen vermögen. Damit verbinden
sich völlig neue Aspekte der Verpackungsgestaltung, die wir in noch
viel stärkerem Maße durchsetzen müssen, denn hier kommt die
„optische Konkurrenz“ zur Geltung“ (33). — Daß im Kapitalismus die

von Schubert affirmativ erwähnte „immer anspruchsvollere Gestaltung der Verpackung“ (32) zusammenfällt mit systematischer Gebrauchswertverschlechterung (quantitativ durch Verringerung der verpackten Menge, qualitativ etwa durch sog. Produktvergreisung) und Manipulation, gesamtgesellschaftlich mit wachsender Vergeudung auf Kosten der Werktätigen und mit allgemeiner Irrationalisierung der Beziehungen der Konsumenten zu den Waren und, vermittelt durch diese, der Konsumenten zueinander, wird von Schubert nicht erwähnt.

W. F. Haug (Berlin)

Leptin, Gert: Die deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich. C. W. Leske Verlag, 1970 (89 S., 1 Falttafel, kart., 4,80 DM).

Leptin, jetzt Professor am Osteuropa-Institut in Westberlin, liefert mit seiner erstmalig 1970 in der Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung erschienenen Schrift einen Beitrag zur „Entspannung“.

Wenn auch das polemische Abstraktum im Titel: „Die deutsche Wirtschaft nach 1945“ als Oberbegriff für die Wirtschaften der DDR und der BRD zunächst auf eine Neuauflage der altbekannten Hetzgeschichten hindeutet, demonstriert Leptin im Text dann doch sein Bemühen um ein abgewogenes Urteil, indem er die beiden Wirtschaftssysteme als grundsätzlich gleichberechtigte Alternativen behandelt, die Problematik eines Vergleichs betont, die Schwierigkeiten der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft in der DDR nicht unmittelbar als Beleg für ihre grundsätzliche Unmöglichkeit heranzieht und ansonsten dem Leser die Wirtschaft der DDR, auf die sich die Arbeit konzentriert, mit einer Darstellung ihrer Funktionsweise doch wenigstens nahebringt.

Auf der ersten Umschlagseite sind zwei Münzen abgebildet, eine aus der BRD, die zweite aus der DDR. Bevor der Leser das Buch überhaupt aufgeschlagen hat, weiß er also bereits, worum es in der Wirtschaft geht: ums Geld, und worauf es folglich dem Bürger ankommt: auf den gefüllten Geldbeutel. Man erwartet, daß wieder einmal Autos, Bananen und Waschmaschinen hüben und drüben gezählt werden. Der Vergleich der Wirtschaftssysteme ist lobenswerterweise jedoch etwas umfassender angelegt, obwohl am Schluß dann doch der höhere „Lebensstandard“ in der BRD als entscheidende Trumpfkarte ausgespielt wird. Zunächst wird kurz beschrieben, woran die „deutsche Wirtschaftseinheit“ zerbrach. Der Keim des Konflikts wurde angeblich durch die Reparationspolitik der Sowjetunion gelegt, weil diese sich auf ihre Rechte nach dem Potsdamer Abkommen berief. „Gegensätzliche wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeptionen“ trugen ebenfalls zur Spaltung bei, und bei dieser Gelegenheit „kristallisierte sich der große weltpolitische Gegensatz zwischen den USA und der UdSSR heraus“ (9).

Im zweiten Kapitel werden die Herausbildung und die Hauptprobleme der „sozialistischen Planwirtschaft“ auf der einen Seite

und der „kapitalistischen Marktwirtschaft“ auf der anderen Seite dargestellt, wobei Leptin nicht versäumt, sein Unbehagen über den Begriff „kapitalistisch“ auszudrücken, der „durch die politisch-polemischen Auseinandersetzungen eines Jahrhunderts im Bewußtsein der Öffentlichkeit weitgehend diskreditiert“ sei (10). Leptin versteht es, sich gegen Mißverständnisse und Kritik von rechts abzusichern. Ein paar Seiten weiter schreibt er in einem Nebensatz, daß die Kommunisten die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse verändern wollen, kann sich aber vorsichtshalber die Einschränkung: „d. h. praktisch zu ihren (d. h. der Kommunisten, J. D.) Gunsten“ (15) nicht verkneifen. Wenn er über die wachstumspolitische Bedeutung der Fluchtbewegung spricht, vergißt er nicht, wenigstens in einer Fußnote auf ihre „erhebliche menschliche und politische Bedeutung“ hinzuweisen (61).

Über die Entwicklung in der BRD wird nicht viel mehr gesagt, als daß nach langen Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der Konzeption des „freiheitlichen Sozialismus“ und den Neoliberalen sich Erhard mit seiner „sozialen Marktwirtschaft“ durchsetzte und damit die Lenkung der Wirtschaft einem „sehr komplizierten Marktmechanismus“ anvertraut wurde, in den der Staat nur zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs und zur Realisierung „sozialer Zielsetzungen“ eingreifen sollte. Es ist schon bemerkenswert, daß Leptin das Ergebnis als eine „Restauration“ der Eigentumsverhältnisse der Vorkriegszeit charakterisiert. Für Schlußfolgerungen reichte wohl der Platz nicht.

Ausführlicher wird über die DDR berichtet. Die Sozialisierung wird nicht nur in ihrem Ablauf beschrieben, sondern es werden auch einige Argumente erläutert: die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Veränderung der gesellschaftlichen Machtpositionen zugunsten des „kommunistischen Staates“ und die Erleichterung der staatlichen Wirtschaftsplanung. Dem ungläublichen Satz, daß in der DDR „einige organisatorische Anpassungen genügten, um aus der Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches die sozialistische Planwirtschaft zu machen“, während es hinsichtlich der Lenkungsordnung in der BRD eine „revolutionäre Veränderung“ gab (32), folgen in sehr gedrängter Form lesenswerte, weil einen raschen und doch zuverlässigen Überblick gebende Ausführungen über Begründung, Organisation und Probleme der Planwirtschaft, die freilich nur auf das Formale und auf die Effizienz abstellen, den spezifischen Charakter der DDR-Planwirtschaft, eine sozialistische, also eine demokratische zu sein, jedoch völlig übergehen, — ein im Rahmen eines „Ost-West-Vergleichs“ ebenso typisches wie unentschuldigbares Versäumnis.

Im dritten Kapitel, überschrieben mit „Westliches und östliches ‚Wirtschaftswunder‘ — der wirtschaftliche Wiederaufbau in beiden Teilen Deutschlands“, wird dann gerechnet. Zunächst wird in einer recht informativen Analyse begründet, daß die Bedingungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung in der DDR auf Grund stärkeren Potentialverlustes, größerer Strukturprobleme, höherer Belastung

durch Reparationen, fehlender Auslandshilfe, mangelhafter weltwirtschaftlicher Verflechtung und erheblichen Verlustes an Arbeitskräften wesentlich ungünstiger waren als in der BRD. Ein Vergleich der Produktionsergebnisse führt zu dem Gesamturteil, daß „auch im Vergleich zur westdeutschen Entwicklung der wirtschaftliche Wiederaufbau und das weitere Wachstum in der DDR bemerkenswert ist“ (69). Wenn Leptin jedoch feststellt, daß das Wachstum in der DDR im Vergleich zu dem in der BRD „ausgesprochen ungleichgewichtig“ war, dann nimmt er — wie will er sonst den Begriff „Gleichgewicht“ fassen? — die tatsächliche Entwicklung der strukturellen Proportionen in der BRD zum Maßstab, mit dem Abweichungen in der DDR als „Ungleichgewicht“ identifiziert werden, womit angesichts der Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrsmisere in der BRD die Dinge geradezu auf den Kopf gestellt werden. Der sich anschließende Lebensstandard-Vergleich ist, worauf Leptin selbst hinweist, außerordentlich problematisch. Wenn man überhaupt einen Schluß aus dem vorgelegten Zahlenmaterial, das sich einseitig am Geldbeutelprinzip des Titelbildes orientiert, ziehen will, dann den, daß unter Berücksichtigung der schlechteren Ausgangsbedingungen von einer geringeren Effizienz der sozialistischen Planwirtschaft der DDR im Vergleich zum staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD nicht mehr gesprochen werden darf. Für die Behauptung, daß die Realeinkommenslücke ständig wächst, bleibt Leptin sogar den Zahlenbeweis schuldig.

Leptin hat das Buch nicht für Experten, sondern für den politisch interessierten Westdeutschen geschrieben, der sich, aufgestört durch die neue Ostpolitik, rasch einmal über die Lage in der DDR informieren möchte. Es soll und wird ihn mit seiner Regierung versöhnen und ihn weiter davon abhalten, den Sozialismus ernsthaft als eine Alternative zu begreifen. Die Argumentation wird manchen dazu bringen, einer Politik zuzustimmen, die lediglich darauf verzichten will, die sozialistischen Staaten mit den Mitteln des Kalten Krieges zu bekämpfen.

Josef Deckers (Berlin)

Höhn, Reinhard, unter Mitarbeit von **Gisela Böhme**: **Führungsbrevier der Wirtschaft**. Verlag für Wissenschaft, Wirtschaft und Technik, Bad Harzburg 1969. 6. neub. Aufl. (373 S., Ln., 24,90 DM).

Dargestellt werden in diesem Führungsbrevier die Grundsätze einer „Führung im Mitarbeiterverhältnis“. Sie wird als der neue Führungsstil der Wirtschaft bezeichnet. Beherrschendes Prinzip dieser Führungsform ist die Delegation von Verantwortung. Daneben werden die wichtigsten Führungsmittel wie Mitarbeiterbesprechung, Dienstbesprechung, Kritik und Anerkennung, Information, Kontrolle, Stäbe und Stellvertretung sowie der Einzelauftrag behandelt. In der 6. Auflage finden sich neue Kapitel mit den Themen „die Zielsetzung als Führungsaufgabe“ und „die elektronische Datenverarbeitung“.

Der neue Führungsstil soll der Ausdruck des Wandels sein, der sich etwa seit dem Zweiten Weltkrieg in der Abkehr von dem autoritär-patriarchalischen Führungsstil zu einer neuen demokratischen Führungsmethode vollzogen habe. Ursache dieses Wandels sei die Größe des Unternehmens, die es dem Unternehmer unmöglich mache, die Übersicht zu behalten (4 ff.). Nicht mehr der „Betriebsuntertan“, sondern der „Mitarbeiter“, der im Rahmen allgemeiner Richtlinien seine Entscheidungen selbst in eigener Verantwortung trifft (5), sei für ein großes Unternehmen erforderlich. Der Mitarbeiter soll „selbstständig denken und handeln“ können. Die Führung im Mitarbeiterverhältnis mit Zielsetzungen wird als eine „schöpferische Tätigkeit“ gekennzeichnet. Die unterste Ebene, die von diesem Brevier noch erfaßt wird, ist die der Meister. Die Leitsätze richten sich in erster Linie an das obere und mittlere Management. „Schöpferische und aktive Kräfte“, die mit psychologischem Feingefühl behandelt werden wollen, entsprächen der neuen Unternehmensführung. Da damit das in Art. 2 Grundgesetz postulierte Recht eines jeden auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit erfüllt wird, hätte diese Forderung auch „gesellschaftspolitische Bedeutung“. Mit ihrer Hilfe werden die „Staatsbürger von morgen herangebildet“. Eine „feste und stabile Ordnung“ wird so gewährleistet, „innerhalb deren der einzelne wie das Unternehmen gedeihen kann“ (39). Auffallend sind die Formulierungen der Leitsätze. Die verwendeten Begriffe gleichen denen, die in der heutigen Verwaltungssprache üblich sind. Der äußere Aufbau eines Unternehmens entspricht dem einer Behörde, diese wiederum entlehnt ihre Verwaltungsmethoden der modernen Unternehmensführung, wie aus der Forderung nach Einführung des Leistungsprinzips, Abbau der Anstellung auf Lebenszeit im Beamtenrecht zu ersehen ist.

Der Verfasser dieses Buches scheint auf Grund seiner individualgeschichtlichen Erfahrung für die Formulierung dieser neuen Grundsätze sehr geeignet: 1939 wurde er als Direktor des Instituts für Staatsforschung an der Universität Berlin neben dessen wissenschaftlichem Personal zur Dienstleistung im Rahmen der wissenschaftlichen Aufgaben des Instituts für den Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei während des Krieges beordert. Er hatte die „staatsrechtlichen Grundlagen für das Okkupationsregime in den faschistisch besetzten Gebieten“ zu erarbeiten. Heute ist er Geschäftsführender Präsident der „Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft“ in Bad Harzburg. (Alle Angaben aus Braunbuch, 1965, 2. Aufl., S. 343 f.)
Bernhard Blankenhorn (Berlin)

Wingo, Walter: *Mekka des Managers*. Verlag Moderne Industrie, München 1969³ (255 S., kart., 24,80 DM).

Die Stätte, zu der jeder Manager (mit mindestens bereits 30 000 Dollar jährlich) seines Heiles wegen pilgern sollte, ist die Harvard Business School mit ihren „advanced management courses“. Das

Lehrprogramm lief 1943 an, als dringend tüchtige Kriegsproduktionsleiter benötigt wurden. „Nach dem Krieg wurde jedoch weit mehr versucht, als nur alten Reifen ein neues Profil zu geben“ (9); gewiß, der zunehmende Konkurrenzkampf im Distributionsbereich zwang das Spitzen-Management, sich neue Fähigkeiten und Verhaltensweisen anzueignen: Aufspüren der Schwächen der Wettbewerbs-„Partner“, Entdeckung bzw. Schaffung von Marktlücken, Benutzung und Umgehung von Gesetzen (Steuergesetzen vor allem), geschicktes Taktieren bei Verhandlungen mit der Gewerkschaft, Rationalisierung von Entscheidungs-Strategien, Verhalten gegenüber Mitarbeitern und Untergebenen, das höchste Arbeitseffektivität und geringste Fluktuation bewirkt. Man kann die Vermittlung dieser Fertigkeiten, wie sie in Harvard und anderen Manager-Schulen (z. B. dem „Institut européen d'administration des affaires“, Insead, in Fontainebleau) geleistet und in diesem Buch beschrieben wird, natürlich auch netter charakterisieren: „Es wird versucht, ihn (den Manager, H. J.) von den Fesseln seines Spezialistentums zu befreien und ihn an die Probleme einer weitsichtigen Unternehmens-Strategie heranzuführen“ (9).

Ekelhaft an dem Buch sind die Begeisterung, die Naivität und die Indifferenz, mit denen der Verfasser die Kurse schildert; dies hat aber immerhin zur Folge, daß die Ideologie des Spätkapitalismus in einer schon wieder beeindruckenden Konkretheit und Plastizität vor Augen geführt wird.

Helmut Jungermann (Darmstadt)

(Fortsetzung von der 2. Umschlagseite)

<i>Schäfer, Alfred: Macht und Protest (Frei)</i>	115
<i>Kofler, Leo: Der asketische Eros (Bader)</i>	117
<i>Dingler, Hugo: Die Ergreifung des Wirklichen (Bulthaup)</i>	121

Soziologie

<i>Steinhaus, Kurt: Soziologie der türkischen Revolution (Tibi)</i>	126
<i>Steinhaus, Kurt: Vietnam. Zum Problem der kolonialen Revolution und Konterrevolution (Tibi)</i>	127
<i>Luhmann, Niklas: Soziologische Aufklärung (Tjaden)</i>	130
<i>Lautmann, Rüdiger: Wert und Norm (Schuon)</i>	132

Psychologie

<i>Denker, Rolf: Aufklärung über Aggression (Staeuble)</i>	134
<i>Haensch, Dietrich: Repressive Familienpolitik (May)</i>	135
<i>Witzel, Joachim: Der Außenseiter im Sozialisationsprozeß der Schule (Christ)</i>	138

Geschichte

<i>Childe, Gordon: Soziale Evolution (Grünberger)</i>	139
<i>Bechtel, Heinrich: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands (Oehlke)</i>	140
<i>Rosenberg, Hans: Probleme der deutschen Sozialgeschichte (Christ)</i>	141
<i>Koselleck, Reinhart: Preußen zwischen Reform und Revolution (Christ)</i>	141
<i>Conze, Werner (Hrsg.): Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz (Christ)</i>	142
<i>Klutentreter, Wilhelm: Die Rheinische Zeitung von 1842/49 (Gass)</i>	143
<i>Jessen, Hans (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1848/49 in Augenzeugenberichten (Wunderlich)</i>	144
<i>Böhme, Helmut (Hrsg.): Probleme der Reichsgründungszeit 1848—1879 (Hirsch)</i>	144
<i>Rosenberg, Hans: Große Depression und Bismarckzeit (Lüdtkke)</i>	146
<i>Zmarzlik, Hans-Günter: Das Bismarckbild der Deutschen — gestern und heute (Stolle)</i>	148
<i>Wehler, Hans-Ulrich: Bismarck und der Imperialismus (Lüdtkke)</i>	149

<i>Eisner, Kurt: Die halbe Macht den Räten (Gottschalch)</i>	151
<i>Mitchell, Allan: Revolution in Bayern 1918/1919 (Rürup)</i>	153
<i>Rürup, Reinhard: Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19 (Kluge)</i>	156
<i>Schneider, Dieter, u. Rudolf Kuda: Arbeiterräte in der Novemberrevolution (Kluge)</i>	156
<i>Habedank, Heinz: Um Mitbestimmung und Nationalisierung während der Novemberrevolution und im Frühjahr 1919 (Kluge)</i>	156
<i>Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik (Tjaden)</i>	42
<i>Weber, Hermann (Hrsg.): Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien (Tjaden)</i>	42
<i>Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus (Tjaden)</i>	42
<i>Weber, Hermann: Demokratischer Kommunismus? (Tjaden)</i>	42
<i>Matthias, Erich: Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914—45 (Kunze)</i>	54
<i>Matthias, Erich: Sozialdemokratie und Nation. Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration 1933—38 (Kunze)</i>	54
<i>Matthias, Erich, und Werner Link (Hrsg.): Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration (Kunze)</i>	54
<i>Matthias, Erich u. Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933 (Kunze)</i>	54

Soziale Bewegung und Politik

Veröffentlichungen deutscher sozialistischer Schriftsteller 1918—45 (Voigt)	159
<i>Hirsch, Helmut: Rosa Luxemburg (Fülberth)</i>	159
<i>Fritsch, Johann: Eindringen und Ausbreitung des Revisionismus im deutschen Bergarbeiterverband (Westarp)</i>	160
<i>Lehmann, Hans Georg: Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie (Fülberth)</i>	161
<i>Höhn, Reinhard: Sozialismus und Heer (Kühnl)</i>	163
<i>Pannekoek et les conseils ouvriers (Bock)</i>	165
<i>Kool, Fritz (Hrsg.): Die Linke gegen die Parteiherrschaft (Bock)</i>	165
<i>Bock, Hans Manfred: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918—1923 (Tjaden)</i>	168
<i>Leichter, Otto: Zwischen zwei Diktaturen (Gottschalch)</i>	169
<i>Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945—52 (Hahn)</i>	170
<i>Dornberg, John: Deutschlands andere Hälfte (Conert)</i>	171

Ökonomie

<i>Kannengiesser, Lothar</i> : Die Organisation der Beziehungen zwischen Wissenschaft und Produktion (<i>Lohmann</i>)	173
<i>Schubert, Joachim</i> : Handbuch der Exportverpackung (<i>W. F. Haug</i>)	174
<i>Leptin, Gert</i> : Die deutsche Wirtschaft nach 1945 (<i>Deckers</i>) . . .	176
<i>Höhn, Reinhard, u. Gisela Böhme</i> : Führungsbrevier der Wirtschaft (<i>Blankenhorn</i>)	178
<i>Wingo, Walter</i> : Mekka des Managers (<i>Jungermann</i>)	179

Soeben erschienen:

ARGUMENT 55 — Register 1959—1969

Sämtliche Aufsätze und Besprechungen alphabetisch und nach den wichtigsten Themengruppen aufgeschlüsselt als Hilfsmittel für alle, die mit dem Argument wissenschaftlich und politisch arbeiten. Umfang und Preis entsprechen einem Einzelheft. Das Register erscheint außerhalb des Abonnements.

Heftplanung:

Für den laufenden Jahrgang ist ein Sonderband KRITIK DER BÜRGERLICHEN GESCHICHTSWISSENSCHAFT geplant, der einen ausführlichen Rezensionsteil enthalten soll. Wir bitten alle, die Besprechungen mit geschichtlicher Thematik beisteuern wollen, sich mit der Redaktion in Verbindung zu setzen. Redaktionsschluß etwa Mitte des Jahres.